

Universität Mannheim
Fakultät für Sozialwissenschaften

Der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung von Politikvorschlägen

Inauguraldissertation zur Erlangung des akademischen Grades einer Doktorin der
Sozialwissenschaften der Universität Mannheim

vorgelegt von

Agatha Maria Kratz

Erstbetreuer und Gutachter

Prof. Dr. Harald Schoen

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, Politische Psychologie

Zweitbetreuer und Gutachter

Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck

Universität Mannheim

Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I, Politische Soziologie

Gutachter

Prof. Dr. Marc Debus

Universität Mannheim

Professur für Politikwissenschaft, Vergleichende Regierungslehre

Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Michael Diehl

Universität Mannheim

Tag der Disputation: 25. November 2021

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1 Die Bedingungen des Einflusses der Risikotoleranz.....	3
1.2 Begriffsklärung: Risiko und riskante Entscheidungsoptionen.....	9
1.3 Aufbau der Arbeit.....	11
2. Theoretischer Hintergrund.....	14
2.1 Die individuelle Risikotoleranz als Persönlichkeitsmerkmal	14
2.2 Informationskontext, politische Kompetenz und bewusste Wahrnehmung von Risiken	20
2.3 Die Bedeutung von Heuristiken bei der Chancen-Risiken-Abwägung	27
2.4 Die individuelle Bewertung von Chancen und Risiken.....	32
2.5 Hypothesen zum Einfluss der individuellen Risikotoleranz auf riskante Politikvorschläge.....	38
2.6 Zur Fallauswahl	42
3. Messung und Vorgehen in der empirischen Analyse.....	45
3.1 Die Messung der Risikotoleranz über die Selbstauskunft	45
3.2 Zur Validierung des Messinstrumentes	48
3.3 Das Vorgehen in der empirischen Fallanalyse	57
4. Politische Informationen und politische Partizipation.....	62
4.1 Theoretische Vorüberlegungen	63
4.2 Datengrundlage und Operationalisierung.....	68
4.3 Empirische Befunde zur politischen Involvierung und politischen Kompetenz.....	72
4.4 Empirische Befunde zur politischen Partizipation.....	78
4.5 Zusammenfassung und Diskussion	81
5. Vorschlag zum Ausschluss verschuldeter Eurostaaten	84
5.1 Hintergrund zur Grexit-Diskussion 2015	84
5.2 Fallspezifische Hypothesen	88
5.3 Daten und Operationalisierung	91
5.4 Empirische Befunde.....	94
5.5 Zusammenfassung und Diskussion	104
6. Vorschläge zur Ausgestaltung des Freihandels.....	107
6.1 Hintergrund zur Diskussion protektionistischer Maßnahmen 2018.....	107
6.2 Fallspezifische Hypothesen	111

6.3	Daten und Operationalisierung	115
6.4	Empirische Befunde	119
6.5	Zusammenfassung und Diskussion	131
7.	Vorschlag zur Enteignung von Unternehmen	134
7.1	Hintergrund zur Diskussion um Konzernenteignungen 2019	134
7.2	Fallspezifische Hypothesen	138
7.3	Daten und Operationalisierung	139
7.4	Empirische Befunde	141
7.5	Zusammenfassung und Diskussion	151
8.	Schluss	154
	Literaturverzeichnis.....	163
	Anhang zu Kapitel 3	185
	Anhang zu Kapitel 4	188
	Anhang zu Kapitel 5	196
	Anhang zu Kapitel 6	204
	Anhang zu Kapitel 7	222

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Messung der Risikotoleranz im GLES-, AUTNES- und YouGov-Panel	50
Tabelle 2: Korrelationen mit der selbstberichteten Risikotoleranz	56
Tabelle 3: Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Interesse und die Internal Political Efficacy	72
Tabelle 4: Einfluss der Risikotoleranz auf die interpersonale Kommunikation	73
Tabelle 5: Einfluss der Risikotoleranz auf die Rezeption politischer Nachrichten.....	74
Tabelle 6: Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Wissen.....	75
Tabelle 7: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen	79
Tabelle 8: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung konventioneller Partizipationsformen	80
Tabelle 9: Sozialstrukturelle Merkmale der Befragtengruppen	92
Tabelle 10: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen, Grexit.....	95
Tabelle 11: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung eines Ausschlusses wirtschaftlich schwacher Staaten aus der Eurozone.....	96
Tabelle 12: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen, Freihandel	116
Tabelle 13: Zusammenhang zwischen der Beurteilung eines zunehmenden Freihandels und protektionistischer Maßnahmen (in Prozent).....	117
Tabelle 14: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung des Freihandels	120
Tabelle 15: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltlich konsistente Bewertung des Freihandels	129
Tabelle 16: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen, Enteignung von Konzernen.	142
Tabelle 17: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung einer möglichen Enteignung von Konzernen.....	143
Tabelle 18: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 3	187
Tabelle 19: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 4	191
Tabelle 20: Korrelationen zwischen der Risikotoleranz und der politischen Involvierung.....	192
Tabelle 21: Einfluss der Risikotoleranz auf die Häufigkeit der „Weiß nicht“-Antworten und die selbstberichtete Anzahl der Gesprächspartner	192
Tabelle 22: Mittlerer Einfluss der Risikotoleranz auf die interpersonelle Kommunikation....	193
Tabelle 23: Mittlerer Einfluss der Risikotoleranz auf die Rezeption politischer Nachrichten	193

Tabelle 24: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen (Logit-Koeffizienten)	194
Tabelle 25: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung konventioneller Partizipationsformen (Logit-Koeffizienten)	195
Tabelle 26: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 5	197
Tabelle 27: Korrelationen der unabhängigen Variablen in Kapitel 5	197
Tabelle 28: Einfluss der Risikotoleranz auf die Zustimmung zum Ausschluss wirtschaftlich schwacher Staaten, Interaktionen (Logit-Koeffizienten).....	198
Tabelle 29: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 6	205
Tabelle 30: Korrelationen der unabhängigen Variablen in Kapitel 6	206
Tabelle 31: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung des Freihandels (Logit-Koeffizienten)	207
Tabelle 32: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte, Interaktionen (Logit-Koeffizienten)	208
Tabelle 33: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung protektionistischer Maßnahmen, Interaktionen (Logit-Koeffizienten)	211
Tabelle 34: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss (durchschnittliche marginale Effekte)	217
Tabelle 35: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltlich konsistente Bewertung des Freihandels (Logit-Koeffizienten).....	219
Tabelle 36: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 7	223
Tabelle 37: Korrelationen der unabhängigen Variablen in Kapitel 7	224
Tabelle 38: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung einer möglichen Enteignung von Konzernen, Interaktionen (Logit-Koeffizienten)	225

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Häufigkeitsverteilung der selbstberichteten Risikotoleranz.....	51
Abbildung 2: Stabilität der Risikotoleranz, 2015-2016.....	53
Abbildung 3: Skalenrekodierung der Originalvariablen zur Messung der Risikotoleranz.....	61
Abbildung 4: Einfluss der Risikotoleranz und des Geschlechts auf die politische Involvierung und Kompetenz.....	77
Abbildung 5: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	99
Abbildung 6: Interaktion der Risikotoleranz mit der EU-Verbundenheit in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	101
Abbildung 7: Interaktion der Risikotoleranz mit der Parteiidentifikation in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	102
Abbildung 8: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	123
Abbildung 9: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der Parteiidentifikation (durchschnittliche marginale Effekte (DME)).....	124
Abbildung 10: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der eigenen wirtschaftlichen Lage (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	126
Abbildung 11: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom Isolationismus (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	127
Abbildung 12: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltliche Konsistenz der Bewertung des Freihandels in Abhängigkeit vom politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte).....	130
Abbildung 13: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	146
Abbildung 14: Interaktion der Risikotoleranz mit der Parteiidentifikation (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	147
Abbildung 15: Interaktion der Risikotoleranz mit der Umverteilungspräferenz in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	149
Abbildung 16: Interaktion der Risikotoleranz mit der Haltung zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten).....	150
Abbildung 17: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (durchschnittliche marginale Effekte).....	200
Abbildung 18: Interaktion der Risikotoleranz mit der EU-Verbundenheit in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (durchschnittliche marginale Effekte).....	201

Abbildung 19: Interaktion der Risikotoleranz mit der der Parteiidentifikation in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (durchschnittliche marginale Effekte).....	202
Abbildung 20: Interaktion der EU-Verbundenheit mit dem politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeit).....	203
Abbildung 21: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte)	214
Abbildung 22: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der Identifikation mit ausgewählten Parteien (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (V.W.))	215
Abbildung 23: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage (durchschnittliche marginale Effekte)	216
Abbildung 24: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom Isolationismus (durchschnittliche marginale Effekte)	218
Abbildung 25: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltliche Konsistenz der Bewertung in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)	221
Abbildung 26: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte).....	228
Abbildung 27: Interaktion der Risikotoleranz mit der der Parteiidentifikation (durchschnittliche marginale Effekte).....	228
Abbildung 28: Interaktion der Risikotoleranz mit der Umverteilungspräferenz in Abhängigkeit von dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte)	229
Abbildung 29: Interaktion der Risikotoleranz mit der Haltung zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft in Abhängigkeit von dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte).....	230
Abbildung 30: Interaktion des politischen Wissens mit der Haltung zu staatlichen Eingriffen in den Markt bzw. den Umverteilungspräferenzen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeit)	231

1. Einleitung¹

Im Alltag müssen Menschen ständig Entscheidungen zwischen Optionen treffen, die unterschiedlich sicher sind. Dies gilt auch für den politischen Bereich. Denn jeder neuer Reformvorschlag, jede Wahlentscheidung zugunsten eines noch unbekannten Kandidaten oder einer neuen Partei können sowohl mit positiven als auch negativen Folgen einhergehen. Dabei zeigt sich, dass sich die Mehrheit der Menschen in Situationen unter Unsicherheit für die Option entscheiden, die alles so belässt, wie es aktuell ist, oder die keine Handlung erfordert (Davis et al. 1970; Enelow und Hinich 1981; Bartels 1986; Alvarez 1997; Barber et al. 2017; Morisi et al. 2019). In der politischen Sphäre kann beispielsweise der oft dokumentierte Amtsinhaberbonus als Ausdruck einer Präferenz für den Status quo interpretiert werden (Alvarez 1997; Berger et al. 2000). Auch im Kontext von Entscheidungen zu Sachfragen wie etwa Referenden konnte ein höherer Anteil an ablehnenden Stimmen gezeigt werden, wenn die Befragten darauf verwiesen wurden, dass ein Politikvorschlag eine Abweichung vom Status quo darstellt (Christin et al. 2002; Hobolt 2006; Barber et al. 2017).

In der Verhaltensökonomik wird argumentiert, die Präferenz für den Status quo sei auf eine Verlustaversion zurückzuführen (Samuelson und Zeckhauser 1988; Kahneman et al. 1991; Anderson 2003; Eidelman und Crandall 2009). In einer Reihe von Experimenten zeigen Kahneman und Tversky (1979), dass Menschen potentielle Ergebnisse einer Entscheidungsoption relativ zu einem Referenzpunkt (meist dem Status quo) bewerten. Das heißt, nicht der absolute Betrag, sondern die Veränderung ist maßgeblich, wobei Verluste schwerer wiegen als Gewinne des gleichen Wertes. Darüber hinaus scheinen Dinge als wertvoller bewertet zu werden, die man aktuell besitzt (Endowment-Effekt, siehe Thaler 1980). Die Ergebnisse in Framing-Experimenten geben zudem Hinweise darauf, dass die Attraktivität des Status quo mit der ihm zugeschriebenen größeren Sicherheit im Vergleich zu einer Abweichung mit unsicheren Folgen zusammenhängen könnte. Denn wenn Menschen den Status quo als weniger sicher wahrnehmen als eine Veränderung, dann präferiert die Mehrheit offenbar eher die Abweichung vom aktuellen Zustand (Hobolt 2009, Kapitel 5). Andere Versuchsanordnungen, in denen eine Sachfrage mal als Chance und mal als Risiko dargestellt wird, legen ebenfalls nahe, dass

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit nicht durchgängig eine geschlechterneutrale Sprache verwendet. Gemeint sind sowohl Frauen, Männer als auch anderweitige Geschlechteridentitäten gleichermaßen.

Menschen die Option präferieren, die in ihrer Wahrnehmung weniger unsicher ist (Weber und Milliman 1997; de Vreese und Schuck 2014). Die Verlustaversion führt demnach dazu, dass sich Menschen tendenziell risikoavers verhalten, wenn sie sich im Bereich des Gewinns wahrnehmen. Sehen sie sich hingegen in einer Situation des Verlustes, präferieren sie die riskantere Option, die zumindest die Aussicht auf einen Gewinn oder eine Verbesserung eröffnet (Quattrone und Tversky 1988; Levy 2003; Mercer 2005). Zusammengenommen betrachtet könnten Menschen daher in den meisten Situationen als risikoavers bezeichnet werden, da sie die Optionen bevorzugen, die weniger unsicher sind.

Die Perspektive auf die Aggregatebene verdeckt jedoch, dass sich Menschen in ihrem Umgang mit Chancen und Risiken unterscheiden (Dahlbäck 1990; Bromiley und Curley 1992; Meertens und Lion 2008). Einige Personen sind gerne bereit, die Möglichkeit von negativen Konsequenzen in Kauf zu nehmen, um wünschenswerte Ziele zu erreichen. Andere dagegen würden – selbst wenn sie mit dem aktuellen Zustand unzufrieden sind – keine Veränderung anstreben, wenn diese nicht mit Sicherheit zur gewünschten Verbesserung führt. Die individuelle Risikotoleranz beschreibt demnach die allgemeine Tendenz eines Menschen, in Entscheidungssituationen die Möglichkeit von negativen Ergebnissen in Kauf zu nehmen, um bestimmte wünschenswerte Ziele zu erreichen (Sitkin und Pablo 1992; Kam 2012; Kam und Simas 2012).²

Die bisherigen Befunde zum Einfluss der Risikobereitschaft auf politische Entscheidungen und politisches Verhalten legen nahe, dass die interindividuellen Unterschiede im Umgang mit Risiken auch in der politischen Domäne von Bedeutung sind. Studien zeigen einen Einfluss der Risikotoleranz auf die Wahl von Amtsinhabern (Peterson und Lawson 1989; Morgenstern und Zechmeister 2001; Kam und Simas 2012; Eckles et al. 2014) und von neuen Parteien (Steenbergen und Siczek 2017; Martin 2020), die Nutzung von Stimmensplitting (Helmke 2009) und die politische Partizipationsbereitschaft (Berinsky 2000; Kam 2012). Zur Bedeutung der Risikotoleranz bei der Beurteilung von Sachfragen liegen bisher fast ausschließlich Befunde vor, die im Kontext von Referenden (Nadeau et al. 1999; Clarke et al. 2013; Henderson et al. 2017; Steenbergen und Siczek 2017; Morisi 2018; Liñeira und Henderson 2019) oder Experimenten untersucht

² In dieser Arbeit werden die Begriffe Risikotoleranz, Risikobereitschaft, Risikoneigung und Risikodisposition synonym verwendet. Menschen mit einer geringen Risikotoleranz werden als risikoavers und jene mit einer hohen Risikotoleranz werden als risikobereit bezeichnet.

werden (Eckles und Schaffner 2009, 2011; Kam und Simas 2010; Milita 2017). In dieser Arbeit soll diese Lücke geschlossen werden. Im Zentrum steht die Frage, unter welchen Bedingungen die interindividuellen Unterschiede im Umgang mit Risiken und Chancen einen Einfluss auf die Bewertung von Politikvorschlägen haben.

1.1 Die Bedingungen des Einflusses der Risikotoleranz

Diese Arbeit reiht sich ein in die bisherige Forschung zur Bedeutung der Persönlichkeit für die politische Einstellungsbildung (Riemann et al. 1993; Mondak und Halperin 2008; Mondak 2010; Johnston et al. 2017; Fatke 2019; für Deutschland: Schoen und Schumann 2007). Psychologische Neigungen wirken sich auf die Ziele, die Wahrnehmung und Reaktion auf Reize in der Umwelt aus (z. B. Costa und McCrae 1988; Jost et al. 2003). Die Befunde aus der Persönlichkeitsforschung liefern Hinweise darauf, dass sich Persönlichkeitsmerkmale dann in politischen Präferenzen und Verhaltensweisen manifestieren, wenn Menschen darin Anknüpfungspunkte zu ihren Neigungen und Bedürfnissen finden (Mischel und Shoda 1995; McGraw 2006; Mondak und Halperin 2008; Mondak et al. 2010). Beispielsweise engagieren sich extrovertierte Menschen eher in Wahlkampagnen und Bürgerinitiativen, da diese politischen Partizipationsformen einen stärkeren sozialen Austausch voraussetzen (Mondak et al. 2010; Gerber et al. 2011b). Dabei wendet sich die Persönlichkeitsforschung in den vergangenen Jahren auch verstärkt kontextualen, situativen und personenbezogenen Merkmalen zu, die die Bedeutung der Persönlichkeitsmerkmale im Einstellungsbildungsprozess verstärken oder abschwächen könnten (Gerber et al. 2010; Mondak et al. 2010; Ackermann und Ackermann 2015; Dinesen et al. 2016; Freitag und Ackermann 2016; Ackermann 2016; Fatke 2017).

Die individuelle Risikotoleranz zeichnet sich – wie andere Persönlichkeitsmerkmale auch – durch eine hohe zeitliche Stabilität aus (z. B. Josef et al. 2016; Mata et al. 2016) und kann das Denken und Verhalten in unterschiedlichen Lebensbereichen anleiten (Dohmen et al. 2011; Frey et al. 2017; Mata et al. 2018; Zhang et al. 2019). Damit die Risikotoleranz für die politische Einstellungsbildung eine Rolle spielen kann, müssten auch hier die Individuen in der Lage sein, in der jeweiligen Situation einen Bezug zu ihrer Risikodisposition herzustellen. Sie müssen demnach bei der Beurteilung einer Sachfrage die zur Wahl stehenden Optionen als unterschiedlich sicher einstufen und in

der Abwägung der Chancen und Risiken unsicher sein (vgl. Milita 2017; Liñeira und Henderson 2019).

In der Mehrzahl der politikwissenschaftlichen Studien, die den Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung politischer Sachfragen untersuchen, wird bisher implizit von der Annahme ausgegangen, dass alle Befragten im Moment ihrer Bewertung oder Entscheidung sowohl die potentiell negativen als auch positiven Konsequenzen der riskanteren Option präsent haben, die Risiken für relevant erachten und die Chancen und Risiken bewusst gegeneinander abwägen. So befassen sich viele der Publikationen zum Einfluss der Risikotoleranz auf Sachfragen mit Unabhängigkeitsreferenden. Diese Studien zeigen beispielsweise für die Abstimmung über den Austritt Großbritanniens aus der EU im Jahre 2016 (Henderson et al. 2017; Steenbergen und Siczek 2017), das Schottland-Referendum im Jahre 2014 (Pattie und Johnston 2017; Liñeira und Henderson 2019) und das Unabhängigkeitsreferendum in Quebec 1995 (Nadeau et al. 1999; Clarke et al. 2004) einen direkten Einfluss der Risikotoleranz auf das Abstimmungsverhalten. Da weder die potentiellen Folgen noch deren Eintrittswahrscheinlichkeit eines Austritts aus vergangenen Erfahrungen abgeleitet werden können, sind solche Entscheidungen im Rahmen von Referenden im besonderen Maße mit Unsicherheit behaftet. Zudem werden solche Abstimmungen meist von Kampagnen und kontroversen politischen Debatten begleitet, sodass angenommen werden kann, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung der Risiken bewusst ist und diese als relevant erachtet.

Eine zweite Gruppe an Studien untersucht den Einfluss der individuellen Risikotoleranz in der politischen Domäne im Rahmen von Priming- und Framing-Experimenten. Auch unter diesen Bedingungen könnte durch die Auswahl der Szenarien die Zugänglichkeit von Risikoerwägungen erhöht sein und die Interpretation der Situation leichter kontrolliert werden. Beispielsweise werden – in Anlehnung an die Experimente von Kahneman und Tversky (1979) im Rahmen der Prospect Theory – Anwendungsfälle konstruiert, in denen die aktuelle Situation in einer Versuchsgruppe als Gewinn und einer zweiten als Verlust erscheint. In diesem Zusammenhang wird geprüft, wie risikotolerante und risikoaverse Menschen auf einen Verlust- bzw. einen Gewinn-Frame reagieren (Kowert und

Hermann 1997; Kam und Simas 2010).³ In anderen Versuchsanordnungen werden die Entscheidungsoptionen als riskanter und unsicherer dargestellt, indem bestimmte Merkmale des Politikvorschlags besonders betont werden. Beispielsweise werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Experimentalgruppe aufgefordert, bei ihrer Entscheidung an die Risiken zu denken (Eckles und Schaffner 2009, 2011; Morisi 2018).

Die Erkenntnisse aus den bisherigen Studien beschränken sich daher auf sehr spezifische Kontexte, in denen die Bürgerinnen und Bürger die politische Sachfrage mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit mit Risiken assoziieren. Zudem wird durch die Beschränkung auf Referenden und Experimente sichergestellt, dass sich die Befragten darin einig sind, welche der zur Wahl stehenden Option die sicherere bzw. die riskantere ist. Dies erklärt den bisherigen Fokus der Studien auf Anwendungsbeispiele, bei denen der Politikvorschlag klar als Abweichung vom Status quo verstanden werden kann.

In Situationen außerhalb von Umfrageexperimenten und Referenden sind diese Voraussetzungen allerdings oft nicht erfüllt. Welche Chancen und Risiken mit einer Entscheidung einhergehen könnten und wie wahrscheinlich diese sind, erfahren die Bürgerinnen und Bürger primär über die Medienberichterstattung. Sie lernen, wie sich die politischen Parteien zu dem Politikvorschlag positionieren und ob sie sich in ihrer Risikobewertung unterscheiden. Dabei bedienen sich sowohl die Parteien als auch die Medien in ihrer Darstellung Framing-Strategien, um der Bevölkerung eine bestimmte Wahrnehmung der Chancen und Risiken nahezulegen (z. B. Nelson et al. 1997b; Schuck und de Vreese 2006). Beispielsweise kann ein Politikvorschlag von den Gegnern als riskant bezeichnet werden, während die Befürworter diesen als Maßnahme zur Minimierung einer Bedrohung darstellen. Inwiefern eine Person entsprechende Botschaften rezipiert und einordnen kann, hängt maßgeblich davon ab, wie aufmerksam sie die politische Medienberichterstattung verfolgt (Zaller 1992). Im theoretischen Teil dieser Arbeit wird dargelegt, warum die Komplexität des Gegenstandes, die Intensität der Medienberichterstattung und das Framing der politischen Eliten mögliche Unterschiede in der Risikowahrnehmung zwischen politisch wenig und stark interessierten Menschen erklären könnten.

³ In der Risikoforschung wird das beobachtete Risikoverhalten in solchen Experimenten und hypothetischen Entscheidungssituationen häufig herangezogen, um die individuelle Risikotoleranz zu messen (z. B. Peterson und Lawson 1989; Berinsky 2000; Berinsky und Lewis 2007; Eckles und Schaffner 2011; Eckles et al. 2014). Inwiefern diese Herangehensweise in der Messung problematisch ist und warum in dieser Arbeit eine Messung über die Selbstausskunft der Befragten erfolgt, wird in Kapitel 3 ausführlich diskutiert.

Die Zugänglichkeit von Risikoerwägungen stellt allerdings nur eine erste Bedingung für einen Einfluss der Risikotoleranz bei der Einstellungsbildung dar. Denn Menschen können sich darüber hinaus darin unterscheiden, wie sie die potentiellen positiven und negativen Folgen bewerten, für wie wahrscheinlich sie diese halten und ob sie ein Trade-off zwischen den Chancen und Risiken wahrnehmen. Es wird in der Arbeit argumentiert, dass die Risikotoleranz nur dann einen Einfluss auf die Beurteilung von politischen Sachfragen haben sollte, wenn die Chancen und Risiken für gleichermaßen relevant erachtet werden und es einer Person nicht gelingt, den Trade-off auf anderem Wegen aufzulösen.

Bisher wurden nur zwei Studien vorgelegt, die den Einfluss der Risikotoleranz auf politische Einstellungen in einem Kontext außerhalb von Referenden und Experimenten untersuchen und individuelle Unterschiede in der Risikobewertung berücksichtigen (Ehrlich und Maestas 2010; Milita et al. 2020). Beide legen den Schwerpunkt allerdings auf die finanzielle Risikoexposition einer Person, sodass den Bürgerinnen und Bürgern ein ökonomisches Kalkül in der Bewertung der Situation unterstellt wird. Ausgehend von den empirischen Befunden aus der Risikoforschung wird in der vorliegenden Arbeit hingegen begründet, warum anzunehmen ist, dass rationale Kosten-Nutzen-Abwägungen bei bestimmten Entscheidungen unter Risiko eine untergeordnete Rolle spielen (Kahneman et al. 1982; Mousavi und Gigerenzer 2014).

Die Bewertung von Chancen und Risiken von Politikvorschlägen auf Grundlage rationaler Kalküle ist sehr voraussetzungsreich. Zum einen sind die potentiellen Folgen und ihre Eintrittswahrscheinlichkeiten in Bezug auf neue Politikvorschläge meistens nicht bekannt, sodass auch unter zur Berücksichtigung aller verfügbaren Informationen eine Abschätzung schwierig ist; zum anderen müssen die Personen die kognitiven Ressourcen und die Motivation aufbringen, um sich umfassend zu informieren und auf dieser Grundlage die persönlichen Chancen und Risiken der Entscheidungsoptionen abzuleiten. Tatsächlich finden sich in der Literatur dagegen viele Hinweise darauf, dass das Interesse der Bevölkerung für politische Themen und damit einhergehend das durchschnittliche politische Wissen gering sind (Converse 1964; Neuman 1986; Delli Carpini und Keeter 1996). Die Hürden für eine Beurteilung der Chancen und Risiken auf Grundlage ökonomischer Kalküle scheinen daher sehr hoch zu sein. Stattdessen wird argumentiert, warum eher von einer starken Orientierung an individuellen Prädispositionen wie

Werten, bereichsspezifischen Grundorientierungen und Gruppenidentitäten auszugehen ist.

Erachtet eine Person auf Basis ihrer Prädispositionen sowohl die Chancen als auch Risiken einer riskanten Entscheidungsoption als gleichermaßen relevant, liegt ein schwieriger Trade-off vor. Aus der Risikoforschung ist bekannt, dass Menschen in solchen Entscheidungen unter Unsicherheit und Risiko häufig auf Heuristiken zurückgreifen (Sniderman et al. 1991, S. 14–30; Kuklinski und Quirk 2000; Sniderman 2000; Redlawsk und Lau 2013). Diese kognitiven Abkürzungen erlauben schnelle und oft ausreichend gute Entscheidungen (Simon 1955; Lupia und McCubbins 1998; Gigerenzer et al. 1999). Insbesondere in realweltlichen Kontexten, in denen die Unsicherheit sehr groß ist, stellen sie oft die einzige Möglichkeit dar, um eine Entscheidung treffen zu können (Mousavi und Gigerenzer 2014). Allerdings zeigen Befunde aus verschiedenen Experimenten, dass die Nutzung von Heuristiken häufig auch mit unlogischen Schlussfolgerungen und Verzerrungen einhergeht (Kahneman et al. 1982; Kuklinski und Quirk 2000).

In der vorliegenden Arbeit wird gezeigt, wie Menschen ihre politische Kompetenz und die Elitensignale heranziehen können, um ihre Unsicherheit bei der Abwägung der Chancen und Risiken zu reduzieren und sich in ihrer Entscheidung festzulegen. Ausgehend vom *Receive-Accept-Sample*-Modell (Zaller 1992) wird angenommen, dass politisch kompetente Bürgerinnen und Bürger nicht nur mit größerer Wahrscheinlichkeit Informationen zu Risiken wahrnehmen, sondern dass sie aufgrund ihres Hintergrundwissens eher in der Lage sind, die wahrgenommenen Argumente und Botschaften mit ihren Prädispositionen abzugleichen. Befunde zum Einfluss des eigenen Kompetenzgefühl auf die Sicherheit der Risiken- und Chancenbewertung (Langer 1975; Heath und Tversky 1991; Sitkin und Weingart 1995; Vertzberger 1995) lassen zudem vermuten, dass sich politisch kompetente Menschen in der Beurteilung eines Politikvorschlags im Vergleich zu politisch uninteressierten Menschen weniger unsicher fühlen. Des Weiteren haben Anhänger von Parteien die Möglichkeit, deren Position zu übernehmen, sofern sich diese zu einem Politikvorschlag eindeutig äußerten. Für diese Vermutungen sprechen auch Studienergebnisse zum Einfluss der Risikotoleranz auf das Abstimmungsverhalten in Unabhängigkeitsreferenden (z. B. Morisi 2018; Liñeira und Henderson 2019). Zumindest in solchen spezifischen Kontexten scheint der Einfluss der Risikotoleranz bei Menschen mit einer geringen politischen Kompetenz und ohne eine Parteibindung bei ihrer Entscheidungsfindung stärker zu sein.

Zusammenfassend betrachtet ist das Ziel dieser Arbeit, einen Beitrag zur systematischen Untersuchung der Bedingungen zu leisten, unter denen die interindividuellen Unterschiede im Umgang mit Risiken den politischen Einstellungsbildungsprozess beeinflussen können. Die zentralen Annahmen zum Einfluss der Risikotoleranz sind, dass Individuen erstens in der Lage sein müssen, die Entscheidungsoptionen als unterschiedlich sicher zu bewerten, und dass sie sich zweitens in der Abwägung der Chancen und Risiken eines Politikvorschlags unsicher sein müssen. Die Ergebnisse dieser Arbeit können Aufschluss darüber geben, ob und wie in Untersuchungen zu Einstellungen zu mit Risiken behafteten Politikvorschlägen die individuelle Risikotoleranz in den Erklärungsmodellen zukünftig berücksichtigt werden sollte.

Im empirischen Teil dieser Arbeit wird dabei ein Messinstrument für die Risikotoleranz verwendet, das über nur eine Frage im Fragebogen erhoben wird. Es wird für online erhobene Stichproben in Deutschland und Österreich gezeigt, dass dieses sparsame Messinstrument dennoch eine gute Reliabilität und Validität aufweist, die mit Befunden auf Grundlage repräsentativer Stichproben vergleichbar sind (Dohmen et al. 2011; Josef et al. 2016). Eine Integration des Instrumentes in Frageprogramme anderer sozialwissenschaftlicher Studien wäre daher leicht umzusetzen.

Die Fallauswahl im empirischen Teil dieser Arbeit beschränkt sich auf Sachfragen, die dem finanz- und wirtschaftspolitischen Bereich zugeordnet werden. Wirtschaftspolitische Sachfragen sind oft technisch und komplex, sodass sie sich schwer ohne Hintergrundwissen beurteilen lassen (Carmines und Stimson 1980). Die Unsicherheit ist bei diesen Sachfragen daher vermutlich deutlich größer als bei Themen, die auch ohne Kontextinformationen mit den eigenen Prädispositionen verknüpft werden können. Dies gilt insbesondere dann, wenn es sich um einen neuen Vorschlag handelt. Unter diesen Bedingungen könnten Interpretationsrahmen in der Medienberichterstattung, die einen Bezug zu bestimmten Symbolen und Werten herstellen, und die Positionierung der politischen Eliten eine wichtigere Rolle für die Risikowahrnehmung und -bewertung spielen (vgl. Chong und Druckman 2007c, 111-112). Politikvorschläge aus dem Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik stellen demnach einen geeigneten Ausgangspunkt dar, um den erwarteten moderierenden Effekt der politischen Kompetenz, Prädispositionen und des Informationskontextes für den Einfluss der Risikotoleranz zu untersuchen.

1.2 Begriffsklärung: Risiko und riskante Entscheidungsoptionen

In dieser Arbeit wird der Einfluss der individuellen Risikotoleranz auf die Beurteilung von Politikvorschlägen untersucht, deren Auswirkungen mit einem Risiko behaftet sind. Da sowohl in den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen als auch im alltäglichen Sprachgebrauch der Risikobegriff unterschiedlich verwendet wird, soll an dieser Stelle geklärt werden, welche Definition von Risiko und riskanten Entscheidungsoptionen im Folgenden zugrunde gelegt wird.

In der klassischen Definition des Ökonomen Knight (1921, Kapitel 7) ist eine riskante Entscheidungssituation dadurch gekennzeichnet, dass alle potentiellen Auswirkungen einer Wahloption sowie deren Eintrittswahrscheinlichkeiten bekannt sind. Die Größe eines Risikos wird aus dem Produkt aus Eintrittswahrscheinlichkeit und subjektivem Nutzen der möglichen Entscheidungsergebnisse ermittelt. Hingegen sind in einer unsicheren Entscheidung zwar die möglichen Ergebnisse der Wahloptionen bekannt, nicht aber die Eintrittswahrscheinlichkeiten. Eine Entscheidungsoption wird als umso riskanter eingestuft, je größer die Varianz des Erwartungsnutzens der möglichen Ergebnisse ist (March und Shapira 1987, S. 1404; Shapira 1995, S. 43).⁴ Legt man die Risikodefinition von Knight zugrunde, kommt man zu dem Schluss, dass Entscheidungen unter Risiko außerhalb von Wettspielen in der Realität kaum vorkommen. Vielmehr hat man es meist mit Situationen „fundamentaler“ Unsicherheit zu tun (Mousavi und Gigerenzer 2014), die noch über Knights Beschreibung hinausgeht. Denn im Alltag sind nicht nur die Eintrittswahrscheinlichkeit, sondern oft auch die möglichen Folgen einer Entscheidung meist unbekannt.

Die psychologische und soziologische Risikoforschung orientiert sich bei ihrer Risikodefinition hingegen stärker an der Risikowahrnehmung der Menschen und dem alltagssprachlichen Gebrauch (Aven 2012; Althaus 2005). Die häufigsten Definitionen betonen zwei Komponenten: zum einen die Möglichkeit einer Verlustes oder Schadens und zum anderen die Wahrscheinlichkeit, mit der dieses negative Ereignis eintritt (Aven und Renn 2009; Slovic 1999). Anders als in den normativen Entscheidungstheorien wird das Risiko von Laien demnach mit der Möglichkeit eines unerwünschten oder schädlichen

⁴ Beispielsweise stellt in einem Wettspiel mit der Option A, in der man sicher 100 € erhält, und einer Option B, in der man mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent 200 € und mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent kein Geld erhält, die Option B die riskantere Entscheidungsalternative dar.

Ergebnisses verbunden und nicht neutral als Varianz der potentiellen Ergebnisse (March und Shapira 1987).

In dieser Risikoliteratur wird betont, dass Risiken subjektive und soziale Konstrukte seien (Renn 1998). Risikowahrnehmungen werden als das Ergebnis eines Zusammenspiels aus Personeneigenschaften, Kontext und der Natur des Gegenstandes verstanden (Slovic 1987). Daher kommt Slovic zu dem Schluss, dass „[r]isk does not exist ‘out there’, independent of our minds and cultures, waiting to be measured [...] There is no such thing as ‘real risk or ‘objective risk’“ (Slovic 1999, S. 690; siehe auch Luhmann 1990). Für verschiedene Risiken lässt sich feststellen, dass die subjektive Wahrnehmung und die objektiv berechenbaren Risiken oft sehr unterschiedlich sind (Fischhoff et al. 1978; Slovic et al. 1982). Die statistische Häufigkeit, mit der die jeweiligen negativen Ereignisse auftreten, spielt dabei eine untergeordnete Rolle. Die meisten Menschen scheinen Risiken anhand der Schwere des Schadens (z. B. Katastrophenpotential, Mortalität, Reichweite) und der Unbekanntheit (z. B. Kontrollierbarkeit, Vertrautheit, Beobachtbarkeit) zu definieren. In diesen beiden Komponenten spiegelt sich die in der Psychologie und Soziologie verwendete Risikodefinition als „Möglichkeit eines Schadens“ wider.

In der Nutzung des Risikobegriffes im Alltagsgebrauch kann zudem unterschieden werden, ob dieser in Bezug auf eine Bedrohung verwendet wird oder im Zusammenhang mit einer Entscheidung, die sowohl positive als auch negative Folgen haben könnte. Im ersten Fall geht es darum, wie hoch die Wahrscheinlichkeit und der Schaden eingeschätzt werden und ob und wenn ja, wie diese Bedrohung minimiert werden kann. Beispielsweise wird in der Forschung zu wohlfahrtsstaatlichen Präferenzen dann von individuellen Risiken gesprochen, wenn es um existentielle Notlagen von Menschen aufgrund von z. B. Krankheit, einem Unfall oder Arbeitsplatzverlust geht (z. B. Häusermann et al. 2015; Rehm 2016). Es existiert außerdem eine umfangreiche Forschung zu der Wahrnehmung und Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf Bedrohungen, die Auswirkungen auf die Gesellschaft als Ganzes haben – wie Naturkatastrophen oder Terrorismus (z. B. Lerner et al. 2003; Cologna et al. 2017).

Wird der Risikobegriff in Zusammenhang mit Trade-offs verwendet, stellen sich Individuen dagegen die Frage, ob die Wahrscheinlichkeit und der Nutzen der möglichen positiven Ergebnisse höher ausfällt als die Wahrscheinlichkeit und der Schaden der möglichen negativen Ergebnisse. Im Gegensatz zum vorherigen Fall besteht bei diesen

Entscheidungen die Möglichkeit, einen Gewinn zu erzielen und nicht „nur“ im Idealfall einen Schaden abzuwenden. Hier lassen sich beispielsweise Studien verorten, die sich der Bewertung von (neuen) Technologien widmen (z. B. Sjöberg 2003; Siegrist et al. 2007). Ebenso kann hier Literatur zu riskanten Wahlentscheidungen – wie die Stimmenabgabe für eine neue Partei oder einen unbekannten Kandidaten – hinzugezählt werden (z. B. Kam und Simas 2012; Eckles et al. 2014; Martin 2020).

In dieser Arbeit werden die im Theorieteil formulierten Hypothesen für Politikvorschläge überprüft, die sich Trade-off-Entscheidungen zuordnen lassen. Eine Entscheidungsoption wird dann als riskanter bezeichnet, wenn sie sowohl die Möglichkeit eines Schadens oder Verlustes als auch eines wünschenswerten Ausgangs einschließt. Für eine riskante Option fehlen bei der Bestimmung der Folgen und deren Eintrittswahrscheinlichkeit in Vergleich mehr Informationen und Erfahrungswerte, sodass die Varianz der möglichen Ergebnisse größer ist.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die weitere Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel. Im zweiten Kapitel wird das theoretische Modell dieser Arbeit vorgestellt. Nach einer Beschreibung des Persönlichkeitsmerkmals Risikotoleranz wird aus den bisherigen Befunden aus der Einstellungs- und Risikoforschung abgeleitet, wodurch die Risikowahrnehmung und die Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung bedingt sein könnte. Daraus werden Hypothesen formuliert, wie die Risikotoleranz die Beurteilung von Politikvorschlägen in Abhängigkeit vom Informationskontext, der Positionierung der politischen Eliten, der politischen Kompetenz und Prädispositionen beeinflussen kann. Das dritte Kapitel widmet sich dem Messinstrument, mit dem die individuelle Risikotoleranz in den verwendeten Daten erhoben wird, und prüft seine Validität.

Im theoretischen Modell wird der politischen Kompetenz bei der Risikowahrnehmung und der Unsicherheit in der Beurteilung von Risiken und Chancen eine herausragende Rolle zugesprochen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, dass sich die politische Involvierung und politische Versiertheit zwischen risikoaversen und risikobereiten Menschen unterscheiden könnte. Daher wird im vierten Kapitel der Einfluss der Risikotoleranz auf die politische Involvierung, das politische Wissen sowie die Nutzung von politischen Partizipationsformen untersucht. Dabei wird gezeigt, dass risikobereite Menschen zwar

eine höhere politische Aufmerksamkeit für politische Informationen berichten, dass sich dieses politische Interesse jedoch nicht in einem höheren politischen Wissen im Vergleich zu risikoaversen Menschen niederschlägt. Sowohl die Untersuchungen in diesem Kapitel als auch im vorherigen Kapitel zur Qualität des Messinstrumentes werden sowohl für die deutsche als auch die österreichische Bevölkerung durchgeführt. Der Vergleich von zwei deutschsprachigen Ländern mit ähnlicher Geschichte und politischen Systemen ermöglicht fundiertere Schlussfolgerungen über die Bedeutung der Risikotoleranz für die politische Kompetenz und das Partizipationsverhalten.

In den Kapiteln fünf, sechs und sieben werden die im Theoriekapitel aufgestellten Hypothesen in drei Fallbeispielen untersucht. Jedes dieser Kapitel beginnt jeweils mit einer Darstellung des Informationskontextes. Da die individuelle Interpretation eines Politikvorschlags in Hinblick auf seine Risiken in den verwendeten Daten nicht direkt erhoben wurde, muss über eine Betrachtung des Zusammenspiels aus politischem Diskurs, Positionen der politischen Eliten und Prädispositionen auf diese geschlossen werden. Bei den Fallbeispielen liegt der Fokus auf dem Framing der Risiken und Chancen des Politikvorschlags in der Medienberichterstattung und auf der Positionierung der politischen Eliten. Darauf aufbauend werden fallspezifische Hypothesen abgeleitet. Nach einer Beschreibung der Datengrundlage und der Operationalisierung der Variablen werden die Befunde präsentiert. Zum Abschluss dieser Kapitel werden die Ergebnisse in Hinblick auf die fallspezifischen Hypothesen zusammengefasst und diskutiert.

Der Einfluss der Risikotoleranz wird in dieser Arbeit für drei wirtschaftspolitische Sachfragen untersucht, die in Deutschland im Zeitraum zwischen 2015 und 2019 intensiv in der politischen Medienberichterstattung diskutiert wurden. Im fünften Kapitel wird der Politikvorschlag analysiert, wirtschaftlich zu schwache Euroländer aus der Europäischen Wirtschaftsunion auszuschließen. Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den Geldgebern um weitere Hilfskredite im Sommer 2015 diskutiert. Im sechsten Kapitel wird die Bedeutung der Risikotoleranz bei der Erklärung von Präferenzen zur Ausgestaltung des Freihandels geprüft. Die Datenerhebung erfolgte im Kontext des Handelskonfliktes zwischen der US-Regierung und der Europäischen Union (EU) im Frühjahr 2018, als in Reaktion auf die US-Strafzölle gegen die EU protektionistische Maßnahmen im Gespräch waren. Im Zentrum des siebten Kapitels steht der Vorschlag zur Enteignung einflussreicher Unternehmen mit dem Ziel, ihre Macht einzuschränken. Eine besondere Aufmerksamkeit in

der Medienberichterstattung erlangten solche Vorschläge nach Äußerungen einiger Politiker im Frühjahr 2019.

Im letzten Kapitel dieser Arbeit werden die zentralen Ergebnisse zusammengefasst, Probleme und Einschränkungen benannt und noch offene Fragen für die weitere Forschung zu den Bedingungen eines Einflusses der Risikotoleranz auf politische Vorschläge aufgezeigt.

2. Theoretischer Hintergrund

In diesem Kapitel wird der theoretische Rahmen dieser Arbeit entwickelt. Im Zentrum stehen die Bedingungen, unter denen die individuelle Risikotoleranz einen Einfluss auf die Beurteilung von riskanten Politikvorschlägen haben könnte. Es wird begründet, warum die Risikotoleranz als Persönlichkeitsmerkmal bei jenen Menschen einen stärkeren Einfluss auf die politische Einstellungsbildung haben sollte, die sich bei der Abwägung zwischen den Chancen und Risiken eines Sachvorschlags unsicher fühlen. Anhand von etablierten Erklärungsmodellen der politischen Einstellungsforschung und bisherigen Befunden zum Einfluss der Risikotoleranz wird abgeleitet, wie das Zusammenspiel aus Personenmerkmalen, Informationskontext und gegenstandsbezogenen Eigenschaften die Risikobewertung bestimmen könnten. Es wird argumentativ dargelegt, warum die Wahrnehmung von Risiken eine notwendige, aber nicht automatisch auch eine hinreichende Bedingung dafür ist, dass sich Menschen bei der Beurteilung riskanter Sachfragen an ihrer individuellen Risikotoleranz orientieren.

Im folgenden Abschnitt wird zunächst das Konzept der Risikotoleranz als Persönlichkeitsmerkmal erläutert. Anschließend wird dargelegt, wie der Informationskontext und die politische Kompetenz beeinflussen, ob eine Person über die Risiken eines Politikvorschlags informiert ist. Der dritte Abschnitt widmet sich der Frage, welche Strategien Menschen nutzen, um den Trade-off zwischen Chancen und Risiken aufzulösen. Dabei wird insbesondere die Rolle von Heuristiken, kognitiven Abkürzungen, hervorgehoben. Danach wird erläutert, welche Rolle Prädispositionen, die politische Kompetenz, die Medienberichterstattung und der Elitendiskurs bei der Bewertung von Chancen und Risiken spielen und welche Implikationen dies für den Abwägungsprozess hat. Auf Grundlage dieser Ausführungen werden Hypothesen formuliert, wie und bei welchen Menschen die individuelle Risikotoleranz die Einstellungsbildung in der politischen Domäne beeinflussen könnte. Das Kapitel schließt mit einer Beschreibung der Fallauswahl.

2.1 Die individuelle Risikotoleranz als Persönlichkeitsmerkmal

Die individuelle Risikotoleranz wird als Bereitschaft verstanden, mögliche negative Konsequenzen einer Entscheidung in Kauf zu nehmen, um wünschenswerte Ziele zu erreichen (Bromiley und Curley 1992; Sitkin und Pablo 1992; Kam 2012). Während Menschen mit einer niedrigen Toleranz für Risiken eher dazu tendieren, die Option zu

wählen, die ihnen sicherer erscheint, zeigen risikotolerante Personen häufiger eine Präferenz für Entscheidungsoptionen, die eine größere Varianz in den potentiellen Ergebnissen aufweisen (Oxley et al. 2008; Shook und Fazio 2009; Luttig und Lavine 2016; Johnston et al. 2017, S. 94–95). Persönlichkeitsmerkmale haben ihren Ursprung in der genetischen Veranlagung und in frühen Sozialisationserfahrungen (z. B. Riemann et al. 1997; Loehlin et al. 1998) und weisen im Verlauf des Lebens eine hohe Stabilität auf (z. B. McCrae und Costa 2003). Daher beeinflussen sie Motive, Ziele sowie die Wahrnehmung von und Reaktion auf verschiedene Stimuli in der Umwelt (z. B. Costa und McCrae 1988; Jost et al. 2003). Auch für die Toleranz für Risiken werden neuronale und genetische Ursachen (Kreek et al. 2005; Christopoulos et al. 2009; Roe et al. 2009; Roiser et al. 2009) und ein Einfluss von Erfahrungen in den ersten Lebensjahren diskutiert (Zuckerman 2007; Dohmen et al. 2011; Josef et al. 2016). In der psychologischen Forschung wird die Risikotoleranz dementsprechend als ein stabiles Persönlichkeitsmerkmal definiert (Dahlbäck 1990; Fagley und Miller 1990; Bromiley und Curley 1992; Kowert und Hermann 1997).

Das Konzept der Risikotoleranz ist eng verwandt mit der von Zuckerman entwickelten Sensation-Seeking-Skala, zu der die Risikotoleranz als Teilaspekt gehört (Zuckerman 1979, 2007). Sensation Seeking beschreibt die allgemeine Verhaltenstendenz, verschiedene neue, abwechslungsreiche und intensive Eindrücke und Empfindungen zu suchen, auch wenn dafür möglicherweise physische, soziale, legale oder finanzielle Risiken eingegangen werden müssen (Zuckerman 1994, S. 27). Menschen mit einem starken Bedürfnis nach aufregenden, intensiven Erfahrungen und Enthemmung weisen demnach eine höhere Risikotoleranz auf (Loewenstein 1994; Zuckerman 1979). Zuckerman (2007) vermutet die Ursache für die interindividuellen Unterschiede im Bedürfnis nach Stimulation im optimalen „Erregungsniveau“. Dieses ist bei Personen mit niedrigem Stimulationsbedürfnis deutlich früher erreicht als bei jenen mit hohem (siehe auch Coombs 1975). Wird das optimale Niveau an Stimulation überschritten, wird die Aktivität nicht mehr als anregend empfunden, sondern als emotional aufwühlend und ängstigend.

Es gibt jedoch auch Kritiker, die anzweifeln, dass die Risikotoleranz zu den Persönlichkeitsmerkmalen gezählt werden kann (Hanoch et al. 2006; Chater et al. 2011; Figner und Weber 2011; Fox und Tannenbaum 2011; Zhang et al. 2019). Zum einen wird vorgebracht, dass die Risikotoleranz einer Person domänenspezifisch sei (Weber et al. 2002; Meertens und Lion 2008; Maestas und Pollock 2010a; Yechiam und Ert 2011;

Highhouse et al. 2017). Denn viele Personen zeigen je nach Entscheidungsbereich eine unterschiedliche Präferenz für riskante Entscheidungen und Handlungen. Beispielsweise kann ein riskanter Autofahrer bei Finanzfragen immer bemüht sein, jegliche Risiken zu vermeiden. Einige Forscher schlagen daher vor, dass zur Erklärung eines bestimmten Risikoverhaltens immer die individuelle Risikotoleranz in der jeweiligen Domäne herangezogen werden sollte (Sitkin und Weingart 1995; Keil et al. 2000; Cho und Lee 2006; Kull et al. 2014; van Winsen et al. 2016).

Zweitens weisen Kritiker darauf hin, dass unterschiedliche Messmethoden zur Einordnung von Menschen in Risikoaverse, Risikoneutrale und Risikobereite nur schwach untereinander korrelieren (z. B. Meertens und Lion 2008; Maestas und Pollock 2010a; Dohmen et al. 2011; Frey et al. 2017). In den meisten Studien wird eine von zwei Strategien angewendet, um die individuelle Risikotoleranz einer Person zu ermitteln. Entweder die Messung erfolgt über die Selbstausskunft der Befragten (z. B. Ehrlich und Maestas 2010; Kam und Simas 2010; Dohmen et al. 2011) oder über das beobachtbare Risikoverhalten in Lotteriespielen, Kartenspielen oder anderen Experimenten (z. B. Holt und Laury 2002; Figner et al. 2009). In den vergangenen Jahren wurden in mehreren groß angelegten Studien die gängigsten Messmethoden miteinander verglichen. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Messung der Risikodisposition über das beobachtete Risikoverhalten hinsichtlich der internen Konsistenz, Reliabilität, vor allem aber hinsichtlich der Erklärungskraft im Vergleich zu der Selbsteinschätzung der Befragten deutlich schlechter abschneidet (Lönnqvist et al. 2015; Josef et al. 2016; Frey et al. 2017; Pedroni et al. 2017; Mata et al. 2018).

Die geringe Reliabilität der Messung über das Risikoverhalten deckt sich mit der Beobachtung aus Framing-Experimenten im Rahmen der Prospect Theory. In einer Serie von Experimenten zeigten Kahneman und Tversky (1979), dass bereits eine geringe Veränderung in der Darstellung eines inhaltlich gleichen Sachverhaltes das Risikoverhalten beeinflussen kann. Wird eine Situation in Bezug auf den Status quo (oder einen anderen Referenzpunkt) als Verlust interpretiert, entscheiden sich Menschen im Durchschnitt für die objektiv riskantere Option. Legt die Situationsbeschreibung nahe, man befände sich im Gewinnbereich, trifft die Mehrheit dagegen eine risikoaverse Entscheidung (Fagley und Miller 1987; Quattrone und Tversky 1988; Kam und Simas 2010; Druckman 2001).

Diese Hinweise auf Inkonsistenzen im Risikoverhalten über Situationen und Domänen hinweg deuten darauf hin, dass der Einfluss der Risikotoleranz von der Risiko- und

Nutzenwahrnehmung abhängen könnte (Sitkin und Pablo 1992; Sitkin und Weingart 1995; Weber et al. 2002; Hanoch et al. 2006). Beispielsweise zeigen einige Studien, dass die Präferenzumkehr in den Verlust- bzw. Gewinnframes auf eine veränderte Risikowahrnehmung zurückgeführt werden könnte (Sitkin und Weingart 1995; Jou et al. 1996; Mellers et al. 1997; Weber und Milliman 1997). Von einigen Forschern wird daher vermutet, dass tatsächlich ein allgemeiner Faktor der Risikobereitschaft existieren könnte, der Ähnlichkeit zum allgemeinen Faktor der Intelligenz hat (Dohmen et al. 2011; Zhang et al. 2016; Frey et al. 2017; Highhouse et al. 2017; Pedroni et al. 2017; Mata et al. 2018). Demnach könnten Menschen in verschiedenen Lebensbereichen und Situationen unterschiedlich risikotolerant sein, aber immer wirke eine personenspezifische Konstante mit.

In der Forschung werden zum Zusammenspiel der individuellen Risikotoleranz und der Risikowahrnehmung unterschiedliche Wirkungsmechanismen diskutiert. Zum Beispiel wird vermutet, dass die Risikotoleranz beeinflussen könnte, wie der Trade-off zwischen Chancen und Risiken aufgelöst wird (z. B. wie im Psychophysical Risk-Return Model, Weber et al. 2002). Werden die Annahmen aus Motivationstheorien zugrunde gelegt, werden Menschen unter anderem von zwei lebenswichtigen Bedürfnissen angetrieben: Sie versuchen auf der einen Seite Unversehrtheit und Sicherheit zu gewährleisten, auf der anderen Seite verfolgen sie Ziele wie Fortschritt und Wachstum (z. B. Atkinson 1957; Schneider und Lopes 1986; Higgins 1997, 1998). In der Regulatory Focus Theory (Higgins 1997, 1998) wird beispielsweise angenommen, dass Personen mit chronischem Promotionsfokus Situationen tendenziell als Chance auf Verbesserung oder Fortschritt sehen.⁵ Potentielle Ergebnisse werden von ihnen demnach unterschieden in Gewinn oder kein Gewinn. Ein chronischer Präventionsfokus fördert hingegen eine Perspektive, Entscheidungsergebnisse als Verlust oder kein Verlust zu interpretieren. Entsprechend könnten risikoaverse und risikobereite Menschen mit einem positiven oder negativen Ausgang einer unsicheren Entscheidungssituation unterschiedliche Emotionen verbinden (Idson et al. 2000, 2004). Annahmen aus den Motivationstheorien könnten demnach helfen, den unterschiedlichen Fokus von risikoaversen und risikotoleranten Menschen

⁵ Darüber hinaus können auch die Eigenschaften von Situationen einen Promotions- oder Präventionsfokus mittels Framing (Shah und Higgins 1997; Boldero und Higgins 2011) oder der Aufforderung, sich an bestimmte Situationen zu erinnern, anregen (Higgins et al. 2001).

bei der Auflösung des Trade-offs zwischen Chancen und Risiken zu verstehen (Kam und Simas 2010).

Menschen mit einer hohen bzw. einer niedrigen Toleranz für Risiken könnten sich aber auch in ihrer Chancen- und Risikowahrnehmung unterscheiden. Zuckerman und Kuhlman (2000) zeigen, dass Personen mit einem hohen Bedürfnis nach Stimulation dazu tendieren, in riskanten Situationen weniger Angst zu empfinden. Möglicherweise nehmen risikosuchende Menschen wiederum riskante Optionen sogar als attraktiver wahr, weil diese ihr höheres Bedürfnis nach neuen Eindrücken und Abwechslung befriedigen können (Kam 2012, S. 818). Riskante Entscheidungen und Handlungen würden bei risikotoleranten Menschen daher nicht nur weniger negative Emotionen auslösen, sondern könnten auch mit positiveren Gefühlen assoziiert sein (Zaleskiewicz 2001; Berinsky und Kinder 2006). Diese Annahmen stünden auch im Einklang mit Studienergebnissen, die den Einfluss von Emotionen auf das Risikoverhalten untersucht haben. So scheint Enthusiasmus ein risikobereites (Wright und Bower 1992; Druckman und McDermott 2008) und Angst ein risikomeidendes Verhalten zu begünstigen (Lerner und Keltner 2000, 2001; Lerner et al. 2003; Huddy et al. 2005; Huddy et al. 2007; Druckman und McDermott 2008).⁶

Zudem gibt es Hinweise darauf, dass sich Risikoaverse stärker durch das Betonen von Risiken und Bedrohungen und Risikobereite stärker durch die Hervorhebung von Chancen beeinflussen lassen (Nadeau et al. 1999; Kam und Simas 2010; Eckles und Schaffner 2011). Kontextuelle Informationen zu Chancen und Risiken könnten daher möglicherweise stärker wirken, wenn sie zum Fokus der Aufmerksamkeit eines Individuums passen (Higgins 1998; Boldero und Higgins 2011; Ehrlich und Maestas 2010; Kam und Simas 2010; Luttig und Lavine 2016). So scheinen beispielsweise ängstliche Menschen bedrohlichen Informationen eine höhere Aufmerksamkeit zu schenken (z. B. Broadbent und Broadbent 1988; MacLeod und Cohen 1993; siehe auch Druckman und McDermott 2008). Andere Studien zeigen wiederum, dass risikobereite Menschen Risiken als geringer einschätzen könnten, weil sie eher davon überzeugt sind, die potentiellen Folgen einer Entscheidung besser vorhersagen und daher kontrollieren zu können (Weber und Milliman 1997; Hibbing et al. 2019).

⁶ Negative Emotionen scheinen in ihrer Wirkung insgesamt vielfältiger zu sein als positive. Beispielsweise wählen ängstliche Menschen zwar seltener die riskante Option, dagegen wurde für wütende Menschen eine höhere Wahrscheinlichkeit für ein risikobereites Verhalten festgestellt (z. B. Lerner und Keltner 2000, 2001; Huddy et al. 2007; Druckman und McDermott 2008).

Persönlichkeitsmerkmale beeinflussen Ziele, Motive und Wertorientierungen von Menschen und geben die Kriterien vor, anhand derer sie auf externe Stimuli reagieren (Costa und McCrae 1988; Jost et al. 2003). Damit können sie die Bewertungen und Verhaltensweisen in sehr verschiedenen Kontexten anleiten. Der Einfluss von Persönlichkeitsmerkmalen auf Einstellungen und Verhaltensweisen in der politischen Domäne wurde bisher in verschiedenen Situationen gezeigt (Caprara et al. 1999; Caprara und Zimbardo 2004; Schumann und Schoen 2005; Caprara et al. 2006; Schoen 2007; Mondak und Halperin 2008; Mondak et al. 2010; Mondak 2010). Inwiefern die Persönlichkeit für die Einstellungsbildung und das Verhalten von Belang ist, hängt maßgeblich davon ab, ob sich Persönlichkeitsmerkmale in einer spezifischen Situation über den Stimulus ansprechen lassen (Mischel und Shoda 1995; Mondak und Halperin 2008; Mondak et al. 2010). Mit anderen Worten – wenn die Inhalte einer Sachfrage mit den Zielen und Motiven eines Persönlichkeitsmerkmals korrespondieren, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass derlei Persönlichkeitsmerkmale bei der Einstellungsbildung eine Rolle spielen.

Dieser Argumentation folgend, könnte die Risikotoleranz dann die Einstellungsbildung und Entscheidungsfindung beeinflussen, wenn sich Menschen dabei möglicher Risiken bewusst und sie sich in der Abwägung der Chancen und Risiken unsicher sind (vgl. Milita 2017; Liñeira und Henderson 2019). Inwiefern diese Bedingungen erfüllt sind, kann sowohl von der Situation, Personenmerkmalen als auch einem Zusammenspiel dieser beiden Faktoren abhängen. Denn nicht alle Personen nehmen einen Stimulus wahr und reagieren auf diesen in gleicher Weise. Beispielsweise wurde bereits für den Einfluss von Autoritarismus auf politische Einstellungen gezeigt, dass dieser bei jenen Menschen stärker ist, die eine Bedrohung wahrnehmen (Feldman und Stenner 1997; Feldman 2003; Lavine et al. 2005; Stenner 2005).

Damit die Risikotoleranz einen Einfluss auf die Bewertung eines riskanten Politikvorschlags haben kann, müsste einer Person demnach bekannt sein, dass der Vorschlag in Bezug auf seine Chancen und Risiken diskutiert wird. Sie muss zudem in der Lage sein, die zur Wahl stehenden Optionen danach zu unterscheiden, welche riskanter ist. Und selbst wenn diese Bedingungen erfüllt sind, können sich Menschen darin unterscheiden, wie sie die potentiellen positiven und negativen Folgen bewerten, für wie wahrscheinlich sie diese halten und ob sie bei dieser Chancen-Risiken-Abschätzung unsicher sind. Im den folgenden drei Abschnitten werden diese Schritte in der Kausalkette näher betrachtet.

2.2 Informationskontext, politische Kompetenz und bewusste Wahrnehmung von Risiken

Die wichtigste Quelle der Bürgerinnen und Bürger, um sich über riskante Politikvorschläge zu informieren, ist die politische Berichterstattung in den Medien. Politische Akteure und Medienberichte können Informationen auf unterschiedlicher Art und Weise darstellen, um die Bürgerinnen und Bürger von ihren Argumenten und Politikvorschlägen zu überzeugen (Zaller 1992; Berinsky und Kinder 2006). Insbesondere bei riskanten politischen Sachfragen könnte dieses Framing einen starken Einfluss auf die Wahrnehmung von Chancen und Risiken haben (Quattrone und Tversky 1988; Schuck und de Vreese 2006; Kam und Simas 2010; de Vreese et al. 2011; Luttig und Lavine 2016). Die politischen Akteure präsentieren über die Medien ihre Politikvorschläge und erläutern, welche Ziele sie damit verfolgen. Andere Akteure reagieren, indem sie Vorschläge unterstützen oder nicht. Dabei können sowohl die Befürworter als auch die Kritiker mit Hinweisen auf die potentiellen Risiken um Unterstützung ihrer Position werben (Schuck und de Vreese 2006; de Vreese und Kandyla 2009; Faas und Schoen 2010). Wenn es sich bei dem Politikvorschlag um eine grundlegende Reform und radikale Abweichung vom Status quo handelt, können die Gegner die potentiellen Nachteile oder Gefahren der Maßnahme oder des Ziels besonders hervorheben (Renn 1998). Werden die Politikvorschläge als Reaktionen auf Probleme, eine drohende Gefahr oder einen bereits eingetretenen Schaden formuliert, können auch die Befürworter in ihren Argumenten auf Risiken hinweisen, die mit ihrem Vorschlag möglicherweise minimiert werden. Der Begriff individuelle Risikowahrnehmung bezieht sich im Folgenden darauf, wie eine Person interpretiert, welche der zur Wahl stehenden Entscheidungsoptionen in Hinblick auf ihre potentiellen Folgen riskanter bzw. sicherer ist.

Bei der Beurteilung von riskanten Politikvorschlägen kann nicht vorausgesetzt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger über die potentiellen Risiken informiert sind bzw. im Moment der Beurteilung entsprechenden Erwägungen präsent haben. Denn empirische Befunde deuten darauf hin, dass viele Menschen die politische Medienberichterstattung nicht aufmerksam verfolgen (Converse 1964; Neuman 1986; Delli Carpini und Keeter 1996). Im Mittel scheinen das politische Interesse und Wissen in der Bevölkerung gering und die Varianz hoch zu sein (Converse 1990). Dies äußert sich beispielsweise in Wiederholungsbefragungen in einer geringen zeitlichen Stabilität sowie geringen internen Konsistenz von Bewertungen (Converse 1964). Aufgrund der Vielfalt und Komplexität

von politischen Themen kennen sich auch politisch sehr Interessierte in einigen Politikbereichen besser aus als in anderen (für "issue publics" siehe Converse 1964; Krosnick 1990). Zudem zeigen Ergebnisse aus Umfrageexperimenten, dass selbst geringe Veränderungen in der Präsentation einer Frage einen Einfluss auf das Antwortverhalten haben können (z. B. Quattrone und Tversky 1988; Feldman und Zaller 1992; Sniderman und Theriault 2004; Chong und Druckman 2007c). Insgesamt bleiben die meisten Menschen in ihrer politischen Kompetenz weit hinter dem normativen Anspruch eines „Musterbürgers“ zurück (Schoen 2006).

Gedächtnisbasierte Modelle zur Erklärung von politischen Einstellungen bieten einen geeigneten Ausgangspunkt, um abzuleiten, unter welchen Bedingungen welche Personen einen Politikvorschlag als riskant wahrnehmen könnten. Unter Einstellungen werden hier auf ein Objekt bezogene Gesamtbewertungen verstanden, die affektive, behaviorale und kognitive Komponenten umfassen können (Maio et al. 2019). Einstellungen sind „a psychological tendency that is expressed by evaluating a particular entity with some degree of favor or disfavor“ (Eagly und Chaiken 1993, S. 1). In gedächtnisbasierten Modellen wird angenommen, dass Menschen zu den meisten politischen Objekten keine auskristallisierten und stabilen Einstellungen haben (Feldman und Zaller 1992; Zaller 1992; Tourangeau et al. 2000). Vielmehr haben sie zu politischen Objekten ganz verschiedene, oftmals auch widersprüchliche Überzeugungen, Emotionen und Orientierungen im Langzeitgedächtnis abgespeichert. Diese Erwägungen oder kognitiven Elemente sind mit affektiven Bewertungen versehen, die dem entscheidenden Individuum entweder eine Zustimmung oder eine Ablehnung nahelegen (Zaller 1992, S. 40–41).

Da die Kapazität zur Informationsverarbeitung im Gehirn begrenzt ist (Miller 1957), können nicht all diese Erwägungen zum Zeitpunkt der Einstellungsbildung abgerufen werden. Die Zugänglichkeit einer einzelnen mentalen Repräsentation im Gedächtnis hängt unter anderem davon ab, wie regelmäßig sie aktiviert wird, wie viel Zeit seit der letzten Aktivierung vergangen ist, wie stark sie mit anderen Elementen in der kognitiven Struktur vernetzt ist; sowie von der persönlichen Wichtigkeit (Higgins und King 1981; Krosnick 1989; Zaller 1992; Fazio 1995; Lavine et al. 1996).⁷ Eine geäußerte Einstellung ist demnach das Ergebnis einer Verrechnung aller zugänglichen Erwägungen und ihrer affektiven Ladungen zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Bewertung eines

⁷ Für eine detaillierte Beschreibung des Informationsverarbeitungsprozesses bei der politischen Einstellungsbildung siehe Lodge und Taber 2000, 2013; Kim et al. 2010.

Attributs wird dafür mit der subjektiven Wichtigkeit gewichtet, und dann werden die Produkte aufaddiert (Feldman und Zaller 1992; Chong und Druckman 2007a, S. 107; siehe klassisch das Werterwartungsmodell von Fishbein und Ajzen 1975).⁸ Die Instabilität von in Wiederholungsinterviews geäußerten Präferenzen und Einstellungsänderungen ließe sich demnach darauf zurückführen, dass zwischen Situationen die Auswahl an abgespeicherten Erwägungen, ihre Zugänglichkeit und ihre Gewichtung variieren können (Chong und Druckman 2007a).

Welche Erwägungen zu einem Einstellungsobjekt im Moment der Beurteilung zugänglich sind, hängt also stark vom Informationskontext ab. Dabei kommt der Medienberichterstattung und dem Elitendiskurs eine Schlüsselrolle zu (Zaller 1992). Durch die Darstellung eines Sachverhaltes aus einer bestimmten Perspektive können die Problemdefinition, die Wahrnehmung von Risiken und Chancen oder die Annahmen zu Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen beeinflusst werden (Sjöberg 2001; Joffe 2003; Sniderman und Theriault 2004; Chong und Druckman 2007c). Zusätzliche Informationen können Verknüpfungen von Erwägungen zu einem Einstellungsobjekt neu etablieren oder aber bestehende Verknüpfungen verstärken (Chong und Druckman 2007a). Zudem können die Medien über die Intensität der Berichterstattung und die Auswahl der Meldungen bestimmten Themen und Argumenten im Diskurs ein größeres Gewicht verleihen. Beispielsweise spiegelt sich die unbewusste Tendenz der meisten Menschen, sich stärker negativen als positiven Nachrichten zuzuwenden, auch in einer proportional umfangreicheren Medienberichterstattung zu Krisen, Katastrophen und Risiken wider (Ohira et al. 1998; Soroka 2006; Soroka und McAdams 2015). Die politischen Eliten wiederum können versuchen, eine Sachfrage mit bestimmten Werten, Symbolen oder Zielen zu verknüpfen (Sniderman und Theriault 2004). Dieses Issue-Framing kann daher die Zugänglichkeit bestimmter Erwägungen im Entscheidungsprozess erhöhen und die Auswahl an Erwägungen verändern, die in die Gesamtbewertung eingehen (Zaller 1992; Zaller und Feldman 1992). Möglicherweise kann ein Framing darüber hinaus auch die subjektive Relevanz von Bewertungsdimensionen verändern, sodass einzelne Erwägungen mit anderer Gewichtung in den Verrechnungsprozess eingehen (Nelson et al. 1997a; Scheufele 2000; Chong und Druckman 2007a).

⁸ Andere mathematische Modelle gehen davon aus, dass über die gewichteten Erwägungen ein Mittelwert gebildet wird – wie beispielsweise in der Informationsintegrationstheorie von Anderson (1971, S. 67). In welcher Form der Verrechnungsprozess tatsächlich abläuft, ist nicht abschließend geklärt (Petty und Cacioppo 1981, 133, Fußnote 1; Eagly und Chaiken 1993; Böhner und Wänke 2002, S. 57–58).

Allerdings lassen sich Menschen nicht beliebig durch die Argumente in der Medienberichterstattung in ihrer Meinung beeinflussen. Eines der bekanntesten gedächtnisbasierten Modelle wurde von John Zaller (1992) vorgelegt. In seinem *Receive-Accept-Sample-Modell* (RAS-Modell) argumentiert er, dass interindividuelle Unterschiede in der Verarbeitung neuer Informationen bereits bei der Rezeption entsprechender Botschaften auftreten. Denn je höher die politische Kompetenz einer Person, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie die politischen Informationen in den Medien wahrnimmt (Zaller 1992, S. 42–44). Zaller spricht in diesem Zusammenhang von *political awareness* und definiert diese als „the extent to which an individual pays attention to politics and understands what he or she has encountered“ (Zaller 1992, S. 21). Dabei unterscheidet Zaller explizit zwischen einer affektiven und einer kognitiven Komponente der *political awareness*. Da es in seinem theoretischen Ansatz um die Rezeption, Informationsverarbeitung und Speicherung neuer Informationen im Gedächtnis geht, reiche ein Interesse oder eine emotionale Auseinandersetzung für das Vorliegen einer politischen Versiertheit nicht aus (Zaller 1992, S. 42–43). Vielmehr müssen Personen zudem in der Lage sein, die wahrgenommenen neuen Informationen einzuordnen und zu bewerten (Zaller 1992, S. 333–345; siehe auch Converse 1964; Neuman 1986; Luskin 1987; Sniderman et al. 1991; Delli Carpini und Keeter 1996; Goren 2013, S. 58).⁹ Die Akzeptanz der rezipierten Informationen stellt daher die zweite Hürde für einen Einfluss politischer Informationen auf die Einstellungsbildung dar.

Prädispositionen, die Teil des Selbstkonzeptes einer Person sind, nehmen in der politischen Einstellungsstruktur eine zentrale Position ein (z. B. Green et al. 2002; Campbell et al. 1960). Sie verweisen auf politische Symbole, die bereits früh in der Sozialisation erlernt werden und sich durch eine hohe Stabilität im Lebensverlauf auszeichnen (Sears und Funk 1991; Lau und Heldman 2009). Durch ihre starke Vernetzung mit anderen mentalen Repräsentationen im Langzeitgedächtnis und der großen persönlichen Wichtigkeit für das Selbstbild eines Menschen haben Prädispositionen daher eine besonders hohe Wahrscheinlichkeit, in der Einstellungsbildung mitaktiviert zu werden (Zaller 1992; Tourangeau et al. 2000; Alvarez und Brehm 2002). Entsprechend sollten Prädispositionen einen besonders starken Einfluss auf die Einstellungsbildung ausüben. In der

⁹ In der Literatur werden für die politische Kompetenz unterschiedliche Begriffe benutzt. Im Folgenden werden die Bezeichnungen politische Sophistizierung, Kompetenz und Versiertheit synonym verwendet. Die politische Involvierung dagegen bezeichnet, wie stark sich eine Person mit der politischen Domäne verbunden fühlt und mit wie viel Aufmerksamkeit das politische Geschehen verfolgt wird (Falter und Schoen 2014, S. 876).

Auseinandersetzung mit neuen Informationen können sie wie ein Filter wirken, indem wahrgenommene Inhalte danach beurteilt werden, ob sie in Einklang mit den eigenen Überzeugungen gebracht werden können. „[E]very opinion is a marriage of information and predisposition: information to form a mental picture of the given issue, and predisposition to motivate some conclusion about it“ (Zaller 1992, S. 6).

Zaller (1992) unterscheidet die politischen Informationen in Überzeugungsbotschaften (*persuasive messages*) und Hinweisinformationen (*cueing messages*). Überzeugungsbotschaften sind Argumente, die eine Zustimmung oder Ablehnung nahelegen sollen, während Hinweisbotschaften den kontextuellen Rahmen einer Aussage liefern – beispielsweise in welcher politischen Partei oder in welchem ideologischen Lager die Quelle der Botschaft verortet werden kann. In Experimenten wurde gezeigt, dass sich Bürgerinnen und Bürger bei der Beurteilung umso wahrscheinlicher von den Argumenten in einem Frame überzeugen ließen, je größer die Passgenauigkeit zu ihren Prädispositionen war (Nelson et al. 1997a; Sniderman und Theriault 2004; Chong und Druckman 2007a).

Ob Überzeugungsbotschaften politischer Eliten akzeptiert werden, hängt insbesondere von der Parteibindung ab. Sie wird definiert als affektive Bindung an eine Partei, ohne dass dafür eine formale Mitgliedschaft notwendig wäre (Campbell et al. 1960, S. 297–298; Greene 1999; Green et al. 2002). Die Beurteilung eines wahrgenommenen Argumentes kann danach erfolgen, welchem politischen Lager die Quelle zugeordnet werden kann (Cohen 2003). Demnach kann die Parteiidentifikation wie ein Wahrnehmungsfilter wirken (Campbell et al. 1960; Zaller 1992; Alvarez und Brehm 2002). Aber auch andere Prädispositionen wie Wertorientierungen und bereichsspezifische Überzeugungen und die persönliche Wichtigkeit können dazu führen, dass alternative Deutungsangebote keinen Einfluss auf die Meinungsbildung haben (Lecheler et al. 2009). Da Bürgerinnen und Bürger in pluralen Demokratien mit unterschiedlichsten Überzeugungsbotschaften konfrontiert sind, können sich die Effekte gegenläufiger Frames zudem neutralisieren, wenn ein Individuum mehrere Bedeutungsdimensionen für gleichermaßen wichtig erachtet (Sniderman und Theriault 2004; Brewer und Gross 2005; Chong und Druckman 2007c).

In Bezug auf die Interpretation einer riskanten Entscheidungssituation heißt dies, dass die Anhänger von Parteien eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, deren Frame eines Politikvorschlags zu übernehmen. Wenn sich daher die Parteien darin unterscheiden, ob sie einen Politikvorschlag als riskant oder als sichere Option im Vergleich zum Status

quo darstellen, dann wird auch innerhalb der Bevölkerung die Risikowahrnehmung in Abhängigkeit von der Parteiidentifikation variieren. In einem Informationskontext, in dem sich die politischen Eliten in der Interpretation der Risikosituation dagegen einig sind, sollten keine Unterschiede zwischen den Personen mit unterschiedlich Parteibindung in der Risikowahrnehmung auftreten.

Zusammengenommen betrachtet haben Menschen durch ihre Prädispositionen theoretisch Bewertungskriterien, mit denen sie neue Informationen kritisch prüfen können. Um diesen Abgleich allerdings vornehmen zu können, benötigen sie genügend Hintergrundinformationen, um eine Verknüpfung zu ihren Prädispositionen herstellen zu können. Politisch informierte Personen haben nicht nur eine höhere Chance, die entsprechende Überzeugungs- und Hinweisbotschaften in den Medien wahrzunehmen, sondern sie verfügen darüber hinaus über ein umfangreiches politisches Überzeugungssystem, dessen einzelne Elemente untereinander systematisch zusammenhängen (Luskin 1990). Dies äußert sich beispielsweise darin, dass die Einstellungen von politisch kompetenten Personen zeitlich stabiler und untereinander konsistenter sind (Converse 1964; Lavine et al. 1997; Luskin 1990; Sniderman et al. 1991). Dadurch fällt es ihnen leichter, politische Informationen abzugleichen und zu filtern. Hingegen fehlt politisch wenig Informierten oft das Hintergrundwissen, um die möglichen Implikationen abzuleiten, die Quelle des Argumentes festzustellen sowie eine Bewertung vorzunehmen (Schuck und de Vreese 2006; Chong und Druckman 2007b; Lecheler und de Vreese 2010; Goodwin et al. 2018). Für die Wahrnehmung und Zugänglichkeit von Erwägungen, die sich auf eine riskante Sachfrage beziehen, heißt dies, dass politisch kompetente Personen politische Nachrichten über die Chancen und Risiken eher rezipieren und auf Grundlage ihres Überzeugungssystems einordnen können. Entsprechend ist die Wahrscheinlichkeit bei politisch wenig interessierten Menschen geringer, dass sie wissen, ob ein Politikvorschlag potentiell negative Folgen haben könnte oder eine bestehende Bedrohung minimieren soll und wie sich die politischen Eliten zum Vorschlag positionierten.

Wie groß die Unterschiede in der Risikowahrnehmung zwischen politisch uninformierten und sehr kompetenten Personen sind, könnte sowohl von Eigenschaften des Politikvorschlags als auch von dem politischen Diskurs in den Medien abhängen. Viele neue Technologien, Gesundheits- und Umweltthemen werden in der öffentlichen Kommunikation stets im Zusammenhang mit ihren potentiellen negativen Folgen behandelt und über einen sehr langen Zeitraum diskutiert (Keller et al. 2006; Leiserowitz 2006; Siegrist

et al. 2007; Costa-Font et al. 2008a; Costa-Font et al. 2008b; van der Linden 2015; Crettaz von Roten et al. 2017). Dazu zählen zum Beispiel die Diskussionen um Impfungen, genmanipulierte Nahrungsmittel oder die Digitalisierung. In Gesellschaften gibt es zudem Themen, die durch einschneidende katastrophale Ereignisse oder durch gesellschaftliche Konfliktlinien symbolisch aufgeladen sind. Beispielsweise beeinflussten Reaktorunfälle und der Einsatz von nuklearen Waffen die Meinung vieler Menschen zur Kernenergie so stark, dass sie diese Technologie unabhängig von dem möglichen Nutzen stets mit potentiellen Gefahren für das Leben und die Umwelt in Verbindung bringen (Crettaz von Roten et al. 2017; Kristiansen et al. 2018). Zudem kann aus einigen Politikvorschlägen direkt abgeleitet werden, dass sie weitreichende Implikationen haben, beispielsweise für die Gesundheit der Bevölkerung. Daher werden einige politische Sachfragen auch von jenen Personen mit Risiken in Verbindung gebracht, die die politische Berichterstattung in den Medien nicht aufmerksam verfolgen.

Auch der politische Diskurs könnte den Einfluss der politischen Kompetenz auf die Risikowahrnehmung beeinflussen. Je intensiver die Medienberichterstattung, desto größer ist die Chance, dass auch politisch Uninformierte mit den Argumenten der Gegner und Befürwortern in Berührung kommen und die Positionen der Parteien in Erfahrung bringen. Dies setzt allerdings voraus, dass die gegenläufigen Argumente mit ähnlich hoher Intensität kommuniziert werden (Zaller 1992, 207). Solche Lerneffekte konnten beispielsweise im Vorfeld von Referenden mit der Nähe zum Abstimmungstag beobachtet werden (LeDuc 2002, 2003; Morisi 2016). Allerdings muss bei der Übertragung dieser Befunde bedacht werden, dass zum einen im Kontext von Referenden die Bürgerinnen und Bürger einen deutlich stärkeren Anreiz haben, sich zu informieren und eine Meinung zu bilden; zum anderen ist die Intensität der Medienberichterstattung zu Referenden meist deutlich höher verglichen mit anderen Sachfragen, bei denen die Entscheidung in der Regel bei der Regierung und dem Parlament und nicht direkt bei der Bevölkerung liegt.

Zusammenfassend betrachtet gibt es viele Gründe für die Annahme, dass nicht alle Menschen Risikoerwägungen präsent haben, wenn sie riskante Politikvorschläge bewerten. Wenn in der Medienberichterstattung explizit auf die Risiken einer Sachfrage oder einer Entscheidung hingewiesen wird, dann werden nur jene Menschen ein Wissen darüber haben, die diese Informationen wahrgenommen haben. Bei geringer Intensität der Medienberichterstattung und wenn ein Thema eher wenig vertraut ist, wird die

Wahrscheinlichkeit der Rezeption dieser risikobezogenen Botschaften bei politisch wenig Informierten daher vermutlich geringer sein (vgl. Perko et al. 2013). Wird ein riskanter Politikvorschlag oder eine Wahloption dagegen über einen langen Zeitraum intensiv diskutiert oder ist die Thematik den meisten Menschen vertraut, dann werden Risikoerwägungen bei allen Bürgerinnen und Bürgern präsent sein. Dieser Argumentation folgend, kann die Zugänglichkeit von Risikoerwägungen und die Interpretation von Risikosituationen über die Zeit variieren. Kontextfaktoren wie Lerneffekte, Verschiebungen in der Positionierung der politischen Eliten oder einschneidende Ereignisse können die Risikowahrnehmung verändern.

2.3 Die Bedeutung von Heuristiken bei der Chancen-Risiken-Abwägung

Das bewusste Abwägen zwischen Chancen und Risiken kann als gefühlte Ambivalenz oder als innerer Konflikt zwischen inkommensurablen Zielen erlebt werden (z. B. Hochschild 1981; Feldman und Zaller 1992; Tetlock 2000; Alvarez und Brehm 2002, S. 67–70; Steenbergen und Brewer 2004). Diese Zielkonflikte treten beispielsweise dann auf, wenn die im Moment der Einstellungsbildung zugänglichen Prädispositionen jeweils Schlussfolgerungen nahelegen, die miteinander unvereinbar sind (Alvarez und Brehm 2002, S. 68–69). Riskante Entscheidungsoptionen zeichnen sich dadurch aus, dass es nicht gleichzeitig möglich ist, Verluste auszuschließen und Gewinne oder Verbesserungen zu erwarten. Je mehr Sicherheit gewünscht ist, desto weniger Fortschritt und Verbesserung sind unter Bedingungen riskanter Entscheidungsoptionen möglich und umgekehrt. Per definitionem ist das Ergebnis, das aus einer riskanten Entscheidung folgt, unsicher. Unter Unsicherheit wird hier ein Zustand unvollständigen oder fehlenden Wissens verstanden (Downs 1957, S. 77; siehe auch Alvarez und Brehm 2002; McGraw et al. 2003). Bei der Beurteilung riskanter Politik- und Wahlvorschläge kann nicht nur Unsicherheit auftreten, weil man die möglichen positiven und negativen Konsequenzen einer riskanten Entscheidungsoption nicht kennt, sondern auch, weil man die potentiellen Folgen und deren Wahrscheinlichkeit nicht sicher einschätzen kann.

Obwohl es in der politischen Domäne oft Politikvorschläge und Entscheidungssituationen gibt, bei denen sowohl positive als auch negative Folgen auftreten könnten, sind solche bewusst wahrgenommenen Trade-offs bei den meisten Menschen eher selten (Tetlock 2000; Alvarez und Brehm 2002; Meffert et al. 2004). Denn damit sich eine Person eines inneren Konfliktes zwischen Chancen und Risiken bewusst ist, müssen

viele Voraussetzungen erfüllt sein (siehe auch Alvarez und Brehm 2002, S. 69–70).¹⁰ Erstens muss sich das Individuum darüber bewusst sein, dass ein präsentierter Politikvorschlag negative Folgen haben könnte, also riskant ist. Wie im vorangegangenen Abschnitt aufgezeigt, variiert die Zugänglichkeit von Risikoerwägungen unter anderem mit der politischen Kompetenz, dem Informationskontext, der Komplexität des Gegenstandes und der Vertrautheit mit der Sachfrage. Zum anderen darf eine Person gegenüber dem möglichen Ergebnis der Entscheidung nicht indifferent sein (Alvarez und Brehm 2002, S. 68). Wenn es um politische Entscheidungen geht, deren Folgen Auswirkungen auf das eigene Leben und/oder die Gesellschaft als Ganzes haben, kann erwartet werden, dass die Relevanz für Bürger eher höher ist. Bei spezifischen Sachfragen und Wahlentscheidungen hingegen ist die gefühlte Betroffenheit vermutlich bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eher gering. Als dritter Aspekt kommt hinzu, dass die sich gegenseitig ausschließenden Ziele als gleich wichtig eingeschätzt werden (Alvarez und Brehm 2002, S. 68–69). Denn wenn der mögliche Schaden als deutlich größer als der potentielle Nutzen betrachtet wird, haben Menschen keinen Anreiz, ein Risiko in Kauf zu nehmen (Weber und Milliman 1997; Weber et al. 2002).

Als Ausgangspunkt der meisten Ansätze zur Erklärung von Entscheidungsverhalten unter Risiko und Unsicherheit werden verschiedene Zwei-Prozess-Modelle herangezogen (Petty und Cacioppo 1986; Sloman 1996; Chaiken und Trope 1999; Evans 2008; Kahneman 2011). Demnach können zwei Formen der Informationsverarbeitung unterschieden werden. Im systematischen Verarbeitungsmodus werden die verfügbaren Informationen hinsichtlich ihrer Wichtigkeit und Relevanz sorgsam geprüft und die Kosten und Nutzen jeder Alternative gegeneinander abgewogen. Diese Form der Informationsverarbeitung ist zeitintensiv, kognitiv sehr anspruchsvoll und setzt daher ein hohes Maß an Motivation voraus (Chaiken et al. 1989). Der periphere Verarbeitungsmodus zeichnet sich hingegen durch eine schnelle, aber oberflächliche Beurteilung aus. Dafür können Menschen auf eine Reihe von Heuristiken, das heißt kognitive Abkürzungen,

¹⁰ Zaller (1992) spricht bereits dann von einer Ambivalenz, wenn widersprüchliche Erwägungen zu einem politischen Objekt im Langzeitgedächtnis abgespeichert wurden (siehe auch Lavine 2001; McGraw et al. 2003; Meffert et al. 2004; Basinger und Lavine 2005). Dagegen argumentieren Alvarez und Brehm, dass diese Definition zu breit gefasst sei, da die Ambivalenz so nicht von Unsicherheit, die auf fehlendes Wissen zurückgeführt werden kann, und Indifferenz unterschieden werden könne (Alvarez und Brehm 2002, S. 69–70). Stattdessen betonen sie, dass Ambivalenz nur dann vorliege, wenn sich eine Person der widersprüchlichen Implikationen ihrer Prädispositionen in Bezug auf eine Bewertung *bewusst ist*. Diese Begriffsdefinition wird auch hier zugrunde gelegt (siehe für eine Unterscheidung von objektiver und subjektiver Ambivalenz Priester und Petty 1996).

zurückgreifen (Sniderman et al. 1991, S. 14–30; Lupia und McCubbins 1998; Kuklinski und Quirk 2000; Sniderman 2000; Redlawsk und Lau 2013). Diese erlauben auch ohne intensive Suche und Analyse von Informationen eine schnelle Bewertung. Zwar kann die Nutzung von Heuristiken in vielen Fällen zu ausreichend guten Ergebnissen führen (Simon 1955; Lupia und McCubbins 1998; Gigerenzer et al. 1999), doch ist diese oberflächliche Informationsverarbeitung auch anfällig für systematische Fehlschlüsse (Kahneman et al. 1982; Kuklinski und Quirk 2000).

Das bewusste Wahrnehmen von miteinander unvereinbaren Kognitionen oder Gefühlen gegenüber einem Einstellungsobjekt oder bei Zielkonflikten führt zu einem internen Spannungszustand, der als psychologisch unangenehm empfunden wird (Festinger 1957; Nordgren et al. 2006; van Harreveld et al. 2009). Menschen haben daher ein drängendes Bedürfnis, eine Konsistenz herzustellen oder diese aufrechtzuerhalten. Einige Autoren argumentieren, dass in Entscheidungen zwischen konfliktären Zielen eine analytische Informationsverarbeitung daher wahrscheinlicher werden könnte (Maio et al. 1996; Jonas et al. 1997). Denn wenn viel auf dem Spiel steht und die Folgen einer Entscheidung für eine Person von hoher subjektiver Relevanz sind, könnte eine höhere Motivation vorliegen, sich umfassend zu informieren und die wahrgenommenen Argumente sorgsam zu prüfen und abzuwägen (Chaiken et al. 1989). Die Unsicherheit bei der Abschätzung riskanter Politikvorschläge könnte negative Emotionen wie Angst und Furcht auslösen (Dahlbäck 1990; van Harreveld et al. 2009), die wiederum begünstigend auf die Motivation wirken könnten, mehr kognitive Ressourcen aufzubringen und die Informationen systematisch zu verarbeiten (Maio et al. 1996; Jonas et al. 1997; Marcus et al. 2000; aber siehe Nordgren et al. 2006).

Es gibt jedoch mehrere Gründe anzunehmen, dass Menschen bei der Abwägung zwischen Chancen und Risiken von riskanten Politikvorschlägen primär auf Heuristiken zurückgreifen, um den psychologisch belastenden Zustand der Unsicherheit und des inneren Konfliktes aufzulösen. So sind in einer komplexen Welt weder alle potentiellen Folgen einer politischen Entscheidung noch deren Eintrittswahrscheinlichkeit bekannt (Volz und Gigerenzer 2012). In vielen Situationen fehlt jegliches Wissen über Eintrittswahrscheinlichkeiten und die möglichen Folgen, sodass auch eine intensive Informationssuche nicht weiterhelfen kann. Zudem fehlt es Menschen an kognitiven Ressourcen und der Zeit, um sich vor jeder Entscheidung umfassend über die potentiellen positiven

und negativen Folgen zu informieren und eine rationale und sorgsam abgewogene Beurteilung vornehmen zu können (vgl. Simon 1956, 1990; Volz und Gigerenzer 2012).¹¹

Auch die Motivation zur intensiven Auseinandersetzung mit komplexen politischen Themen ist bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern gering (Converse 1964; Zaller 1992; Delli Carpini und Keeter 1996). Politisch hoch involvierte Personen erfüllen zwar am ehesten die Voraussetzungen, um Argumente sorgsam zu prüfen und abzuwägen (Zaller 1992; Kam 2005). Einige empirische Befunde sprechen allerdings dafür, dass auch diese Personengruppe in der Informationsverarbeitung bemüht ist, eher die bereits bestehenden Vorstellungen zu bestätigen (*motivated reasoning*), anstatt eine möglichst akkurate Entscheidung zu treffen (Lodge und Taber 2000, S. 186; Taber und Lodge 2006). Politisch kompetente Menschen scheinen Heuristiken nicht seltener zu nutzen als jene mit geringem politischem Interesse, auch wenn sie diese aufgrund ihres Hintergrundwissens oft effizienter einsetzen können (Sniderman et al. 1991; Lau und Redlawsk 2001, 2006).

Doch die Motivation für eine systematische Verarbeitung hängt nicht nur von dem inneren Ansporn ab, eine möglichst akkurate Entscheidung zu treffen, sondern auch von dem Selbstvertrauen darauf, über ausreichend Informationen zu verfügen (Eagly und Chaiken 1993, S. 330; Petty und Cacioppo 1986). Als kognitive Geizhalse (*cognitive misers*) versuchen Menschen nur so viel an kognitiven Ressourcen aufzubringen wie notwendig, um eine ausreichend genaue und zufriedenstellende Beurteilung vornehmen zu können (Simon 1955; Kahneman 2011). Die subjektive Relevanz und das politische Interesse könnten die Wahrscheinlichkeit einer systematischen Informationsverarbeitung zwar erhöhen; sofern allerdings die Möglichkeit besteht, dass man auch über die Nutzung einer Heuristik zu einer ausreichend genauen und zufriedenstellenden Entscheidung gelangen kann, wird diese offenbar auch bereitwillig genutzt (Kahneman et al. 1982; Sniderman et al. 1991; Lupia und McCubbins 1998; Tetlock 2000; Lau und Redlawsk 2001, 2006).

Es gibt eine Vielzahl von empirischen Befunden, die ebenfalls dafür sprechen, dass Menschen bei der Beurteilung von Risiken auf Heuristiken zurückgreifen (Kahneman et al. 1982; Loewenstein et al. 2001; Trumbo 2002; Slovic et al. 2004). Dies zeigt sich zum

¹¹ Darüber hinaus hat die einzelne Entscheidung einer Bürgerin oder eines Bürgers in der politischen Domäne ein geringes Gewicht, und die potentiellen Kosten und Nutzen betreffen die Gesellschaft als Gesamtheit und nicht unbedingt auch direkt das Individuum selbst (Sniderman 2000). Aus der Kosten-Nutzen-Perspektive wäre es demnach nicht rational, viel Aufwand in die Informationssuche und das sorgsame Abwägen zu investieren (Downs 1957).

einen darin, dass die Risikobewertung der Bevölkerung oft stark von Experteneinschätzungen bzw. objektiv berechenbaren Risiken abweicht (Fischhoff et al. 1978; Kahneman et al. 1982; Slovic et al. 1982; Slovic 1987; Renn et al. 1992; Renn 1998). Laien scheinen sich bei der Einschätzung stärker daran zu orientieren, wie schwerwiegend sie sich den möglichen Schaden vorstellen, ob sie diesen für kontrollierbar halten und ob sie das Risiko freiwillig eingehen (Slovic 1987, 1992). Des Weiteren werden Risiken, die vertraut sind, deren Folgen beobachtbar sind und die mit zeitlich verzögerter Wirkung eintreten, als weniger riskant eingestuft (Fischhoff et al. 1978; Slovic 1992).¹²

Während in der Realität die Risiken einer Entscheidungsoption mit einem höheren potentiellen Nutzen assoziiert sind, konnte für verschiedene neue Technologien gezeigt werden, dass in der Wahrnehmung der meisten Menschen der Nutzen und die Risiken negativ korrelieren (Alhakami und Slovic 1994). Wenn der Nutzen eines Gegenstandes als hoch bewertet wird, dann scheint auch sein Risiko als gering eingeschätzt zu werden – und umgekehrt. In der Literatur im Bereich Risikobewertung wird dieses Phänomen auf eine Form der Affektheuristik zurückgeführt (Finucane et al. 2000; Slovic et al. 2002; Slovic und Peters 2006). Möglicherweise hilft die Affektheuristik auch dann bei der Beurteilung, wenn einer Person zu den Risiken oder aber zum Nutzen eines riskanten Politikvorschlags nicht genug Informationen vorliegen. Wenn sie beispielsweise die Ziele eines Politikvorschlags unterstützt und den Nutzen als hoch einschätzt, könnte sie die Risiken für geringer halten, auch wenn sie die potentiellen negativen Folgen nicht benennen kann.

Zum anderen wird die Nutzung von Heuristiken in der Risikobewertung deutlich, wenn Individuen Entscheidungssituationen präsentiert werden, in denen die Eintrittswahrscheinlichkeiten und die möglichen Folgen der Entscheidungsoptionen vorgegeben sind, also eine analytische Herangehensweise möglich sein sollte. Beispielsweise zeigen die Befunde im Rahmen der Prospect Theory, dass Menschen selbst auf kleinste Veränderungen in der Situationsbeschreibung sehr sensibel reagieren (Kahneman und Tversky 1979; Quattrone und Tversky 1988). Des Weiteren tendieren sie dazu, potentiell extremen Ergebnissen ein stärkeres Gewicht zu geben, auch wenn deren

¹² Diese Befunde stammen aus Studien im Rahmen des psychometrischen Paradigmas von Paul Slovic und Kollegen (Fischhoff et al. 1978; Slovic et al. 1982; Slovic 1992). Obwohl in der Risikoforschung sehr populär, handelt es sich nicht um einen Erklärungsansatz, aus dem sich überprüfbare Hypothesen ableiten ließen (z. B. Af Wählberg 2001). Da der Fokus dieser Studien auf der Aggregatebene liegt, bleiben zudem auch mögliche kontextuelle und interindividuelle Faktoren bei der Risikowahrnehmung und -bewertung unberücksichtigt (Barnett und Breakwell 2001, S. 171–172; Siegrist et al. 2005).

Eintrittswahrscheinlichkeit gering ist. Darüber hinaus scheinen sie in ihren Wahrscheinlichkeitsschätzungen systematisch die Stichprobengröße und bedingte Wahrscheinlichkeiten zu vernachlässigen (Kahneman et al. 1982).

Zusammenfassend betrachtet finden sich viele Hinweise darauf, dass in der Abwägung zwischen Chancen und Risiken die periphere Verarbeitung gegenüber einer systematischen überwiegt. Dies könnte demnach auch für die Bewertung von riskanten Politikvorschlägen vermutet werden. Im folgenden Abschnitt werden die Bestandteile einer Chancen- und Risikobeurteilung dargestellt, um daraus abzuleiten, bei welchen Individuen eine Abwägung zwischen den Chancen und Risiken zu erwarten wäre bzw. welche Individuen diesen Trade-off über die Nutzung von Heuristiken auflösen könnten.

2.4 Die individuelle Bewertung von Chancen und Risiken

Die subjektive Bewertung der Chancen und Risiken setzt sich aus drei Komponenten zusammen (Sitkin und Pablo 1992; Vertzberger 1995). Dazu zählt erstens die Beurteilung des Nutzens und des Ausmaßes eines möglichen Schadens – unter anderem hinsichtlich der subjektiven Relevanz (Yates und Stone 1992; Vertzberger 1998). Zweitens wird die subjektive Risikobewertung von der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit, mit der unerwünschte bzw. erhoffte Konsequenzen auftreten könnten, beeinflusst. Und drittens kann die gefühlte Sicherheit bei der Beurteilung dieser beiden Größen eine Rolle spielen.

In der Theorie sind diese drei Faktoren voneinander unabhängig. Empirisch zeigt sich jedoch, dass die subjektive Chancen- und die Risikobewertung eng miteinander verflochten sind (Einhorn und Hogarth 1986; March und Shapira 1987; Vertzberger 1995, 351, 1998). Beispielsweise ist aus experimentellen Studien bekannt, dass potentielle Erträge die Wahrscheinlichkeitseinschätzung beeinflussen und die Eintrittswahrscheinlichkeiten das Gewicht der potentiellen Folgen im Entscheidungsprozess verändern können (z. B. Einhorn und Hogarth 1986). Auch die gefühlte Sicherheit bei der Bewertung von potentiellen Folgen und deren Wahrscheinlichkeit kann einen Einfluss darauf haben, mit welcher Gewichtung beide Komponenten jeweils in die Beurteilung eingehen (siehe Vertzberger 1995, S. 351–352). Im realweltlichen Kontext ohne Gewissheit über die vielen möglichen Folgen und ihre Wahrscheinlichkeiten ist eine besonders starke Vermischung der drei Komponenten bei der Beurteilung zu erwarten. Demzufolge sollte ein

Risiko demnach umso höher eingeschätzt werden, je schwerer die potentiellen negativen Folgen bewertet werden, je höher ihre Eintrittswahrscheinlichkeit eingeschätzt wird und je größer die Unsicherheit bei der Bewertung dieser beiden Größen ist (Vertzberger 1995, S. 352).

Für die Bewertung der potentiellen Chancen und Risiken einer Sachfrage könnten sich Individuen an ihren materiellen Eigeninteressen oder an ihren politischen Prädispositionen orientieren. Erfolgt die Beurteilung nach ökonomischen Kalkülen, dann könnten Menschen einen riskanten Politikvorschlag befürworten, wenn sie sich dadurch einen materiellen Nutzen versprechen. Umgekehrt können sie ihn ablehnen, wenn sie finanzielle Verluste erwarten müssten (z. B. Ehrlich und Maestas 2010; Milita 2017). Eine Beurteilung der Chancen und Risiken auf Grundlage ökonomischer Kalküle ist allerdings sehr voraussetzungsreich. Eine Person müsste dafür zum einen in der Lage sein, Implikationen von Politikvorschlägen für ihre eigene wirtschaftliche Situation abzuleiten, und zum anderen gewillt sein, nur auf dieser Grundlage eine Bewertung vorzunehmen (Citrin und Green 1990; Sears und Funk 1991; Chong et al. 2001). Wie oben aufgezeigt wurde, sind solche Annahmen sowohl in Hinblick auf die politische Kompetenz, die Motivation als auch die Unsicherheit im Abwägungsprozess sehr anspruchsvoll. Nicht zuletzt der Kollektivgutcharakter politischer Entscheidungen könnte die Bedeutung ökonomischer Kalküle schmälern (vgl. Fußnote 11, Chong et al. 2001).

Es kann daher vermutet werden, dass bei der Beurteilung der potentiellen Chancen und Risiken eines Politikvorschlags symbolische Prädispositionen eine wichtige Rolle spielen (Douglas 1985; Wildavsky und Dake 1990; Dake 1991; Kahan et al. 2009). Zu den symbolischen Prädispositionen werden zum einen Wertorientierungen gezählt, die sich auf Vorstellungen von erstrebenswerten Zielen und Verhaltensweisen beziehen (Rokeach 1973, S. 7). Viele der Werte werden von der Mehrheit der Menschen als wünschenswert erachtet, Unterschiede treten allerdings bei ihrer relativen Wichtigkeit auf (Schwartz 1992). Wertorientierungen werden meist als universal verstanden und strukturieren die Einstellungen und das Verhalten in verschiedenen spezifischen Situationen und Bereichen, auch in der politischen Domäne (Converse 1964; Feldman 1988; Goren 2013). Dabei scheinen Werte, die sich auf den Umgang mit anderen beziehen, eine größere Bedeutung für die politische Einstellungsbildung zu haben als Werte mit einem egozentrischen Fokus (Goren et al. 2016).

Des Weiteren werden domänenspezifische Grundüberzeugungen den Prädispositionen zugeordnet. Diese lassen sich hierarchisch zwischen den universellen Werten und den spezifischen Einstellungen und Überzeugungen verorten (Peffley und Hurwitz 1985; Feldman 1988; Miller und Shanks 1996; Goren 2013). Sie können definiert werden als „psychological tendency to evaluate with some degree of favor or disfavor a general claim about the proper course of action to follow in a given domain” (Goren 2013, S. 54–55). Für die Herausbildung der domänenspezifischen Grundorientierungen und ihre Stabilität sind die gesellschaftlichen Konfliktlinien entscheidend (Converse 1964; Feldman 1988). Ihren Ursprung haben bereichsspezifische Orientierungen in den zentralen Streitfragen zur Beziehung der Bürgerinnen und Bürger zum Staat, der Bürgerinnen und Bürger untereinander und zu zwischenstaatlichen Beziehungen. Diese Konfliktlinien werden über die Institutionen, Parteien und die politische Kommunikation reproduziert und manifestieren sich in der politischen Kultur. Daher weisen auch domänenspezifische Grundorientierungen meist eine hohe Stabilität auf. Sie ermöglichen dadurch auch politisch wenig interessierten Menschen prinzipiell eine Kohärenz in ihren Einstellungen innerhalb eines Politikbereiches (z. B. Goren 2013).

Die dritte Art von Prädispositionen ist die subjektiv empfundene Zugehörigkeit zu Gruppen. Affektive Gruppenbindungen gehören zur sozialen Identität eines Menschen und berühren ebenfalls sein Selbstkonzept.¹³ Der Theorie der sozialen Identität zufolge nehmen Menschen instinktiv eine dichotome Kategorisierung der Welt in ihre Identifikationsgruppe auf der einen Seite und Fremdgruppen auf der anderen Seite vor (Tajfel 1981; Greene 1999). Im Vergleich der Gruppen miteinander werden Unterschiede überbewertet, wobei der eigenen Gruppe eine besonders positive Haltung entgegengebracht wird und Fremdgruppen tendenziell abgewertet werden (Tajfel und Turner 1986; Brown 2000; Huddy 2001). Bei der Wahrnehmung und Bewertung riskanter politischer Vorschläge können verschiedene Gruppenidentitäten eine Rolle spielen – wie beispielsweise die Identifikation mit der eigenen Nation, mit einer ethnischen Gruppierung; oder die gefühlte Zugehörigkeit zu einer Berufsklasse oder Religionsgemeinschaft.

Die emotionale Bindung an eine Gruppe, z. B. eine Partei, kann die politische Einstellungsbildung auf zwei Wegen strukturieren. Zum einen können Personen die Normen,

¹³ Die Unterscheidung zwischen Werten und Gruppenidentitäten ist nicht immer trennscharf. Einige Autoren argumentieren, dass beispielsweise symbolischer Rassismus sowohl eine Werte- als auch eine Gruppenkomponente umfasst (Kinder und Sears 1981; Kinder und Sanders 1996).

Werte, Symbole und Deutungsmuster der Identifikationsgruppe internalisieren und bei der Bewertung von Politikvorschlägen heranziehen (Turner et al. 1987; Huddy 2001). Dadurch können Gruppenbindungen dazu beitragen, dass bestimmte Wertvorstellungen und domänenspezifische Orientierungen bei der Bewertung von politischen Objekten ein größeres Gewicht haben (Huddy 2001). Zum anderen können sich Menschen an den Positionen von Gruppenmitgliedern orientieren und deren Meinung und Deutungsangebote übernehmen, wie es im vorherigem Abschnitt beschrieben wurde (Lupia und McCubbins 1998; Zaller 1992; Lau und Redlawsk 2006). Die Haltung zur eigenen Gruppe und zur Fremdgruppe kann demnach als einfache Heuristik dienen, befürwortende oder ablehnende Beurteilungen vorzunehmen (Brady und Sniderman 1985; Kam 2005; Kuklinski und Quirk 2000).¹⁴

Menschen, denen es gelingt, einen riskanten Politikvorschlag mit ihren Prädispositionen zu verknüpfen, können auf dieser Grundlage die Ziele beurteilen, die im Idealfall mit der Umsetzung erreicht werden sollen. Sofern ihnen die potentiellen negativen Folgen bekannt sind, können sie die Prädispositionen zudem heranziehen, um zu beurteilen, wie schlimm oder problematisch ein Worst-Case-Szenario wäre. Bei Personen, die die Ziele eines Politikvorschlags ablehnen, ist es unwahrscheinlich, dass sie für die Bewertung zuvor zwischen den Chancen und Risiken abwägen müssen. Dies gilt auch für Personen, die die Ziele eines Vorschlags zwar unterstützen, aber zu dem Schluss kommen, dass die Risiken sehr gering seien oder unproblematisch. Bei Menschen, die sowohl den potentiellen Nutzen als sehr hoch und zugleich das schlimmste anzunehmende Ergebnis als katastrophal einschätzen, liegt ein Zielkonflikt vor. Wie im vorangegangenen Abschnitt dargelegt, kann dieser Trade-off bewusst wahrgenommen werden – insbesondere wenn es diesen Individuen nicht gelingt, diesen unter Nutzung von Heuristiken aufzulösen.

Die zweite Komponente bei der Bewertung von Chancen und Risiken ist die Einschätzung der Wahrscheinlichkeit potentieller Folgen. Auch um diese zu beurteilen, greifen Menschen auf Heuristiken zurück. Die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses wird zum Beispiel daraus abgeleitet, wie schnell einem ein entsprechendes Beispiel in Erinnerung gerufen werden kann, das heißt, wie zugänglich es ist (Tversky und Kahneman 1982). Menschen überschätzen Risiken, denen in den Medien eine hohe Aufmerksamkeit

¹⁴ Die Orientierung an *party cues* schließt eine systematische Informationsverarbeitung allerdings nicht notwendigerweise aus. Informationen zur Positionierung von Parteien können auch genutzt werden, um die Inhalte eines Politikvorschlags zu interpretieren und abzuwägen (Cohen 2003; Petersen et al. 2013).

geschenkt wird, und unterschätzen andere Risiken, die sie im Alltag routiniert eingehen und an die sie gewöhnt sind (Renn 1998, S. 50). Über die Häufigkeit, Intensität und Emotionalisierung der Medienberichterstattung sowie einschneidende realweltliche Ereignisse kann daher nicht nur die Zugänglichkeit von Risikoerwägungen beeinflusst werden, sondern auch, für wie wahrscheinlich bestimmte Risiken gehalten werden.

Die subjektive Einschätzung einer Eintrittswahrscheinlichkeit bezieht sich jeweils auf ein mögliches positives bzw. negatives Ergebnis der Umsetzung eines riskanten Politikvorschlags. An welche potentiellen Folgen eine Person gerade denkt, kann allerdings je nach Zusammensetzung der zugänglichen Erwägungen von Person zu Person unterschiedlich sein. Durch Veränderungen im Informationskontext – beispielsweise aufgrund besonderer Ereignisse oder der Intensität der Medienberichterstattung zu einem Thema – kann jedoch abgeleitet werden, ob die Zugänglichkeit bestimmter Risiken zum Zeitpunkt der Einstellungsbildung insgesamt in der Bevölkerung erhöht sein könnte.

Die dritte Komponente, die die Bewertung der Chancen und Risiken bestimmt, ist die gefühlte Sicherheit in der Beurteilung der potentiellen Folgen und deren Eintrittswahrscheinlichkeit. Menschen, die sich in einem Bereich eine hohe Kompetenz zuschreiben, haben eher den Eindruck, selbst eine Kontrolle über das Auftreten negativer Konsequenzen zu haben (Langer 1975; Sitkin und Pablo 1992; Sitkin und Weingart 1995) und fühlen sich bei der Bewertung der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schwere potentieller negativer Konsequenzen weniger unsicher (Heath und Tversky 1991; Vertzberger 1995). Beispielsweise treffen Finanzexperten bei Finanzfragen riskantere Entscheidungen als Laien. Wird allerdings auf die Risikobewertung kontrolliert, ist zwischen diesen Gruppen kein Unterschied mehr feststellbar (Weber et al. 2002). Das Kompetenzgefühl speist sich zudem aus den bisherigen Erfahrungen in einem Bereich (Sitkin und Pablo 1992; Barnett und Breakwell 2001). Je seltener negative Ereignisse bei der Wahl einer riskanten Option oder der Ausübung einer riskanten Aktivität in der Vergangenheit auftraten, desto eher werden die Risiken für kontrollierbar gehalten (March und Shapira 1987; Sitkin und Weingart 1995).

Einige Befunde stützen die Annahme, dass sich politisch kompetente Menschen bei der Beurteilung riskanter politischer Sachfragen in ihren Entscheidungen ebenfalls sicherer fühlen (Alvarez und Franklin 1994; Eckles et al. 2014; Liñeira und Henderson 2019; Milita 2017). Sie setzen sich intensiv mit politischen Informationen auseinander, kennen eher die im Zusammenhang mit einer riskanten Sachfrage diskutierten Folgen und ihre

möglichen Eintrittswahrscheinlichkeiten. Sofern riskante Sachfragen über einen längeren Zeitraum die politische Agenda bestimmen, können politisch versierte Menschen zudem mit größerer Wahrscheinlichkeit eine stabile Meinung dazu ausbilden. Sofern sie die potentiellen Risiken für schwerwiegend und relevant und zugleich die Ziele für sehr wünschenswert erachten, könnten politisch kompetente Personen zudem aufgrund ihres Hintergrundwissens effizienter Heuristiken nutzen, um ihre Unsicherheit zu reduzieren. Die größte Unsicherheit bei der Chancen- und Risikobeurteilung ist hingegen bei Menschen zu vermuten, die sich nicht mit politischen Inhalten auseinandersetzen. Für sie sind die Suche, das Einordnen und das Bewerten von neuen Informationen mit deutlich höherem Aufwand und Hürden verbunden als bei politisch kompetenten Personen. Entsprechend scheinen Menschen, die politisch nur wenig involviert sind, im Vergleich die größere Unsicherheit bei der Beurteilung von Sachfragen zu fühlen (Bartels 1986; Alvarez 1997; Glasgow und Alvarez 2000).

Allerdings muss sich das Gefühl der Beherrschbarkeit von Risiken nicht zwangsläufig aus der eigenen Kompetenz in einem Bereich speisen. Einige Studien zeigen, dass auch das Vertrauen in die politischen Eliten oder in die Wissenschaft die Unsicherheit bei der Beurteilung der Folgen und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit bei bestimmten Sachfragen verringern kann (Siegrist et al. 2000; Terpstra 2011; Visschers und Siegrist 2018). Wenn ein hohes Maß an Unsicherheit vorliegt oder Hintergrundwissen fehlt, könnte das Vertrauen in die Institutionen und politischen Eliten eine hilfreiche Heuristik sein, um die potentielle Bedrohungen abzuschätzen (Slovic 1993; Siegrist et al. 2000; Frewer et al. 2003). Dies kann als eine Form von *motivated reasoning* verstanden werden (Kunda 1990; Lodge und Taber 2013). Verschiedene Studien zeigen, dass vor allem die Übereinstimmung der Werteorientierungen zwischen den Eliten und den Bürgerinnen und Bürgern ausschlaggebend dafür ist, ob ein Vertrauen in die Risikobeurteilung und das Risiko-Management politischer Akteure vorliegt oder nicht (Siegrist et al. 2003; Earle und Siegrist 2006; Visschers und Siegrist 2018).

Dieser Argumentation folgend, sollte das Risiko eines Politikvorschlags als geringer eingeschätzt werden, wenn er von politischen Akteuren vorgebracht wurde, mit dem man sich verbunden fühlt oder denen man vertraut. Denn diesen politischen Akteuren schreibt man eher zu, dass sie aufgrund ihrer Kompetenz die gewünschten Ziele erreichen und potentielle negative Folgen vermeiden können. Des Weiteren kann die Position der eigenen Partei zu einem Vorschlag als Heuristik herangezogen werden, um die

Unsicherheit im Abwägungsprozess zu reduzieren. Daher wäre zu erwarten, dass Menschen ohne eine Parteiidentifikation in ihrer Risiko- und Chancenbewertung unsicherer sind als Parteianhänger. Voraussetzung ist allerdings, dass sich die Parteien klar in den Medien vernehmbar zu einem riskanten Politikvorschlag positioniert haben und keine widersprüchlichen Signale senden (Zaller 1992, S. 100–102).

In den letzten drei Kapitelabschnitten wurde dargelegt, welche Bedeutung der Informationskontext, die politische Kompetenz, Prädispositionen und Elitensignale auf die Kenntnis potentieller negativer Folgen eines Politikvorschlags und die Bewertung der Chancen und Risiken bei Individuen haben könnten. Daraus lassen sich Bedingungen ableiten, unter welchen die Risikotoleranz möglicherweise einen stärkeren bzw. schwächeren Einfluss auf die Präferenzbildung haben könnte. Im nächsten Abschnitt dieses Kapitels werden auf Basis der Ausführungen in den vorangegangenen Abschnitten Hypothesen für den moderierten Effekt der individuellen Risikoneigung formuliert.

2.5 Hypothesen zum Einfluss der individuellen Risikotoleranz auf riskante Politikvorschläge

Bisher konnte für verschiedene Persönlichkeitsmerkmale ein substantieller Einfluss auf die politische Einstellungsbildung gezeigt werden (Caprara et al. 1999; Caprara et al. 2006; Schumann und Schoen 2005; Schoen 2007; Gerber et al. 2010; Johnston et al. 2017; Federico und Malka 2018; Aichholzer und Rammstedt 2020). Doch während für den Einfluss z. B. der „Big Five“ und verschiedener Bedürfnisse („Needs“) vergleichsweise viele empirische Befunde vorliegen, sind die Studien zum Einfluss der individuellen Risikotoleranz auf die Beurteilung politischer Sachfragen bisher spärlich (Ehrlich und Maestas 2010; Kam und Simas 2010; Maestas und Pollock 2010a; Eckles und Schaffner 2011; Steenbergen und Siczek 2017; Milita et al. 2020). In diesen Untersuchungen wird bisher meist von einem direkten Einfluss der Risikodisposition ausgegangen.¹⁵ Wie in den vorherigen Ausführungen in diesem Kapitel dargestellt, kann allerdings nicht vorausgesetzt werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Moment der Beurteilung den Politikvorschlag mit potentiellen negativen Folgen in Verbindung bringen. Die Zugänglichkeit von solchen Risikoerwägungen hängen unter anderem von

¹⁵ Ausnahmen sind die Studien von Ehrlich und Maestas (2010) und Milita et al. (2020), die Interaktionen zwischen der individuellen finanziellen Risikoexposition und der Risikotoleranz untersuchten. Wie oben dargelegt wurde, ist die Beurteilung von Chancen und Risiken eines riskanten Politikvorschlags auf Grundlage materieller Eigeninteressen sehr voraussetzungsreich.

Eigenschaften des Gegenstandes, dem Informationskontext und der politischen Kompetenz ab. Sofern Menschen mit einem Trade-off in unsicheren Entscheidungen konfrontiert sind, nutzen sie zudem häufig Heuristiken, um die Bewertung der Chancen und Risiken, die Einschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und die Unsicherheit in der Entscheidung zu minimieren. Bisherige Untersuchungen, die einen direkten Einfluss der Risikotoleranz annehmen, zeichnen daher ein unvollständiges Bild der Bedeutung dieses Persönlichkeitsmerkmals bei der Einstellungsbildung.

Diese Arbeit möchte einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schließen. Sie untersucht daher den Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung riskanter Politikvorschläge in Abhängigkeit von der individuellen Risikowahrnehmung und der Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung. Damit können die Bedingungen des Einflusses der individuellen Risikotoleranz auf die Einstellungsbildung künftig besser verstanden und in Erklärungsmodellen adäquat berücksichtigt werden.

Von Persönlichkeitsmerkmalen wie der Risikotoleranz wird vermutet, dass sie die politische Einstellungsbildung dann beeinflussen, wenn die Inhalte einer Sachfrage mit den Zielen und Motiven eines Persönlichkeitsmerkmals korrespondieren (Mischel und Shoda 1995; Mondak et al. 2010). Bezogen auf die Risikotoleranz wäre daher ein Einfluss zu erwarten, wenn Menschen bewusst zwischen den Chancen und Risiken eines Politikvorschlags abwägen. Risikobereite Menschen, die nach neuen Erfahrungen und Stimulation suchen, sollten mit größerer Wahrscheinlichkeit für die Option stimmen, die nach ihrer Einschätzung mit mehr Risiko behaftet ist, aber auch einen potentiell größeren Nutzen verspricht. Hingegen sollten sich risikoaverse Personen, deren Priorität auf der Vermeidung von Verlusten und Bedrohungen liegt, für Optionen entscheiden, die subjektiv betrachtet sicherer sind.

Für Frames, also thematisch suggestive Einordnungen, konnte gezeigt werden, dass sie eine umso stärkere Wirkung auf die Beurteilung haben, wenn sie passgenau zur Persönlichkeit sind (Lauriola und Levin 2001; Boldero und Higgins 2011; Luttig und Lavine 2016). Entsprechend könnten risikoaverse Menschen stärker auf Bedrohungen und risikobereite sensibler auf Hinweise zu den potentiellen Chancen reagieren. Beispielsweise könnten risikoscheue Personen einen Vorschlag als überzeugender betrachten, wenn er dazu dient, eine Bedrohung abzuwenden. Die Befunde in der Literatur geben bisher keine eindeutigen Belege für diese Vermutung (Kowert und Hermann 1997; Ehrlich und Maestas 2010; Kam und Simas 2010). Beispielsweise zeigen Experimente im Rahmen

der Prospect Theory (Kahneman und Tversky 1979), dass sich risikoaverse und risikobereite Menschen nicht darin unterscheiden, wie sie auf Verlust- und Gewinn-Frames reagieren (Sitkin und Weingart 1995; Weber und Milliman 1997; Kam und Simas 2010). In dem empirischen Teil der Arbeit wird daher überprüft, ob sich risikoaverse Menschen bei der Beurteilung eines riskanten Politikvorschlags stärker von Bedrohungsframes beeinflussen lassen.¹⁶

Wie oben beschrieben, könnte die politische Kompetenz zum einen die Risikowahrnehmung und zum anderen die Chancen- und Risikobewertung beeinflussen. Für das Zusammenspiel der politischen Kompetenz und der individuellen Risikotoleranz wird daher je nach Ausgestaltung des Informationskontextes und Merkmalen des Politikvorschlags selbst eine unterschiedliche Einflussrichtung erwartet. Wenn Menschen eine Sachfrage bewerten sollen, aus der klar hervorgeht, dass eine Umsetzung sowohl mit positiven als auch negativen Folgen verbunden sein könnte oder es sich um eine radikale Abweichung vom Status quo handelt, wird die Risikowahrnehmung nicht von der politischen Kompetenz abhängen. Auch bei einer sehr intensiven Medienberichterstattung zu einer Sachfrage nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass politisch wenig interessierte Personen einen Politikvorschlag mit Risiken assoziieren. Das heißt, unter diesen Bedingungen wird kein Unterschied zwischen politisch interessierten und wenig interessierten Menschen in der Risikowahrnehmung erwartet. Politisch sophistizierte Menschen sind eher in der Lage, die Ziele und Mittel einer vorgeschlagenen Maßnahme und deren potentielle negative Konsequenzen mit ihren eigenen Wertorientierungen, domänenspezifischen Grundorientierungen, Gruppenidentitäten, aber auch Nutzenkalkülen abzugleichen. Zudem verfolgen sie die Medienberichterstattung aufmerksamer und haben eine größere Chance, den von den politischen Eliten präsentierten Interpretationsrahmen wahrzunehmen. Durch diese Informationen und ihr generell besseres Verständnis politischer Zusammenhänge können sie eher ihre Prädispositionen zur Einstellungsbildung heranziehen und fühlen sich in ihrer Risikoabschätzung kompetenter und sicherer. Politisch wenig interessierte Menschen sind aufgrund des fehlenden Hintergrundwissens hingegen deutlich unsicherer und können zudem auf weniger Heuristiken zurückgreifen, um ihre Unsicherheit in der Abwägung zu minimieren. Zusammengenommen betrachtet wird unter diesen Bedingungen erwartet, dass der Einfluss der individuellen

¹⁶ Mit den hier untersuchten Fallbeispielen und Daten ist es hingegen nicht möglich, zu untersuchen, ob risikobereite Personen entsprechend sensibler auf Frames reagieren, die die Chancen betonen.

Risikotoleranz bei der Bewertung riskanter Politikvorschläge umso stärker ist, je geringer die politische Kompetenz ist.

In einigen Fällen haben es die Bürgerinnen und Bürger jedoch auch mit Politikvorschlägen zu tun, bei denen sie ohne Hintergrundwissen nicht erkennen können, dass diese riskant sind oder ob diese zum Ziel haben, eine Bedrohung abzuwenden. Je komplexer und unvertrauter das Thema ist, je weniger der Gegenstand auch ohne Hintergrundwissen mit Risiken assoziiert wird und je geringer die Intensität der Medienberichterstattung über die potentiellen Folgen ausfällt, desto schwerer sollte es politisch wenig interessierten Menschen fallen, die zur Wahl stehenden Optionen danach zu unterscheiden, welche riskanter und welche sicherer ist. Entsprechend ist es ihnen nicht möglich, auf Grundlage ihrer Risikodisposition zu entscheiden. Unter diesen beschriebenen Bedingungen sollte der Einfluss der individuellen Risikodisposition auf die Beurteilung umso stärker ausfallen, je höher die politische Kompetenz ist.

Die Kenntnis der möglichen Risiken führt jedoch nicht automatisch dazu, dass diese bei der Beurteilung als subjektiv relevant erachtet werden. Die Beurteilung der erhofften Ziele eines Politikvorschlags und der potentiellen Risiken könnte anhand der materiellen Eigeninteressen und der Prädispositionen erfolgen. Voraussetzung ist, dass eine Person in der Lage ist, einen entsprechenden Bezug zur Sachfrage herzustellen. Menschen, die die Ziele oder Mittel eines Politikvorschlags ablehnen oder die negativen Folgen für unproblematisch halten, werden bei der Beurteilung nicht zwischen den Chancen und Risiken abwägen müssen. Entsprechend wird für diese Personen erwartet, dass die individuelle Risikotoleranz keinen Einfluss auf die Beurteilung der riskanten Sachfrage hat.

Eine besondere Rolle unter den Prädispositionen wird in Hinblick auf die Parteiidentifikation erwartet. Anhänger von Parteien können sich bei der Risiko- und Chancenbewertung daran orientieren, von welcher Partei der Vorschlag vorgebracht wurde und wie sich die anderen Parteien dazu positionieren. Zudem kann ihre Parteiidentifikation als Filter für die Akzeptanz von Interpretationsrahmen und Überzeugungsbotschaften dienen, die die politischen Eliten vorbringen. Wenn die Bürgerinnen und Bürger aus der Medienberichterstattung erfahren können, wie die unterschiedlichen Parteien einen Politikvorschlag beurteilen, ist bei Parteianhängern im Vergleich zu Menschen ohne eine Parteibindung eine geringere Unsicherheit in der Abwägung der Chancen und Risiken zu erwarten. Entsprechend ist bei Personen ohne Parteibindung der stärkste Einfluss der Risikotoleranz zu vermuten (siehe auch Eckles et al. 2014; Liñeira und Henderson

2019). Manche Politikvorschläge werden allerdings auch innerhalb von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen sehr kontrovers diskutiert. Wenn sich die Partei, mit der sich jemand verbunden fühlt, nicht einheitlich zu einem Politikvorschlag positioniert, oder es gänzlich vermeidet, Stellung zu beziehen, fehlt ihren Anhängern eine wichtige Orientierung bei der Beurteilung. Unter solchen Bedingungen könnten sich auch die Anhänger dieser Partei in ihrer Chancen-Risiken-Abschätzung stärker an ihrer Risikotoleranz orientieren.

2.6 Zur Fallauswahl

Die Fallauswahl beschränkt sich auf Sachfragen aus der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Carmines und Stimson (1980) unterscheiden politische Sachfragen in *easy* und *hard issues*. *Easy issues* berühren Themen, die den Menschen vertraut sind und schon länger die politische Agenda bestimmen. Weil sie sich leicht mit Symbolen und Wertvorstellungen verbinden lassen und sich auf abstrakte Ziele beziehen, können sie leichter aus dem Bauch heraus beurteilt werden (Alvarez und Brehm 2002). Daher spielt die politische Kompetenz bei der Fähigkeit, eine Bewertung abzugeben, eine geringere Rolle (Carmines und Stimson 1980, S. 80). Darunter fallen beispielsweise Sachfragen wie ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare, die Legalisierung von Sterbehilfe oder die Gesetzgebung zur Abtreibung. Dagegen sind *hard issues* eher technischer Natur, beziehen sich stärker auf Mittel statt auf abstrakte Ziele und sind nicht intuitiv zugänglich. Ob und welche abstrakte Werte und Symbole für die Beurteilung herangezogen werden, hängt daher stark von den Interpretationsangeboten der politischen Eliten ab (Johnston und Wronski 2015). Ob diese in der Medienberichterstattung wahrgenommen werden, wie sie verstanden werden und ob sie mit den eigenen Prädispositionen abgeglichen werden können, ist bei den *hard issues* unter anderem von der politischen Kompetenz einer Person abhängig.

Finanz- und wirtschaftspolitische Themen lassen sich den *hard issues* zuordnen (Johnston 2011; Johnston und Wronski 2015). Das heißt, in dem empirischen Teil dieser Arbeit stehen drei Politikvorschläge im Zentrum, bei denen sich die meisten Menschen nicht auf ihr Bauchgefühl verlassen können. Dadurch könnten sie in ihrer Beurteilung tendenziell unsicherer sein und die Risikotoleranz eine wichtigere Rolle in der Einstellungsbildung spielen (Milita 2017). Zudem könnte der Einfluss von Überzeugungs- und Hinweibotschaften im politischen Diskurs bei technischen Sachfragen größer sein

(Alvarez und Brehm 2002). Ob ein Politikvorschlag riskant ist oder aber zum Ziel hat, eine Bedrohung abzuwenden und daher die sichere Wahl darstellt, erfahren die Bürgerinnen und Bürger primär über die Medien und die politischen Eliten. Aus diesen Quellen erhalten sie zudem Hinweise, auf Grundlage welcher Erwägungen sie die potentiellen Chancen und Risiken für diese eher komplexen und technischen Sachfragen bewerten können. In der Wahrnehmung und Einordnung dieser Informationen sind daher größere individuelle Unterschiede je nach politischer Aufmerksamkeit und Kompetenz einer Person zu erwarten. Daher weisen Politikvorschläge aus der finanz- und wirtschaftspolitischen Domäne ideale Merkmale auf, um die hier formulierten Hypothesen zu den Bedingungen eines Einflusses der Risikotoleranz zu testen.

In den Kapiteln 5, 6 und 7 werden die formulierten Hypothesen für drei riskante Politikvorschläge untersucht, die im Zeitraum zwischen 2015 und 2019 in Deutschland diskutiert wurden. Kapitel 5 betrachtet dabei einen Vorschlag zum Ausschluss finanziell schwacher Staaten aus der europäischen Währungsunion, der im Rahmen der Verhandlungen der Eurozoneländer und Geldgeber mit der griechischen Regierung im ersten Halbjahr 2015 vorgebracht wurde. Im Zentrum von Kapitel 6 stehen zwei Vorschläge, die sich auf die Ausgestaltung des Freihandels beziehen. Diese Daten wurden Anfang 2018 erhoben, als die US-amerikanische Regierung der Europäischen Union höhere Zölle androhte. In Kapitel 7 geht es um einen im Mai 2019 vom damaligen Vorsitzenden der Jungsozialisten (Jusos) Kevin Kühnert vorgebrachten Vorschlag zur Enteignung von Konzernen, um ihre Macht einzuschränken.

Die Annahmen zur Moderation des Einflusses der Risikotoleranz über den Informationskontext, die politische Kompetenz und die Elitensignale setzen voraus, dass sich risikoaverse und risikobereite Menschen nicht in ihrer Aufmerksamkeit für politische Inhalte und ihrem politischen Wissen unterscheiden. Risikobereite Menschen sind eher auf der Suche nach neuen Erfahrungen und Stimulation (Zuckerman 1979, 2007; Zaleskiewicz 2001). Dies könnte sich darin äußern, dass sie ein größeres Interesse an verschiedenen Themen haben, unter anderem auch im politischen Bereich. Clarke (2009) fand für die britische Bevölkerung, dass risikotolerante Menschen mehr Selbstvertrauen in ihre eigenen Kompetenzen haben und ihr politisches Interesse als höher einstufen. Zudem scheinen sie mit größerer Wahrscheinlichkeit anzugeben, dass sie unkonventionelle Partizipationsformen nutzen würden (Berinsky 2000; Kam 2012). Zum Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Wissen liegen bisher keine empirischen

Befunde vor. Wenn risikobereite Menschen aufgrund ihrer Selbstsicherheit ihre politische Kompetenz allerdings eher überschätzen und risikoaverse eher unterschätzen, würden sich beide Gruppen zwar in ihrer selbstberichteten politischen Involvierung, nicht aber in ihrem politischen Faktenwissen unterscheiden. In Kapitel 4 wird daher geprüft, inwiefern sich eine mögliche höhere Involvierung risikobereiter Menschen auch in einem höheren politischen Wissen niederschlägt.

3. Messung und Vorgehen in der empirischen Analyse

In diesem Kapitel wird das Instrument zur Messung der individuellen Risikotoleranz vorgestellt und das Vorgehen für die nachfolgende Untersuchung der Hypothesen erläutert. Einleitend wird dargelegt, welche Möglichkeiten zur Messung über die Selbstauskunft der Befragten bisher in der Forschung genutzt wurden und welcher Ansatz in dieser Arbeit verfolgt wird. Anschließend werden die verwendeten Datensätze beschrieben und die Operationalisierung der individuellen Risikotoleranz erläutert. Nach einer deskriptiven Betrachtung werden die Befunde zur Reliabilität und Validität des Messinstrumentes in den drei verwendeten Datensätzen präsentiert. Das Kapitel schließt mit einer Beschreibung des Vorgehens bei der empirischen Überprüfung der in Kapitel 2 formulierten Hypothesen.

3.1 Die Messung der Risikotoleranz über die Selbstauskunft

Wie in anderen Disziplinen finden sich auch in der politikwissenschaftlichen Forschung sowohl Studien, die die individuelle Risikotoleranz entweder über die Selbstauskunft der Befragten (z. B. Nadeau et al. 1999; Ehrlich und Maestas 2010; Kam und Simas 2010, 2012; Kam 2012) oder über das beobachtete Verhalten in Wettspielen (z. B. Tomiura et al. 2016; Gärtner et al. 2017; Heß et al. 2018) bzw. hypothetischen Entscheidungssituationen (z. B. Kogan und Wallach 1964; Peterson und Lawson 1989; Kowert und Hermann 1997; Berinsky 2000; Eckles und Schaffner 2011; Eckles et al. 2014) messen. Wie im Theoriekapitel dargelegt wurde, gibt es Hinweise darauf, dass das Risikoverhalten vom Kontext und von der individuellen Risiko- und Nutzenwahrnehmung abhängig sein könnte. Daher erscheint eine Messung über das beobachtbare Risikoverhalten in einer spezifischen (fiktiven) Entscheidungssituation ungeeignet, um die stabile Risikodisposition adäquat abzubilden. Daher wird in dieser Arbeit eine Messung über die Selbstauskunft gewählt, wie sie sich auch für andere Persönlichkeitsmerkmale etabliert hat (z.B. Rammstedt et al. 2013).

In der Risikoforschung werden hierzu vor allem zwei Ansätze verfolgt. Ausgehend von der Beobachtung, dass die individuelle Risikotoleranz domänenspezifisch zu sein scheint, wird zum einen die 30 Einzelfragen umfassende Domain-Specific Risk Taking Scale (DOSPERT) genutzt (z.B. Blais und Weber 2006; Dohmen et al. 2011; Josef et al. 2016; siehe auch Nicholson et al. 2005). Auf einer fünfstufigen Skala können die

Befragten jeweils angeben, wie wahrscheinlich es ist, dass sie das beschriebene riskante Verhalten in einer bestimmten Domäne zeigen würden. Die Items der klassischen DOSPERT-Skala umfassen die Bereiche Soziales, Finanzen, Wirtschaft, Gesundheit, Ethik und Freizeit. Um auf eine allgemeine Risikotoleranz zu schließen, wird anschließend ein Summenindex über die berichtete Risikobereitschaft in den verschiedenen Domänen gebildet (Weber et al. 2002; Nicholson et al. 2005; Mishra und Lalumière 2011). Zwar hat man auch bei diesen fiktiven Situationen kontextuelle Faktoren miterfasst, durch die Vielzahl an Einzelfragen wird allerdings versucht, dennoch eine Tendenz im Umgang mit riskanten Entscheidungen abzubilden (siehe Nicholson et al. 2005).

Dieses Vorgehen wirft allerdings auch eine Reihe von Problemen auf. Theoretisch kann nicht dargelegt werden, warum gerade diese Auswahl an Domänen berücksichtigt wird, andere hingegen nicht (Zhang et al. 2019, S. 154). In Hinblick auf die Schwere der möglichen negativen Folgen der einzelnen beschriebenen Situationen bleibt zudem fraglich, ob sie alle mit der gleichen Gewichtung verrechnet werden sollten. Beispielsweise werden in der Domäne Gesundheit und Freizeit riskante Situationen geschildert, die im schlimmsten Fall tödlich enden könnten. Hingegen geht es im Bereich Soziales und Ethik um weniger folgenschwere Risiken (z. B. in einem Test schummeln oder eine Affäre mit einer verheirateten Person eingehen). Des Weiteren bleibt auch bei diesen Situationen unberücksichtigt, dass sich Menschen darin unterscheiden können, wie sie diese wahrnehmen. Nicht nur könnte die Nutzen- und Risikobeurteilung variieren (Blais und Weber 2006), sondern auch andere Persönlichkeitsmerkmale als die Risikotoleranz könnten die Entscheidung beeinflussen (z. B. die eigene Gewissenhaftigkeit bei der Frage, ob man in einem Test schummeln würde).¹⁷

Im Rahmen einer alternativen Messmethode werden die Befragten direkt aufgefordert, ihre allgemeine Risikotoleranz einzuschätzen, unabhängig von einer spezifischen Domäne (Nadeau et al. 1999; Morgenstern und Zechmeister 2001; Helmke 2009; Ehrlich und Maestas 2010; Maestas und Pollock 2010b; Steenbergen und Siczek 2017; Liñeira und Henderson 2019; Milita et al. 2020). Auf einer mehrstufigen Skala sollen sie sich zwischen „sehr risikobereit“ und „sehr risikoavers“ einordnen (Maestas und Pollock 2010a; Dohmen et al. 2011; Beierlein et al. 2014). Diese Messung wird häufig um

¹⁷ In einigen Studien wird nur die Risikobereitschaft in der Domäne verwendet, in der das zu erklärende Verhalten angesiedelt ist (z. B. finanzielle Entscheidungen, Sitkin und Weingart 1995). Da politische Entscheidungen alle Lebensbereiche betreffen können, ist dieses Vorgehen bei der Erklärung der Beurteilungen riskanter Politikvorschläge ungeeignet.

weitere allgemeine Fragen und Aussagen (Items) zum eigenen Umgang mit Risiken ergänzt (Meertens und Lion 2008; Kam und Simas 2010). Beispielsweise enthält ein von Kam und Simas (2010; Kam 2012) entwickeltes Messinstrument neben Items, mit denen in anderen Studien bisher die Risikotoleranz per Selbstauskunft gemessen wurde (Nadeau et al. 1999; Morgenstern und Zechmeister 2001; u.a. Berinsky und Lewis 2007), auch vier Fragen, die der *Brief Sensation Seeking*-Skala (Hoyle et al. 2002) entnommen wurden (siehe für die Validierung dieses Messinstruments Loose et al. 2018). Diese vier Items sind im Wortlaut sehr ähnlich zu jenen, die auch zur Messung der „Offenheit für Neues“ und des Bedürfnisses nach kognitiver Geschlossenheit genutzt werden.¹⁸ Sie bilden zum einen ab, inwiefern man in Abenteuern und neuen Erfahrungen einen Nutzen sieht, und zum anderen, wie stark das Bedürfnis ist, Unsicherheit zu minimieren. Das heißt, die konzeptionelle Nähe der unterschiedlichen psychologischen Konstrukte spiegelt sich auch in Überschneidungen der Messinstrumente wider.

Eine häufig formulierte Kritik an der Messung von Persönlichkeitsmerkmalen über die Selbstauskunft ist, dass diese möglicherweise über eine verzerrte Selbstwahrnehmung der Befragten beeinträchtigt würde (Frey et al. 2017, S. 8). Sollte die individuelle Risikotoleranz beispielsweise primär über eine unterschiedliche Bewertung von Risiken und Chancen mediert werden und nicht über die unterschiedliche Abwägung zwischen Chancen und Risiken, bliebe zu klären, wie Individuen ihre eigene Risikotoleranz selbst einschätzen können. Dagegen könnte eingewandt werden, dass die Wahrnehmung und Interpretation von Umweltreizen zu einem gewissen Anteil von allen geteilt wird, auch wenn interindividuelle Unterschiede in der Verarbeitung möglich sind (Murray 1938; Allport 1961; Sherman et al. 2013). Wenn sich Menschen hinsichtlich ihrer eigenen Risikotoleranz einschätzten, verglichen sie beispielsweise ihr eigenes Verhalten in bestimmten Situationen mit dem Verhalten anderer (Arslan et al. 2020). Denn selbst wenn sich risikobereite und risikoscheue Menschen in ihrer Risikobewertung unterscheiden, werden sie sich wahrscheinlich darin einig sein, dass bestimmte Situationen Risiken bergen. Zudem könnte Risikobereiten auch über ihr soziales Umfeld kommuniziert werden, dass sie Entscheidungen treffen und zu Verhaltensweisen neigen, die allgemein als risikant gelten.

¹⁸ Zum Beispiel “I would like to explore strange places.”, “I like to do frightening things.” “I like new and exciting experiences”, “I prefer friends who are exciting and unpredictable” (Kam und Simas 2010).

Zum anderen zeigen die Ergebnisse aus Studien, in denen die unterschiedlichen Messungen der Risikotoleranz miteinander verglichen werden, dass die Messungen über die Selbstauskunft im Vergleich die höchste zeitliche Stabilität und interne Konsistenz aufweisen (Lönnqvist et al. 2015; Frey et al. 2017; Mata et al. 2018). In der Validität und Reliabilität scheint dieser Messansatz mit anderen etablierten psychologischen Konstrukten vergleichbar, die ebenfalls auf diese Weise gemessen werden (McCrae und Costa 1987; Connolly et al. 2007). Daher wird in dieser Arbeit ebenfalls eine Operationalisierung über die selbstberichtete allgemeine Risikotoleranz vorgenommen. Allerdings wurde die allgemeine Risikotoleranz in den hier verwendeten Daten, die im nächsten Abschnitt beschrieben werden, jeweils nur mit einer Frage erhoben. Umfangreiche Fragebatterien zur Risikotoleranz sind zwar reliabler als Messungen mit nur einem Item (Kam und Simas 2010; Frey et al. 2017; Loose et al. 2018). Aufgrund der meist begrenzten Fragebogenlänge sind sie in den meisten Wahlstudien allerdings schwer zu implementieren. Sollte die hier durchgeführte Validierung des Ein-Item-Instrumentes zu befriedigenden Ergebnissen führen, ließe sich dieses sparsame Instrument zukünftig auch leicht in andere Umfragen zur politischen Wahl- und Einstellungsforschung integrieren.

3.2 Zur Validierung des Messinstrumentes

Fragen zur allgemeinen Risikotoleranz sind bisher nur in wenigen nationalen und internationalen Wahlstudien Teil des Frageprogramms. Ausnahmen sind einige mehrwellige Online-Panels, die z. B. im Rahmen der American National Election Study (ANES), German Longitudinal Election Study (GLES), Austrian National Election Study (AUTES) und British Election Study erhoben wurden. In dieser Arbeit werden drei online durchgeführte Wiederholungsbefragungen verwendet, die jeweils nur eine Frage zur allgemeinen Risikotoleranz in fast identischem Wortlaut enthalten. Zwei dieser Panelstudien wurden für Deutschland und eine für Österreich erhoben. Die Teilnehmer der drei hier verwendeten Panels wurden aus unterschiedlichen, bereits existierenden Online-Access-Panels rekrutiert.

Da die Mitgliedschaft in solchen Online-Panels über Selbstselektion erfolgt sowie einen Internetzugang voraussetzt, handelt es sich um keine Zufallsauswahl der Gesamtbevölkerung. Aufgrund der Stichprobenziehung und Besonderheiten von Wiederbefragungen wie Panelmortalität und Panelkonditionierung sind diese Befragten daher nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerungen in Deutschland bzw. Österreich. Gefundene

Anteils- und Mittelwerte lassen sich daher nicht ohne Einschränkungen auf die Grundgesamtheit übertragen. Über die Quotierungen ausgewählter Merkmale bei der Stichprobenziehung sowie eine Gewichtung mit dem deutschen bzw. österreichischen Mikrozensus in den Analysen wurde jedoch versucht, mögliche Differenzen zwischen der Zusammensetzung der Stichproben und der Grundgesamtheit zu reduzieren. Trotz der Einschränkungen in der Repräsentativität können die Befunde aus diesen Studien allerdings dennoch wichtige Hinweise darauf geben, wie die Risikotoleranz auf die Bildung politischer Einstellungen sowie Verhaltensweisen wirken könnte und ob eine Aufnahme in andere Frageprogramme lohnend wäre (vgl. Vitriol et al. 2019).

Zum einen wird das online durchgeführte Wahlkampf-Panel der German Longitudinal Election Study (GLES) verwendet. Das Wahlkampf-Panel 2017 wird seit dem 6. Oktober 2016 erhoben und stellt eine Teilstichprobe des GLES-Panels dar (ZA6838, GLES 2020).¹⁹ An der ersten Welle im Oktober 2016 nahmen 18.079 Personen teil. Vor der Bundestagswahl 2017 wurden sieben Wellen und unmittelbar nach der Wahl eine weitere Welle erhoben. Seit 2018 erfolgt etwa halbjährlich eine Wiederbefragung. Im Juli 2017 wurde das Wahlkampf-Panel um weitere 3.960 Personen aufgestockt. 2.725 der Befragten im Wahlkampf-Panel 2017 wurden bereits zuvor in sieben Wellen zur Bundestagswahl 2013 befragt sowie zu jährlichen Zwischenbefragungen 2014 und 2015 eingeladen (ZA6827, Roßteutscher et al. 2018). Der GLES-Datensatz mit diesen Wiederbefragten 2013–2017 kann herangezogen werden, um Veränderung und Stabilität über mehrere Jahre und zwischen Bundestagswahlen zu untersuchen. Alle Teilnehmer des GLES Wahlkampf-Panels wurden aus dem Online Access-Panel von Respondi und seit 2016 zusätzlich aus dem Panel des Anbieters GapFish rekrutiert. Die Zusammensetzung der Stichprobe wurde nach Geschlecht, Alter und dem Bildungsniveau quotiert.

Die zweite Datenquelle ist das sechswellige Online-Panel der österreichischen nationalen Wahlstudie AUTNES, das zwischen dem 6. Juni und 29. Dezember 2017 zu den Nationalratswahlen 2017 durchgeführt wurde (Wagner et al. 2018). Das Panel umfasst insgesamt 4.473 Personen, wobei es in späteren Wellen zum Teil um neue Befragte aufgestockt wurde, wenn weniger als 3.000 Wiederbefragte teilgenommen hatten. Die Stichprobe wurde aus dem Online-Access-Panel Marketagent rekrutiert und anhand der Merkmale Geschlecht, Alter, Bildung, Region und Haushaltsgröße quotiert, um

¹⁹ Im Folgenden ist diese Teilstichprobe gemeint, wenn zur Unterscheidung der drei Paneldatensätze vom „GLES-Panel“ die Rede ist.

möglichst die österreichische Bevölkerung zu repräsentieren. Das österreichische Panel wird in diesem und im nachfolgenden Kapitel genutzt, um die Befunde für den Einfluss der Risikotoleranz hinsichtlich der Güte der Messung und dem Zusammenhang mit der politischen Involvierung und Kompetenz in zwei Länderkontexten prüfen zu können.

Der dritte Datensatz ist ein zweiwelliges Online-Panel zum Thema außen- und sicherheitspolitische Einstellungen in Deutschland, dessen Erhebung von den Forschern Jason Reifler, Thomas Scotto und Harald Schoen in Auftrag gegeben wurde. Die erste Befragungswelle wurde zwischen dem 14. und dem 22. Oktober 2014 und die zweite zwischen dem 9. und dem 24. Juli 2015 erhoben. Die Befragten wurden aus dem YouGov Panel rekrutiert und nach den soziodemographischen Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung und Region quotiert. Von den 2.623 Personen, die in der ersten Welle teilnahmen, konnten 71 Prozent in der zweiten Welle wiederbefragt werden.

In den drei Datensätzen wurde die Risikotoleranz jeweils über eine einzelne Frage zur allgemeinen Bereitschaft, Risiken einzugehen, erfasst. Die Befragten wurden gebeten, sich auf einer elfstufigen Skala zwischen „gar nicht risikobereit“ und „sehr risikobereit“ einzustufen. In Tabelle 1 sind der Wortlaut des jeweiligen Fragetextes und die Antwortoptionen angeführt. Sowohl die Formulierungen als auch die Antwortoptionen variieren leicht, zudem wird im GLES-Panel keine „Weiß nicht“-Option angeboten. Die Frageformulierung im GLES-Panel stimmt mit jener aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) überein, die in Validierungstests eine hohe Zuverlässigkeit und Güte gezeigt hat (Dohmen et al. 2011; Beierlein et al. 2014; Josef et al. 2016).²⁰

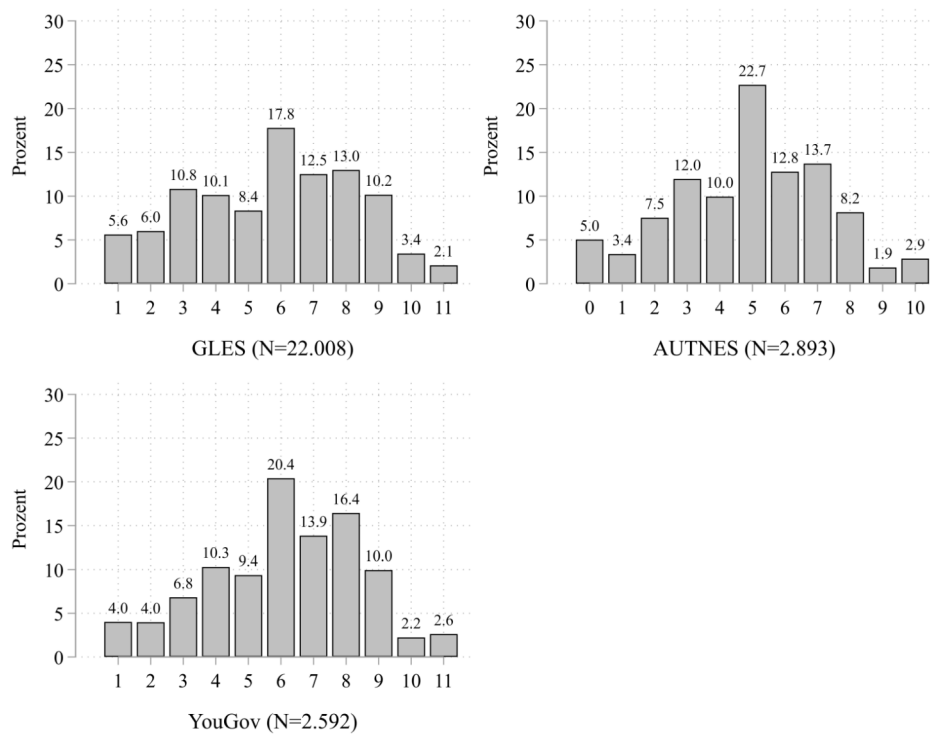
Tabelle 1: Messung der Risikotoleranz im GLES-, AUTNES- und YouGov-Panel

GLES-Panel	AUTNES-Panel	YouGov-Panel
Messung: 2016, W1	Messung: 2017, W6	Messung: 2014, W1
Wie schätzen Sie sich ein: Sind Sie im Allgemeinen ein risikobereiter Mensch oder versuchen Sie, Risiken zu vermeiden?	Wie sehr sind Sie im Allgemeinen dazu bereit, Risiken einzugehen?	Gehen Sie gerne Risiken ein oder versuchen Sie, Risiken zu vermeiden?
(1) gar nicht risikobereit (11) sehr risikobereit	(0) gar nicht bereit (10) sehr bereit	(1) ich bin gar nicht risikobereit (11) ich bin sehr risikobereit
	weiß nicht	weiß nicht

²⁰ Bei dem Einleitungssatz zu Beginn der Frage gibt es zwischen dem Fragetext im Wahlkampf-Panel und im SOEP eine Abweichung: „Wie schätzen Sie sich (persönlich) ein?“.

Die Messung der Risikotoleranz erfolgte im GLES- und YouGov-Panel in der jeweils ersten Welle der Befragten zusammen mit anderen Persönlichkeitsmerkmalen, von denen ebenfalls eine hohe zeitliche Stabilität angenommen wird. Im AUTNES-Panel wurde die Risikotoleranz hingegen erst in der letzten Welle erhoben. Dies ist für die nachfolgende Analyse und die Vergleichbarkeit der Befunde der Studien untereinander nicht unproblematisch. Zu den Wiederholungsbefragungen eingeladen wurden im AUTNES-Panel stets nur jene Befragten, die auch in der vorangegangenen Welle teilgenommen hatten. Entsprechend liegt die Angabe zur Risikotoleranz nur für Personen vor, die in allen sechs Wellen befragt wurden. Im Vergleich zu jenen Befragten, die schon vorher das Panel verlassen haben, sind die in politikwissenschaftlichen Wiederholungsbefragungen verbleibenden Teilnehmer in der Regel stärker politisch interessiert (z. B. Stadtmüller 2009). Zudem wurden einige abhängigen Variablen in Kapitel 4 vor der sechsten Welle erhoben, in der die Risikotoleranz gemessen wurde. Da hier angenommen wird, dass die Risikotoleranz als Persönlichkeitsmerkmal zeitlich stabil ist, wird trotz der nachgelagerten Messung der Risikotoleranz eine Kausalitätsbeziehung angenommen.

Abbildung 1: Häufigkeitsverteilung der selbstberichteten Risikotoleranz



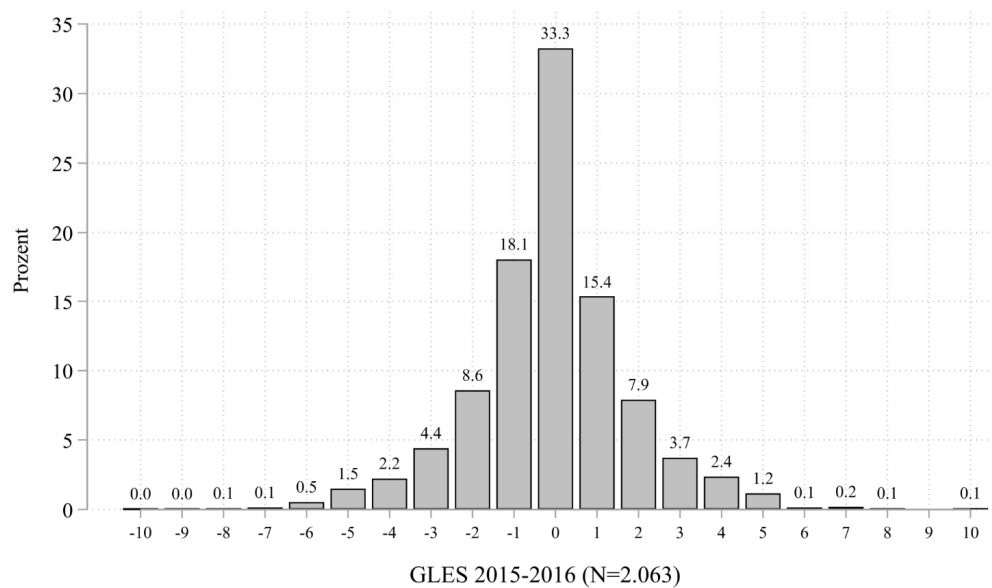
In Abbildung 1 sind die Verteilungen der gegebenen Antworten in den drei Stichproben dargestellt. Die Balken repräsentieren die prozentualen Anteile der Befragten, die sich

auf dem jeweiligen Skalenpunkt einordneten. Trotz der leichten Varianz in den Frageformulierungen sind die Häufigkeitsverteilungen sehr ähnlich. Am häufigsten bezeichneten sich die Befragten als risikoneutral, allerdings ist auch eine große Varianz feststellbar. Nur ein kleiner Anteil von 1.5 Prozent (YouGov) bzw. 3.9 Prozent (AUTNES) der Befragten konnten sich auf dieser Skala nicht zuordnen und wählte die „Weiß nicht“-Option (nicht dargestellt). Die Extremwerte werden sehr selten gewählt, wobei sich weniger als fünf Prozent der Befragten als sehr risikobereit einstufen. Ohne Berücksichtigung der Personen, die sich nicht einordnen konnten, liegt der Median der Risikotoleranz im GLES- und im YouGov Panel jeweils bei 6 und im AUTNES-Panel bei 5. Insgesamt hat die Häufigkeitsverteilung dieser Messung Ähnlichkeit mit jener, die aus der repräsentativen Stichprobe für die deutsche Bevölkerung im SOEP (Dohmen et al. 2011, S. 527) und in US-amerikanischen Studien berichtet wird (z. B. Ehrlich und Maestas 2010; Maestas und Pollock 2010a).²¹

Die Reliabilität, das heißt die Zuverlässigkeit und Genauigkeit der Messung, kann bei Ein-Item-Skalen über die Retest-Stabilität untersucht werden (Beierlein et al. 2014, S. 12). Als Persönlichkeitsmerkmal sollte die individuelle Risikotoleranz über die Zeit eine hohe Stabilität aufweisen. Diese Annahme kann mit dem Wahlkampf-Panel überprüft werden. Die Risikotoleranz wurde sowohl in der Zwischenerhebung im Jahre 2015 als auch in der ersten Welle des neu rekrutierten Wahlkampf-Panels ein Jahr später erhoben. Somit kann für jene Wiederbefragten, die an beiden Wellen teilnahmen, die zeitliche Stabilität betrachtet werden. Der statistische Zusammenhang zwischen den Messungen aus 2015 und 2016 ist mit Pearson's $r = 0.70$ vergleichbar mit den vorherigen Befunden zur zeitlichen Stabilität der Risikotoleranz in repräsentativen Stichproben (z. B. Beierlein et al. 2014; Josef et al. 2016). In Abbildung 2 ist die Differenz zwischen der Selbsteinstufung zwischen beiden Jahren dargestellt. Ein Drittel der Befragten ordnete sich genau wie ein Jahr zuvor ein. Davon stuften sich 19 Prozent als risikoneutral ein. Größere Veränderung in der Einordnung von risikoavers hin zu risikotolerant oder umgekehrt kommen empirisch offenbar sehr selten vor. Die Retest-Stabilität für den Zeitraum von einem Jahr scheint insgesamt hoch, sodass in den nachfolgenden Analysen von einer Stabilität dieses Merkmals ausgegangen wird.

²¹ In diesen US-amerikanischen Studien wird die Frage zur allgemeinen Risikobereitschaft siebenstufig abgefragt, zeigt aber in der Verteilung das gleiche Muster.

Abbildung 2: Stabilität der Risikotoleranz, 2015-2016



Um die Kriteriumsvalidität der Messung der Risikotoleranz zu untersuchen, werden die Korrelationen mit soziodemographischen Merkmalen betrachtet, die in der Literatur einen hohen Zusammenhang mit der Risikotoleranz zeigten. Für verschiedene soziodemographische Gruppen werden systematische Unterschiede im Risikoverhalten und in der selbstberichteten Risikotoleranz berichtet. Männer und Personen mit höherem sozioökonomischen Status und höherer Bildung schätzen ihre Risikotoleranz als höher ein und neigen häufiger zu riskantem Verhalten (z. B. MacCrimmon und Wehrung 1986; Zuckerman 1994; Weber et al. 2002; Dohmen et al. 2011; Kam 2012). Zudem werden Menschen mit zunehmendem Alter etwas risikoscheuer (z. B. Steinberg 2007; Reynaud und Couture 2012; Josef et al. 2016). Befunde von Weber et al. (2002) deuten darauf hin, dass die Unterschiede in der Risikotoleranz zwischen Männern und Frauen ihren Ursprung in der unterschiedlichen Wahrnehmung von Risiken und Nutzen haben könnten, da Frauen die Wahrscheinlichkeit von möglichen negativen Konsequenzen in den meisten Domänen höher und den potentiellen Nutzen als geringer einschätzen. Auch die beobachtbare höhere Risikobereitschaft von jungen Menschen im Vergleich zu alten kann in Teilen auf die unterschiedliche Risikowahrnehmung zurückzuführen sein (Cohn et al. 1995). Allerdings scheinen jüngere Menschen auch unter Kontrolle der Wahrnehmung, häufiger die Entscheidungsoption zu wählen, die sie als riskanter wahrnehmen (Weber 2010).

Für eine Konstruktvalidität wird der Zusammenhang der Risikotoleranz mit anderen etablierten Persönlichkeitsmerkmalen untersucht, die konzeptionell Überschneidungen

aufweisen sollten. Die Einordnung der Risikoneigung in Bezug auf das Fünf-Faktoren-Modell zur Erfassung der Persönlichkeit (Big Five) ist umstritten. Einige Forscher argumentieren, die Risikobereitschaft sei als Teil der Subdimension „Erlebnissuche“ in der Extraversion zu verorten (Costa und McCrae 1992). Andere hingegen nehmen an, die Risikoneigung wäre ein Persönlichkeitsmerkmal, das sich innerhalb der Big Five nicht ausreichend abbilden ließe (Paunonen und Jackson 1996; Mata et al. 2018, S. 167–168). Andresen (1995) schlägt beispielweise vor, die fünf Faktoren um den Faktor „Risikobereitschaft“ zu erweitern. Neben der konzeptionellen Nähe zur Extraversion erscheint auch ein Zusammenhang mit der Offenheit für neue Erfahrungen und der Gewissenhaftigkeit plausibel. Offene Personen sind bereit, neue und unvertraute Wege einzuschlagen, während gewissenhafte Menschen eine Neigung zu Konformität haben, eine Präferenz für den Status quo aufweisen sowie Veränderungen gegenüber eher abgeneigt sind (Mondak und Halperin 2008; Gerber et al. 2010; Mondak 2010). Risikobereite Menschen scheinen extrovertierter und offener für neue Erfahrungen zu sein, während für Neurotizismus, Verträglichkeit und Gewissenhaftigkeit ein positiver Zusammenhang mit der Risikoaversion gezeigt werden konnten (Kowert und Hermann 1997; Nicholson et al. 2005; Ehrlich und Maestas 2010; Mishra und Lalumière 2011; Kam 2012; Beierlein et al. 2014; Curtis 2016; Josef et al. 2016; Frey et al. 2017). Insgesamt sind die in der Literatur berichteten Korrelationen allerdings moderat bis schwach, und die Risikotoleranz scheint nicht vollständig von einer der fünf Persönlichkeitsfacetten erfasst zu werden (Frey et al. 2017; Zhang et al. 2019).

Konzeptionell eng verwandt ist die Risikotoleranz auch mit Persönlichkeitsmerkmalen, die das Bedürfnis nach Stimulation erfassen. Die Korrelation mit der von Zuckerman (1979, 2007) entwickelten Sensation-Seeking-Skala, zu der die Risikotoleranz als Teilaspekt gehört, kann aufgrund fehlender Indikatoren in den Datensätzen nicht überprüft werden. Allerdings findet sich auch in der individuellen Wertetheorie von Shalom H. Schwartz (1992) der Wert „Stimulation“ wieder, der das Ziel beschreibt, neue Erfahrungen zu machen, Abenteuer und Herausforderungen zu suchen. Die Schwartz-Werte sind sowohl im GLES-Panel als auch im YouGov-Panel enthalten.

Auch für das Bedürfnis nach kognitiver Geschlossenheit findet sich eine theoretische Überlappung mit der Risikotoleranz (z. B. Meertens und Lion 2008; Johnston et al. 2017). Die kognitive Geschlossenheit beschreibt ein psychologisches Konstrukt, dass sich in einem hohen Bedürfnis nach einer eindeutigen Antwort, dem Wunsch nach

Vorhersehbarkeit, in Engstirnigkeit, einer Präferenz für Ordnung und Struktur sowie in einer Vermeidung von Ambiguität äußert (Neuberg und Newsom 1993; Webster und Kruglanski 1994; Kruglanski und Webster 1996; Thompson et al. 2001; Kruglanski 2004). Menschen mit einem hohen Bedürfnis nach kognitiver Geschlossenheit könnten auch eine stärkere Tendenz aufweisen, riskante und unsichere Entscheidungsoptionen abzulehnen (für einen Überblick Federico und Malka 2018). Die empirischen Befunde zeigen allerdings nur einen moderaten bis niedrigen Zusammenhang zwischen dieser Bedürfnisskala und der Risikotoleranz (Meertens und Lion 2008). Ein Teilaspekt der kognitiven Geschlossenheit ist das Bedürfnis nach Gewissheit und die Vermeidung von unsicheren Situationen. In allen drei hier untersuchten Studien finden sich jeweils drei Items, die ein Bedürfnis nach Gewissheit abbilden können.²² Im Wortlaut sind diese Items so ähnlich, dass sie vergleichbar sein sollten.²³

Im oberen Teil der Tabelle 2 sind die Korrelationen zwischen der Risikotoleranz und dem Geschlecht, Alter und der Bildung in den drei Stichproben dargestellt. Frauen stufen sich als weniger risikobereit ein als Männer. Am stärksten ist dieser negative Zusammenhang im österreichischen Panel. Das Alter und das Bildungsniveau zeigen ebenfalls einen Einfluss in die erwartete Richtung, sodass sich jüngere Menschen sowie Personen mit einem hohen Bildungsabschluss als etwas risikobereiter einschätzen. Insgesamt sind die Korrelationen zwischen der Risikotoleranz und den drei soziodemographischen Merkmalen eher als gering zu bezeichnen.

Die Big Five wurden nur im GLES-Panel und im YouGov-Panel erhoben, allerdings mit nahezu identischen Items. Wie bisher in der Literatur gezeigt wurde, findet sich auch in den hier verwendeten Daten ein positiver Zusammenhang zwischen der Risikotoleranz und der Extraversion sowie der Offenheit. Der erwartete negative Zusammenhang mit Neurotizismus ist nur im GLES-Panel etwas stärker. Dagegen ist die erwartete Korrelation zwischen der Gewissenhaftigkeit und Verträglichkeit sowohl im GLES-Panel als auch im YouGov-Panel gering und bei der Verträglichkeit zudem in der Richtung uneindeutig. Das Bedürfnis nach Gewissheit zeigt in allen drei Erhebungen den vermuteten negativen Zusammenhang mit der Risikotoleranz. Das heißt, Menschen, die ungewisse Situationen vermeiden, stufen sich eher als risikoavers ein. Die stärkste Korrelation zeigt

²² Cronbachs Alpha für das Bedürfnis nach Gewissheit beträgt 0.61 (AUTNES), 0.79 (GLES) bzw. 0.68 (YouGov).

²³ Die Frageformulierungen und Operationalisierungen der Variablen können dem Anhang zu Kapitel 3 entnommen werden.

sich mit den Schwartz-Wert zur Messung des Stimulationsbedürfnisses. Dieser starke Zusammenhang konnte auch deshalb erwartet werden, da dieser Wert in beiden Studien mit zwei Items gemessen wurde, von denen jeweils eines direkt auf die Risikotoleranz Bezug nimmt.²⁴ Auch Cronbachs Alpha für die je zwei Items zur Messung des Stimulationsbedürfnisses und die Risikotoleranz ist im GLES- und im YouGov-Panel mit 0.71 bzw. 0.77 hoch und deutet darauf hin, dass hier ein unidimensionales latentes Konstrukt gemessen wird.

Tabelle 2: Korrelationen mit der selbstberichteten Risikotoleranz

	GLES		YouGov		AUTNES	
	Korr.	N	Korr.	N	Korr.	N
Frau	-0.15**	22008	-0.13**	2592	-0.21**	2880
Alter	-0.08**	22008	-0.05*	2592	-0.11**	2695
Abitur/Matura	0.06**	21747	0.10**	2428	0.04*	2893
Big Five: Offenheit	0.24**	21997	0.41**	2583		
Big Five: Gewissenhaftigkeit	0.08**	22000	0.05*	2582		
Big Five: Extraversion	0.30**	22005	0.30**	2582		
Big Five: Verträglichkeit	-0.11**	22004	0.06**	2583		
Big Five: Neurotizismus	-0.23**	22003	-0.11**	2581		
Bedürfnis nach Gewissheit	-0.29**	15126	-0.25**	2561	-0.33**	2314
Schwartz-Wert: Stimulation	0.52**	21908	0.57**	2551		

Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Die bisherigen Befunde sprechen tendenziell dafür, dass die Ein-Item-Skala eine sparsame, aber dennoch reliable und valide Messung der Risikotoleranz in den hier verwendeten Daten darstellt. Die Retest-Methode verweist zudem auf eine hohe Stabilität über die Zeit hinweg und stützt die Annahme, es handele sich um ein stabiles Persönlichkeitsmerkmal. Die hohen positiven Korrelationen mit dem Stimulationswert gibt zudem Hinweise darauf, dass diese Items gegebenenfalls dafür genutzt werden können, um ein Mehr-Item-Instrument zu erstellen. Das bedeutet, sofern es in Umfragen nicht möglich ist, mehrere Fragen zur Messung der Risikotoleranz zu erheben, kann die Berücksichtigung von Items aus anderen Konstrukten die Messgenauigkeit unter Umständen erhöhen (siehe auch Kam und Simas 2010; Kam 2012). Im Folgenden erfolgt die Messung der Risikotoleranz über nur ein Item, um zu prüfen, inwieweit auch über dieses sparsame

²⁴ YouGov-Panel: „Sie/Er mag es, Risiken einzugehen. Sie/Er sucht stets nach Abenteuern“ ($r=0.59$), GLES-Panel: „Es ist der Person wichtig, ein aufregendes Leben zu führen. Sie geht gern Risiken ein. Sie ist immer auf der Suche nach Abenteuern“ ($r = 0.54$).

Instrument einen Einfluss auf die politischen Einstellungen und Verhaltensweisen messbar ist.

3.3 Das Vorgehen in der empirischen Fallanalyse

Im Zentrum dieser Arbeit steht die Frage, unter welchen Bedingungen die Risikotoleranz bei der Bewertung riskanter politischer Sachfragen eine Rolle spielen könnte. Im theoretischen Kapitel wurde die übergeordnete Hypothese formuliert, dass der Einfluss der Risikotoleranz von der Risikowahrnehmung und Unsicherheit bei der Abwägung zwischen den Chancen und Risiken moderiert wird. In den hier genutzten Daten liegen für die nachfolgend untersuchten Fallbeispiele keine Messinstrumente für die subjektive Risikowahrnehmung und die Unsicherheit vor. In der Literatur legen viele Studien nahe, dass der Einfluss der individuellen Risiko- und Nutzenbewertung einen sehr starken negativen bzw. positiven Einfluss auf riskante Entscheidungen und Verhaltensweisen hat (z. B. Weber et al. 2002; Clarke et al. 2017; Crettaz von Roten et al. 2017). Gemessen wird diese oft über die direkte Frage, wie nützlich oder riskant Entscheidungsoptionen bewertet werden. Da diese Beurteilungen allerdings konzeptionell sehr nahe an dem zu erklärenden Risikoverhalten liegen, wäre der zusätzliche Erkenntnisgewinn bei Befunden zu starken Effekten als eher gering einzuschätzen. Nichtsdestotrotz hätten Messungen zur individuellen Risiko- und Nutzenbewertung gegebenenfalls genutzt werden können, um die Brückenhypothesen zum Einfluss des Informationskontexts, der politischen Kompetenz, der Prädispositionen und der Elitensignale auf die Risikowahrnehmung und Unsicherheit bei der Risiko- bzw. Chancenbewertung zu prüfen. Insbesondere in Bezug auf die politische Kompetenz wäre der Erkenntnisgewinn größer, wenn eindeutig zu trennen wäre, inwiefern eine signifikante Interaktion zwischen der politischen Kompetenz und der Risikotoleranz auf Unterschiede in der Kenntnis potentieller negativer Folgen eines riskanten Politikvorschlags oder auf Unterschiede in der Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung zwischen politisch gering und sehr kompetenten Menschen zurückzuführen sind.

Um die Moderation des Einflusses der Risikotoleranz über die Risikowahrnehmung dennoch untersuchen zu können, werden stattdessen die möglichen Determinanten in den Blick genommen, die einen Einfluss auf Kenntnis der potentiellen negativen Folgen, die Bewertung der Risiken und Chancen sowie die Unsicherheit haben könnten. Die Zugänglichkeit von Informationen zu den möglichen Folgen eines Politikvorschlags, die

Fähigkeit zur Verknüpfung der wahrgenommenen Inhalte mit den eigenen Prädispositionen sowie die gefühlte Unsicherheit bei der Bewertung könnten sowohl von personenbezogenen als auch kontextuellen Merkmalen abhängen. In den einzelnen Fallanalysen wird daher zunächst der politische Diskurs zu dem riskanten Politikvorschlag beschrieben. Daraus werden Schlussfolgerungen darüber gezogen, wie die Chancen und Risiken dargestellt werden, wie weit das Wissen über die Ziele und die möglichen negativen Implikationen des Vorschlags in der Gesamtbevölkerung bekannt sein dürften und wie (eindeutig) sich die politischen Eliten zum Politikvorschlag positionierten.

Zur Untersuchung des moderierenden Einflusses von Personenmerkmalen werden Interaktionen zwischen der individuellen Risikotoleranz auf der einen Seite und der politischen Kompetenz bzw. den politischen Prädispositionen auf der anderen Seite betrachtet. Die politische Kompetenz könnte einen Einfluss darauf haben, wie wahrscheinlich eine Person über die Ziele und möglichen Risiken eines Politikvorschlags informiert ist, wie leicht er einen Bezug zu seinen eigenen Prädispositionen herstellen kann und wie sicher er sich bei der Beurteilung fühlt. Die politische Versiertheit einer Person wird über den Anteil der richtigen Nennungen bei der Beantwortung von politischen Faktenfragen gemessen. Zuvor wird in Kapitel 4 geprüft, inwiefern die Risikotoleranz und die politische Kompetenz zusammenhängen, um potentielle Endogenitätsprobleme besser ausschließen zu könnten.

Zwar werden in den empirischen Analysen zum Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung von politischen Sachfragen Paneldatensätze herangezogen, allerdings ist es nicht möglich, die Vorzüge von diesen Wiederholungsbefragungen vollumfänglich auszuschöpfen. Paneldaten erlauben die Untersuchung von intraindividuellem Stabilität und Veränderungen von Einstellungen und Verhaltensweisen über die Zeit sowie Schlussfolgerungen über kausale Zusammenhänge. Im Idealfall würden alle als stabil geltende Personenmerkmale – wie die Persönlichkeit, die politischen Prädispositionen und die politische Kompetenz – bereits in den ersten Panelwellen erhoben. Sobald ein riskanter Vorschlag vorgebracht wird, würden die Befragten diesen erstmals auf Grundlage ihres bisherigen Wissens beurteilen. In nachfolgenden Wellen würde die gleiche Abfrage erfolgen. Über die Veränderungen im Informationskontext über die Zeit könnte so nachvollzogen werden, ob sich beispielsweise der Einfluss der individuellen Risikotoleranz je nach Kontext und in Abhängigkeit von den politischen Prädispositionen und der politischen Kompetenz verändert.

In den hier untersuchten Fallbeispielen wurde die Einstellung zu einem potentiell riskanten Politikvorschlag allerdings jeweils nur in einer Erhebungswelle erhoben; allerdings jeweils zu einem Zeitpunkt, als der Vorschlag in der politischen Medienberichterstattung als Chancen oder Risiko diskutiert wurde. Die Formulierung der Items ist in allen Fällen eher abstrakt gehalten und stellt keinen direkten Bezug zum aktuellen politischen Diskurs her. Beispielsweise wird nach der Beurteilung eines Ausschlusses wirtschaftlich schwacher Staaten gefragt, ohne dass von den Verhandlungen zum Austritts Griechenlands aus der europäischen Währungsunion die Rede ist. Obwohl die Intensität der Medienberichterstattung zu dem jeweiligen Thema zum Zeitpunkt der Befragung demnach hoch war, sind demnach dennoch Unterschiede zwischen politisch wenig und sehr kompetenten Bürgerinnen und Bürgern zu erwarten. Da es mit den hier verwendeten Paneldaten möglich ist, alle unabhängigen Variablen in den statistischen Erklärungsmodellen vor den abhängigen zu messen, können zudem mögliche Endogenitätsprobleme minimiert werden.

Für risikoaverse und risikobereite Personen wurde die Hypothese aufgestellt, dass diese bei der Beurteilung riskanter Politikvorschläge seltener die mittlere Option wählen als risikoneutrale Personen. Bereits für andere Persönlichkeitsmerkmale konnte gezeigt werden, dass diese nicht nur einen Einfluss auf die inhaltliche Bewertung politischer Sachfragen haben können, sondern auch auf die nicht-substantielle Komponente des Antwortverhaltens. Dokumentiert wurden interindividuelle Unterschiede in der Tendenz unabhängig vom Frageninhalt zuzustimmen, eine extreme Antwort zu wählen oder den Skalenmittelpunkt zu wählen (He und van de Vijver 2013; Wetzel und Carstensen 2017; Hibbing et al. 2019). Hibbing und Kollegen (2019) fanden beispielsweise in ihrer Studie Hinweise darauf, dass Extraversion, Offenheit und emotionale Stabilität extremere Antworten begünstigt. Sie argumentieren, dass dieser Einfluss unter anderem mit der höheren Risikotoleranz von Personen mit diesen Persönlichkeitsmerkmalen zusammenhängen könnte. Dies würde umgekehrt bedeuten, dass risikoaverse Personen eher den „sicheren“ Skalenmittelpunkt bevorzugen sollten. In dieser Arbeit wurde dagegen die Annahme formuliert, dass die Risikotoleranz dann einen Einfluss auf die Beurteilung riskanter Sachfragen hat, wenn eine Person bei der Chancen-Risiken-Abwägung unsicher ist. Demnach sollte sowohl für risikobereite als auch risikoaverse Personen gelten, dass sie seltener den Skalenmittelpunkt wählen.

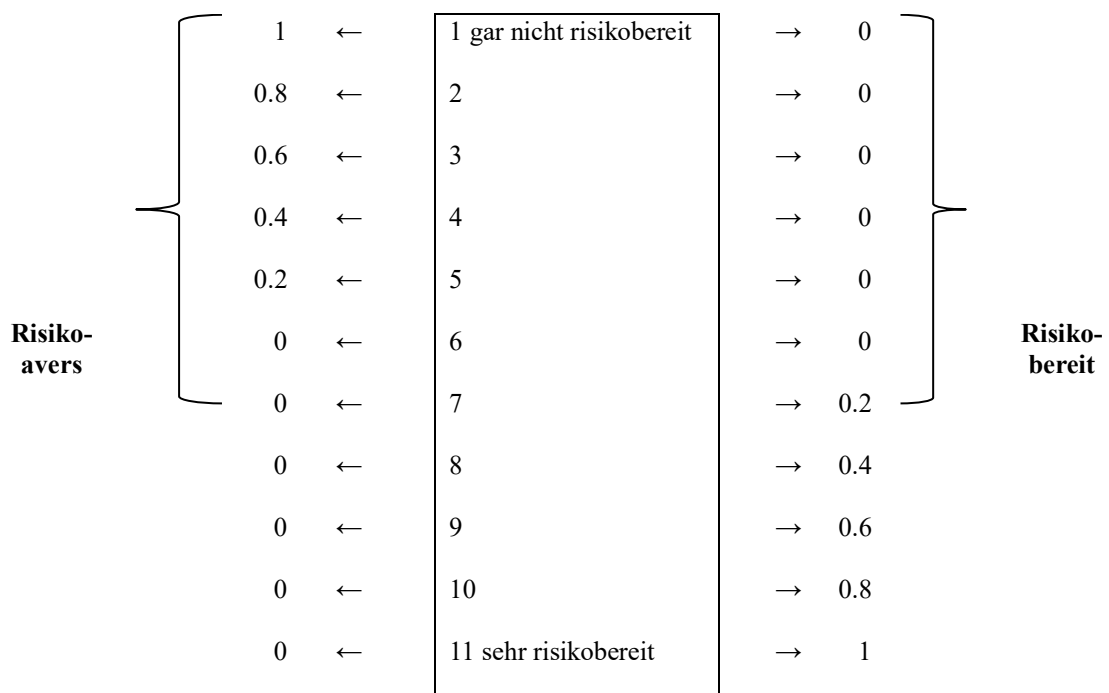
Diese Hypothese hat Implikationen für die Operationalisierung der abhängigen Variablen in den statistischen Erklärungsmodellen. Wenn der Einfluss der Risikotoleranz auf die Zustimmung, Ablehnung und die Wahl des Skalenmittelpunkt unterschiedlich ist, dann können die abhängigen Variablen nicht als intervall- oder ordinalskaliert betrachtet werden. Daher werden in den Analysen zum Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung politischer Sachfragen multinomiale Regressionen angewendet und die Antworten in drei Ausprägungen zusammengefasst: Zustimmung, Unentschieden und Ablehnung. Da die in Kapitel 5, 6 und 7 untersuchten Sachfragen jeweils auf fünfstufigen Skalen abgefragt wurden, werden dafür die beiden höchsten und die beiden niedrigsten Skalenwerte jeweils zusammengefasst. Diese Rekodierung geht zwar mit Informationsverlusten einher, allerdings liegt das Interesse dieser Untersuchung auf der Befürwortung oder Ablehnung eines riskanten Politikvorschlags, sodass Abstufungen in der Positionsstärke im Kontext dieser Analyse hier ausgeblendet werden.

Des Weiteren wurde die Hypothese formuliert, dass risikoscheue Menschen möglicherweise sensibler auf potentielle Bedrohungen und risikobereite Menschen stärker auf potentielle Chancen eines riskanten Politikvorschlags reagieren. Dies könnte sich beispielsweise in einem asymmetrischen Einfluss der Risikotoleranz zeigen. Um diesen adäquat messen zu können, orientiert sich diese Arbeit an dem Vorgehen von Ehrlich und Maestas (2010). In dieser Studie untersuchen sie den Einfluss der Risikotoleranz auf die Einstellungen zum Freihandel und zur Zuwanderung von Ausländern in Abhängigkeit von der eigenen Wahrnehmung, dass etwas zu gewinnen oder verlieren sei. Da sie für risikobereite und risikoaverse Menschen unterschiedliche Effekte erwarteten, bildeten sie aus ihrer siebenstufigen Antwortskala jeweils eine Variable für die Risikobereitschaft, die Risikoaversion und die Risikoneutralität (Ehrlich und Maestas 2010, S. 666–667). Dieses Vorgehen wird auch in dieser Arbeit übernommen (siehe auch Berry et al. 2012, 669–670).

Dafür werden aus der ursprünglich elfstufigen Original-Variable zwei neue Variablen gebildet. Für die neue Variable „Risikoavers“ werden die Skalenmitte und alle Werte darüber, die eine höhere Risikobereitschaft anzeigen, in den Wert 0 umkodiert. Die anderen Werte werden so rekodiert, dass der Skalenendpunkt „gar nicht risikobereit“ nun den Maximalwert 1 abbildet (siehe Abbildung 3). Analog wird für die Variable „Risikobereit“ vorgegangen. Das heißt, eine Person, die sich beispielsweise auf der Originalskala mit einem Wertebereich von 1 bis 11 auf dem Wert 8 verortete, wird in der

neuen Variablen „Risikobereit“ den Wert 0.4 erhalten und in der Variablen „Risikoavers“ den Wert 0. Personen, die sich auf der Originalskala in der Mitte einordneten, werden in beiden Variablen in 0 umkodiert. In den Regressionen werden immer beide Variablen zusammen aufgenommen, sodass die risikoneutralen Personen die Referenzkategorie darstellen.

Abbildung 3: Skalenrekodierung der Originalvariablen zur Messung der Risikotoleranz



Anmerkungen: Eigene Darstellung in Anlehnung an Ehrlich und Maestas 2010, S. 666.

4. Politische Informationen und politische Partizipation

In Kapitel 2 wurde argumentiert, dass der Einfluss der Risikotoleranz davon abhängen könnte, ob sich eine Person im Moment der Beurteilung eines Politikvorschlags über die potentiellen positiven und negativen Folgen bewusst ist und wie unsicher sie bei der Abwägung der Chancen und Risiken ist. Dabei wurde vermutet, dass sowohl die Risikowahrnehmung als auch die Unsicherheit von der politischen Kompetenz bedingt sein könnten. Da allerdings bereits für andere Persönlichkeitsmerkmale gezeigt wurde, dass diese einen Einfluss auf die politische Involvierung, politische Kompetenz und Partizipation haben (z. B. Mondak und Halperin 2008; Mondak et al. 2010; Vecchione und Caprara 2009; Gerber et al. 2011a; Gerber et al. 2011b), könnte dies auch für die individuelle Risikotoleranz gelten. Um Endogenitätsprobleme auszuschließen, muss daher vorab überprüft werden, inwiefern die politische Kompetenz selbst von der Risikotoleranz beeinflusst wird. Eine Untersuchung der Bedeutung der Risikodisposition für die politische Partizipation gibt zudem Aufschluss darüber, ob sich bestimmte Personengruppen im politischen Prozess aufgrund dieses Persönlichkeitsmerkmals möglicherweise mehr Gehör mit ihren Positionen verschaffen können (vgl. Kam 2012, S. 380; Martin 2016).

Im folgenden Abschnitt werden die Hypothesen zum Einfluss der Risikotoleranz auf die Rezeption politischer Informationen, die politische Kompetenz und die Nutzung verschiedener Partizipationsformen formuliert. Nach einer Beschreibung der Datengrundlage und der Operationalisierung werden die Ergebnisse präsentiert. In der empirischen Analyse werden die Befunde aus Deutschland durch Ergebnisse aus Österreich ergänzt. Der Vergleich mit einem zusätzlichen Land, das in Teilen seiner Geschichte, der Sprache und Kultur sowie seinem politischen System Deutschland sehr ähnlich ist, ermöglicht eine Replikation der Ergebnisse und fundiertere Schlussfolgerungen. Das Kapitel schließt mit einer Zusammenfassung der zentralen Befunde und einer Diskussion der Implikationen für das weitere Vorgehen in dieser Arbeit.

4.1 Theoretische Vorüberlegungen

4.1.1 Die Rezeption politischer Informationen und das politische Wissen

Gerber et al. (2011a) formulierten drei Eigenschaften von politischen Informationen, die auf Menschen mit einer bestimmten Persönlichkeit eher attraktiv oder eher unattraktiv wirken könnten. Erstens ermöglicht die Auseinandersetzung mit der Politik den Austausch von neuen Ideen, zweitens ist diese zudem oft mit Konflikten über die gesellschaftlichen Ziele und Mittel verbunden und drittens hat die politische Informiertheit einen sozialen Mehrwert. Menschen mit einer hohen Toleranz für Risiken suchen stets nach neuen Eindrücken, Stimulation und Abenteuer. Die politische Medienberichterstattung ermöglicht ihnen die Beschäftigung mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Themen. Entsprechend wäre zu erwarten, dass risikobereite Personen ein höheres politisches Interesse aufweisen und sich häufiger über politische Inhalte in der Medienberichterstattung informieren.

Im Vergleich zu risikoaversen Menschen könnten risikobereite zudem eher gewillt sein, sich an politischen Gesprächen zu beteiligen und ihre politische Position öffentlich zu äußern. Denn zum einen bietet ihnen der Austausch mit anderen Personen zu konfliktären politischen Themen neue Reize und Abwechslung; zum anderen kann die aktive Beteiligung an einem politischen Gespräch und die öffentliche Positionierung zu politischen Themen je nach Kontext und Gesprächsperson mit negativen Folgen verbunden sein. Je größer das Diskussionsnetzwerk einer Person, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass Gesprächspartner mit gegensätzlichen politischen Standpunkten darunter sind (Huckfeldt et al. 2004; Mondak et al. 2010).²⁵ Zudem scheinen sich die meisten Menschen am häufigsten mit Personen über politische Themen austauschen, die ihnen sehr nahe stehen – wie der Partner, engste Familienmitglieder und Freunde (Gärtner und Wuttke 2019, S. 100). Die eigene politische Meinung in einem solchen geschützten Kommunikationsnetzwerk kundzutun, ist möglicherweise weniger riskant als beispielsweise mit Personen, mit denen man nicht so eng verbunden ist und mit denen man den Kontakt nur bedingt wählen konnte – wie beispielsweise mit Arbeitskollegen (Mutz und Mondak 2006). Daher wäre zu vermuten, dass sich risikotolerante Menschen nicht nur

²⁵ Allerdings gibt es zumindest für die US-Bevölkerung Hinweise darauf, dass die Homogenität mit der Größe des Gesprächsnetzwerks insgesamt zunimmt (Mutz 2006). Mondak und Kollegen (2010) finden in ihrer Untersuchung, dass dies insbesondere bei einer hohen Verträglichkeit und Introvertiertheit wahrscheinlicher sein könnte.

häufiger mit anderen über politische Themen austauschen, sondern auch eine höhere Anzahl an Gesprächspartnern aufweisen.

Ein hohes selbstberichtetes Interesse, eine regelmäßige Rezeption politischer Nachrichten und häufige Gespräche über politische Themen lassen jedoch noch keine Schlussfolgerungen auf eine systematische Verarbeitung politischer Informationen zu. Dies ist nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Ausrichtung und Qualität der Medienberichterstattung selbst zurückzuführen (Zaller 1992, S. 334–335; Price und Zaller 1993, S. 136–137). In einigen Medienformaten dominiert eine oberflächliche, intellektuell wenig anspruchsvolle Auseinandersetzung mit politischen Themen, die primär den Fokus auf die Unterhaltung ihres Publikums legt. In Qualitätsmedien werden hingegen den Rezipienten umfangreiche Hintergrundinformationen und oftmals gegensätzliche Argumente geboten, die das Einordnen erleichtern und eine systematische Verarbeitung der Informationen anregen können. Für den Konsum von Qualitätsmedien sind allerdings nicht nur eine hohe Motivation des Rezipienten notwendig, sondern auch die kognitiven Fähigkeiten, die Inhalte verstehen und einordnen zu können (Zaller 1990, 1992, S. 334–335).

Zudem werden die Rezeption politischer Informationen und das politische Interesse in Umfragen typischerweise über die Selbsteinschätzung der Befragten erhoben. Diese Form der Messung der motivationalen Komponente der politischen Kompetenz hat verschiedene Nachteile. Zum einen könnte eine soziale Erwünschtheit dazu führen, dass die Aufmerksamkeit gegenüber politischen Inhalten höher angegeben wird, als sie tatsächlich ist; zum anderen sind in Bezug auf die Medienrezeption Falschangaben aufgrund einer verzerrten Erinnerung nicht auszuschließen (Price und Zaller 1993; Prior 2009). Beispielsweise deuten einige Befunde darauf hin, dass bestimmte Befragtengruppen ihre politische Involvierung eher über- und andere unterschätzen (Vavreck 2007; Gerber et al. 2011b; Gerber et al. 2011a). Letztlich könnte nur mit Verhaltensdaten geklärt werden, inwiefern sich Personen tatsächlich in ihrem politischen Interesse und ihrer Mediennutzung unterscheiden. Objektive Maße zur Messung der politischen Kompetenz wie Faktenfragen sind daher besser geeignet, da sie tatsächlich stattgefundenene Lerneffekte

besser abbilden können (Zaller 1992, S. 21–22; Delli Carpini und Keeter 1996; Bartle 2000).²⁶

Es gibt keinen Grund für die Annahme, dass risikobereite Menschen ein signifikant höheres politisches Wissen aufweisen als risikoaverse. Zwar zeigt eine Studie von Clarke für die britische Bevölkerung, dass sich Risikobereite selbst eher für politisch kompetent halten (Clarke 2009, S. 293–297). Dies könnte jedoch auch auf eine Selbstüberschätzung zurückzuführen sein. Die systematische Auseinandersetzung mit politischen Inhalten ist kognitiv anspruchsvoll und weniger aufregend als die Rezeption ständig neuer, oft auch kontroverser politischer Inhalte oder der Austausch mit anderen Personen darüber. Daher sind Ähnlichkeiten mit den Befunden zur Extraversion in der Literatur zu erwarten. Dort konnte zwar ein positiver Einfluss auf die Rezeptionshäufigkeit und die Gesprächshäufigkeit, nicht jedoch auf das politische Wissen festgestellt werden (Mondak und Halperin 2008; Gerber et al. 2011a).

Denkbar wäre allerdings, dass sich dennoch Unterschiede zwischen risikobereiten und risikoaversen Menschen im Antwortverhalten bei Wissensfragen zeigen könnten. In Wissensfragen in sozialwissenschaftlichen Studien wird Befragten oft explizit die Möglichkeit gegeben, bei fehlendem Wissen eine „Weiß nicht“-Option zu wählen. Aus der Anzahl der richtigen Antworten werden meist Summenindizes gebildet, wobei die falschen Antworten und die „Weiß nicht“-Antworten zusammengefasst werden (Mondak 2000).

In der amerikanischen Forschung wird kontrovers diskutiert, welche Folgen für die Validität der Messung politischen Wissens zu erwarten sind, wenn die Umfrageteilnehmer bei jeder Frage auch bekunden dürfen, die Antwort nicht zu kennen (Luskin 1987; Mondak 2000; Mondak 2001; Sturgis et al. 2008; Luskin und Bullock 2011; Jessee 2017). Von Kritikern dieses Vorgehens wurde vorgebracht, dass die Tendenz zum Raten bei fehlendem oder partiellen Wissen unter anderem von der Persönlichkeit abhängen könnte (Mondak 2000; Mondak 2001; aber siehe Jessee 2017). Es sind zwei Gründe denkbar, warum risikobereite Menschen möglicherweise seltener bei einer Faktenfrage ihr Unwissen bekunden. Zum einen könnten sie sich – obwohl sie objektiv über genauso viel Wissen verfügen wie risikoaverse Personen – für politisch kompetenter halten und

²⁶ Naturgemäß können Wissensfragen in den meisten Umfragen nur einen Teil der unterschiedlichen Politikbereiche abdecken. Es gibt jedoch Hinweise darauf, dass die politische Kompetenz in unterschiedlichen politischen Domänen stark miteinander zusammenhängt, sodass dieses Vorgehen vertretbar erscheint (Bartle 2000, S. 473; Zaller 1992, S. 335–336).

daher sicherer in ihrer Antwort fühlen; zum anderen haben Wissensfragen in Umfragesituationen Ähnlichkeit mit einem Quiz. Daher könnte vermutet werden, dass risikobereite Menschen in solchen Wissensfragen, auch wenn sie sich ihres Unwissens bewusst sind, eher Freude am Raten haben, selbst wenn es nichts zu gewinnen gibt.

4.1.2 Politische Partizipation

Die politische Partizipation bezeichnet Verhaltensweisen von Bürgerinnen und Bürgern, die sie freiwillig unternehmen, um Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen (Barnes et al. 1979, S. 42; Verba et al. 1995, S. 38). Um sich in die Politik einzubringen, können sie in Demokratien aus einer Vielzahl verschiedener Partizipationsmöglichkeiten wählen. Eine Möglichkeit ist die Unterscheidung von politischen Partizipationsformen hinsichtlich ihres Grades an Institutionalisierung (Kaase und Marsh 1979; Marien et al. 2010). Um das politische Geschehen zu beeinflussen, können Bürgerinnen und Bürger zum einen auf konventionelle und etablierte Beteiligungsformen zurückgreifen wie die Beteiligung an Wahlen, die Kontaktaufnahme zu einem politischen Entscheidungsträger oder die Mitarbeit in einer Wahlkampagne; zum anderen können sie aus verschiedenen unkonventionellen Partizipationsformen wählen – wie die Teilnahme an Demonstrationen, das Engagement in Bürgerinitiativen und die Beteiligung an einer Unterschriftenliste. Diese Arten der politischen Teilnahme sind meist stärker darauf ausgerichtet, den Status quo in Frage zu stellen (zur Eingrenzung des Partizipationsbegriffes siehe van Deth 2014).

Einige Studien legen nahe, dass auch die Persönlichkeit die Wahrscheinlichkeit der Nutzung bestimmten Partizipationsformen beeinflussen könnte (Mondak und Halperin 2008; Vecchione und Caprara 2009; Mondak et al. 2010; Gerber et al. 2011b). Beispielsweise scheinen offene Menschen aufgrund ihrer höheren internen Political Efficacy und ihres höheren Wissens eher an Beteiligungsformen teilzunehmen, für die eine höhere Motivation und mehr kognitive Ressourcen benötigt werden (Vecchione und Caprara 2009; Mondak et al. 2010). Extrovertierte Menschen nutzen hingegen häufiger Partizipationsmöglichkeiten, die konfliktärer sind und einen Austausch mit anderen Menschen ermöglichen – wie beispielsweise die aktive Beteiligung an öffentlichen Versammlungen oder die Teilnahme an Demonstrationen (Gerber et al. 2011b). Für die Risikotoleranz, die zum Teil Überschneidungen mit diesen beiden Persönlichkeitsfacetten hat, könnte ebenfalls ein Einfluss auf die Partizipation vermutet werden.

Die politische Partizipation ist mit verschiedenen Kosten verbunden – wie der aufzubringenden Zeit, dem Aufwand oder dem Anspruch an die kognitiven Ressourcen (Brady et al. 1995; Verba et al. 1995). Dabei kann sich eine Person nicht sicher sein, dass der persönliche Einsatz – mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen – tatsächlich Früchte tragen wird. In der Abwägung zwischen den potentiellen Kosten eines Engagements und dem Nutzen sollten Bürgerinnen und Bürger nur dann eine politische Partizipation in Erwägung ziehen, wenn die Kosten als geringer als der Nutzen bewertet werden (Kam 2012). Kam (2012) argumentiert daher, dass risikotolerante Menschen aufgrund ihres Bedürfnisses nach Stimulation, Abwechslung und neuen Erfahrungen (Zuckerman 1979, 2007) einen höheren Nutzen aus der politischen Partizipation ziehen als risikoscheue Menschen und sich daher häufiger politisch beteiligen.

Ein politisches Engagement mit dem Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen, kann je nach Ausgestaltung unterschiedlich abwechslungsreich, interaktiv und konfliktär sein. Unter der Annahme, dass risikobereite Menschen stets nach neuen Eindrücken und Stimulation suchen, könnten sie eher zur Teilnahme an Beteiligungsformen tendieren, die dieses Bedürfnis befriedigen können (Berinsky 2000; Clarke 2009; Kam 2012). Kam (2012) fand in ihrer Studie in der US-amerikanischen Bevölkerung einen positiven Einfluss der Risikotoleranz auf fast alle von ihr untersuchten politischen Beteiligungsformen, mit Ausnahme der Wahlbeteiligung.²⁷ Anders als die anderen Partizipationsformen ist die Wahlteilnahme an einen festen Termin gebunden und in der Ausübung zumindest in den hier untersuchten Ländern Deutschland und Österreich mit keinen Konflikten verbunden. Der Wahlakt ist bei vielen Menschen aufgrund einer internalisierten Wahlnorm zudem stärker habituell geprägt und bietet vergleichsweise wenig Stimulation (Kam 2012, S. 824–825).

Der stärkste Einfluss der Risikotoleranz ist dagegen für die Teilnahme an Demonstrationen und Bürgerinitiativen zu erwarten. Diese Formen der Partizipation sind stärker konfliktär, da sie meist auf eine Veränderung des Status quo ausgelegt sind und die politischen Eliten und ihre Entscheidungen in Frage stellen. Zudem nennen viele Menschen als einen wichtigen Grund für ihre politische Partizipation den Austausch mit anderen Menschen (Verba et al. 1995, S. 108–117). Dieses Motiv ist bei risikobereiten

²⁷ Ein Experiment von Milta (2017) deutete darauf hin, dass die Teilnahme an Sachabstimmungen bei risikobereiten Menschen stärker ausfallen kann; allerdings nur, wenn Unsicherheit bezogen auf das Hintergrundwissen zum Abstimmungsgegenstand vorliegt.

Menschen ebenfalls eher zu vermuten als bei risikoaversen. Die Unterstützung einer Forderung mit seiner Unterschrift stellt eine öffentliche Positionierung dar, vor der risikoscheue Menschen stärker zurückschrecken könnten. Personen, die sich mit einem Anliegen an eine Politikerin oder einen Politiker wenden, investieren Zeit und Ressourcen, weil sie sich eine positive Reaktion erhoffen, die ihnen weiterhilft. Risikobereite Menschen könnten eher bereit sein, die Mühen in Kauf zu nehmen, in der Hoffnung, dass sie sich auszahlen. Zugleich wird diese Partizipationsform in der Regel allein ausgeführt und ist daher möglicherweise weniger aufregend als beispielsweise die Teilnahme an einer Demonstration oder Bürgerinitiative.

Die Risikotoleranz könnte möglicherweise auch vermittelt über die politische Involvement und die politische Kompetenz auf die politische Partizipation wirken. Im Civic-Voluntarism-Modell, einem Standardmodell zur Erklärung politischer Partizipation, werden drei Komponenten unterschieden, die begünstigend auf ein politisches Engagement wirken können (Verba et al. 1995): zum einen Ressourcen wie Zeit, Geld, Wissen oder Kompetenzen, zum zweiten die Motivation zum Engagement, deren Ursprung in der Primär- und Sekundärsozialisation vermutet wird, und zum dritten die Mobilisation zur Teilnahme über soziale Netzwerke. Die motivationale Komponente wird unter anderem von dem allgemeinen Interesse am politischen Geschehen, der politischen Kompetenz und der internen Efficacy beeinflusst (Verba et al. 1995, 345-347, 352). Im vorangegangenen Unterkapitel wurde dargelegt, warum ein Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Interesse und die interne Political Efficacy, aber nicht auf das politische Wissen erwartet wird. Sollten sich risikotolerante Menschen – wie vermutet – für politisch interessierter sowie kompetenter halten, könnte ein großer Teil des Einflusses der Risikobereitschaft über diese Variablen mediiert werden.²⁸

4.2 Datengrundlage und Operationalisierung

Für die Untersuchung werden die jeweils im Wahlkampf zu den Parlamentswahlen im Jahre 2017 durchgeführten Panels aus Deutschland (GLES) und Österreich (AUTNES) herangezogen. Trotz einiger Unterschiede im Parteiensystem und in der politischen

²⁸ Denkbar wäre zudem, dass risikotolerante Menschen leichter über soziale Netzwerke rekrutiert werden können, wenn sie eine höhere Bereitschaft aufweisen, sich mit anderen Menschen über politische Themen auszutauschen als risikoaverse Bürger. Diese Hypothese wird im Folgenden aufgrund fehlender vergleichbarer Informationen zum Engagement in sozialen Organisationen in den verwendeten Daten nicht weiter untersucht.

Kultur (Gabriel und Plasser 2010) sind beide Länder hinsichtlich ihres politischen Systems – z. B. im Verhältniswahlrecht und im föderalen Staatsaufbau, in Teilen ihrer Geschichte und in der Sprache – vergleichbar. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass sich die Bevölkerungen in Österreich und Deutschland durch ihre geographische Nähe in ihren Persönlichkeitsmustern ähneln (Allik und McCrae 2004; McCrae und Terracciano 2006). Die Stichproben aus Deutschland und Österreich sind auch hinsichtlich der Teilnehmerrekrutierung und Zusammensetzung vergleichbar. In vielen Fällen werden zudem für die Messung der politischen Kompetenz sowie Partizipation die gleichen Frageformulierungen benutzt, sodass hier eine Ähnlichkeit im Stimulus zu erwarten ist.

Bei der Durchführung von mehrwelligen Panelbefragung zur Erhebung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen treten typischerweise zwei Probleme auf, die auch Auswirkungen auf die Messung der politischen Kompetenz und Partizipation haben könnten. Zum einen haben politisch uninteressierte Bürgerinnen und Bürger eine höhere Wahrscheinlichkeit, früher aus dem Panel auszusteigen; zum anderen könnte die Teilnahme an einer politischen Umfrage selbst die Wahrscheinlichkeit erhöhen, politische Inhalte aufmerksamer zu verfolgen (z. B. Bergmann 2015). Um zumindest der Verzerrung durch Lerneffekte Rechnung zu tragen, wird für die politische Aufmerksamkeit, Kompetenz und Partizipation daher jeweils immer die erste verfügbare Messung im Panel verwendet.

Anders als im GLES-Panel wurde die Risikotoleranz im AUTNES-Panel nicht in der ersten, sondern erst in der sechsten und damit letzten Welle erhoben. Aufgrund des Studiendesigns des AUTNES-Panels wurden alle Befragten untersucht, die von der ersten bis zur letzten Welle teilnahmen.²⁹ Um eine Vergleichbarkeit der beiden Stichproben zu ermöglichen, werden auch im GLES-Panel nur Teilnehmer berücksichtigt, die von der ersten bis zur achten Welle (1. Nachwahlwelle) an allen Befragungen teilnahmen. Die Ergebnisse werden für beide Studien jeweils mit dem Mikrozensus 2016 in Deutschland bzw. Österreich gewichtet, um zufällige Abweichungen zwischen den Stichproben und den jeweiligen Grundgesamtheiten in Hinblick auf Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss und regionaler Herkunft zu korrigieren.

²⁹ In jeder neuen Welle wurden nur jene Befragten wieder eingeladen, die auch in der vorangegangenen Welle teilnahmen. In der vierten und sechsten Welle wurde das Panel mit wenigen neuen Befragten aufgefrischt. Diese Neurekrutierten wurden in dieser Analyse nicht berücksichtigt.

Das politische Interesse wird über die Selbstauskunft der Befragten mit einer vierstufigen (AUTNES) bzw. fünfstufigen Skala (GLES) gemessen und auf den Wertebereich 0 „nicht interessiert“ bis 1 „sehr interessiert“ rekodiert.³⁰ Das interne politische Wirksamkeitsgefühl wird im AUTNES-Panel über die Zustimmung zu der Aussage „Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen“ gemessen und im GLES-Panel über die Bewertung der Aussage „Im Allgemeinen weiß ich recht viel über Politik“. Zudem wird zur Operationalisierung der internen Political Efficacy im GLES-Panel auch die Aussage „Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen“ herangezogen. Ein vergleichbares Item liegt im AUTNES-Panel leider nicht vor. Auch die Skalen für diese Variablen werden auf den Wertebereich 0 „keine Zustimmung“ bis 1 „sehr hohe Zustimmung“ rekodiert.

Für die Untersuchung eines Einflusses der Risikotoleranz auf die Teilnahme an politischen Gesprächen wird in beiden Panels jeweils die erste Messung verwendet, die im GLES-Panel in der ersten und im AUTNES-Panel in der zweiten Welle erfolgte. Im AUTNES-Panel wurden die Befragten zunächst nach der Anzahl der Gesprächspartner in der vergangenen Woche und anschließend erst nach der Häufigkeit der Gespräche mit diesen Personen befragt. Im GLES-Panel wurde hingegen zunächst nach der Häufigkeit der politischen Gespräche in der vergangenen Woche gefragt, und anschließend wurden Details der Gespräche mit bis zu drei Personen erfasst. Daher kann nur im GLES-Panel ermittelt werden, wie häufig in Tagen insgesamt mit anderen Personen über Politik gesprochen wurde. Für die Anzahl der Gesprächspartner wird eine vierstufige Variable mit einer Skala von 0 bei keinem Gesprächspartner bis 1 für drei und mehr Gesprächspartner gebildet.

Die Häufigkeit der Rezeption politischer Nachrichten wurde in den beiden Datensätzen mit der gleichen Antwortskala (0–7 Tage), allerdings mit unterschiedlichem zeitlichem Bezugsrahmen erhoben. Während im AUTNES-Panel nach der Nutzung in einer gewöhnlichen Woche gefragt wurde, bezieht sich die Angabe im GLES-Panel auf die vergangene Woche. Die Vergleichbarkeit ist daher möglicherweise eingeschränkt. Zugleich werden viele Befragte bei der Beurteilung ihres Medienkonsums in einer gewöhnlichen Woche wahrscheinlich auch ihr Nutzungsverhalten in den vergangenen Tagen besonders präsent haben. Für die durchgeführten Regressionsanalysen wird in beiden Panels die

³⁰ Die Frageformulierungen und die detaillierte Beschreibung der Operationalisierung aller Variablen kann der Übersicht im Anhang zu Kapitel 4 entnommen werden.

Messung in der ersten Welle verwendet. Die Angaben zur wöchentlichen Nutzung der unterschiedlichen Medienangebote werden jeweils für die Nachrichtenquellen Zeitungen, Fernsehnachrichten und Online-Nachrichten aufaddiert und beim Wert sieben gekappt. Die drei Summenindizes werden jeweils auf den Wertebereich 0 „nie“ bis 1 „jeden Wochentag“ rekodiert.

In beiden Panels wurden die Befragten aufgefordert, Wissensfragen zum politischen System und zur Parteienzugehörigkeit von Politikerinnen und Politikern zu beantworten. Die sechs Fragen im AUTNES-Panel bzw. neun im GLES-Panel werden jeweils zu additiven Indizes zusammengefasst und die Skalen von 0 „keine richtige Antwort“ bis 1 „alle Antworten richtig“ rekodiert. „Weiß nicht“-Angaben werden als falsche Antwort gewertet. Für den Index im GLES-Panel werden drei Wissensfragen aus der ersten und sechs aus der dritten Welle verwendet. Die sechs Wissensfragen im AUTNES-Panel wurden alle in der ersten Welle gemessen. Zudem wird jeweils eine Variable gebildet, die angibt, wie häufig über alle Wissensfragen hinweg angegeben wurde, dass man die Antwort nicht wisse.

Auch die Fragen zur Teilnahme an unterschiedlichen Formen der politischen Partizipation haben im GLES- und im AUTNES-Panel einen unterschiedlichen Bezugsrahmen. Während im GLES-Panel nach einer Beteiligung in den letzten zwölf Monaten gefragt wurde, sollten die Teilnehmer des AUTNES-Panels angeben, ob sie diese Partizipationsform jemals genutzt haben. In beiden Studien wurde nach der Teilnahme an Demonstrationen und Bürgerinitiativen gefragt. Zusätzlich wurde im AUTNES-Panel gefragt, ob man sich jemals in eine Unterschriftenliste – auch online – eingetragen und ob man sich jemals persönlich an einen politischen Amtsträger gewandt habe. Diese Dummy-Variablen wurden im österreichischen Panel in der fünften Welle und im deutschen Panel in der zweiten Welle erhoben. Die Messung für die Wahlbeteiligung bezieht sich auf die Angabe in der ersten Nachwahlwelle zur Teilnahme an der Parlamentswahl 2017 in Österreich bzw. Deutschland.

Kontrolliert wird in allen Regressionen jeweils auf das Geschlecht, das Alter und die Bildung. Diese drei Merkmale haben nicht nur einen Einfluss auf die Risikotoleranz, wie im vorangegangenen Kapitel gezeigt wurde, sondern korrelieren auch mit der politischen Involvierung und der politischen Kompetenz (Lazarsfeld et al. 1944; Delli Carpini und Keeter 1996; Bartle 2000; Caprara et al. 2009) sowie der politischen Partizipation (Verba et al. 1995; Teorell et al. 2007; Marien et al. 2010). So weisen Frauen,

Menschen mit einer niedrigeren formalen Bildung und junge Bürgerinnen und Bürger in der Regel ein geringeres politisches Wissen auf, sind weniger politisch interessiert und bringen sich seltener aktiv in die Politik ein.

4.3 Empirische Befunde zur politischen Involvierung und politischen Kompetenz

In Tabelle 3 sind die Ergebnisse aus OLS-Regressionen für das politische Interesse und das interne politische Wirksamkeitsgefühl als abhängige Variablen dargestellt (siehe für eine deskriptive Übersicht der Variablen in diesem Kapitel Tabelle 19 im Anhang). In Einklang mit den Erwartungen hat die individuelle Risikotoleranz einen positiven Einfluss auf das selbstberichtete politische Interesse.³¹ Zudem lässt sich in beiden Erhebungen ein positiver Einfluss für das interne politische Wirksamkeitsgefühl feststellen. Risikobereite Menschen stimmen eher der Aussage zu, dass sie politische Zusammenhänge gut verstehen können. In AUTNES-Panel ist die Einflussstärke mit 0.19 vergleichsweise hoch. Im Vergleich zu risikoaversen Personen sind risikobereite auch eher bereit, sich aktiv an einem Gespräch über politische Fragen zu beteiligen.

Tabelle 3: Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Interesse und die Internal Political Efficacy

	Politisches Interesse		Verständnis politischer Zusammenhänge		Aktive Teilnahme pol. Gespräch
	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES	GLES
Risikotoleranz	0.14** (0.03)	0.10** (0.01)	0.19** (0.03)	0.11** (0.01)	0.18** (0.01)
Frau	-0.09** (0.01)	-0.12** (0.01)	-0.11** (0.01)	-0.10** (0.01)	-0.13** (0.01)
Alter	0.15** (0.03)	0.23** (0.02)	0.15** (0.03)	0.26** (0.02)	0.27** (0.02)
Bildung: mittel	0.01 (0.02)	0.08** (0.01)	0.03 (0.02)	0.06** (0.01)	0.06** (0.01)
Bildung: hoch	0.09** (0.02)	0.15** (0.01)	0.11** (0.02)	0.14** (0.01)	0.15** (0.01)
Konstante	0.48** (0.03)	0.46** (0.01)	0.40** (0.03)	0.43** (0.01)	0.36** (0.02)
Korr. R ²	0.08	0.15	0.12	0.15	0.16
N	2546	7481	2274	7438	7454

Anmerkungen: Dargestellt sind OLS-Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * p < 0.05, ** p < 0.01.

³¹ Der Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Interesse schwankt in den acht Erhebungswellen im GLES-Panel zwischen 0.10 und 0.12, scheint demnach unabhängig von dem Wahlkampfgeschehen zu sein.

In der eigenen Wahrnehmung scheinen risikoaverse Menschen demnach deutlich seltener anzugeben, dass sie sich aktiv mit politischen Themen auseinandersetzen und sich politisch kompetent fühlen. Dies zeigt sich auch in der Häufigkeit, mit der sie sich mit anderen über politische Themen unterhalten, und an der Anzahl der Gesprächspartner. Für die Häufigkeit der politischen Gespräche wird eine OLS-Regression durchgeführt und für die Anzahl der Gesprächspartner eine ordinale logistische Regression. Da Logit-Koeffizienten schwer intuitiv in ihrer Einflussstärke interpretiert werden können, werden in Tabelle 4 stattdessen die durchschnittlichen marginalen Effekte für die Ausprägung „drei oder mehr Gesprächspartner“ dargestellt (siehe für die Logit-Koeffizienten Tabelle 21 im Anhang). Die Ergebnisse geben Hinweise darauf, dass sich risikobereite Menschen tendenziell mit mehr Personen über politische Themen unterhalten als risikoaverse. Der durchschnittliche marginale Effekt ist sowohl in Österreich als auch in Deutschland mit 0.29 bzw. 0.25 als stark zu bezeichnen.

Tabelle 4: Einfluss der Risikotoleranz auf die interpersonale Kommunikation

	Politische Gespräche:		
	Anzahl Gesprächspartner: mehr als 2 Personen		Häufigkeit letzte Woche
	AUTNES	GLES	GLES
Risikotoleranz	0.29** (0.05)	0.25** (0.02)	0.13** (0.01)
Frau	-0.11** (0.02)	-0.07** (0.01)	-0.02* (0.01)
Alter	0.26** (0.05)	0.33** (0.04)	0.30** (0.02)
Bildung: mittel	-0.04 (0.04)	0.07** (0.02)	0.06** (0.01)
Bildung: hoch	0.01 (0.04)	0.13** (0.02)	0.12** (0.01)
Konstante			0.10** (0.01)
Korr. R ² /Pseudo R ²	0.02	0.02	0.08
N	2283	7251	7359

Anmerkungen: Für die Anzahl der Gesprächspartner wurde eine ordinale logistische Regression gerechnet. Dargestellt sind durchschnittliche marginale Effekte für die Ausprägung „mehr als zwei Gesprächspartner“. Für die Häufigkeit der Gespräche in der letzten Woche werden OLS-Regressionskoeffizienten angezeigt. Daten gewichtet. Signifikanzniveau: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Zudem geben risikobereite Menschen eher an, dass sie sich an mehr Tagen in der Woche mit anderen über politische Inhalte unterhalten haben. Es könnte vermutet werden, dass sich Risikobereite mit der zunehmenden Intensität des Wahlkampfes noch stärker mit anderen über politische Themen austauschen, sodass die Unterschiede zwischen risikotoleranten und risikoscheuen Bürgerinnen und Bürgern größer würden. Denn gerade in

Wahlkämpfen sind die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien konfliktär, und die Medienberichterstattung ist im Vergleich zu Phasen ohne Wahlkampf möglicherweise aufregender. Der gemittelte Einfluss der Risikotoleranz für die Häufigkeit der Gespräche und die Anzahl der Gesprächspartner über alle Wellen, in denen Informationen zu den politischen Gesprächen erfasst wurde, deutet allerdings auf keine Varianz in der Einflussstärke hin (siehe Tabelle 22 im Anhang).

Tabelle 5: Einfluss der Risikotoleranz auf die Rezeption politischer Nachrichten

	Zeitung		Fernsehnachrichten		Online-Nachrichten	
	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES
Risikotoleranz	0.09 (0.05)	0.13** (0.02)	0.17** (0.05)	0.13** (0.02)	0.14** (0.05)	0.14** (0.02)
Frau	-0.06** (0.02)	-0.10** (0.01)	-0.02 (0.02)	-0.03** (0.01)	-0.14** (0.02)	-0.12** (0.01)
Alter	0.39** (0.05)	0.53** (0.03)	0.60** (0.04)	0.62** (0.03)	-0.06 (0.05)	0.32** (0.03)
Bildung: mittel	-0.09* (0.04)	0.09** (0.01)	-0.03 (0.03)	0.03** (0.01)	-0.00 (0.04)	0.09** (0.01)
Bildung: hoch	-0.10* (0.04)	0.17** (0.01)	-0.01 (0.03)	-0.00 (0.01)	0.11** (0.04)	0.20** (0.01)
Konstante	0.49** (0.05)	0.21** (0.02)	0.34** (0.04)	0.49** (0.02)	0.56** (0.05)	0.28** (0.02)
Korr. R ²	0.04	0.09	0.10	0.12	0.05	0.10
N	2546	7467	2546	7465	2546	7450

Anmerkungen: Dargestellt sind OLS-Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

In Tabelle 5 sind die Ergebnisse der OLS-Regressionen für die Rezeption politischer Nachrichten in Zeitungen, Fernsehnachrichten und online dargestellt. Risikobereite Menschen geben bei allen drei Quellen für politische Informationen eine häufigere Nutzung als risikoscheue Menschen an. Das heißt, sie bezeichnen sich nicht nur als politisch interessierter und nehmen sich als politisch kompetenter wahr, sondern sie verfolgen in ihrer Selbstwahrnehmung auch die politische Medienberichterstattung häufiger. Die Unterschiede in der Medienrezeption nach Risikotoleranz bleiben auch dann bestehen, wenn alle Wellen berücksichtigt werden, in denen die Rezeption politischer Nachrichten erhoben wurde (siehe Tabelle 23 im Anhang). Das heißt, zumindest in den beiden hier untersuchten Wahlkämpfen verändert sich der Einfluss der Risikotoleranz auf die Rezeption politischer Nachrichten durch den Wahlkampf nicht.³² Aufgrund fehlender

³² Schoen et al. (2017) finden für die Bundestagswahlen 2009 und 2013 in Deutschland keine Hinweise dafür, dass die Medienrezeption im Wahlkampf generell zunimmt. Die Befunde ihrer Untersuchung weisen darauf hin, dass sich – wenn überhaupt – eher chronisch politisch informierte Bürger mit der Nähe zum Wahltag intensiver mit der politischen Berichterstattung auseinandersetzen.

objektiver Verhaltensdaten bleibt unklar, ob risikobereite Personen ihre eigene Nutzung eher überschätzen, risikoscheue sie eher unterschätzen, oder ob risikobereite Personen tatsächlich häufiger politische Nachrichten verfolgen.

Die selbstberichtete höhere politische Involvierung von risikobereiten Menschen im Vergleich zu den risikoscheuen spiegelt sich allerdings nicht in einem höheren Faktenwissen wider. In Tabelle 6 sind die Ergebnisse für den Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Wissen dargestellt. Für die Anzahl der richtigen Antworten wurde jeweils für beide Länder eine OLS-Regression durchgeführt. Auf das Abschneiden bei den Faktenfragen zur Ermittlung des politischen Wissens zeigt die Risikotoleranz keinen substantiellen Einfluss. Es lässt sich auch dann kein Zusammenhang feststellen, wenn man nur die Wissensfragen zum politischen System oder nur jene zur Zuordnung von Politikerinnen und Politikern zu ihren Parteien betrachtet (siehe für die Korrelationen der abhängigen Variablen mit der Risikotoleranz Tabelle 20 im Anhang).

Tabelle 6: Einfluss der Risikotoleranz auf das politische Wissen

	Anzahl richtiger Antworten		Anzahl „Weiß nicht“-Antworten: nie angegeben	
	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES
Risikotoleranz	0.03 (0.03)	-0.02 (0.01)	0.13* (0.05)	0.06** (0.02)
Frau	-0.13** (0.01)	-0.16** (0.01)	-0.18** (0.02)	-0.18** (0.01)
Alter	0.39** (0.03)	0.40** (0.02)	0.24** (0.05)	0.42** (0.02)
Bildung: mittel	0.04* (0.02)	0.07** (0.01)	0.02 (0.04)	0.07** (0.01)
Bildung: hoch	0.15** (0.02)	0.21** (0.01)	0.16** (0.04)	0.22** (0.01)
Konstante	0.34** (0.03)	0.43** (0.01)		
Korr. R ² /Pseudo R ²	0.18	0.24	0.03	0.05
N	2651	7401	2651	7401

Anmerkungen: Dargestellt sind in den ersten zwei Spalten OLS-Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. In den letzten beiden Spalten werden durchschnittlich marginale Effekte aus ordinalen Logit-Regressionen für den Wert 0 (Befragter hat nie „weiß nicht“ gewählt) berichtet. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

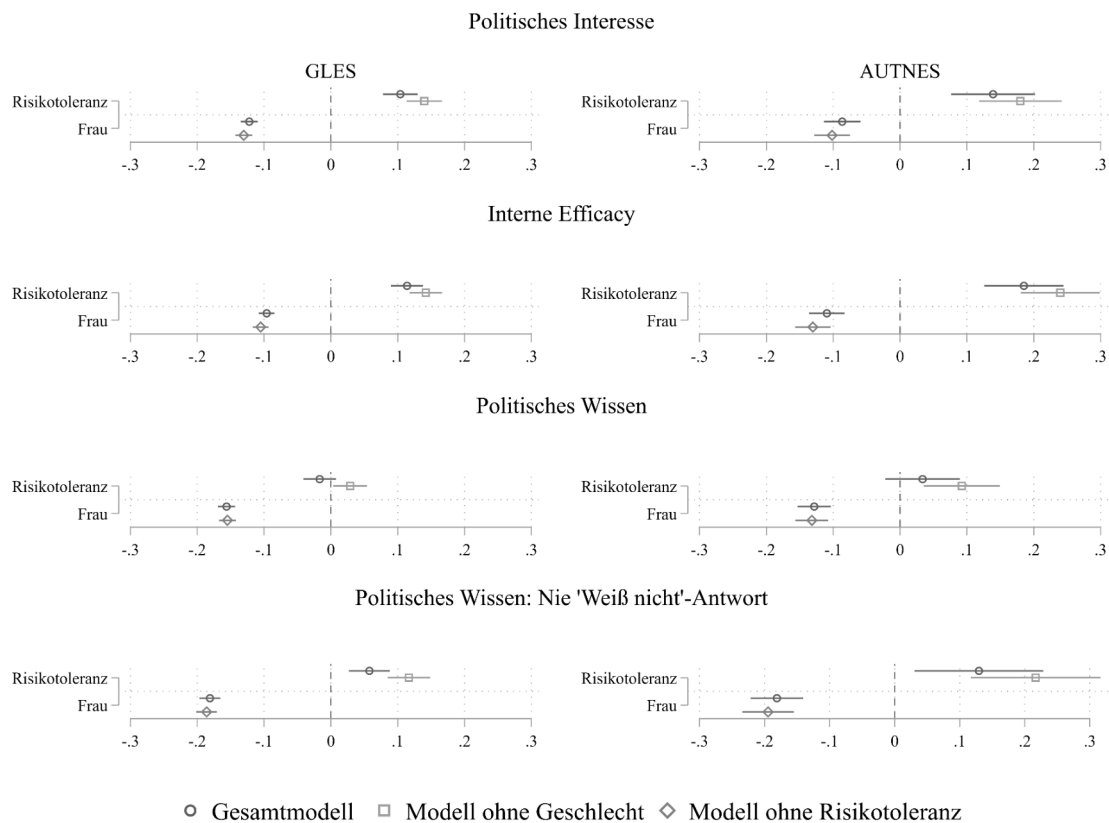
Hingegen finden sich Hinweise darauf, dass risikoaverse Menschen häufiger dazu tendieren könnten, die „Weiß nicht“-Option zu wählen. Insgesamt gaben 43.0 Prozent (AUTNES) bzw. 75.5 Prozent (GLES) der Befragten bei den Wissensfragen mindestens einmal an, dass sie die Antwort nicht wissen. Für diese Anzahl der „Weiß nicht“-Antworten wurden ordinale logistische Regressionen durchgeführt. In den letzten beiden Spalten in Tabelle 6 sind die durchschnittlichen marginalen Effekte für die Ausprägung angegeben,

bei den Wissensfragen nie Unwissen bekundet zu haben (siehe für die Logit-Koeffizienten Tabelle 21 im Anhang). Die Befunde sind für die beiden Studien unterschiedlich. Während risikobereite Personen im AUTNES-Panel eine um 13 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, nie die „Weiß nicht“-Option zu wählen, ist die Wahrscheinlichkeit im GLES-Panel mit 6 Prozentpunkten hingegen nur halb so groß.

Der Einfluss der soziodemographischen Merkmale auf den Anteil der „Weiß nicht“-Antworten ist insgesamt sehr stark. Ältere Menschen und Personen mit höherer Bildung schneiden bei den Faktenfragen besser ab und geben zudem seltener an, dass sie die richtige Antwort nicht kennen. Frauen schätzen sich nicht nur als risikoscheuer ein, sie scheinen auch in Wissensfragen häufiger anzugeben, dass sie die Antworten nicht kennen (Mondak und Anderson 2004; Baldiga 2014). Im Vergleich zu Männern deuten die Befunde zudem darauf hin, dass sie weniger Faktenfragen richtig beantworten konnten. Daher wurde geprüft, wie stark sich der Einfluss der Risikotoleranz auf die Wahrnehmung der eigenen politischen Involvierung und das politische Wissen unter Ausschluss des Geschlechtes aus den Regressionsmodellen erhöht. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, ist der Einfluss der Risikotoleranz ohne Berücksichtigung des Geschlechts sowohl im GLES- als auch im AUTNES-Panel etwa doppelt so stark. Das heißt, ein Teil des Einflusses der Risikotoleranz auf die Häufigkeit, bei Unwissen oder partiellen Wissens die „Weiß nicht“-Option zu wählen, ist auf Geschlechterunterschiede in der Risikotoleranz zurückzuführen.

Zusammenfassend betrachtet geben risikobereite Menschen häufiger an, dass sie politisch interessierter sind und dass sie sich mit anderen über politische Themen austauschen. Sie halten sich im Vergleich zu risikoaversen Bürgerinnen und Bürgern für politisch kompetenter und verfolgen die politische Medienberichterstattung aufmerksamer. Diese höhere Motivation zur Auseinandersetzung mit politischen Inhalten und das stärkere Gefühl der internen politischen Selbstwirksamkeit haben allerdings keinen Einfluss auf das tatsächliche objektive politische Wissen, denn hier lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen risikoaversen und risikotoleranten Bürgerinnen und Bürgern feststellen. Mit anderen Worten scheint die Risikotoleranz einen Einfluss auf die motivationale Komponente der politischen Kompetenz zu haben, jedoch nicht auf die kognitive.

Abbildung 4: Einfluss der Risikotoleranz und des Geschlechts auf die politische Involvement und Kompetenz



Anmerkungen: Dargestellt sind OLS-Regressionskoeffizienten für den Einfluss der Risikotoleranz und des Geschlechts bzw. für die Häufigkeit der „Weiß nicht“-Antworten die durchschnittlichen marginalen Effekte aus ordinalen Logit-Regressionen für den Wert 0 (Befragter hat nie „weiß nicht“ angegeben); jeweils mit 95%-Konfidenzintervallen. Daten gewichtet. Kontrollvariablen: Alter und Bildung (siehe Modelle in Tabelle 3 und Tabelle 6).

4.4 Empirische Befunde zur politischen Partizipation

Zwei Formen der unkonventionellen politischen Partizipation, die in beiden Ländern abgefragt wurden, sind die Teilnahme an Demonstrationen und die Mitarbeit in Bürgerinitiativen. Auch wenn sich die Abfrage im GLES-Panel auf die Teilnahme in den letzten zwölf Monaten und im AUTNES-Panel auf die Teilnahme im bisherigen Leben bezieht, ist der relative Häufigkeit der zustimmenden Antworten ähnlich verteilt. 15 Prozent der Befragten im AUTNES-Panel und 14 Prozent im GLES-Panel nahmen an Demonstrationen teil, und acht Prozent engagierten sich jeweils in Bürgerinitiativen. Im AUTNES-Panel wurde zudem gefragt, ob man jemals an Unterschriftensammlungen teilgenommen habe, was von fast jedem zweiten Befragten bejaht wurde.

In Tabelle 7 sind die Ergebnisse aus den logistischen Regressionen für die Teilnahme an Demonstrationen, die Mitarbeit an Bürgerinitiativen und die Beteiligung an Unterschriftensammlungen angegeben. Um die Interpretation der Einflussstärke zu erleichtern, werden auch hier die durchschnittlichen marginalen Effekte dargestellt (siehe für die Logit-Koeffizienten Tabelle 24 im Anhang). In den Gesamtmodellen ist der Einfluss der Risikotoleranz unter Kontrolle des politischen Interesses, des politischen Wissens und der Internal Political Efficacy zu sehen.³³ In den letzten vier Zeilen ist jeweils der durchschnittliche marginale Effekt der Risikotoleranz angegeben, wenn die potentiellen Mediationsvariablen aus dem Modell ausgeschlossen werden.

In den Gesamtmodellen hat die Risikotoleranz in der österreichischen Stichprobe keinen signifikanten Einfluss mehr auf die drei hier betrachteten unkonventionellen Partizipationsformen. Ohne die Berücksichtigung der affektiven und der kognitiven politischen Involvierung lässt sich ein positiver und signifikanter Einfluss messen, der allerdings mit Ausnahme der Teilnahme an Unterschriftensammlungen gering ist. In den Modellen für die deutsche Stichprobe ist der Einfluss der Risikotoleranz deutlich stärker und verringert sich kaum, wenn das politische Interesse und die Efficacy berücksichtigt werden. Mit einem durchschnittlichen marginalen Einfluss der Risikotoleranz von 0.17 im Gesamtmodell und 0.19 im Modell ohne die potentiellen Mediationsvariablen ist der Einfluss für die Demonstrationsteilnahme zudem vergleichsweise stark.

³³ Um die Modelle für Deutschland und Österreich vergleichen zu können, wurde die Internal Political Efficacy hier nur über die Zustimmung zu der Aussage, man könne politische Zusammenhänge gut verstehen, gemessen.

Tabelle 7: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen

	Demonstration		Bürgerinitiative		Unterschriften-sammlung
	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES	AUTNES
Risikotoleranz	0.06 (0.04)	0.17** (0.02)	0.05 (0.03)	0.08** (0.01)	0.10 (0.06)
Politisches Interesse	0.20** (0.04)	0.24** (0.02)	0.13** (0.04)	0.16** (0.02)	0.26** (0.06)
Politisches Wissen	0.06 (0.04)	0.06** (0.02)	0.04 (0.03)	-0.05** (0.02)	0.18** (0.05)
Internal Political Efficacy	0.10* (0.05)	0.06* (0.02)	0.04 (0.04)	0.04* (0.02)	0.11 (0.07)
Frau	-0.01 (0.02)	0.01 (0.01)	-0.02 (0.02)	-0.01 (0.01)	0.02 (0.03)
30–39 Jahre	-0.04 (0.03)	-0.06** (0.02)	0.00 (0.02)	-0.03* (0.02)	0.02 (0.04)
40–49 Jahre	0.01 (0.03)	-0.07** (0.02)	-0.00 (0.02)	-0.04* (0.02)	0.03 (0.04)
50–59 Jahre	0.01 (0.03)	-0.07** (0.02)	0.06* (0.02)	-0.04* (0.02)	0.06 (0.04)
60 Jahre und älter	-0.01 (0.03)	-0.11** (0.02)	0.05* (0.02)	-0.03* (0.02)	-0.00 (0.04)
Bildung: mittel	-0.05 (0.03)	0.02 (0.01)	-0.02 (0.03)	0.02 (0.01)	0.04 (0.05)
Bildung: hoch	0.02 (0.04)	0.05** (0.01)	-0.00 (0.03)	0.03** (0.01)	0.19** (0.05)
Korr. Pseudo R ²	0.09	0.11	0.09	0.07	0.08
N	2051	7319	2051	7325	2051
Einfluss der Risikotoleranz:					
Modell ohne Wissen, Interesse und Efficacy	0.10** (0.04)	0.19** (0.02)	0.08* (0.03)	0.10** (0.02)	0.16** (0.06)
Modell nur Wissen + KV	0.10** (0.04)	0.20** (0.02)	0.08* (0.03)	0.10** (0.02)	0.15** (0.06)
Modell nur Efficacy + KV	0.06 (0.04)	0.17** (0.02)	0.06 (0.03)	0.09** (0.02)	0.11 (0.06)
Modell nur Interesse + KV	0.06 (0.04)	0.16** (0.02)	0.05 (0.03)	0.08** (0.01)	0.10 (0.06)

Anmerkungen: Logistische Regressionen, durchschnittliche marginale Effekte mit Standardfehlern in Klammern. KV = Kontrollvariablen (Geschlecht, Altersgruppen, Bildung). Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Insgesamt deuten die Ergebnisse aus Österreich und Deutschland darauf hin, dass sich risikotolerante und risikoaverse Bürgerinnen und Bürger in ihrer Teilnahmebereitschaft an unkonventionellen Partizipationsformen unterscheiden. Der Einfluss der Risikotoleranz wird offenbar über das politische Interesse und das interne politische Wirksamkeitsgefühl, nicht aber über das Wissen teilweise mediiert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die geringeren Effekte der Risikotoleranz auf die Teilnahme an Demonstrationen und die Mitarbeit in Bürgerinitiativen im österreichischen Panel im Vergleich zu dem deutschen möglicherweise auf den unterschiedlichen zeitlichen Bezugsrahmen

zurückzuführen sind. Da die Abfrage binär erfolgt, könnte mit der Länge des betrachteten Zeitraums die Wahrscheinlichkeit steigen, dass auch risikoaverse Bürgerinnen und Bürger mindestens einmal diese Partizipationsformen genutzt haben.

Tabelle 8: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung konventioneller Partizipationsformen

	Wahlbeteiligung		Anschreiben Politiker
	AUTNES	GLES	AUTNES
Risikotoleranz	-0.05 (0.03)	0.01 (0.01)	0.16** (0.05)
Politisches Interesse	0.08* (0.03)	0.08** (0.02)	0.26** (0.05)
Politisches Wissen	0.09** (0.03)	0.14** (0.02)	0.07 (0.04)
Internal Political Efficacy	0.06 (0.03)	0.03* (0.02)	0.10 (0.06)
30–39 Jahre	0.01 (0.02)	-0.00 (0.01)	0.03 (0.02)
40–49 Jahre	0.04 (0.02)	0.01 (0.01)	0.05 (0.03)
50–59 Jahre	0.07** (0.02)	0.01 (0.01)	0.09** (0.03)
60 Jahre und älter	0.04 (0.03)	0.03* (0.01)	0.19** (0.03)
Bildung: mittel	0.06* (0.02)	0.01 (0.01)	0.20** (0.03)
Bildung: hoch	-0.01 (0.02)	0.03** (0.01)	-0.00 (0.04)
Frau	0.01 (0.02)	0.01 (0.01)	0.01 (0.04)
Korr. Pseudo R ²	0.11	0.16	0.11
N	2019	7338	2051
Einfluss der Risikotoleranz:			
Modell ohne Wissen, Interesse und Efficacy	-0.02 (0.04)	0.03* (0.01)	0.21** (0.05)
Modell nur Wissen + KV	-0.03 (0.03)	0.03** (0.01)	0.20** (0.05)
Modell nur Efficacy + KV	-0.04 (0.03)	0.01 (0.01)	0.16** (0.05)
Modell nur Interesse + KV	-0.04 (0.03)	0.01 (0.01)	0.16** (0.05)

Anmerkungen: Logistische Regressionen, durchschnittliche marginale Effekte mit Standardfehlern in Klammern. Die Wahlbeteiligung wurde jeweils in der ersten Nachwahlwelle erhoben, die anderen abhängigen Variablen wurden in der zweiten (GLES) bzw. fünften Welle (AUTNES) gemessen. KV = Kontrollvariablen (Geschlecht, Altersgruppen, Bildung). Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * p < 0.05, ** p < 0.01.

Für die Wahlteilnahme wurde kein Einfluss der Risikotoleranz erwartet. Wie aus Tabelle 8 hervorgeht, stützen die Befunde diese Vermutung sowohl für Deutschland als auch für Österreich (siehe für die Logit-Koeffizienten Tabelle 25 im Anhang). Unterschiede zwischen risikotoleranten und risikoscheuen Bürgerinnen und Bürgern in der politischen

Partizipation sind jedoch offenbar nicht nur auf unkonventionelle Partizipationsformen beschränkt. 22 Prozent der Befragten gaben im österreichischen Panel an, dass sie schon einmal einen Politiker kontaktiert hatten. Die durchschnittlichen marginalen Effekte in Tabelle 8 zeigen für risikobereite Personen in Österreich eine 16 Prozent höhere Wahrscheinlichkeit anzugeben, dass sie in ihrem Leben schon einmal mit einem Anliegen an eine Politikerin oder einen Politiker gewandt hatten. Ohne Kontrolle des politischen Interesses, der Efficacy und des politischen Wissens ist der Einfluss nur um fünf Prozentpunkte höher. Das bedeutet, die Risikotoleranz scheint hier zu großen Teilen direkt auf die Kontaktaufnahme mit einem Vertreter der politischen Eliten zu wirken. Im Vergleich zu den hier untersuchten unkonventionellen Partizipationsformen ist der Einfluss stark – und das, obwohl die Kontaktierung eines politischen Amtsträgers vermutlich eher alleine ausgeführt wurde, wenig konfliktär ist, und daher insgesamt weniger aufregend und stimulierend sein sollte.

4.5 Zusammenfassung und Diskussion

Die bisherigen Befunde in der Literatur zur Bedeutung der Persönlichkeit für die politische Involvierung, Kompetenz und die Partizipationsbereitschaft scheinen auch auf die individuelle Risikotoleranz zuzutreffen. In diesem Kapitel finden sich sowohl für die deutsche als auch für die österreichische Bevölkerung Hinweise darauf, dass sich risikotolerante und risikoscheue Menschen als unterschiedlich politisch interessiert und kompetent wahrnehmen. Risikotolerante geben an, häufiger die politischen Nachrichten zu verfolgen und sich mit anderen über politische Themen auszutauschen. In der empirischen Analyse lässt sich allerdings kein Einfluss der Risikotoleranz auf das Abschneiden bei der Beantwortung von politischen Faktenfragen feststellen, auch wenn risikoaverse Personen eine etwas stärkere Tendenz zeigen, die „Weiß nicht“-Option zu wählen.

In Bezug auf die politische Partizipation stützen die hier gezeigten Befunde ebenfalls die Annahme eines Einflusses der Risikotoleranz. Die höhere Bereitschaft risikotoleranter Menschen zur politischen Teilnahme ist offenbar nicht auf vermeintlich stimulierende unkonventionelle Partizipationsformen wie Demonstrationen und Bürgerinitiativen begrenzt. Gerade für den Kontakt mit einem politischen Entscheidungsträger findet sich in der österreichischen Studie ein stärkerer positiver Einfluss. Mit Ausnahme der Wahlbeteiligung konnte ein positiver Einfluss der Risikotoleranz gemessen werden, der

nur teilweise über das politische Interesse und die Internal Political Efficacy vermittelt wirkt. Insgesamt decken sich die Befunde für Österreich und Deutschland in dieser Untersuchung mit jenen aus vorheriger Studien für die US-amerikanische Bevölkerung (Kam 2012; Berinsky 2000), und dies, obwohl die politischen Systeme sehr unterschiedlich sind.

In dieser Arbeit wird angenommen, dass der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung von mit Risiken behafteten Politikvorschlägen je nach Informationskontext auch von der politischen Kompetenz bedingt sein könne. Da die Analysen in diesem Kapitel nahelegen, dass die Risikotoleranz die politische Kompetenz nicht selbst beeinflusst, wird erwartet, dass an dieser Stelle keine Endogenitätsprobleme zu erwarten sind. Voraussetzung scheint jedoch zu sein, dass die Messung über Faktenfragen erfolgt und nicht über die Selbsteinschätzung der Befragten. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Risikotoleranz unter bestimmten Bedingungen dennoch einen Einfluss auf das politische Wissen haben könnte. Denkbar wäre beispielsweise, dass risikoscheue Menschen Informationen zu Bedrohungen in der Medienberichterstattung eher wahrnehmen, bewusster verarbeiten und leichter abrufen können. Hierzu wären weitergehende Untersuchungen nötig.

Eine Befürchtung, die mit einer politischen Beteiligung in Abhängigkeit von der Risikotoleranz vorgebracht wird, ist, dass sich risikobereite Menschen im politischen Prozess möglicherweise stärker Gehör verschaffen als risikoaverse (Kam 2012, S. 830; Martin 2016). Sofern risikobereite Menschen nicht nur häufiger diese Formen der politischen Teilhabe nutzen, sondern auch Politikvorschläge anders beurteilen als risikoaverse, könnte dies mit einer ungleichen politischen Repräsentation von Positionen einhergehen. Zugleich scheinen sich risikoaverse und risikobereite nicht in der Beteiligung an Wahlen zu unterscheiden, die die Zusammensetzung des Parlamentes und das mittelfristige politische Programm vorgeben. Positiv betrachtet könnte argumentiert werden, dass die ungleiche Partizipationsbereitschaft außerhalb von Wahlen, die meist eher themenbezogen ist, neue, mutige und eher progressive Impulse für die Gesellschaft ermöglicht. Umgekehrt könnte in Hinblick auf zum Beispiel Sachabstimmungen vermutet werden, dass die Kampagnen der Befürworter riskanter Entscheidungsoptionen mehr öffentliche Unterstützer finden und im politischen Diskurs mehr Gewicht haben könnten. Ob die ungleiche Partizipationsbereitschaft als normativ problematisch bewertet wird, hängt letztlich von der Perspektive ab. In den folgenden drei Fallbeispielen wird untersucht,

welche Bedingungen vorliegen müssen, damit sich die Risikotoleranz nicht nur in der politischen Teilnahme, sondern auch in der Beurteilung von Policy-Vorschlägen niederschlägt.

5. Vorschlag zum Ausschluss verschuldeter Eurostaaten

5.1 Hintergrund zur Grexit-Diskussion 2015

Die Eurokrise stellte die Europäische Union vor eine der größten Herausforderungen seit ihrer Gründung. Seit 2010 mussten mehrere Eurostaaten mit milliardenschweren Hilfskrediten vor dem Staatsbankrott gerettet werden. Während es Spanien, Portugal und Irland gelang, den Rettungsschirm zu verlassen und die gewährten Kredite zu begleichen, wurde Ende 2014 offenbar, dass Griechenland weitere Finanzhilfen benötigen würde. Im Januar 2015 rückte die Eurokrise erneut in den Fokus der Aufmerksamkeit, als das Linksbündnis Syriza einen Wahlsieg bei den Neuwahlen des griechischen Parlamentes errungen hatte. Die gewählte Regierung unter Alexis Tsipras forderte eine Neuverhandlung der Bedingungen der nächsten Tranche aus dem Hilfsprogramm sowie einen Schuldenschnitt. Darauf folgten monatelange harte Auseinandersetzungen mit den Geldgebern, vertreten durch die Europäische Kommission, den Internationalen Währungsfonds und die Europäische Zentralbank.

Die Euroländer waren untereinander in ihren Positionen sehr gespalten. Die nördlichen Euroländer, allen voran Deutschland, pochten auf eine Austeritätspolitik im Sinne von Strukturreformen, Sparmaßnahmen sowie einer Privatisierung von Staatsbetrieben und lehnten einen Schuldenschnitt strikt ab. Hingegen zeigten sich die südeuropäischen Eurostaaten mit Frankreich an ihrer Spitze gegenüber Griechenland kompromissbereiter (Der Tagesspiegel 2015). Seit den Neuwahlen stand auch ein möglicher Austritt Griechenlands aus der Währungsunion erneut zur Diskussion. In diesem Kontext schlug beispielsweise der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble einen „Grexit auf Zeit“ vor (FAZ 2015b). Demzufolge sollte Griechenland freiwillig aus der Währungsunion austreten, um wieder wettbewerbsfähig werden zu können. Allerdings fand dieser Vorschlag weder bei den anderen Gläubigerländern noch beim eigenen Koalitionspartner, der SPD, Unterstützung. Auch die griechische Regierung und die Bevölkerung wollten mehrheitlich in der Währungsunion verbleiben (Der Spiegel 2015). Gleichzeitig wurde das Szenario eines unregelmäßigen Austritts bei einer fehlenden Einigung zwischen der griechischen Regierung und den Institutionen im Juli 2015 immer wahrscheinlicher (Bansak et al. 2020, S. 509).

Die Verhandlungen in den Monaten nach den Neuwahlen des griechischen Parlamentes wurden als chaotisch und schwer vorhersehbar wahrgenommen (Helms et al. 2019, S. 178–180). Auf der einen Seite konnten sich die Vertreter der griechischen Regierung und jene der Eurogruppe nicht einigen; auf der anderen Seite war Griechenland ab Juni finanziell nicht mehr in der Lage, die ausstehenden Zahlungen für Kredite zu tätigen. Die Situation spitzte sich noch einmal zu, als Ministerpräsident Tsipras in Reaktion auf einen als demütigend empfundenen Lösungsvorschlag ein Referendum darüber ansetzte. Am 5. Juli 2015 folgten 61 Prozent der Griechen der Empfehlung ihrer Regierung und lehnten den Vorschlag der Geldgeber ab. Den Höhepunkt der Auseinandersetzungen erreichte die Griechenland-Krise in den dramatischen Verhandlungen am 12./13. Juli 2015. Nach stundenlangen Gesprächen konnten sich die Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf ein drittes Hilfspaket einigen. Die griechischen Verhandlungsführer mussten dafür einwilligen, die verordneten Sparmaßnahmen umzusetzen. Ein möglicher ungeregelter Austritt Griechenlands aus der Währungsunion war damit vorerst abgewendet, auch wenn bis zur Auszahlung des dritten Hilfspaketes Mitte August 2015 noch Hürden zu nehmen waren. Unter anderem musste der Weiterführung der Verhandlungen zuvor in einigen nationalen Parlamenten der Euroländer zugestimmt werden, darunter auch im Bundestag am 17. Juli 2015 (für eine Chronologie der Eurokrise im ersten Halbjahr 2015 siehe Zeller 2018, 190–198).

In der ersten Jahreshälfte 2015 waren die schwierigen Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket und die Diskussionen über einen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion unter den wichtigsten Themen in der deutschen Medienberichterstattung und auch in der Problemwahrnehmung der deutschen Bevölkerung (Saalfeld und Zohlnhöfer 2019, S. 8). Umfragen in diesem Zeitraum zeigen, dass auch innerhalb der deutschen Bevölkerung ein „Grexit“ (eine Wortneuschöpfung aus „Greece“ und „Exit“) stark polarisierte. Innerhalb des ersten Halbjahres 2015 änderte sich mehrmals die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung zu einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion. Zu Beginn des Jahres sprach sich in den Telefonumfragen im ARD-DeutschlandTrend von Infratest dimap und im Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen eine Mehrheit für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion aus. Bis Anfang Juli lagen die Befürworter und Gegner etwa gleichauf, während Ende Juli wieder mehr als die Hälfte einen Grexit ablehnte (Forschungsgruppe Wahlen 2015a, 2015b; Tagesschau 2015b).

Auch innerhalb der Parteien waren die Positionen zu einem Grexit und einem dritten Hilfspaket gespalten (Wendler 2019, S. 604–609). Dies galt insbesondere für die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD. Diese widersprüchlichen Positionen aus den Regierungsparteien spiegelten sich sowohl in den Parlamentsreden vor den Abstimmungen als auch in den Voten im Bundestag am 17. Juli und am 19. August 2015 wider, als über die Aufnahme der formalen Verhandlungen bzw. über die Verabschiedung des dritten Hilfspaketes abgestimmt wurde (Deutscher Bundestag 2015a, 2015b). Innerhalb der Unionsfraktion votierten Dutzende Abgeordnete gegen den jeweiligen Vorschlag oder enthielten sich. Auch innerhalb des Koalitionspartners SPD gab es in beiden Abstimmungen Nein-Stimmen sowie einige prominente SPD-Politikerinnen und -Politiker wie den ehemaligen Finanzminister Peer Steinbrück, die sich öffentlichkeitswirksam für einen Grexit aussprachen (Caspari 2015b, 2015a; Schmitz 2015). Die Grünen waren in der ersten Abstimmung noch zwischen Zustimmungen und Enthaltungen gespalten; einen Monat später befürwortete jedoch die Mehrzahl der Abgeordneten ein drittes Hilfspaket. Die Abgeordneten der Linkspartei lehnten die mit den Hilfspaketen verbundenen Bedingungen ab und votierten in beiden Abstimmungen dagegen. Allerdings sprachen sich sowohl die Grünen als auch die Linken gegen einen Ausschluss Griechenlands aus. Die nicht im Bundestag vertretenen AfD und FDP befürworteten dagegen einen Austritt aus der Währungsunion.

Der Austritt von Mitgliedstaaten aus der Eurozone ist in den Europäischen Verträgen nicht vorgesehen, sodass im Falle einer fehlenden Einigung zwischen den griechischen Verhandlungsführern und den Geldgebern im Juli 2015 ein ungeregelter Austritt gedroht hätte (Schuster 2016). Die Befürworter der Finanzhilfen warnten daher davor, dass die wirtschaftlichen Folgen eines Austritts Griechenlands kaum abzusehen wären. Für Griechenland wurden chaotische Bedingungen mit Pleiten, einem Inflationsschock nach Einführung einer neuen nationalen Währung und ein noch stärkerer Einbruch der Wirtschaftsleistung als potentielle Folgen skizziert (z. B. Tagesschau 2015a; Häring 2020). Aber auch Risiken für die gesamte Eurozone wurden diskutiert, da möglicherweise an den Finanzmärkten auf den Austritt weiterer finanziell schwacher Euroländer spekulieren würde (Meiers 2015, S. 99). Zudem müssten die Gläubiger, darunter auch Deutschland, im Falle eines Austritts Teile der Hilfskredite vermutlich abschreiben (Tagesschau 2015a). Neben den finanziellen und wirtschaftlichen Risiken argumentierten die Gegner eines Austritts unter anderem auch mit den politischen Implikationen einer solchen

Entscheidung (SZ 2015). Demzufolge könnte der Grexit als Symbol verstanden werden, dass die europäische Integration kein unumkehrbarer Prozess sei. Die fehlende Solidarität mit einem in Not geratenen Mitgliedstaat könne zu einem Auseinanderbrechen der Währungsunion führen (Greive 2015a; Hoffmann 2015; Molthof 2017, 174-177).

Die Befürworter eines Grexits hoben dagegen hervor, dass Deutschland mit der Gewährung von weiteren Krediten ein finanzielles Risiko eingehe (vgl. Böcking 2015; Gatzke et al. 2015; Bansak et al. 2020). Da die bisherigen zwei Hilfspakete zu keiner Verbesserung der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Griechenlands geführt hätten und die geforderten Strukturreformen bisher nicht umgesetzt worden seien, könne nicht damit gerechnet werden, dass weitere Kredite diesmal ausreichen würden (Gatzke et al. 2015; Greive 2015b). Entsprechend sollte Griechenland die Währungsunion freiwillig verlassen, um mit einer eigenen Währung wieder wettbewerbsfähig zu werden und so unter anderem für den Export bestimmte Waren und Güter zu vergünstigen (FAZ 2015a). Befürworter brachten zudem vor, dass anders als noch zu Beginn der Finanzkrise die europäische Wirtschaft deutlich solider dastehe. Ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion würde daher keine Bedrohung für andere Euroländer oder den Euro als Ganzes darstellen (Molthof 2017, 185–187; 172). Für die Europäische Union könne der Ausschluss letztlich auch positiv sein, denn ohne Griechenland wäre die Währungsunion möglicherweise stabiler als zuvor (Zydra 2015). Besonders die auflagenstarke Bild tat sich während der Griechenland-Krise mit diesem Framing hervor (z. B. Bild 2015; Hoeren 2015; siehe auch Otto und Köhler 2016).

Zusammengenommen betrachtet argumentierten sowohl die Befürworter als auch die Gegner, dass ihre Option jeweils die weniger riskante wäre. Dies lässt vermuten, dass die im Moment der Einstellungsbildung zugänglichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben könnten, welche Risikobewertung vorgenommen wurde. Unter der Annahme, dass der Einfluss der Risikotoleranz von der Risikowahrnehmung und Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung moderiert wird, werden im folgenden Abschnitt Hypothesen formuliert, unter welchen Bedingungen und für welche Personen ein Einfluss der Risikotoleranz zu erwarten wäre.

5.2 Fallspezifische Hypothesen

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden viele Studien dazu veröffentlicht, wie ein Framing in der Medienberichterstattung die Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern zu EU-Themen beeinflussen kann (Díez Medrano 2003; Schuck und de Vreese 2006; Lecheler und de Vreese 2010; de Vreese et al. 2011; Goodwin et al. 2018). Dabei wurde gezeigt, dass die Bewertung der Europäischen Union dadurch verändert werden kann, dass man den EU-Integrationsprozess entweder als kulturelle Bereicherung und ökonomischen Gewinn oder als kulturelle Bedrohung, Gefahr für die Demokratie oder als sehr kostspielig beschreibt (Schuck und de Vreese 2006; Vliegenthart et al. 2008; Abbarno und Zapryanova 2013). Beispielsweise demonstrieren Schuck und Vreese (2006) in einem Experiment, dass die Haltung zur EU-Erweiterung dadurch beeinflusst werden kann, ob sie von den Medien als Risiko oder Chance dargestellt wird. Wie oben dargestellt, bedienten sich die politischen Akteure auch in der Debatte zu einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion verschiedener Framing-Strategien, um die Wahrnehmung der Risiken zu beeinflussen und für ihre jeweilige Position zu werben.

Die Wirkung dieser Framing-Strategien auf die Risikobewertung wird in dieser Arbeit über ein Umfrage-Experiment untersucht, das in der zweiten Welle des YouGov-Panels durchgeführt wurde. Diese erste Wiederbefragung erfolgt im Juli 2015 und demnach in einem Zeitraum, als die Medienberichterstattung zur Griechenland-Krise besonders intensiv war. Die Frageformulierung im Framing-Experiment bezieht sich nicht direkt auf die Mitgliedschaft Griechenlands in der Eurozone, sondern auf die Haltung zu einem Ausschluss von wirtschaftlich zu schwachen Staaten allgemein. Die eine Hälfte der Befragten erhielt zudem in einem Nebensatz den Hinweis, dass der Ausschluss wirtschaftlich schwacher Staaten negative politische Folgen für die EU haben könnte. In der ersten Gruppe, die den Nebensatz nicht gesehen hatte, könnte durch die Formulierung „wirtschaftlich zu schwache Staaten“ die Zugänglichkeit von Erwägungen erhöht gewesen sein, die auf die ökonomischen Folgen abzielen. Hingegen könnte in der Gruppe, die den Nebensatz erhalten hatte, zusätzlich noch die Zugänglichkeit von Erwägungen erleichtert sein, die sich auf die eigene Haltung zum europäischen Projekt beziehen. Das heißt, beide Befragtengruppen wurden in der Formulierung der Items auf potentielle Bedrohungen hingewiesen, möglicherweise aber mit unterschiedlichem Fokus.

Wie geschildert wurde, bestimmte die Diskussion um einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Währungsunion die Medienberichterstattung über mehrere Monate

und erreichte im Juli 2015 eine besonders starke Aufmerksamkeit. Daher wird im Folgenden davon ausgegangen, dass auch politisch wenig interessierte Menschen etwas von der Debatte gehört hatten und sich darüber bewusst waren, dass der Vorschlag mit Risiken verbunden sein könnte. Auch in Bezug auf die Unsicherheit bei der Abwägung der Chancen und Risiken werden zwischen politisch wenig und politisch sehr kompetenten Personen keine Unterschiede erwartet. Denn zum einen wurde in den Medien offen diskutiert, dass sich weder die politischen Eliten noch die Fachexperten in der Prognose der Implikationen eines Verbleibs oder Austritts Griechenlands sicher waren. Zum zweiten stellten sowohl die Befürworter als auch die Gegner eines Grexits die jeweils andere Option riskanter dar. Demnach konnten auch politisch Versierte keine klare Entscheidung aus ihren Prädispositionen ableiten und waren möglicherweise zugänglich für Framing-Effekte, die eine bestimmte Risikobeurteilung nahelegten.

Für das Framing-Experiment werden daher folgende Hypothesen formuliert: Für Bürgerinnen und Bürger mit einer geringen politischen Kompetenz ist in keiner der beiden Befragtengruppen ein Einfluss der Risikotoleranz zu erwarten. Sowohl mit als auch ohne den Hinweis auf die potentiell negativen Folgen für die EU sollte ihnen die Einschätzung schwer gefallen sein, ob der Verbleib oder der Austritt eines wirtschaftlich schwachen Eurolandes riskanter ist. Daher können sie sich trotz ihrer Unsicherheit, die ihrem fehlendem Hintergrundwissen geschuldet ist, nicht in ihrer Beurteilung an ihrer Risikotoleranz orientieren.

Hingegen ist bei politisch kompetenten Personen zu vermuten, dass diese je nach Ausprägung ihrer Risikotoleranz unterschiedlich auf die Frageformulierungen reagieren. Die Folgen eines unregelmäßigen Austritts Griechenlands aus der Währungsunion hätte unabhsehbare Folgen und stellten die Entscheidungsoption mit der größeren Varianz der möglichen Ergebnisse dar. Politisch kompetente Menschen mit einer hohen Risikotoleranz könnten einen Ausschluss wirtschaftlich schwacher Staaten daher eher begrüßt haben. Sollten sie im Vergleich zu risikoaversen Menschen weniger sensibel auf Informationen zu potentiellen Bedrohungen reagieren, so sollte der Hinweis auf die möglichen negativen Folgen für die EU keinen Einfluss auf ihre Beurteilung haben.

Für die politisch Versierten mit einer hohen Risikoaversion ist dagegen zu vermuten, dass diese besonders empfänglich für die Bedrohungsframes sind. Wenn in der Formulierung in der ersten Befragtengruppe implizit darauf hingewiesen wird, dass einige Mitgliedstaaten aufgrund ihrer finanziellen Probleme eine Bedrohung für die anderen

Eurozonenländer darstellen, könnten sie sich eher für den Ausschluss dieser Mitgliedsländer aus der Eurozone aussprechen. Wird ihnen in der zweiten Gruppe dazu noch der Hinweis auf die mögliche Bedrohung für das EU-Projekt präsentiert, müssen sie zwischen zwei Bedrohungsframes abwägen, die unterschiedliche Interpretation nahelegen, welche Entscheidungsoption die riskantere darstellt. Da der Hinweis im Nebensatz explizit potentielle negative Folgen benennt, während der Hinweis auf die finanzielle Bedrohung eher subtiler ist, könnte dieser möglicherweise in der Abwägung dominieren. Entsprechend würden politisch kompetente Personen in der zweiten Befragungsgruppe mit zunehmender Risikoaversion eher den Verbleib wirtschaftlich schwacher Staaten vorziehen.

Studien zu den Kriterien, die Bürgerinnen und Bürger bei der Bewertung der Rettungsmaßnahmen während der Eurokrise anlegten, legen nahe, dass sich viele Personen weniger an ökonomischen Kalkülen, sondern stärker an ihren Gruppenidentitäten orientierten (z. B. Rudnik und Schoen 2015; Rathbun et al. 2019). Welche Risiken eine Person im Verbleib oder Austritt Griechenlands in der Eurozone sah, könnte von der Identifikation mit der Europäischen Union abhängen. Menschen, die sich nicht mit der Europäischen Union verbunden fühlen, könnten die möglichen negativen Folgen für das EU-Projekt als weniger problematisch betrachten. Hingegen sollten Menschen mit einer sehr starken EU-Bindung diesen Risiken eine hohe subjektive Relevanz einräumen. Entsprechend könnten sich EU-verbundene Menschen bei ihrer Beurteilung eines Ausschlusses von finanzschwachen Mitgliedsstaaten eher von ihrer individuellen Risikotoleranz leiten lassen, während für EU-Gegner kein Einfluss zu erwarten ist.

Menschen, die sich mit der Europäischen Union identifizieren, könnten je nach Informationskontext sowohl den Verbleib als auch den Austritt Griechenlands aus der Währungsunion als riskanter wahrgenommen haben. Wenn der Informationskontext EU-verbundenen Menschen nahelegt, dass wirtschaftlich schwache Staaten eine finanzielle Bedrohung für die Europäische Währungsunion darstellen, sollten risikoaverse und risikobereite Personen im Vergleich zu risikoneutralen eher dem Ausschluss zustimmen. Wird hingegen im Frame der Austritt eines Eurolandes als eine Bedrohung für die EU beschrieben, sollten EU-verbundene Menschen einen Ausschluss als die riskantere Option wahrnehmen. Entsprechend sollten jene von ihnen mit einer hohen Risikobereitschaft weiterhin einem Ausschluss zustimmen, während jene mit einer hohen Risikoaversion nun einen Verbleib befürworten sollten.

Die Parteien unterschieden sich darin, inwiefern sie ihren Anhängern bei der Beurteilung der hier untersuchten Sachfrage Orientierung boten. Insbesondere Menschen die sich mit den Regierungsparteien CDU, CSU und SPD identifizieren, sollte es schwergefallen sein, deren Position zu einem Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion zu übernehmen. Denn auf der einen Seite wurde von den Verhandlungsführern der deutschen Bundesregierung betont, dass ein Grexit verhindert werden soll – so warben die Regierungsparteien während der Sondersitzung im Bundestag zur Wiederaufnahme der Verhandlungen für ein drittes Hilfspaket am 17. Juli 2015 geschlossen für einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone. Auf der anderen Seite wurde bekannt, dass von der Regierung konkrete Konzepte erarbeitet wurden, wie ein Ausschluss ausgestaltet werden könnte. Zudem wurden Medienberichte über innerparteiliche Konflikte in den Unionsparteien und auch innerhalb der SPD bekannt. Aufgrund dieser widersprüchlichen Signale aus der Bundesregierung ist unter den Anhängern der Unionsparteien und der SPD im Vergleich zu den Anhängern anderer Parteien die größere Unsicherheit zu vermuten. Für diese Personen ist daher ein stärkerer Einfluss der Risikotoleranz auf ihre Beurteilung zu erwarten.

Auch Personen ohne eine Parteibindung könnten bei der Beurteilung unsicher gewesen sein, weil sie sich nicht wie Parteianhänger an den Signalen bestimmter politischer Eliten orientieren konnten (vgl. Liñeira und Henderson 2019). Zugleich fehlen ihnen – ähnlich wie bei Personen mit einer geringen politischen Kompetenz – Anhaltspunkte, um zu bewerten, ob der Verbleib oder der Austritt wirtschaftlich schwacher Staaten riskanter wäre. Daher ist auch bei Menschen ohne eine Parteibindung nicht zu erwarten, dass sie eine Beurteilung anhand ihrer Risikoneigung vornehmen können.

5.3 Daten und Operationalisierung

Das Framing-Experiment im YouGov-Panel wurde in der zweiten Welle durchgeführt, die zwischen dem 9. und 24. Juli 2015 im Feld war. 71.3 Prozent der Teilnehmer aus der ersten Welle konnten für diese Wiederbefragung gewonnen werden (N=1.877). Die Befragten wurden zufällig auf zwei Gruppen aufgeteilt. Der einen Hälfte wurde die folgende Aussage präsentiert: „Wirtschaftlich zu schwache Staaten sollten aus der Währungsunion ausgeschlossen werden“ (Frame 1). Die andere Hälfte hatte dieselbe Aussage zu beurteilen, allerdings mit dem nachfolgenden Nebensatz „[...], auch wenn

dadurch die europäische Einigung insgesamt gefährdet ist“ (Frame 2).³⁴ Beide Gruppen konnten ihre Bewertung auf einer fünfstufigen Skala von „stimme voll und ganz zu“ bis „stimme überhaupt nicht zu“ abgeben. Wie Tabelle 9 entnommen werden kann, sind die Befragtengruppen hinsichtlich ihrer soziostrukturellen Merkmale miteinander vergleichbar. Lediglich für den Anteil der Personen mit Abitur und dem Anteil der Erwerbstätigen sind signifikante Unterschiede messbar, die in ihrer Größenordnung allerdings nicht stark ins Gewicht fallen sollten.

Tabelle 9: Sozialstrukturelle Merkmale der Befragtengruppen

	Anteil Frauen	Mittleres Alter	Anteil Abitur	Anteil Ledige	Anteil Erwerbstätige
Frame 1 (N = 867)	48.4	51.4	25.7	19.5	57.7
Frame 2 (N = 812)	46.7	51.9	30.5	21.4	52.7
t	0.72	-0.71	-2.20**	-0.98	2.04**

Anmerkungen: Nur Wiederbefragte ohne fehlende Werte in der abhängigen Variablen und den anderen hier betrachteten soziostrukturellen Merkmalen. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. YouGov-Panel, Welle 2.

Die hier untersuchte Aussage nimmt keinen direkten Bezug auf die Diskussion um den Grexit. Aufgrund der hohen Salienz des Eurokrise im Juli 2015 in den Medien und der Bevölkerung ist allerdings anzunehmen, dass die meisten Befragten an den drohenden Austritt Griechenlands aus der Eurozone dachten. Neben der Aussage zum Ausschluss von Eurostaaten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden den Befragten noch drei weitere zur Währungsunion bzw. zu finanziellen Hilfen an verschuldete Staaten präsentiert.³⁵ Die Zugänglichkeit von Erwägungen zu den potentiellen Folgen eines Verbleibs Griechenlands in der Eurozone in Form weiterer Hilfszahlungen und der gemeinsamen Haftung für Kredite könnte dadurch für die Befragten beider Gruppen erhöht gewesen sein. Allerdings ist anzunehmen, dass dennoch ein Mindestmaß an politischer Kompetenz vorliegen musste, um die Beziehung dieser Aussagen zueinander verstehen zu können.

³⁴ In der ersten Welle im Oktober 2014 wurde diese Version der Aussage ebenfalls abgefragt. Jedoch wurde sie gleichzeitig mit anderen Aussagen präsentiert, die nicht nur in der Reihenfolge randomisiert wurden, sondern auch in ihren Formulierungen je nach Experimentalgruppe variierten. Da die zugänglichen Erwägungen zum Ausschluss verschuldeter Mitgliedstaaten je nach Gruppenzugehörigkeit unterschiedlich gewesen sein könnten, ist eine Vergleichbarkeit mit der Bewertung von 2015 nicht sinnvoll.

³⁵ „Deutschland sollte Euro-Staaten, die große wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten haben, finanziell unterstützen.“, „Um in der Euro-Zone die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen, sollte man eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen.“ und „Die Euro-Staaten sollten gemeinsam Kredite aufnehmen, zurückzahlen und für sie haften.“

Die unabhängigen Variablen in der Analyse wurden alle in der ersten Welle gemessen, sodass potentielle Endogenitätsprobleme vermindert werden können (siehe für eine deskriptive Übersicht der Variablen Tabelle 26 im Anhang). Die Risikotoleranz geht – wie in Kapitel 3.3 beschrieben – mit zwei Variablen in die Regression ein (vgl. Abbildung 3). Das heißt, alle Interaktionen werden für die Risikoaversion und die Risikobereitschaft getrennt betrachtet. Dabei dienen die Risikoneutralen als Vergleichsgruppe. Die Verbundenheit mit der Europäischen Union wird mit einer fünfstufigen Variablen gemessen.³⁶ Die Variable wird auf die Werte 0 „keine Verbundenheit“ bis 1 „starke Verbundenheit“ rekodiert. Die politische Kompetenz wird über die Anzahl der richtigen Antworten auf zehn politische Faktenfragen erhoben. Die zu bewertenden Aussagen beziehen sich sowohl auf die nationale Politik, die europäische Politik als auch die Außenpolitik.³⁷ Die Befragten konnten jeweils angeben, ob eine Aussage korrekt oder falsch ist – oder ein fehlendes Wissen bekunden. Allein durch ein Raten hätten die Befragten demnach im Durchschnitt fünf der zehn Fragen richtig beantworten können (empirischer Mittelwert = 6.0). Der Summenindex wird auf die Werte 0 „keine Frage richtig“ bis 1 „alle Fragen richtig“ reskaliert, wobei „Weiß nicht“-Angaben als falsche Antworten gewertet werden.³⁸ In allen Analysemodellen wird zudem auf die Parteiidentifikation mit der CDU/CSU, SPD, den Grünen, der Linken, FDP, AfD und anderen Parteien kontrolliert, mit einer fehlenden Parteibindung als Referenzkategorie.

Neben diesen unabhängigen Variablen, von denen eine moderierende Wirkung vermutet wird, werden zudem noch weitere Kontrollvariablen in den Analysemodellen berücksichtigt. Während des Erhebungszeitraums gab es zwei einschneidende Ereignisse, die den Informationskontext während der Befragung verändert haben könnten – zum einen die Einigung zwischen den griechischen Verhandlungspartnern und den Geldgebern am 13. Juli 2015 und zum anderen die Abstimmung über die Aufnahme von Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket in einer Sondersitzung des Bundestags am 17. Juli 2015. 63 Prozent der Befragten nahmen vor dem 13. Juli teil und 27 Prozent zwischen dem 13. und dem 16. Juli, sodass aufgrund der Fallzahlen nicht untersucht werden kann,

³⁶ Die Korrelation zwischen der Verbundenheit mit der Europäischen Union und der Risikotoleranz beträgt Pearson's $r = 0.06$ (siehe für die Korrelationen der unabhängigen Variablen untereinander Tabelle 27 im Anhang).

³⁷ Die Frageformulierungen und die detaillierte Beschreibung der Operationalisierung aller Variablen kann der Übersicht im Anhang zu diesem Kapitel entnommen werden.

³⁸ Im Durchschnitt beantworteten die Wiederbefragten 2.7 der zehn Fragen mit „Weiß nicht“. Die Korrelation zwischen dem politischen Wissen und der Risikotoleranz beträgt Pearson's $r = 0.07$.

inwiefern diese beiden Ereignisse den Einfluss der Risikotoleranz beeinflussten. Allerdings wird mit Dummy-Variablen kontrolliert, in welcher Phase die Befragten an der Umfrage teilnahmen.

Um die potentiellen Implikationen zu verstehen, die mit dem Austritt eines Mitgliedstaates aus der Eurozone verbunden wären, ist ein tiefergehendes Verständnis der finanziellen und politischen Zusammenhänge erforderlich. Neben diesen sehr komplexen Informationen wurden in der deutschen Medienberichterstattung zur Griechenlandkrise zudem verschiedene Formen der Vereinfachung genutzt – wie beispielsweise Metaphern oder ein Fokus auf die zentralen politischen Akteure in Deutschland und Griechenland (siehe Picard 2015; Otto und Köhler 2016). Nicht nur in den Boulevard-, sondern auch in den Qualitätsmedien bediente man sich zudem häufig kultureller Stereotypen beider Länder (Adler-Nissen 2017; Galpin 2017, Kapitel 4; Roose et al. 2018; Mylonas 2019). Dies könnte die Bedeutung von symbolischen Prädispositionen erhöht haben, die sich auf die Zugehörigkeit zur Binnen- und Fremdgruppe beziehen (Tajfel 1981). Daher könnte die Haltung zum Ethnozentrismus ebenfalls einen Einfluss auf die Zustimmung zu einem Ausschluss finanziell schwacher Staaten aus der Eurozone ausgeübt haben. Zur Kontrolle auf die Haltung zur kulturellen Vielfalt wird ein Mittelwertindex aus vier Aussagen zur Zuwanderung von Ausländern in die Regressionsmodelle aufgenommen. Kontrolliert wird zudem auf das Geschlecht, das Alter und den Bildungsabschluss (Abitur). Die Daten werden mit einem Repräsentativgewicht gewichtet.

5.4 Empirische Befunde

In Tabelle 10 sind die Häufigkeitsverteilungen für die Zustimmung zum Ausschluss wirtschaftlich schwacher Staaten aus der europäischen Währungsunion dargestellt. Die Verteilungen sind in beiden Gruppen sehr ähnlich, und ein Mittelwertvergleich deutet auf keine signifikanten Unterschiede im Aggregat hin (Mittlere Differenz = -0.02, $t = -0.34$). Dieser Befund könnte so gedeutet werden, dass in dem zusätzlichen Bedrohungshinweis in der zweiten Befragtengruppe ein Argument aufgegriffen wurde, welches für die Befragten aufgrund der politischen Kommunikation ohnehin salient war. Da sich diese Beobachtung allerdings auf die Aggregatebene bezieht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass einige Personen auf den Hinweis eher mit einer Zustimmung und andere wiederum eher mit einer Ablehnung oder Unsicherheit reagierten, sodass im Mittel kein Effekt messbar wäre. Die Anteile der Befragten, die den Vorschlag

befürworteten bzw. ablehnten, betragen jeweils etwas mehr als ein Drittel. Insgesamt lässt die Häufigkeitsverteilung auf eine starke Polarisierung der Meinungen zu diesem Thema hin.

Tabelle 10: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen, Grexit

	Bewertung eines Ausschlusses wirtschaftlich schwacher Staaten aus der Eurozone	
	Frame 1	Frame 2
Stimme voll und ganz zu	13.7%	13.6%
Stimme eher zu	21.9%	20.3%
Teils/teils	29.4%	28.8%
Stimme eher nicht zu	23.5%	24.1%
Stimme überhaupt nicht zu	11.6%	13.3%
Mittelwert	2.97	3.03
Standardabweichung	1.21	1.23
N	898	828

Anmerkungen: Angaben, mit Ausnahme der Fallzahlen, mit Repräsentativitätsgewicht gewichtet.

Für die Regressionsanalyse wird die abhängige Variable auf drei Ausprägungen rekodiert. „Stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ werden in der Ausprägung „Zustimmung“ sowie „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“ werden in der Ausprägung „Ablehnung“ zusammengefasst. „Teils/teils“ wird in „Unentschieden“ umbenannt.³⁹ In Tabelle 11 sind die Ergebnisse einer multinomialen logistischen Regression dargestellt. Da sich Logit-Koeffizienten nicht intuitiv interpretieren lassen, sind auch die korrespondierenden durchschnittlichen marginalen Effekte aufgeführt. Wie aus der Tabelle hervorgeht, sprechen sich die risikobereiten und die risikoaversen Befragten im Vergleich zu den risikoneutralen häufiger für einen Ausschluss wirtschaftlich schwacher Staaten aus. Der direkte Einfluss ist nicht stark, bleibt jedoch auch unter Kontrolle der Prädispositionen und der Kontrollvariablen bestehen. Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit für eine Zustimmung beträgt bei Personen, die sich als sehr risikoavers bzw. sehr risikobereit einstufen, jeweils 45 Prozent, während sie bei risikoneutralen bei 32 Prozent liegt.

³⁹ Personen, die mit „weiß nicht“ geantwortet haben, wurden nicht in die Ausprägung „Unentschieden“ integriert, um ambivalente Haltungen von Unwissenheit zu trennen. Wird die „Weiß nicht“-Option als vierte Ausprägung hinzugenommen, lässt sich kein signifikanter Einfluss der Risikotoleranz auf diese Antwort messen. Dies gilt sowohl für den direkten Effekt als auch für die Interaktionen.

Tabelle 11: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung eines Ausschlusses wirtschaftlich schwacher Staaten aus der Eurozone

	Logit-Koeffizienten		Durchschnittliche marginale Effekte	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Risikoavers	-0.13 (0.31)	0.61* (0.27)	-0.08 (0.05)	0.13** (0.05)
Risikobereit	-0.29 (0.32)	0.55 (0.29)	-0.11* (0.05)	0.13** (0.05)
Politisches Wissen	0.89* (0.38)	0.88* (0.37)	0.08 (0.06)	0.09 (0.06)
EU-Verbundenheit	0.58* (0.29)	-0.63* (0.28)	0.17** (0.05)	-0.18** (0.05)
Gegen Zuwanderung	-2.28** (0.34)	1.70** (0.31)	-0.58** (0.05)	0.54** (0.05)
Alter	0.76* (0.36)	-0.30 (0.35)	0.17** (0.06)	-0.13* (0.06)
Frau	-0.35* (0.14)	0.04 (0.14)	-0.07** (0.02)	0.04 (0.02)
Abitur	0.01 (0.16)	0.20 (0.16)	-0.02 (0.03)	0.04 (0.03)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)				
CDU/CSU	-0.12 (0.21)	0.19 (0.21)	-0.04 (0.04)	0.05 (0.03)
SPD	-0.06 (0.23)	0.26 (0.23)	-0.04 (0.04)	0.06 (0.04)
Grüne	0.30 (0.31)	0.39 (0.33)	0.02 (0.05)	0.04 (0.05)
Die Linke	0.55* (0.27)	0.38 (0.28)	0.07 (0.04)	0.02 (0.04)
FDP	-0.40 (0.50)	0.34 (0.41)	-0.10 (0.08)	0.10 (0.07)
AfD	-0.65 (0.36)	0.44 (0.25)	-0.15** (0.05)	0.15** (0.05)
Andere Partei	0.24 (0.51)	-0.07 (0.54)	0.05 (0.09)	-0.03 (0.08)
Frame	-0.03 (0.14)	0.05 (0.14)	-0.01 (0.02)	0.01 (0.02)
Befragungszeitraum: (Ref.: 09.–12. Juli 2015)				
13.–16. Juli 2015	-0.11 (0.16)	-0.21 (0.15)	-0.00 (0.03)	-0.03 (0.03)
17.–24. Juli 2015	-0.02 (0.22)	-0.38 (0.24)	0.03 (0.04)	-0.07 (0.04)
Konstante	0.41 (0.39)	-1.28** (0.39)		
Korr. Pseudo R ²	0.12			
N	1540			

Anmerkungen: Multinomiale logistische Regression. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten (Referenzkategorie: Unentschieden) und durchschnittliche marginale Effekte mit Standardfehlern in Klammern. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. Frame: Hinweis auf die mögliche Bedrohung für die EU erhalten.

Zudem scheinen Menschen, die sich stärker mit der EU verbunden fühlen, einen Ausschluss wirtschaftlich schwacher Staaten eher abzulehnen, während Personen, die eine

Zuwanderung von Ausländern kritisch sehen, diesen eher befürworten. Personen mit einer geringen politischen Kompetenz scheinen sich in ihrer Entscheidung häufiger weder dafür noch dagegen auszusprechen, sondern die neutrale Position zu wählen. Dies könnte darauf hindeuten, dass gerade jene Personen, die die Diskussionen über die potentiellen Folgen eines Grexits in den Medien aufmerksam verfolgten, bei der Bewertung zwiegespalten und unsicher waren. Mit Ausnahme einer Bindung an die AfD hat die Parteiidentifikation keinen direkten Einfluss auf die Bewertung. Dies spricht ebenfalls tendenziell dafür, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger ihre Parteibindung nicht als Heuristik für die Bewertung heranziehen konnten. Zudem deuten die Befunde darauf hin, dass der Zeitpunkt der Befragung für die Beurteilung keine Rolle spielte. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Frame auch unter Kontrolle aller dieser unabhängigen Variablen offenbar keinen direkten Einfluss auf die Bewertung hat.⁴⁰

In Abbildung 5 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für den Einfluss der Risikotoleranz getrennt für die beiden Befragungsgruppen und das politische Wissen dargestellt (für die Logit-Koeffizienten siehe Tabelle 28 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 17 im Anhang). Dafür wird jeweils der Einfluss der Risikoaversion bzw. Risikobereitschaft für Personen betrachtet, deren politisches Wissen eine Standardabweichung unter bzw. über dem arithmetischen Mittel liegt. Der Nullpunkt auf der X-Achse in dieser und den folgenden Abbildungen steht jeweils für jene Personen, die sowohl für die Variable Risikoaversion als auch Risikobereitschaft den Wert Null aufweisen. Das heißt, es handelt sich hier um die Risikoneutralen, die sich genau auf der Mitte der originalen Risikotoleranzskala einordneten.⁴¹

Für die moderierende Wirkung der politischen Kompetenz wurde die Hypothese formuliert, dass die Risikotoleranz nur bei politisch versierten Befragten einen Einfluss auf die Beurteilung habe, weil nur diese aus dem hier präsentierten Fragekontext Schlussfolgerungen für ihre Risikobeurteilung vornehmen könnten. Wie der Abbildung 5 entnommen werden kann, hat die Risikotoleranz in der Gruppe, die den Hinweis auf die negativen Folgen für die europäische Integration nicht erhielt (Frame 1), sowohl bei den politisch informierten Befragten als auch bei den politisch wenig informierten einen Einfluss.

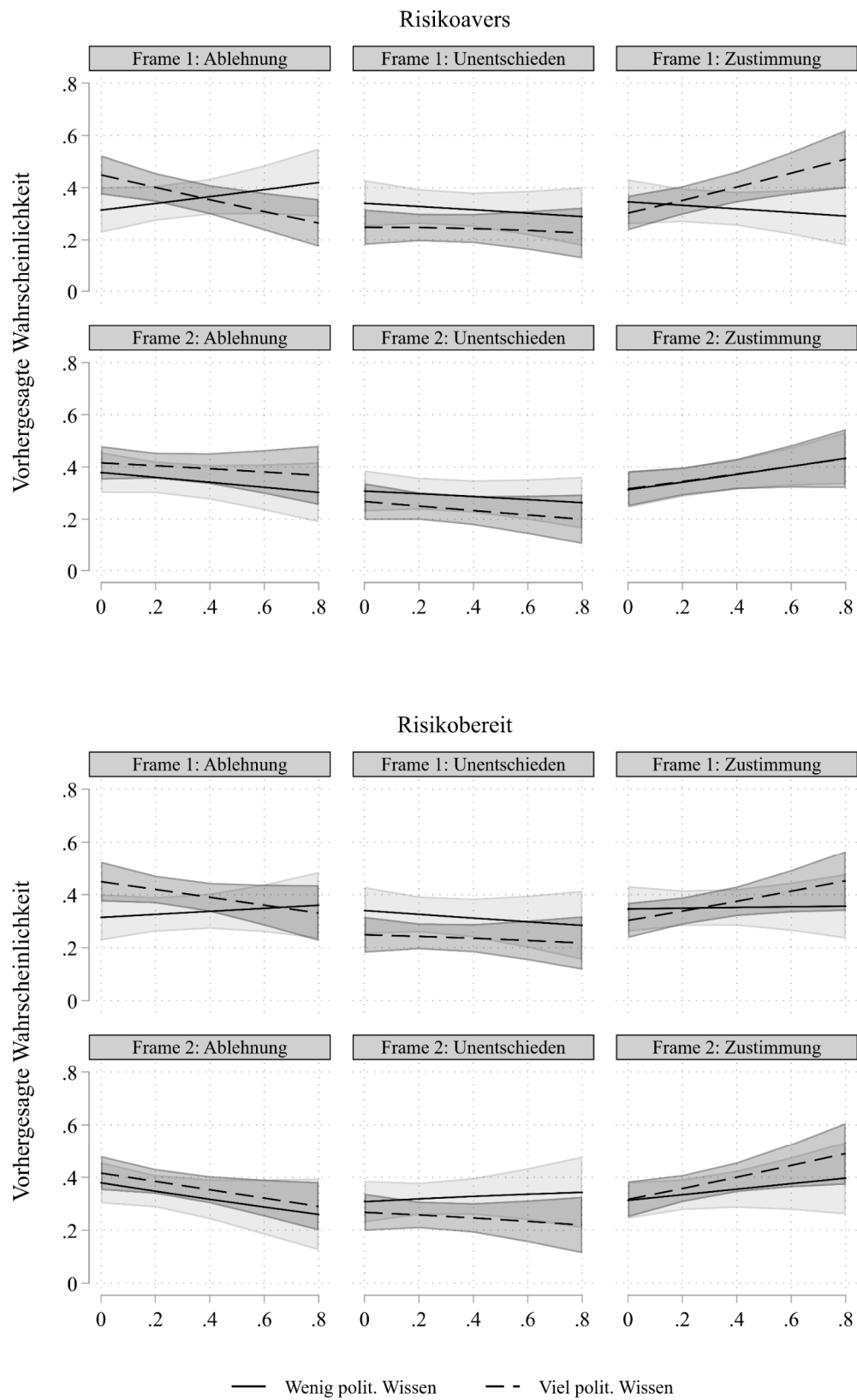
⁴⁰ Wenn die Risikotoleranz mit dem Frame interagiert, ist der Einfluss der Risikoaversion und der Risikobereitschaft nur unter Frame 2-Bedingungen signifikant. Die Unterschiede in der Einflussstärke sind allerdings sehr gering (Differenz in den durchschnittlichen marginalen Effekten für eine Zustimmung von 0.03 bei Risikoaversion bzw. von 0.06 bei Risikobereiten, und 0.10 für eine Ablehnung bei Risikobereiten).

⁴¹ Da sich bei den Extremwerten der originalen Risikotoleranzskala sehr wenige Personen einordneten, wurden die Angaben auf der X-Achse in den Abbildungen auf den Wertebereich 0 bis 0.80 festgesetzt.

Politisch kompetente Personen befürworten den Ausschluss unter diesen Bedingungen umso stärker, je risikoaverser und je risikobereiter sie sind. Menschen mit einer geringen politischen Sophistizierung und einer stark ausgeprägten Risikoaversion befürworten hingegen einen Verbleib wirtschaftlich schwacher Mitgliedstaaten in der Eurozone, während sich für sehr risikobereite Menschen kein Einfluss messen lässt. Möglicherweise orientierten sich Bürgerinnen und Bürger ohne politisches Wissen und einer starken Risikoaversion bei der Beurteilung der Entscheidungsoption am Status quo. Unklar bleibt dann jedoch, warum sehr risikobereite Menschen diesen nicht ebenfalls als Referenzpunkt anlegten.

In der zweiten Befragtengruppe (Frame 2), die auf die Risiken für das europäische Integrationsprojekt hingewiesen wurde, hat die Risikotoleranz bei politisch wenig interessierten Menschen – wie erwartet wurde – keinen Einfluss. Dagegen lässt sich für politisch kompetente Personen feststellen, dass diese je nach Ausprägung ihrer Risikotoleranz unterschiedlich auf den Hinweis reagieren. Für sehr risikobereite Menschen lässt sich kein Unterschied zwischen den beiden Versuchsgruppen in ihrer Zustimmung feststellen. Hingegen hat die Stärke der Risikoaversion unter diesen Bedingungen keinen signifikanten Einfluss mehr. Das heißt, risikoaverse und risikoneutrale Menschen mit einer hohen politischen Kompetenz unterscheiden sich untereinander nicht in ihrer Beurteilung, wenn sie auf die potentiellen negativen Folgen für die EU hingewiesen werden. Dieser Befund spricht dafür, dass risikobereite Menschen mit einer hohen politischen Kompetenz weniger für die zusätzlichen Informationen zu den möglichen negativen Folgen für das EU-Projekt empfänglich waren als risikoaverse. Der fehlende Einfluss der Risikoaversion in der zweiten Versuchsgruppe lässt zudem vermuten, dass sich die Information zu der finanziellen Bedrohung durch einen Verbleib wirtschaftlich schwacher Mitgliedstaaten in der Währungsunion auf der einen Seite und der Bedrohung eines Ausschlusses dieser Staaten für das EU-Projekt auf der anderen Seite in ihrer Wirkung gegenseitig aufhoben.

Abbildung 5: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)



Im nächsten Schritt wird untersucht, inwiefern die Framing-Bedingung, die Verbundenheit mit der EU und die Risikobereitschaft bzw. die Risikoaversion miteinander interagieren. Für Personen mit einer starken EU-Bindung wurde vermutet, dass sie bei der Bewertung dieses Politikvorschlags eher ihre individuelle Risikotoleranz für die Beurteilung nutzen als Menschen, die sich nicht mit der EU identifizieren, weil nur erstere bei der Chancen-Risiken-Abwägung unsicher wären. In der Abbildung 6 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die Risikoaversion bzw. die Risikobereitschaft für eine fehlende sowie eine sehr starke EU-Verbundenheit dargestellt (für die Logit-Koeffizienten siehe Tabelle 28 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 18 im Anhang). In der ersten Versuchsgruppe (Frame 1) hat die Risikotoleranz bei Menschen ohne einen emotionalen Bezug zur EU – wie erwartet – keinen signifikanten und substantiellen Einfluss. Hingegen sprechen sich Personen, die sich sehr stark mit der EU verbunden fühlen, mit zunehmender Stärke an Risikoaversion sowie Risikobereitschaft mit größerer Wahrscheinlichkeit für einen Austritt aus. Diese Befunde sprechen für die Hypothese, dass risikoaverse Menschen wirtschaftlich zu schwache Staaten als Bedrohung für die Europäische Währungsunion ansahen und sich daher wie die risikobereiten eher für den riskanten Austritt aussprachen.

In der zweiten Befragtengruppe (Frame 2) ist der Einfluss der Risikobereitschaft minimal stärker als in der ersten Gruppe, allerdings ist er nur in der zweiten auch signifikant. Das heißt, je stärker die Verbundenheit mit der EU, desto eher steigt mit zunehmender Risikobereitschaft die Wahrscheinlichkeit einer Zustimmung. Dieser Befund stützt wie zuvor die Vermutung, dass risikobereite Menschen weniger sensibel auf die Bedrohungsframes reagierten. Für Risikoaverse mit einer starken EU-Bindung wurde erwartet, dass sie den Politikvorschlag bei einem Hinweis auf die negativen Folgen für die EU mit größerer Wahrscheinlichkeit ablehnen. Stattdessen zeigt sich allerdings, dass für diese Personen mit zunehmender Risikoaversion die Wahrscheinlichkeit zunimmt, unentschieden zu sein. Hingegen befürworten – anders als in der Hypothese formuliert – Risikoaverse ohne eine EU-Verbundenheit mit größerer Wahrscheinlichkeit den Ausschluss, wenn sie auf die potentiellen negativen Folgen für das EU-Projekt hingewiesen werden.

Abbildung 6: Interaktion der Risikotoleranz mit der EU-Verbundenheit in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

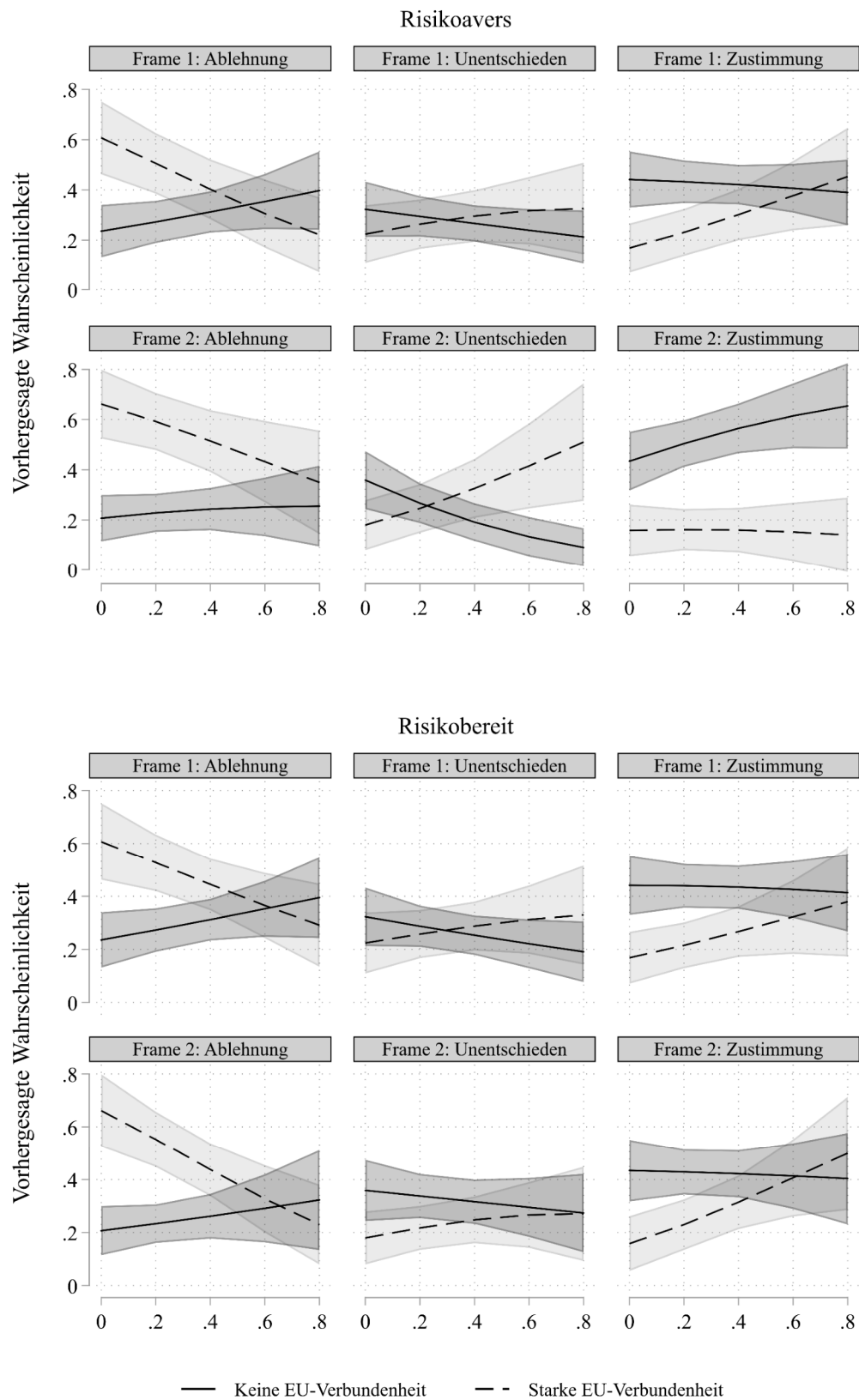
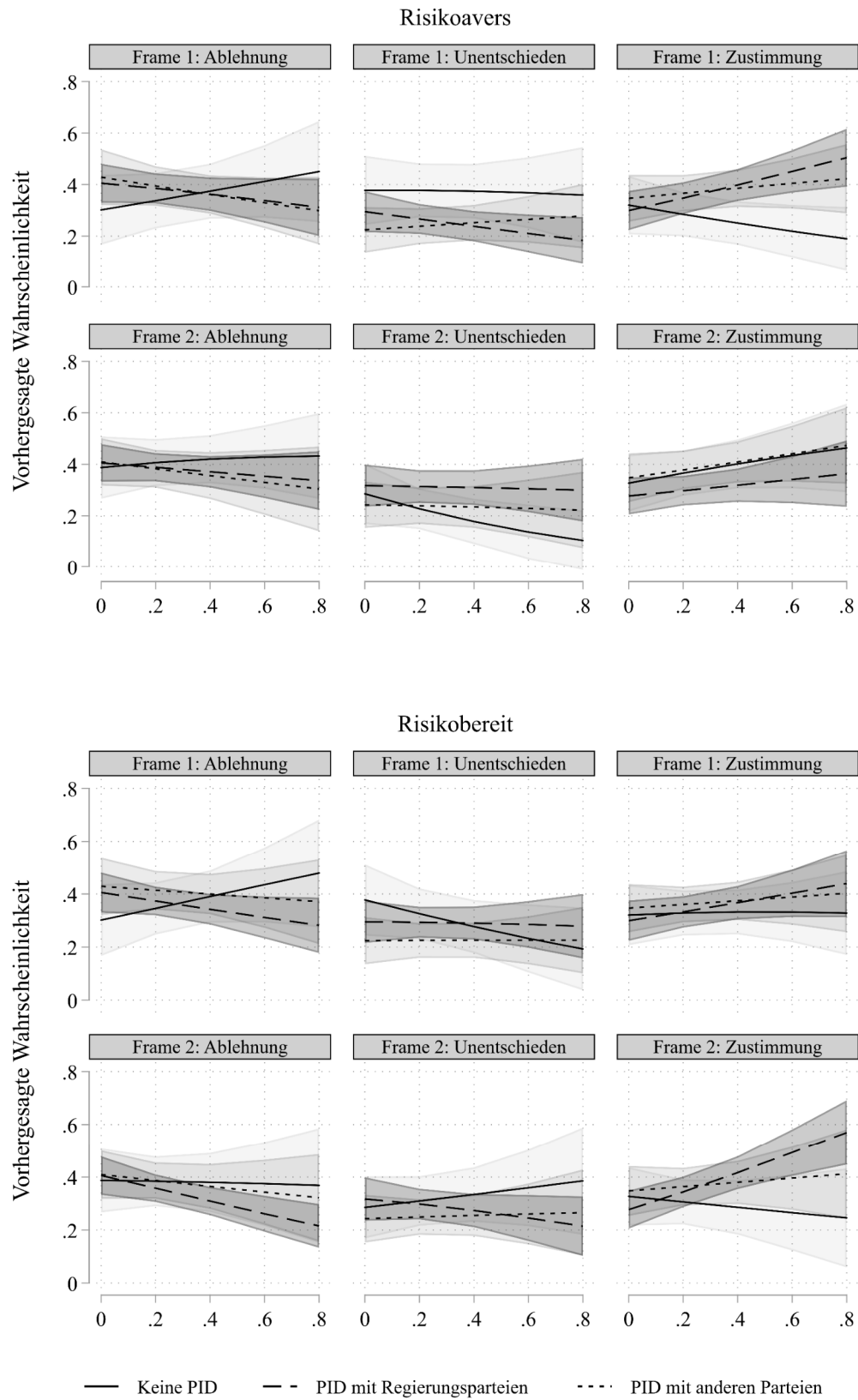


Abbildung 7: Interaktion der Risikotoleranz mit der Parteiidentifikation in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)



Die damaligen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD waren bezüglich der Gewährung eines dritten Hilfspaketes und des Ausschlusses Griechenlands aus der europäischen Währungsunion gespalten. Die daraus resultierenden widersprüchlichen Signale der Parteien könnten bei ihren Anhängern zu Unsicherheit in der Risikobewertung und in der Abwägung geführt haben. Entsprechend wurde erwartet, dass der Einfluss der Risikotoleranz bei Anhängern der Regierungsparteien stärker sein könnte als bei Anhängern der Oppositionsparteien. Für Menschen ohne eine Parteibindung wurde kein Einfluss der Risikotoleranz vermutet.

In Abbildung 7 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für den Einfluss der Risikotoleranz für Anhänger der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD, für die Anhänger aller anderen Parteien und für Personen ohne Parteibindung dargestellt (für die Logit-Koeffizienten siehe Tabelle 28 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 19 im Anhang). Auch hier wird wieder zwischen den beiden Befragtengruppen unterschieden. Da die Konfidenzintervalle für den Einfluss der Risikoaversion bzw. der Risikobereitschaft sehr groß sind, können die Befunde nur mit Einschränkungen interpretiert werden. Die Risikotoleranz zeigt nur bei Personen, die sich mit der CDU/CSU oder der SPD identifizieren, unter bestimmten Bedingungen einen signifikanten Einfluss. Hingegen finden sich weder für Personen ohne eine Parteiidentifikation noch für Personen, die sich mit anderen Parteien verbunden fühlen, signifikante Effekte. Wenn Anhänger der Koalitionsparteien die erste Aussagenversion erhalten hatten, fiel ihre Zustimmung umso höher aus, je risikoaverser sie waren. Die Beurteilung der risikobereiten Anhänger der Union und SPD unterschied sich dagegen nicht signifikant von den risikoneutralen.

In der zweiten Befragtengruppe stellt sich das Bild genau umgekehrt dar. Je risikobereiter die Anhänger der Koalitionsparteien waren, desto wahrscheinlicher wurde eine Zustimmung, während sich Risikoscheue nicht von den Risikoneutralen unterschieden. Dieser Befund könnte darauf hindeuten, dass risikoaverse Anhänger der Regierungsparteien in der ersten Befragtengruppe stärker auf die finanzielle Bedrohung reagierten, die wirtschaftlich schwache Staaten für die Währungsunion darstellen könnten, als die risikobereiten und risikoneutralen Anhänger. Der explizite Hinweis auf die mögliche Bedrohung eines Ausschlusses für die europäische Integration in der zweiten Gruppe scheint dagegen sowohl risikoscheue als auch risikoneutrale Parteianhänger von CDU,

CSU und SPD im Vergleich zu den risikobereiten Anhängern eher bewogen zu haben, einen Ausschluss abzulehnen.

5.5 Zusammenfassung und Diskussion

In diesem Kapitel wurde untersucht, welchen Einfluss die individuelle Risikotoleranz auf die Beurteilung des Vorschlags hatte, wirtschaftlich schwache Staaten aus der europäischen Währungsunion auszuschließen. Die Befragung erfolgte im Juli 2015, einem Zeitraum, in dem die Institutionen intensive Verhandlungen mit der griechischen Regierung führten und ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone ein reales Szenario darstellte. In der Diskussion argumentierten die Befürworter als auch die Gegner eines Grexits damit, dass der Austritt bzw. der Verbleib ein Risiko darstellen könnte. Während die eine Seite die finanzielle Bedrohung für Deutschland hervorhob, verwies die andere Seite auf die möglichen negativen Folgen eines Austritts für die Europäische Union. Daher wurde untersucht, ob unterschiedliche Risikoframes der politischen Eliten die Interpretation des Verbleibs oder des Austritts wirtschaftlich schwacher Staaten in der Währungsunion verändert haben könnten und ob dies Auswirkungen auf den Einfluss der Risikotoleranz haben könnte. Für die empirische Analyse wurde ein Framing-Experiment im YouGov-Panel genutzt, in dessen Rahmen die Befragten zwei unterschiedlichen Bedrohungsframes ausgesetzt waren, die jeweils unterschiedliche Schlussfolgerungen für die Risiko- und Chancenbewertung nahelegten.

Die empirischen Analysebefunde geben Hinweise darauf, dass sich risikobereite Menschen häufiger für einen Austritt wirtschaftlich schwacher Staaten aus der Währungsunion aussprachen und dass sie zudem weniger für den präsentierten Bedrohungsframe empfänglich waren. Risikoaverse Menschen scheinen dagegen eher einen Ausschluss präferiert zu haben, wenn sie die Mitgliedschaft dieser Staaten in der Eurozone als finanzielle Bedrohung wahrnahmen. Wenn sie hingegen zusätzlich auf die potentiellen negativen Folgen für die EU hingewiesen wurden, befürworteten sie eher einen Verbleib. Zudem konnte gezeigt werden, dass der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung dieses riskanten Politikvorschlags zum Teil von der politischen Kompetenz, der Verbundenheit mit der EU und der Parteiidentifikation moderiert wird. Der stärkste Einfluss der Risikotoleranz konnte für jene Personen festgestellt werden, die ein hohes politisches Wissen aufweisen, sich stärker mit der Europäischen Union identifizieren und eine Parteiidentifikation mit den Regierungsparteien aufweisen. Dies sind die Personengruppen,

für die in diesem Kontext erwartet wurde, dass sie sich in der Chancen-Risiken-Abwägung unsicher sind und – in Abhängigkeit vom Frame – die Wahlalternativen als unterschiedlich riskant wahrnahmen. Allerdings fanden sich in den Befunden auch einige substantielle Zusammenhänge, die nicht im Einklang mit den formulierten Hypothesen stehen. Beispielsweise befürworteten in der ersten Befragtengruppe risikoaverse Menschen mit einer geringen politischen Kompetenz signifikant häufiger als risikoneutrale und risikobereite Menschen einen Verbleib der wirtschaftlich schwachen Staaten in der Eurozone. Zudem befürworteten Personen ohne eine Verbundenheit mit der EU und einer starken Risikoaversion einen Ausschluss aus der Währungsunion eher, wenn sie auf die potentiellen negativen Folgen für die EU hingewiesen wurden.

Bei einer Übertragbarkeit der Befunde auf andere Kontexte und riskante Politikvorschläge sind einige Einschränkungen zu berücksichtigen. Dieses Fallbeispiel ließ einen eher starken Einfluss der Risikotoleranz erwarten, der für andere Politikvorschläge nicht gegeben sein muss. Denn zum einen stand bei der Entscheidung sehr viel auf dem Spiel, und die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Folgen eines Grexits für Deutschland, Griechenland und die Europäische Union waren schwer einzuschätzen. Zum anderen herrschte in der Bevölkerung eine große Unsicherheit in der Risiken- und Chancenbewertung, denn die politischen Parteien und die Experten waren sich in der Abschätzung der Folgen uneinig oder zerstritten. Daher konnten viele Bürgerinnen und Bürger aus ihren Gruppenidentitäten wie der Verbundenheit mit der EU und Parteiidentifikation keine eindeutige Risikobewertung ableiten. Unter diesen Bedingungen könnte daher der Einfluss von Frames und auch von Persönlichkeitseigenschaften eine größere Rolle gespielt haben.

Eine weitere Einschränkung betrifft die Brückenhypothesen, die in Hinblick auf den Einfluss der beiden Aussageversionen auf die Wahrnehmung, ob der Verbleib oder Austritt riskanter wäre, formuliert wurden. Um festzustellen, inwiefern die Frames eine Wirkung hatten, hätte im Idealfall eine Abfrage erfolgen müssen, welche Option die Befragten als die riskantere betrachten. Ohne diese Kontrolle kann nicht mit Sicherheit geschlossen werden, welche Personengruppen die Entscheidungsoptionen als unterschiedlich oder als gleichermaßen riskant wahrnahmen. Des Weiteren kann die Annahme nicht überprüft werden, dass die Formulierung „wirtschaftlich zu schwache“ Staaten tatsächlich als finanzielle Bedrohung interpretiert wurde. Dafür wäre beispielsweise eine Kontrollgruppe hilfreich gewesen, in der eine neutrale Formulierung

präsentiert worden wäre. Auch bleibt offen, inwiefern dieser subtile Hinweis in der zweiten Befragtengruppe in der Wirkung die gleiche Stärke wie der explizite Verweis auf die potentiellen negativen Folgen für die EU hatte.

Zusammenfassend betrachtet konnten in diesem Kapitel Hinweise dafür gefunden werden, dass das Framing der politischen Eliten den Einfluss der Risikotoleranz moderieren könnte, indem es die Risiko- und Chancenwahrnehmung verändert. Inwiefern ein Verweis auf bestimmte potentielle negative Ergebnisse der Entscheidung die Risikobewertung beeinflussen kann, scheint nicht nur von der bewussten Rezeption, sondern auch von der subjektiven Relevanz des Argumentes und der Sicherheit in der eigenen Chancen-Risiken-Einschätzung bedingt zu sein. Zwar konnten einige der Teilhypothesen nicht bestätigt werden, dennoch deuten die Befunde in diesem Anwendungsfall darauf hin, dass risikoaverse und risikobereite Menschen unterschiedlich auf Informationen zu möglichen Bedrohungen reagieren könnten und diese je nach ihrer politischen Kompetenz und ihren politischen Prädispositionen unterschiedlich verarbeiten.

6. Vorschläge zur Ausgestaltung des Freihandels

6.1 Hintergrund zur Diskussion protektionistischer Maßnahmen 2018

Nachdem die letzten Jahrzehnte weltweit von einer zunehmenden Öffnung der Märkte und zunehmender internationaler Arbeitsteilung geprägt waren, lässt sich jüngst in vielen westlichen Ländern ein Trend hin zu einer stärker protektionistisch ausgerichteten Handelspolitik beobachten (Walter 2021). Als Manifestationen dieser Entwicklung können beispielsweise der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, Proteste in EU-Mitgliedstaaten gegen internationale Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) sowie der Kurswechsel in der US-Handelspolitik nach Amtsantritt von Donald Trump gesehen werden. In Hinblick auf diese Entwicklung stellt sich die Frage, welche Bürgerinnen und Bürger sich besonders von Argumenten angesprochen fühlen könnten, die für eine stärkere protektionistische Ausrichtung der Handelspolitik bzw. ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte werben.

Die Erhebung, die in diesem Kapitel untersucht wird, wurde in Frühjahr 2018 durchgeführt, zu einem Zeitpunkt, als die Diskussion um die Chancen und Risiken des Freihandels intensiv in den Medien diskutiert wurden. Bereits im Wahlkampf hatte Donald Trump seinen Anhängen versprochen, dass die Handelspolitik im Falle eines Wahlsieges deutlich protektionistischer ausrichten werden solle. Die Trump-Regierung propagierte einen „America first“-Kurs, in dessen Zentrum eine stärkere Abschottung des US-Marktes vor Auslandsimporten stehen sollte, um Arbeitsplätze zu schützen. Unmittelbar nach dem Amtsantritt verschlechterten sich dann auch die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU (Felbermayr 2020). Zum einen wurden die seit 2013 geführten Verhandlungen zu einem transatlantischen Freihandelsabkommen ausgesetzt; zum anderen erhöhten sich die Spannungen in der Handelspolitik insgesamt, da die US-Regierung der EU vorwarf, zu hohe Zölle auf US-Produkte zu erheben. Dabei kritisierte Trump insbesondere Deutschland wegen seiner hohen Exportüberschüsse. Im Frühjahr 2018 erreichte dieser Handelskonflikt seinen vorläufigen Höhepunkt, als Donald Trump gegenüber der EU Strafzölle gegen Stahl- und Aluminiumimporte zunächst androhte und dann tatsächlich einführte. Nachdem es der EU nicht gelang, die Strafzölle abzuwenden, führte sie ihrerseits Zölle auf ausgewählte US-amerikanische Produkte ein. In der deutschen Medienberichterstattung wurde gewarnt, dass dieser Handelskonflikt eine Spirale

des Protektionismus in Gang setzen könnte (z. B. Bundesverband der Deutschen Industrie 2018; Ganslmeier 2018). Es wurde argumentiert, dass die Zunahme an Handelshemmnissen die deutsche Wirtschaft und Arbeitsplätze gefährden könnte (z. B. Bundesverband der Deutschen Industrie 2018; Der Spiegel 2018; Tagesschau 2018).

Im Vergleich zu anderen westlichen Staaten ist die Parteipolarisierung in Bezug auf den Freihandel in Deutschland eher gering ausgeprägt (Kriesi et al. 2008; Teperoglou und Tsatsanis 2011; de Wilde et al. 2019; Mader et al. 2020). Mader et al. (2020) zeigten in einer Analyse der Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017, dass die Positionen der Parteien beim Thema Freihandel zum einen sehr nah beieinander liegen und zum anderen die positiven und negativen Argumente in den Parteiprogrammen eher ausgewogen sind. Die positivste Haltung gegenüber offenen Märkten scheint die FDP aufzuweisen, und die kritischste Position finden die Autoren für die Linke und die AfD (Mader et al. 2020, S. 1532). Diese geringe Polarisierung spiegelte sich auch in den Reaktionen der Parteien auf die von der US-Regierung angedrohten Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte wider. Alle Parteien bezeichneten diese als schädlich und riskant für Deutschland und die EU. Zwar sprach sich keine der Parteien dezidiert gegen die Überlegungen der EU-Kommission aus, Vergeltungszölle einzuführen, allerdings wurde unisono eine Lösungsfindung auf diplomatischen Wege präferiert (z. B. Deutscher Bundestag 2018, S. 1670–1684; Der Spiegel 2018).

Als „Exportweltmeister“ gehört Deutschland weltweit zu den Industriestaaten, die mit am stärksten vom Abbau der Handelshemmnisse und einer internationalen Arbeitsteilung profitierten (Felbermayr et al. 2018). Berechnungen zufolge erhöhten sich die Wirtschaftsleistung pro Kopf und damit die Wohlstandsgewinne in Deutschland in den vergangenen drei Jahrzehnten durch die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft stark (Weiß et al. 2018; Felbermayr et al. 2018). In der Medienberichterstattung wird Deutschland daher meist als Gewinner der wirtschaftlichen Globalisierung dargestellt. Vonseiten verschiedener Interessengruppen und Parteien gibt es allerdings auch kritische Stimmen, die auf die möglichen negativen Folgen eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte verweisen. Befürworter protektionistischer Maßnahmen warnen beispielsweise vor einer Verlagerung inländischer Arbeitsplätze in Länder mit niedrigeren Lohnkosten (Offshoring) und vor einem Ausverkauf von Verbraucher- und Sozialstandards an multinationale Konzerne. Andere monieren, dass der zunehmende internationale Warenhandel oft mit einer Zerstörung der Umwelt und einer unfairen

Behandlung von wirtschaftlich schwächeren Partnerländern einhergehe. Zusammengekommen lassen sich die unterschiedlichen kritischen Positionen am Freihandel nicht automatisch mit der Befürwortung protektionistischer Maßnahmen gleichsetzen, sondern beziehen sich oft eher auf die Befürwortung einer stärkeren Regulierung des internationalen Handels (vgl. Ehrlich 2018).

Bei der Frage, ob der Freihandel ein Risiko darstellt oder nicht, muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger eines Landes nicht gleichermaßen von dessen möglichen negativen Folgen betroffen wären. An dieser Stelle setzen einige der wichtigsten theoretischen Modelle zur Erklärung der individuellen Einstellungen zum Freihandel an, die den Fokus auf das ökonomische Kalkül legen (siehe für einen Überblick Kuo und Naoi 2015). Ausgehend von den theoretischen Modellen der Internationalen Politischen Ökonomie und ihren Schlussfolgerungen zu den Umverteilungseffekten des Freihandels wird geschlossen, welche Individuen von einer zunehmenden Verflechtung der Märkte finanziell profitieren würden oder bedroht sein könnten (siehe für einen Überblick Rodrik 1995). Legt man beispielsweise das Stolper-Samuelson-Theorem zugrunde (Stolper und Samuelson 1941), können jene Gruppen von einem verstärkten Freihandel profitieren, deren Produktionsfaktoren in einem Land reichlich vorhanden sind (O'Rourke und Sinnott 2001; Scheve und Slaughter 2001; Mayda und Rodrik 2005). In reichen Industriestaaten wie Deutschland sind dies beispielsweise Menschen mit einem höherem Qualifikationsniveau und Kapitaleigner (Rogowski 1989). Da höher Qualifizierte bei der Wahl ihrer Beschäftigung und ihrer Branche flexibler in jene wechseln können, die vom Freihandel profitiert, sollten sie offene Märkte eher befürworten als gering Qualifizierte. Andere Erklärungsmodelle wiederum definieren die potentiellen Gewinner und Verlierer des Freihandels anhand des Industriesektors (Ricardo-Viner-Modell, z. B. Scheve und Slaughter 2001; Hiscox 2002) oder der Produktivität des Unternehmens, in dem eine Person beschäftigt ist (New New Trade Theory, z. B. Melitz 2003).⁴² Aus der Perspektive der Konsumenten argumentiert, könnten auch die Bürgerinnen und Bürger mit mittleren Einkommen am stärksten vom Freihandel profitieren (z. B. Baker 2005).

⁴² Zu berücksichtigen ist zudem, dass sich die Länder darin unterscheiden, inwiefern das Sozialversicherungssystem die Bürger im Falle eines Arbeitsplatzverlustes vor existentiellen Bedrohungen schützt. Dieser Logik folgend könnte die Risikoexposition von Verlierern eines zunehmenden Freihandels in Ländern mit hohen Sozialausgaben geringer sein (z. B. Mayda et al. 2007).

Die Befunde zum Einfluss ökonomischer Eigeninteressen bei der Beurteilung des Freihandels sind allerdings uneindeutig und werden in der Forschungsliteratur aus verschiedenen Richtungen kritisiert (Rankin 2001; Hainmueller und Hiscox 2006; Mansfield und Mutz 2009; aber siehe Fordham und Kleinberg 2012; Rho und Tomz 2017). Neuere Studien verweisen beispielsweise darauf, dass sich die Individuen bei der Wahrnehmung der potentiellen Chancen und Risiken eher an soziotrophischen statt egozentrischen Interessen orientieren könnten (Mansfield und Mutz 2009; Schaffer und Spilker 2019). Andere kritisieren die Messung der Eigeninteressen über objektive Personenmerkmale, da diesem Vorgehen sehr voraussetzungsreiche Brückenhypothesen zugrunde liegen. Die im Durchschnitt geringe politische Kompetenz der Bevölkerung (Converse 1964; Zaller und Feldman 1992) lässt vermuten, dass es den meisten Menschen schwer fallen könnte, auf die individuellen Folgen einer zunehmenden Internationalisierung der Märkte zu schließen und dieses Wissen für ihre Beurteilung nutzbar zu machen (Rankin 2001; Guisinger 2009; Díez Medrano und Braun 2012; Rho und Tomz 2017; aber siehe Jamal und Milner 2019).

Hier setzt eine zweite Gruppe von Studien an, die den Fokus auf langfristig stabile Prädispositionen legt (Rankin 2001; Mayda und Rodrik 2005; Bechtel et al. 2012; Rathburn 2016; Jedinger und Burger 2020). Denn im politischen Diskurs zur Ausgestaltung des Freihandels wird oft ein Bezug zu bestimmten Werten, Grundorientierungen und Gruppenidentitäten hergestellt (Hiscox 2006; Guisinger 2017; Dür und Schlipphak 2021). Der Freihandel ermöglicht Anknüpfungspunkte für domänenspezifische Grundorientierungen und kollektive Identitäten, die sich mit der Sichtweise auf die eigene Nation und die Beziehung zu anderen Staaten und Kulturen befassen (Rankin 2001; Mayda und Rodrik 2005; Mansfield und Mutz 2009; Jungherr et al. 2018). Menschen, die den Freihandel als eine Bedrohung für ihre Kultur und nationale Identität wahrnehmen, könnten sich demzufolge gegen offene Märkte aussprechen (Margalit 2012). Verfechter einer kulturellen Vielfalt und eines Multilateralismus könnten eine engere Verflechtung der Märkte hingegen als Chance begreifen. In bisherigen Studien konnte für Isolationismus, Ethnokulturalismus, Autoritarismus und Chauvinismus ein Einfluss auf die Beurteilung des Freihandels im Allgemeinen sowie transnationale Abkommen im Besonderen gezeigt werden (Margalit 2012; Johnston 2013; Jungherr et al. 2018; Steiner 2018; Jedinger und Burger 2020).

Gemeinsam ist diesen unterschiedlichen Erklärungsansätzen, dass sie auf Grundlage der ökonomischen Kalküle und der Prädispositionen schlussfolgern, welche Personen den Freihandel eher als Chance bzw. eher als Risiko bewerten sollten. Entsprechend wird für Personen, die im Freihandel eine ökonomische, kulturelle oder politische Bedrohung sehen, eine ablehnende Haltung vermutet, während für alle, die offene Märkte als Chance verstehen, eine Befürwortung erwartet wird. Dieser Ansatz lässt allerdings offen, wie Menschen zu einer Beurteilung gelangen können, wenn sie zu dem Schluss kommen, dass der Freihandel sowohl Chancen als auch Risiken bergen könnte. Insbesondere wenn der Informationskontext und die politischen Eliten keine Orientierung bei der Abwägung geben, könnte die Unsicherheit in der Beurteilung erhöht sein. Unter diesen Bedingungen könnte der individuellen Risikotoleranz in der Einstellungsbildung eine größere Rolle zukommen.

6.2 Fallspezifische Hypothesen

In diesem Kapitel wird der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte sowie einer Einführung von Einfuhrbeschränkungen für ausländische Güter untersucht. Für die Formulierung von Hypothesen muss zunächst ausgehend von dem Informationskontext geschlossen werden, ob ein Politikvorschlag als riskant wahrgenommen wurde. In den meisten Studien, die den Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung des Freihandels untersuchten, wird angenommen, dass offene Märkte mit einer größeren Varianz in den potentiellen Konsequenzen einhergehen würden und protektionistische Maßnahmen eine größere Sicherheit bieten, da sie die inländische Wirtschaft und Arbeitsplätze schützen könnten (z. B. Mayda et al. 2007; Ehrlich und Maestas 2010; Ehrlich und Hearn 2014; Tomiura et al. 2016; Steenbergen und Siczek 2017). Dieser Argumentation folgend würde erwartet werden, dass risikobereite Menschen das weitere Zusammenwachsen von Märkten tendenziell befürworten, während sich risikoaverse Menschen eher für protektionistischer Maßnahmen aussprechen sollten.

Für den hier betrachteten Fall in Deutschland muss jedoch zum einen die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom internationalen Export und zum anderen auch der Informationskontext berücksichtigt werden. Es kann vermutet werden, dass den meisten Bürgerinnen und Bürgern bewusst ist, dass die deutsche Wirtschaft bisher stark vom Freihandel profitierte. Unabhängig davon könnte ein weiteres Zusammenwachsen der

Märkte als riskant verstanden werden, denn die möglichen Folgen für die Gesellschaft und das Individuum könnten sowohl positive als auch negative Folgen haben. Für risikobereite Menschen wird daher erwartet, dass sie eine Ausweitung des Freihandels eher befürworten, während risikoaverse Menschen diese eher ablehnen sollten.

Im Frühjahr 2018 wurde in der deutschen Medienberichterstattung vor einem Handelskrieg mit den USA und einer „Spirale des Protektionismus“ gewarnt. Diese Entwicklung wurde als eine Bedrohung für die deutsche Wirtschaft und für die inländischen Arbeitsplätze dargestellt. Wie in verschiedenen Studien gezeigt wurde, kann ein solches Issue-Framing auch im Politikfeld Freihandel einen starken Einfluss auf die Beurteilung haben (z. B. Hiscox 2006; Naoi und Kume 2011, 2015; Ardanaz et al. 2013; Guisinger 2017; Rho und Tomz 2017; DiGiuseppe und Kleinberg 2019; Dür und Schlipphak 2021; Flynn et al. 2020). So fällt die Befürwortung einer weiteren Öffnung der Märkte beispielsweise geringer aus, wenn darauf hingewiesen wird, dass dadurch Arbeitsplätze bedroht sein könnten (Hiscox 2006), und höher, wenn die positiven Effekte für Konsumenten betont werden (Naoi und Kume 2015).

Es wurde im Theoriekapitel argumentiert, dass risikoaverse Menschen stärker auf Informationen zu potentiellen Bedrohungen reagieren könnten als risikoneutrale und risikobereite Menschen. Daher wird erwartet, dass sich die Warnungen vor den negativen Folgen des Protektionismus in den Medien stärker in ihrer Beurteilung niederschlugen. Demzufolge sollten risikoaverse Bürger eine Einfuhrbeschränkung ausländischer Güter in diesem Kontext eher ablehnen. Vorhersagen für den Einfluss bei risikobereiten Personen sind hingegen unklar. Denn auf der einen Seite könnte argumentiert werden, dass protektionistische Maßnahmen im Widerspruch zu einer Befürwortung offener Märkte stehen. Eine konsistente Beurteilung des Freihandels bei risikobereiten Personen würde daher mit einer Ablehnung von Einfuhrbeschränkungen einhergehen. Zugleich könnte die Diskussion zum Handelskonflikt zwischen den USA und der EU und der möglichen Einführung von Gegenzöllen auf US-amerikanische Produkte als riskanter Vorschlag interpretiert worden sein. Für risikosuchende Personen lässt sich daher keine eindeutige Vorhersage zum Einfluss formulieren.

Die bisherigen Annahmen lassen unberücksichtigt, dass der Einfluss der Risikotoleranz von der individuellen Wahrnehmung und Bewertung der Chancen und Risiken des Freihandels bzw. des Protektionismus abhängen könnte. Trotz der hohen Aufmerksamkeit für den Handelskonflikt zwischen den USA und der EU in der deutschen

Medienberichterstattung im Frühjahr 2018 ist nicht zu erwarten, dass alle Bürgerinnen und Bürger diesen Diskurs verfolgten. Denn als *hard issue* sind Themen im Bereich der Handelspolitik eher technischer Natur und nicht intuitiv zugänglich (Johnston 2013). Zugleich wird der Freihandel stets in Bezug auf seine Chancen und Risiken und seine möglichen Gewinner und Verlierer diskutiert. Auch wenn politisch uninteressierten Menschen das Hintergrundwissen in diesem Politikfeld fehlt, könnten sie daher ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte mit potentiellen negativen Folgen in Verbindung bringen. Risikoaverse Menschen mit einer geringen politischen Kompetenz könnten den Vorschlag daher eher ablehnen und risikobereite befürworten. Bei der Beurteilung einer Einführung von Handelsbeschränkungen könnte es politisch uninteressierten Menschen hingegen schwerfallen, festzustellen, ob dieser Politikvorschlag eher riskant ist oder aber mehr Sicherheit bringt. Daher ist bei der Frage zur Einführung protektionistischer Maßnahmen kein Einfluss der Risikotoleranz bei politisch wenig kompetenten Menschen zu vermuten.

Bei politisch versierten Personen wird erwartet, dass sie sich bei der Bewertung von Handelsbeschränkungen am Tenor in der Medienberichterstattung orientieren. Risikoaverse Menschen sollten demnach nicht nur eine weitere Öffnung der Märkte, sondern aufgrund ihres Fokus auf Bedrohungen auch protektionistische Maßnahmen ablehnen. Dagegen wird von risikobereiten Menschen mit einer hohen politischen Kompetenz erwartet, dass sie sich für eine Ausweitung des Freihandels aussprechen, während im Hinblick auf die Beurteilung protektionistischer Maßnahmen – wie oben dargestellt – keine eindeutige Vorhersage formuliert werden kann.

Die Parteien unterschieden sich in ihrer Reaktion auf die US-Strafzölle nicht und positionierten sich zudem nicht eindeutig zur Einführung von Handelsbeschränkungen als Gegenmaßnahme. Denn einerseits warnten alle Parteien, dass ein zunehmender Protektionismus der deutschen Wirtschaft schaden würde, andererseits schlossen sie Vergeltungszölle auf US-amerikanische Produkte nicht aus. Zumindest in der Bewertung von protektionistischen Maßnahmen konnten sich die Bürgerinnen und Bürger, die sich mit einer Partei verbunden fühlen, nicht an deren Positionen orientieren. Daher sind hier keine Unterschiede zwischen Parteianhängern und Personen ohne eine Parteibindung im Einfluss der Risikotoleranz zu erwarten. In Bezug auf die Bewertung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte sind zumindest einige der Parteien für eine eher befürwortende oder ablehnende Haltung zur Ausweitung des Freihandels bekannt. Die Linke und

die AfD lehnen eine weitere Öffnung der Märkte eher ab, während die FDP die wirtschaftliche Liberalisierung begrüßt. Anhänger dieser drei Parteien fühlten sich daher vermutlich weniger unsicher in der Beurteilung, sodass der Einfluss der Risikotoleranz bei ihnen geringer ausfallen könnte als bei Anhängern der anderen Parteien und Personen ohne eine Parteiidentifikation.

Bisher liegt meines Wissens lediglich eine Studie vor, die bei der Untersuchung des Einflusses der Risikotoleranz auf den Freihandel die potentiellen individuellen Konsequenzen berücksichtigt. Ehrlich und Maestas (2010) argumentieren, dass risikoaverse Menschen einen stärkeren Fokus auf potentielle Bedrohungen und risikobereite einen stärkeren Fokus auf mögliche Chancen legen (Dahlbäck 1990; Lavine et al. 1999; Nadeau et al. 1999). Demnach sollten risikoaverse Menschen eher protektionistische Maßnahmen befürworten, wenn sie durch den Freihandel ihren Arbeitsplatz bedroht sehen. Risikobereite Menschen sollten hingegen nur mit einer höheren Wahrscheinlichkeit protektionistische Maßnahmen ablehnen, wenn sie sich durch den Freihandel finanzielle Chancen versprechen. Die Befunde aus ihrer Studie in den USA scheinen diese Hypothese zu bestätigen.

Zur Ermittlung der individuellen Chancen und Risiken wird von den Autoren der Schulabschluss verwendet. Wie oben beschrieben, steht die Messung der individuellen Chancen- und Risikowahrnehmung über objektive Personenmerkmale in der Kritik. Sie beruhen auf Brückenhypothesen, die in Hinblick auf die geringe politische Involvierung der meisten Bürgerinnen und Bürger vermutlich zu anspruchsvoll sind. Beispielsweise wenden Hainmüller und Hiscox (2006) ein, dass der Bildungsabschluss neben dem Qualifikationsniveau auch abbildet, wie lange man in Bildungsinstitutionen sozialisiert wurde und dort mit positiven Vorstellungen zur Marktliberalisierung, Kosmopolitismus und dem Austausch mit anderen Kulturen in Berührung kam. In diesem Kapitel werden daher stattdessen die subjektive Wahrnehmung der eigenen Risikoexposition und die damit einhergehende Unsicherheit in den Blick genommen.

So könnte die eigene wirtschaftliche Lage anzeigen, wie schwer sich potentielle negative und positive Konsequenzen einer politischen Entscheidung im Bereich des Freihandels auf den eigenen Lebensstandard auswirken würden. Menschen, die ihre finanzielle Lage als sehr positiv betrachten, haben bei ihrer Entscheidung für oder gegen eine weitere Öffnung der Märkte bzw. protektionistische Maßnahmen deutlich weniger ökonomische Risiken zu erwarten. Sie sind vermutlich besser abgesichert, und mögliche negative

Folgen würden sie finanziell weniger schwer treffen. Hingegen wären die potentiellen positiven als auch negativen Folgen auf den Lebensstandard von Personen in einer schwierigen finanziellen Lage weitreichender. Daher könnte vermutet werden, dass nur Personen in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage „etwas zu verlieren haben“ und in der Beurteilung unsicherer sind. In dieser Personengruppe ist daher ein stärkerer Einfluss der Risikodisposition auf die Bewertung der beiden Politikvorschläge zu erwarten.

Abschließend wird untersucht, ob der Einfluss der Risikotoleranz über die Relevanz moderiert wird, die ein Individuum den potentiellen Folgen eines Politikvorschlags zuschreibt. Denn Menschen, die die Ziele einer Maßnahme nicht unterstützen, werden bei der Bewertung des Freihandels auch keine Kosten-Nutzen-Abwägungen vornehmen müssen und unsicher sein. Für die Einstellung zum Protektionismus und zu offenen Märkten konnte in verschiedenen Studien der Einfluss der Prädisposition Isolationismus gezeigt werden (z. B. Mansfield und Mutz 2009; Rathburn 2016; Jungherr et al. 2018). Menschen, die sich eine aktive Rolle Deutschlands in der Außenpolitik und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern wünschen, könnten eine stärkere wirtschaftliche Integration, je nach konkreter Ausgestaltung entweder als Chance oder Risiko betrachten. Die Einführung von Handelshemmnissen würde einer engeren zwischenstaatlichen Zusammenarbeit aus ihrer Sicht entgegenstehen, sodass sie diese ablehnen sollten. Für diese Personengruppe hätte die Risikotoleranz demnach nur einen Einfluss auf die Beurteilung einer Ausweitung des Freihandels, nicht jedoch auf die Bewertung protektionistischer Maßnahmen. Je risikobereiter eine Bürgerin mit dieser Haltung ist, desto eher sollte sie für ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte sein; je risikoscheuer, desto eher sollte sie diesen Vorschlag ablehnen. Hingegen sollten Menschen mit einem stark ausgeprägten Isolationismus ein Zusammenwachsen der Märkte unabhängig von ihrer Risikotoleranz ablehnen. Einen Wirtschaftsprotektionismus könnten sie dagegen als eine Chance betrachten. Demnach wäre zu erwarten, dass risikobereite Menschen, die eine aktive Rolle Deutschlands in der Weltpolitik ablehnen, Einfuhrbeschränkungen eher befürworten, während risikoaverse diese eher ablehnen.

6.3 Daten und Operationalisierung

Als Datengrundlage wird das GLES-Panel 2016–2019 herangezogen. In der zwischen dem 15. und 26. März 2018 erhobenen neunten Welle wurden die im Panel verbliebenen 12.239 Befragten aufgefordert, Aussagen zum Freihandel und Protektionismus zu

bewerten. Für die empirische Analyse wird der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung von zwei Aussagen untersucht – zum einen „Das weltweite Zusammenwachsen der Märkte sollte weiter vorangetrieben werden“ und zum anderen „Deutschland sollte die Einfuhr von Waren aus anderen Ländern einschränken“. Die beiden Aussagen sind sehr allgemein formuliert und stellen keinen Bezug zum Handelskonflikt mit den USA her. Zudem werden die Befragten weder auf mögliche positive oder negative Folgen hingewiesen.

Tabelle 12: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen, Freihandel

	Zusammenwachsen der Märkte vorantreiben	Einfuhr ausländischer Waren einschränken
Stimme voll und ganz zu	7.7%	2.9%
Stimme eher zu	32.2%	11.2%
Teils/teils	41.6%	38.5%
Stimme eher nicht zu	12.8%	35.5%
Stimme überhaupt nicht zu	5.6%	11.9%
Mittelwert	3.24	2.58
Standardabweichung	0.96	0.94
N	11756	11773

Anmerkungen: Angaben, mit Ausnahme der Fallzahlen, mit Repräsentativitätsgewicht gewichtet.

Tabelle 12 ist zu entnehmen, dass der Anteil der Personen, die ein Zusammenwachsen der Märkte stark oder eher befürworten, mit knapp 40 Prozent deutlich über dem Anteil derer liegt, die diesem Vorschlag ablehnend gegenüberstehen (18 Prozent). Eine dazu spiegelbildliche Verteilung zeigt sich für die Häufigkeit der Antworten für eine Einschränkung der Warenimporte aus anderen Ländern. Während 14 Prozent einen Protektionismus eher befürworten, lehnen 47 Prozent diesen ab. Insgesamt zeigt sich bei beiden Politikvorschlägen, dass nur sehr wenige Personen eine sehr starke Ablehnung oder Zustimmung äußern, sodass die Varianz der Antworten gering ist. Auch sind viele Befragte bei der Beurteilung offenbar zwiegespalten und wählen die abwägende, mittlere Antwortoption.

Die Korrelation zwischen den beiden Variablen deutet mit $r = -0.25$ auf einen moderaten Zusammenhang hin. Für eine Darstellung der Antwortverteilungen in einer Kreuztabelle werden die beiden zustimmenden und die ablehnenden Antwortoptionen der Skala jeweils zusammengefasst. Wie der Tabelle 13 zu entnehmen ist, geht die Befürwortung einer noch stärkeren Verflechtung der Märkte für viele Menschen nicht zwingend mit einer Ablehnung protektionistischer Maßnahmen einher. Von den Personen, die sich für

ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte aussprechen, sind über zwei Drittel gegen die Einführung von Importbeschränkungen. Diese Personengruppe macht knapp 26 Prozent der Befragten insgesamt aus (Prozentangabe in Klammern). Bei jenen, die ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte ablehnen, fallen die Einstellungen zum Protektionismus diverser aus. 38.5 Prozent von diesen Personen zeigen sich unentschlossen, während sich von den restlichen Befragten fast genauso viele dafür wie dagegen aussprechen. Zusammengenommen steht die Mehrheit der deutschen Bevölkerung dem Freihandel positiv gegenüber. Allerdings ist bei jeder der beiden Aussagen über ein Drittel der Befragten unentschieden. Für ein Fünftel der Befragten gilt dies bei beiden Aussagen (Prozentangabe in Klammern).

Tabelle 13: Zusammenhang zwischen der Beurteilung eines zunehmenden Freihandels und protektionistischer Maßnahmen (in Prozent)

Zusammenwachsen der Märkte vorantreiben:	Einfuhr ausländischer Waren einschränken:			Gesamt	N
	Ablehnung	Unentschieden	Zustimmung		
Ablehnung	32.2 (5.9)	38.5 (7.1)	29.3 (5.4)	100	2264
Unentschieden	37.9 (15.8)	49.6 (20.7)	12.5 (5.2)	100	4925
Zustimmung	64.2 (25.7)	26.9 (10.7)	8.9 (3.6)	100	4770
Pearson's r				-0.29**	11959

Anmerkungen: Daten: Angaben – mit Ausnahme der Fallzahlen – mit Repräsentativitätsgewicht gewichtet. Die Prozentangaben in Klammern zeigen den Anteil der jeweiligen Personengruppe mit der Antwortkombination in der gesamten Stichprobe an.

Für die Regressionsanalysen wird die originale elfstufige Antwortskala zur Messung der Risikotoleranz erneut in jeweils eine Variable für die Risikoaversion und für die Risikobereitschaft unterteilt (siehe Kapitel 3.3). Um die Hypothese zu überprüfen, ob der Effekt der Risikotoleranz auf die Einstellungen zum Freihandel über die politische Kompetenz einer Person moderiert wird, geht eine Variable zur Messung des politischen Wissens in die Analyse ein. Es wird dafür ein additiver Index aus neun Wissensfragen gebildet – jeweils drei zum politischen System und sechs zur Parteizugehörigkeit von Spitzenpolitikerinnen und -politikern (siehe Kapitel 4.2). Zur Messung der Parteiidentifikation werden Dummy-Variablen für eine Verbundenheit mit der CDU/CSU, SPD, FDP, den Grünen, der Linken, der AfD und anderen Parteien gebildet. In den Regressionen stellen die Personen ohne Parteibindung die Referenzkategorie dar.

Die finanzielle Risikoexposition einer Person wird über die Angaben der Befragten zu ihrer aktuellen finanziellen Lage gemessen (fünfstufige Skala). Dafür wurde die jeweils aktuellste Antwort aus den Erhebungswellen im Herbst 2017 verwendet. Zudem geht

das Qualifikationsniveau mit je einer Dummy-Variablen für einen mittleren und einen hohen Schulabschluss in die Regression ein. Andere Indikatoren, mit denen typischerweise der Einfluss ökonomischer Eigeninteressen ermittelt wird – wie die Abhängigkeit der eigenen Beschäftigung vom internationalen Wettbewerb oder der Beschäftigungssektor – können aufgrund fehlender Informationen im Datensatz nicht berücksichtigt werden.⁴³ Das Einkommen und der Erwerbsstatus wurden aufgrund der hohen Korrelationen mit der subjektiven finanziellen Lage nicht in die Regression aufgenommen.

Der Einfluss von Prädispositionen wird durch die Haltung zum Isolationismus und einer exklusiven oder hierarchischen nationalen Identität untersucht. Zur Messung des Isolationismus wurden die Aussagen „Deutschland sollte eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen“ (umgedrehte Skala) und „Deutschland sollte sich nicht um weltpolitische Fragen kümmern, sondern sich auf die Probleme im eigenen Land konzentrieren“ in einem additiven Index zusammengefasst (jeweils fünfstufige Skalen, Pearson's $r = 0.25$). Zudem wird auf eine exklusive nationale Identität (Ethnokulturalismus) kontrolliert (Mayda und Rodrik 2005; Jungherr et al. 2018). Für die Messung wird die Einschätzung der Befragten zu der Frage verwendet, welche Merkmale notwendig seien, um deutsch zu sein: „... deutsche Vorfahren zu haben“, „... die deutschen Sitten und Normen zu teilen“ und „... akzentfrei deutsch zu sprechen“ (jeweils fünfstufige Skalen, Cronbachs $\alpha = 0.75$). Aus der Stärke der Zustimmung zu den drei Merkmalen wurde ein Summenindex gebildet. Die Haltung zum Chauvinismus wird mit der Aussage „Die Welt wäre besser, wenn die Menschen in anderen Ländern eher so wären wie die Deutschen“ gemessen (fünfstufige Skala). Die Erhebung dieser drei Variablen sowie der Parteiidentifikation erfolgte in der ersten oder zweiten Welle der jeweiligen Befragtengruppe, das heißt, im Herbst 2016 (Hauptstichprobe) bzw. im Sommer 2017 (Aufstockerstichprobe). Durch die zeitliche Distanz der Messung der abhängigen und der unabhängigen Variablen sollen mögliche Endogenitätsprobleme reduziert werden.

Zudem wurde auf das Geschlecht und das Alter kontrolliert. Das Alter geht als quadratische Funktion in die Regression ein, um möglichen nichtlinearen Effekten Rechnung zu tragen. Auch die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen von Ost- und Westdeutschen könnten sich in einer unterschiedlichen Haltung zur wirtschaftlichen

⁴³ In anderen Untersuchungen für die deutsche Bevölkerung und mit einem ähnlichen Erhebungszeitraum konnte kein oder nur ein geringer Einfluss dieser hier nicht berücksichtigten Variablen zur Messung des materiellen Eigeninteresses gezeigt werden (Jungherr et al. 2018; Steiner 2018; Jeding und Burger 2020).

Globalisierung niederschlagen, sodass auch auf die regionale Herkunft in den folgenden Regressionen kontrolliert wird. Alle nachfolgenden Befunde werden mit einem Repräsentativgewicht gewichtet.⁴⁴

6.4 Empirische Befunde

Für die Untersuchung der Hypothesen werden jeweils getrennt für die Beurteilung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte und einer Einschränkung der Einfuhr ausländischer Waren multinomiale logistische Regressionen berechnet. In der Tabelle 14 sind die durchschnittlichen marginalen Effekte für die Bewertung beider abhängigen Variablen dargestellt (für die Logit-Koeffizienten siehe Tabelle 31 im Anhang). Insgesamt positionieren sich risikobereite und risikoaverse Bürgerinnen und Bürger bei beiden Aussagen im Vergleich zu risikoneutralen seltener in der Skalenmitte bzw. scheinen seltener unentschieden zu sein. Im Einklang mit der Hypothese befürworten risikobereite Menschen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte. Es finden sich allerdings keine Hinweise darauf, dass risikoaverse Menschen eine weitere Öffnung der Märkte kritischer sehen als risikoneutrale. Dafür lehnen risikoscheue Menschen – wie erwartet wurde – häufiger den Vorschlag zu Importbeschränkungen ab. Risikobereite Menschen scheinen diese dagegen eher befürwortet zu haben. Diese Befunde sprechen für die Vermutung, dass aufgrund des Informationskontextes zum Zeitpunkt der Erhebung viele Menschen protektionistische Maßnahmen tatsächlich in ihren potentiellen Folgen als unsicher und riskant wahrnahmen.

Die Varianzaufklärung ist in beiden Modellen gering, sodass offenbar noch andere hier unberücksichtigte Determinanten für die Beurteilung eine Rolle spielen. Im Vergleich mit den anderen unabhängigen Variablen ist der Einfluss der Risikotoleranz moderat. Politisch kompetente Menschen stehen einer Ausweitung des Freihandels als auch Einfuhrbeschränkungen eher kritisch gegenüber. Je besser Menschen ihre eigene finanzielle Situation einschätzen, desto eher befürworten sie ein weiteres Voranschreiten des Freihandels und lehnen Einfuhrbeschränkungen ab, wobei der Einfluss im ersten Fall deutlich stärker ist. Das Qualifikationsniveau – gemessen über den Bildungsabschluss – hat nur bei der Bewertung von Importbeschränkungen einen Einfluss. Hoch gebildete

⁴⁴ Die Korrelation der Risikotoleranz mit Isolationismus beträgt -0.10, mit Ethnokulturalismus -0.04 und mit Chauvinismus 0.02. Siehe für eine deskriptive Übersicht der Variablen Tabelle 29 und für die Korrelationen aller unabhängigen Variablen untereinander Tabelle 30 im Anhang.

Personen sprechen sich im Vergleich zu jenen mit einem niedrigen Bildungsabschluss eher gegen diese aus.

Tabelle 14: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung des Freihandels

	Zusammenwachsen der Märkte		Protektionismus	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Risikoavers	0.03*	0.04*	0.08**	0.00
	(0.01)	(0.02)	(0.02)	(0.01)
Risikobereit	-0.01	0.13**	0.03	0.08**
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Politisches Wissen	0.12**	-0.01	0.23**	-0.02
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Eigene wirtschaftliche Lage	-0.11**	0.22**	0.08**	-0.03
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Bildung: mittel	0.00	0.01	0.03	-0.01
	(0.01)	(0.01)	(0.01)	(0.01)
Bildung: hoch	0.02	0.02	0.08**	-0.03*
	(0.01)	(0.01)	(0.01)	(0.01)
Isolationismus	0.30**	-0.38**	-0.26**	0.18**
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Ethnokulturalismus	0.01	0.02	-0.13**	0.09**
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Chauvinismus	-0.05**	0.03	-0.12**	0.06**
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)				
CDU/CSU	-0.03*	0.12**	0.06**	0.00
	(0.01)	(0.02)	(0.02)	(0.01)
SPD	-0.02	0.11**	0.06**	0.01
	(0.01)	(0.02)	(0.02)	(0.01)
FDP	-0.02	0.16**	0.07*	0.04
	(0.02)	(0.03)	(0.03)	(0.02)
Grüne	-0.00	0.05*	0.05*	0.03
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Die Linke	0.07**	-0.02	0.02	0.05**
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
AfD	0.15**	-0.09**	-0.01	0.08**
	(0.02)	(0.02)	(0.02)	(0.02)
Andere Partei	0.04	-0.02	0.01	0.01
	(0.03)	(0.03)	(0.03)	(0.02)
Frau	0.00	-0.06**	-0.10**	0.05**
	(0.01)	(0.01)	(0.01)	(0.01)
Alter	-0.09**	0.27**	0.13**	-0.07**
	(0.02)	(0.03)	(0.03)	(0.02)
Westdeutschland	0.00	-0.03*	-0.01	0.01
	(0.01)	(0.01)	(0.01)	(0.01)
Korr. Pseudo R ²	0.08		0.07	
N	10101		10114	

Anmerkungen: Multinomiale logistische Regressionen. Dargestellt sind durchschnittliche marginale Effekte (Referenzkategorie: Unentschieden) mit Standardfehlern in Klammern. Wertebereich der unabhängigen Variablen: 0–1. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Der starke Einfluss politischer Prädispositionen auf die Beurteilung von auf den Freihandel bezogenen Einstellungen, der bereits in vielen anderen Studien gezeigt wurde,

findet sich auch in dieser Stichprobe wieder. Menschen, die sich eine starke außenpolitische Rolle Deutschlands wünschen, befürworten mit größerer Wahrscheinlichkeit offene Märkte und lehnen Einfuhrbeschränkungen ab. Eine starke Ausprägung von Ethnokulturalismus und Chauvinismus begünstigt dagegen eine Ablehnung von mehr Freihandel. Diese Effekte sind besonders bei der zweiten Aussage zur Beschränkung der Einfuhr ausländischer Waren stark. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass hier die Verknüpfung zur nationalen Identität über den Hinweis auf ausländische Güter direkt angesprochen wird (vgl. Jungherr et al. 2018). Die Parteibindung diente offenbar ebenfalls vielen Bürgerinnen und Bürgern als Orientierung bei der Beurteilung. Dies gilt nicht nur in Hinblick auf die Bewertung einer Ausweitung des Freihandels, sondern auch für die Einführung von Importbeschränkungen. Anhänger von CDU/CSU, SPD, FDP und schwächer der Grünen sprechen sich mit größerer Wahrscheinlichkeit sowohl gegen ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte als auch gegen protektionistische Maßnahmen aus. Auch Anhänger der Linken und der AfD lehnen eine weitere Öffnung der Märkte ab, allerdings sind sie zudem häufiger für die Einführung von Einfuhrbeschränkungen. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit für eine positive Haltung zum Freihandel. Zudem bewerten Männer im Vergleich zu Frauen offene Märkte insgesamt positiver.

Es wurde die Hypothese aufgestellt, dass in Hinblick auf die Einführung von protektionistischen Maßnahmen nur bei politisch kompetenten Personen ein Einfluss der Risikoaversion messbar sein sollte, während sich der Einfluss bei der Bewertung einer Ausweitung des Freihandels nicht unterscheiden sollte. In Abbildung 8 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für den Einfluss der Risikoaversion und Risikobereitschaft auf die Beurteilung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte und protektionistischer Maßnahmen in Abhängigkeit vom politischen Wissen dargestellt (siehe für die vollständigen Regressionsergebnisse aller Interaktionsmodelle Tabelle 32 sowie Tabelle 33 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 21 im Anhang). Im Einklang mit der Erwartung wird der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte nicht von der politischen Kompetenz modelliert. Hingegen muss die Hypothese für die Bewertung einer Einführung von Handelsbeschränkungen abgelehnt werden. Zum einen lehnen politisch kompetente und politisch uninformierte Menschen gleichermaßen diesen Vorschlag umso eher ab, je stärker ihre Risikoaversion ausgeprägt ist; zum anderen scheinen sich risikobereite Menschen

mit wenig politischem Wissen eher für protektionistische Maßnahmen auszusprechen, während für politisch versierte Menschen kein signifikanter und substantieller Einfluss gemessen wird.

Als Zweites wird die Interaktion zwischen der Risikotoleranz und der Parteiidentifikation in den Blick genommen. In der Abbildung 9 sind die durchschnittlichen marginalen Effekte der Risikoaversion und der Risikobereitschaft unterschieden nach der Parteiidentifikation dargestellt (siehe für die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten Abbildung 22 im Anhang). Es wurde erwartet, dass die Anhänger der FDP, der Linken und der AfD bei der Bewertung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte weniger unsicher sind, da ihre Parteien im Vergleich zu den anderen Parteien eine eindeutigere Position zum Freihandel einnehmen. Entsprechend wurde für diese Personengruppen kein Einfluss der Risikotoleranz vermutet. Die in der Abbildung dargestellten Befunde scheinen diese Hypothese nicht zu bestätigen. So findet sich ein starker Einfluss der Risikobereitschaft auf die Befürwortung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte bei FDP- und AfD-Anhängern. Des Weiteren scheint eine stärker ausgeprägte Risikoaversion und Risikobereitschaft bei Grünen-Anhängern und Personen ohne eine Parteibindung eine Befürwortung zu begünstigen. Für die Verbundenheit mit den anderen Parteien findet sich hingegen kein substantieller Einfluss der Risikotoleranz.

Da sich die Parteien während des Erhebungszeitraums nicht eindeutig zu protektionistischen Maßnahmen positionierten, wurden bei der Bewertung des Vorschlags zur Einführung von Einfuhrbeschränkungen keine Unterschiede zwischen den Parteien erwartet. Wie aus der Abbildung 9 hervorgeht, zeigt sich auch hier ein stärkerer Einfluss der Risikotoleranz bei den Anhängern der Grünen und bei Menschen ohne Parteibindung. Risikoaverse sowie risikobereite Menschen, die sich mit den Grünen identifizieren, lehnen signifikant häufiger die Einführung von Einfuhrbeschränkungen ab. Dies gilt auch für Personen ohne eine Parteibindung und mit ausgeprägter Risikoaversion. Zudem findet sich für risikobereite CDU/CSU-Anhänger eine höhere Wahrscheinlichkeit, der Einführung von protektionistischen Maßnahmen zuzustimmen. Insgesamt lassen sich die Unterschiede zwischen den Parteianhängern in der Einflussstärke und -richtung mit den hier formulierten Hypothesen nicht erklären und müssen abgelehnt werden.

Abbildung 8: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

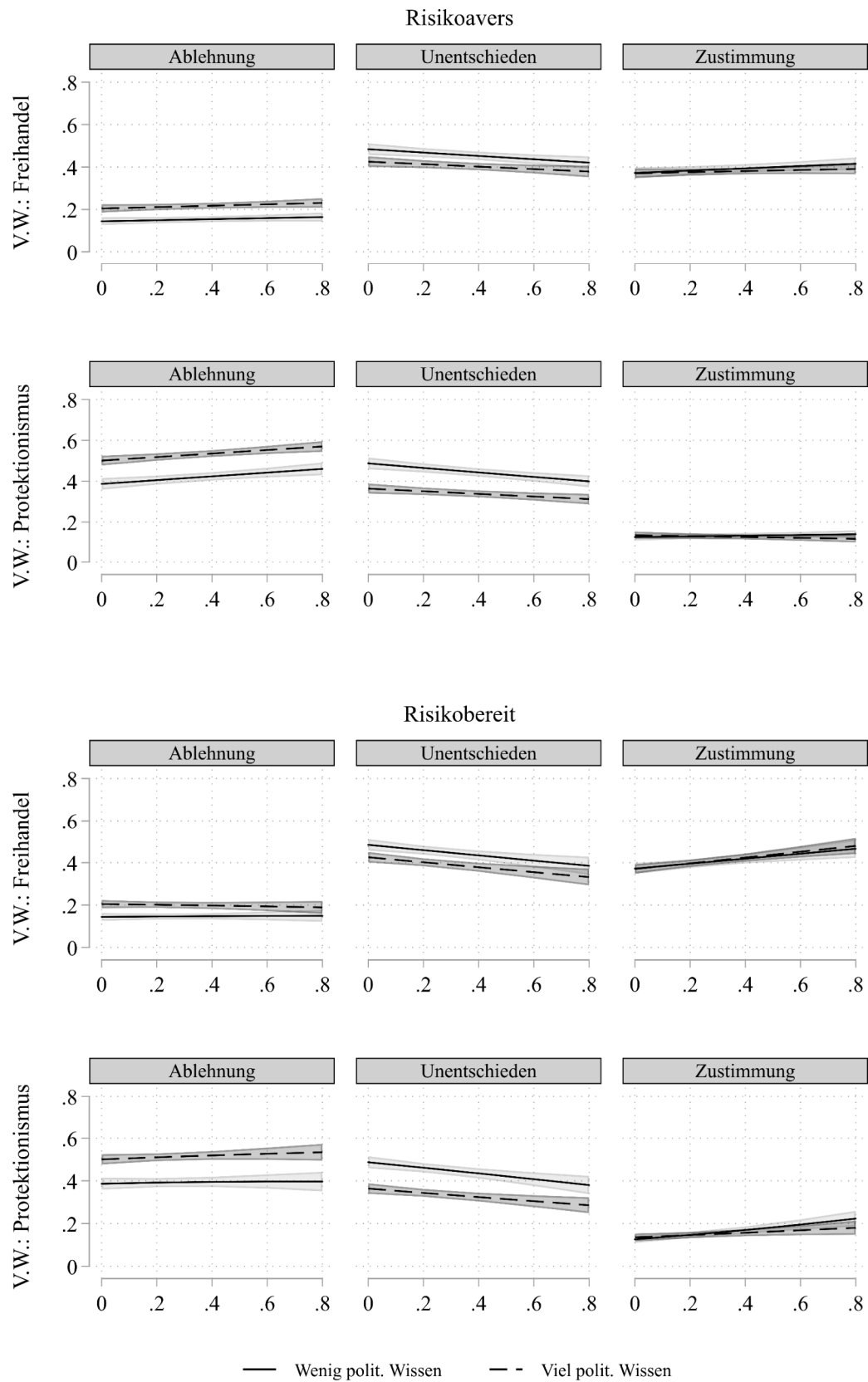
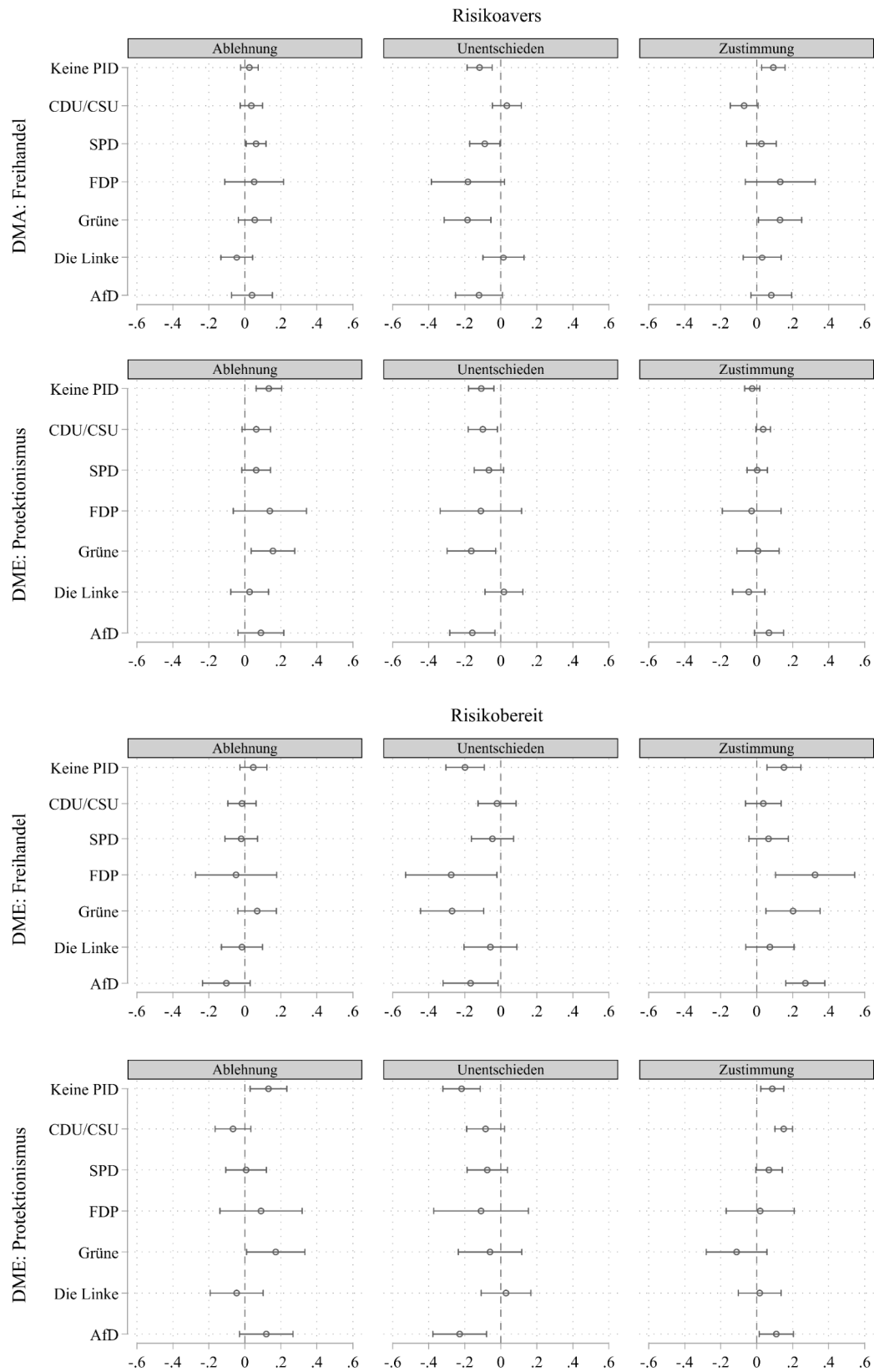


Abbildung 9: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der Parteiidentifikation (durchschnittliche marginale Effekte (DME))



Möglicherweise ist der Einfluss der Risikotoleranz davon abhängig, wie schwerwiegend sich potentielle negative oder positive Folgen des Freihandels oder protektionistischer Maßnahmen auf die eigene Finanzlage auswirken würden. Hier wurde erwartet, dass Entscheidungen zum Freihandel aus finanzieller Sicht vor allem für jene Menschen ein Risiko darstellen könnten, die sich in einer schlechten wirtschaftlichen Situation befinden. Zur Prüfung dieser Hypothese wurde eine Interaktion zwischen der Bewertung der eigenen ökonomischen Situation und der Risikotoleranz durchgeführt.⁴⁵

Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten sind in Abbildung 10 dargestellt (siehe für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 23 im Anhang). Je schlechter die eigene finanzielle Lage eingeschätzt wird, desto eher lehnen risikoscheue Menschen die Einfuhrbeschränkungen ab und desto seltener sind sie bei dieser Beurteilung unentschieden. Für risikobereite Personen lässt sich bei der Bewertung beider Aussagen ein moderierender Effekt der eigenen wirtschaftlichen Lage messen. Je schlechter die eigene Finanzsituation, desto eher befürworten risikobereite Menschen ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte und lehnen protektionistische Maßnahmen ab. Sie sprechen sich demnach konsistent für offene Märkte aus. Die Befunde stützen demnach die Annahme, dass die Risikotoleranz einen stärkeren Einfluss hat, wenn Personen aufgrund ihrer finanziellen Lage eine höhere individuelle Risikoexposition haben.

Zuletzt wird überprüft, ob der Einfluss der Risikoaversion und der Risikobereitschaft von der Haltung zur Rolle Deutschlands in der Weltpolitik abhängt. Die Grundhaltung zum Isolationismus könnte bedingen, welchen symbolischen Nutzen man den Politikvorschlägen zuschreibt. In der Abbildung 11 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für die Interaktion zwischen Risikotoleranz und Isolationismus dargestellt (siehe für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 24 im Anhang). Die Befunde zum Einfluss der Risikotoleranz stützen die Hypothesen nur in Bezug auf die Bewertung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte. Die Risikobereitschaft hat nur dann einen Einfluss auf die Befürwortung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte, wenn sich eine Person eine aktive Rolle Deutschlands in der Weltpolitik wünscht. Die

⁴⁵ Es wurde zudem der Versuch unternommen, die Analyse von Ehrlich und Maestas (2010) zu replizieren, indem der Schulabschluss mit der Risikoaversion und Risikobereitschaft interagiert wurde. Die Ergebnisse deuten auf keine Moderation hin (siehe Tabelle 34 im Anhang). Dabei ist zu berücksichtigen, dass Ehrlich und Maestas für die Messung der abhängigen Variablen eine Aussage verwenden, in der nach einer Einschränkung der Einfuhr ausländischer Waren gefragt wird, um Arbeitsplätze in den USA zu schützen. Im Vergleich zur der hier durchgeführten Analyse liegt demnach bei ihnen ein anderes Framing vor (vgl. Diskussion in Hiscox 2006).

Abbildung 10: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der eigenen wirtschaftlichen Lage (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

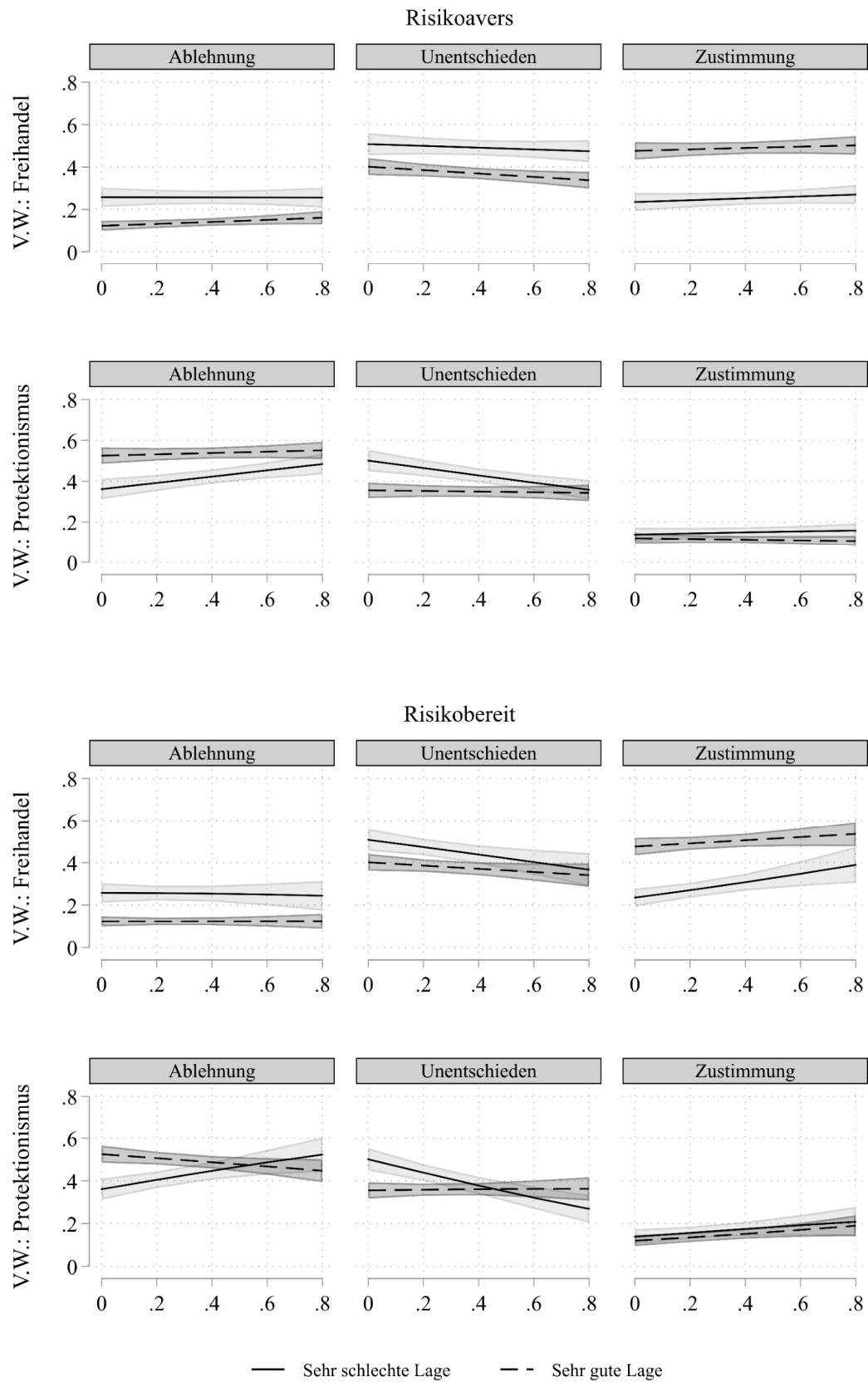
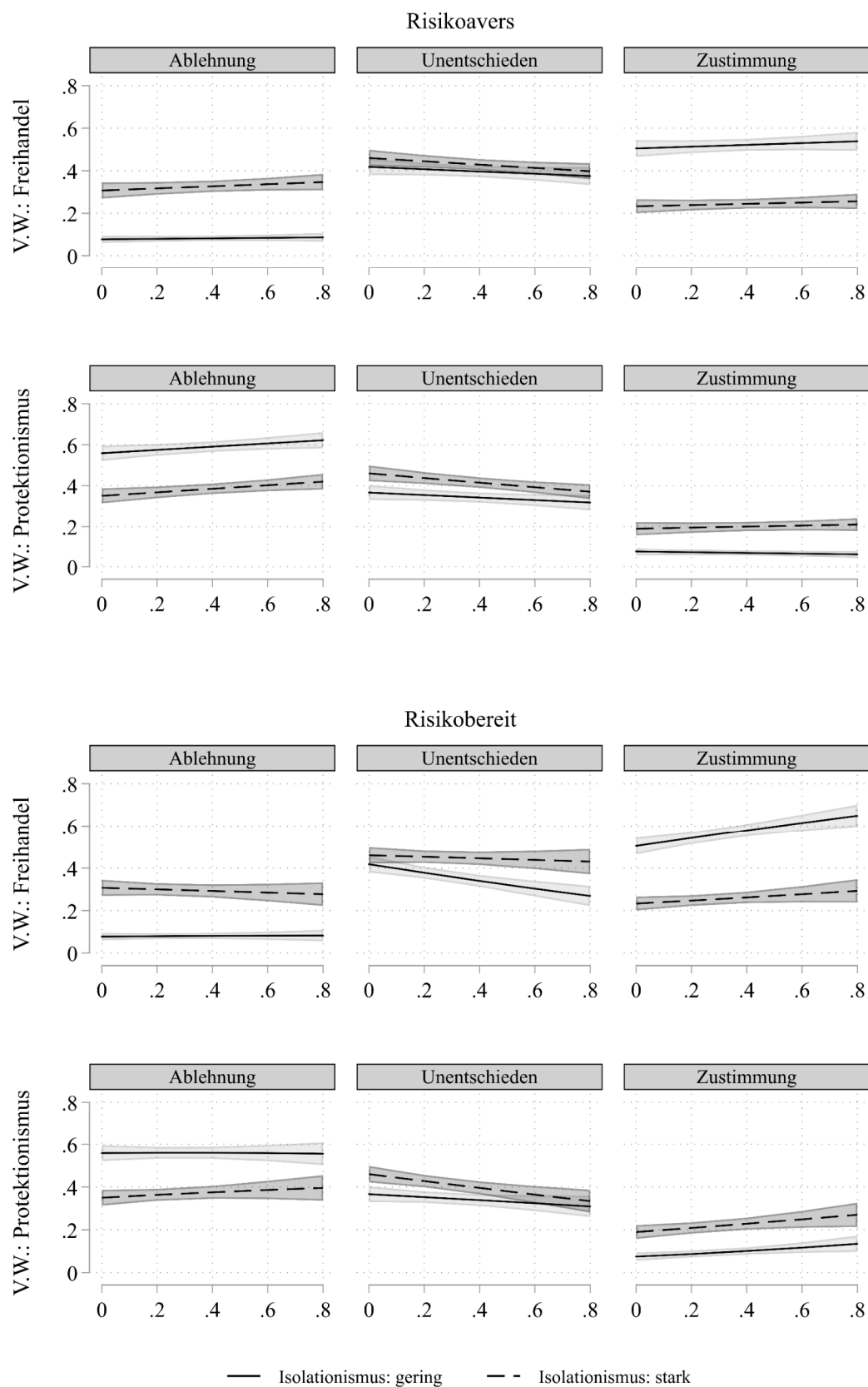


Abbildung 11: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom Isolationismus (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)



Risikoaversion hat weder bei einer geringen noch bei einer starken Ausprägung des Isolationismus einen Einfluss. Für die Beurteilung protektionistischer Maßnahmen lässt sich keine moderierende Wirkung der Haltung zum Isolationismus auf den Einfluss der Risikotoleranz feststellen.

Wegen möglicher Messverzerrungen und Kontexteffekte ist es üblich, dass zur Messung von Einstellungen zum Freihandel Bewertungen mehrerer Aussagen zusammengefasst werden (z. B. Mansfield und Mutz 2009; Bechtel et al. 2012; Jedinger und Burger 2020). Als Robustheitstest werden daher abschließend die Antworten auf die beiden bisher untersuchten Aussagen zusammengeführt. Dieses Vorgehen ermöglicht zudem abschließend einen Blick darauf, ob die Risikotoleranz einen Einfluss auf die inhaltlich konsistente Bewertung auf den Freihandel bezogener Aussagen hat. Zu diesem Zweck wird eine neue Variable mit fünf Ausprägungen gebildet, die jeweils die folgenden Antwortkombinationen für die Zustimmung und Ablehnung enthält (vgl. Tabelle 13). Für mehr Freihandel und gegen einen Protektionismus (1), gegen mehr Freihandel und für mehr Protektionismus (2), für mehr Freihandel und für mehr Protektionismus (3) und gegen mehr Freihandel und gegen einen Protektionismus (4). Allen anderen Antwortkombinationen dieser neu gebildeten abhängigen Variablen wird der Wert 0 zugewiesen.

In der Tabelle 15 sind die durchschnittlichen marginalen Effekte für die multinomiale logistische Regression dargestellt (siehe für die Logit-Koeffizienten Tabelle 35 im Anhang). Die berücksichtigten unabhängigen Variablen sind die gleichen wie in den vorherigen Regressionsmodellen. Im Vergleich zu risikoneutralen Personen sprachen sich sowohl risikoaverse als auch risikobereite Menschen häufiger konsistent für mehr Freihandel und gegen einen Protektionismus aus. Allerdings haben risikobereite Personen auch eine höhere Wahrscheinlichkeit, bei beiden Politikvorschlägen für eine Abweichung vom Status quo zu stimmen, auch wenn dies inhaltlich inkonsistent wäre.

Tabelle 15: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltlich konsistente Bewertung des Freihandels

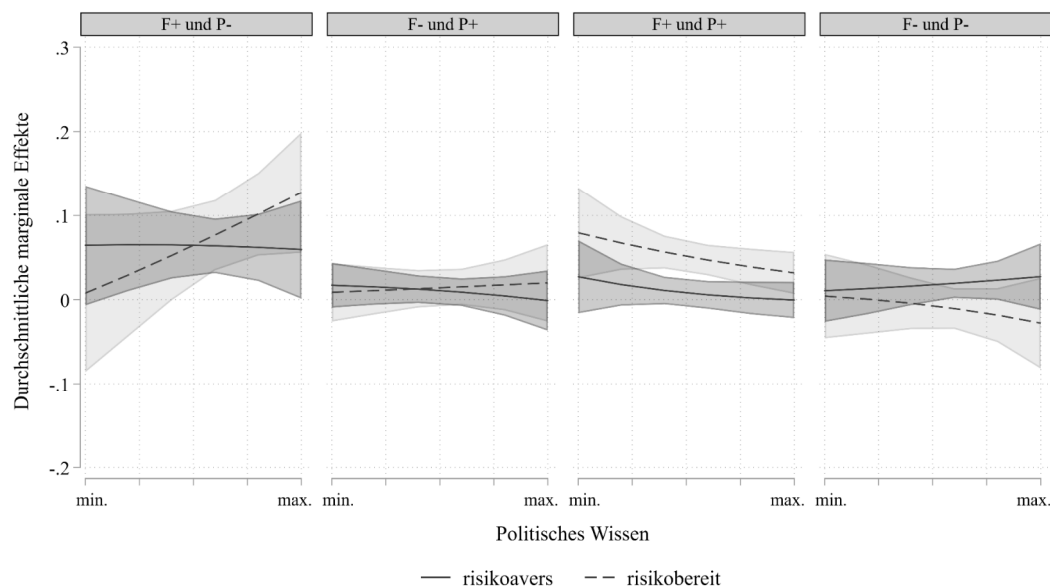
	Für mehr Frei- handel & ge- gen Protekti- onismus	Gegen mehr Freihandel & für Protekti- onismus	Für mehr Frei- handel & für mehr Protekti- onismus	Gegen mehr Freihandel & gegen Protekti- onismus
Risikoavers	0.06** (0.02)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)	0.02* (0.01)
Risikobereit	0.08** (0.02)	0.01 (0.01)	0.05** (0.01)	-0.01 (0.01)
Politisches Wissen	0.07** (0.02)	0.03* (0.01)	-0.04** (0.01)	0.03** (0.01)
Eigene wirtschaftliche Lage	0.15** (0.02)	-0.04** (0.01)	0.03** (0.01)	-0.02 (0.01)
Bildung: mittel	0.02 (0.01)	0.00 (0.01)	-0.01 (0.01)	-0.00 (0.01)
Bildung: hoch	0.05** (0.01)	0.00 (0.01)	-0.02** (0.01)	0.01 (0.01)
Isolationismus	-0.34** (0.02)	0.14** (0.01)	-0.01 (0.01)	0.07** (0.01)
Ethnokulturalismus	-0.05* (0.02)	0.04** (0.01)	0.03* (0.01)	-0.02 (0.01)
Chauvinismus	-0.06** (0.02)	-0.01 (0.01)	0.05** (0.01)	-0.03** (0.01)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)				
CDU/CSU	0.08** (0.01)	-0.00 (0.01)	0.01 (0.01)	-0.01 (0.01)
SPD	0.06** (0.01)	-0.00 (0.01)	0.02* (0.01)	-0.00 (0.01)
FDP	0.12** (0.03)	0.01 (0.01)	0.02 (0.01)	-0.02 (0.01)
Grüne	0.04* (0.02)	0.00 (0.01)	0.01 (0.01)	-0.01 (0.01)
Die Linke	-0.02 (0.02)	0.04** (0.01)	0.00 (0.01)	0.02* (0.01)
AfD	-0.06** (0.02)	0.06** (0.01)	0.00 (0.01)	0.04** (0.01)
Andere Partei	-0.01 (0.03)	0.03 (0.01)	-0.00 (0.01)	-0.00 (0.01)
Frau	-0.09** (0.01)	0.01 (0.01)	0.01** (0.00)	-0.01 (0.01)
Alter	0.20** (0.03)	-0.05** (0.02)	-0.02 (0.01)	-0.04** (0.01)
Westdeutschland	-0.00 (0.01)	0.01 (0.01)	-0.01* (0.00)	-0.00 (0.01)
Korr. Pseudo R ²	0.08			
N	10084			

Anmerkungen: Multinomiale logistische Regression. Dargestellt sind durchschnittliche marginale Effekte (Referenzkategorie: Sonstige Antwortkombination) mit Standardfehlern in Klammern. Wertebereich der unabhängigen Variablen: 0–1. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Der positive Einfluss der Risikoaversion auf die Befürwortung eines stärkeren Zusammenwachsens der Märkte und die gleichzeitige Ablehnung protektionistischer Maßnahmen sind ein Befund, der nicht im Einklang mit den gängigen Annahmen aus der

Literatur steht, dass Risikoaverse dem Freihandel insgesamt kritischer gegenüberstehen würden. Die höhere Wahrscheinlichkeit der risikobereiten Menschen, sowohl häufiger inhaltlich konsistent für mehr Freihandel einzutreten und fast genauso häufig bei beiden Fragen die Abweichung vom Status quo zu befürworten, lässt vermuten, dass die Risiken von Importbeschränkungen für ausländische Güter von bestimmten Personengruppen unterschiedlich wahrgenommen wurden. Möglicherweise liegt hier ein Zusammenhang mit der politischen Kompetenz der Befragten vor. Es kann vermutet werden, dass politisch uninformierte Menschen mit einer ausgeprägten Risikobereitschaft dazu tendieren, durchgehend für eine Abweichung vom Status quo zu stimmen. Politisch kompetente Risikobereite könnten hingegen eher eine inhaltlich konsistente Bewertung von auf den Freihandel bezogenen Aussagen vornehmen.

Abbildung 12: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltliche Konsistenz der Bewertung des Freihandels in Abhängigkeit vom politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte)



Anmerkungen: F+ = für mehr Freihandel, F- = gegen mehr Freihandel, P+ = für Protektionismus, P- = gegen Protektionismus.

Die in der Abbildung 12 dargestellten durchschnittlichen marginalen Effekte der Risikobereitschaft in Abhängigkeit von der politischen Kompetenz scheinen diese Annahme tendenziell zu unterstützen (siehe für die vorhergesagten Wahrscheinlichkeit Abbildung 25 im Anhang). Je höher die politische Kompetenz, desto stärker ist der Einfluss der Risikobereitschaft auf die Befürwortung von mehr Freihandel und die Ablehnung eines Protektionismus. Risikobereite mit einer geringen politischen Kompetenz haben

dagegen eine höhere Wahrscheinlichkeit, beiden Aussagen zuzustimmen, das heißt, durchgehend eine Abweichung vom Status quo zu befürworten. Der Moderationseffekt ist aber insgesamt gering, und die Konfidenzintervalle und damit die Unsicherheit dieser Ergebnisse eher groß. Für den Einfluss der Risikoaversion lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen politisch versierten und politisch uninformierten Personen feststellen.

6.5 Zusammenfassung und Diskussion

In diesem Kapitel wurde die Bedeutung der individuellen Risikotoleranz für die Beurteilung von zwei auf den Freihandel bezogenen Politikvorschlägen untersucht. Gemeinhin wird eine Ausweitung des Freihandels als riskant dargestellt, da die Folgen für ein Land als auch für bestimmte Bevölkerungsgruppen sowohl positiv als auch negativ sein könnten. Protektionistische Maßnahmen werden von ihren Befürwortern meist mit einem Schutz der inländischen Wirtschaft und Arbeitsplätze vor internationalen Wettbewerb in Verbindung gebracht. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung – im Frühjahr 2018 – wurde in der deutschen Medienberichterstattung allerdings intensiv über den Handelskonflikt zwischen den USA und der Europäischen Union berichtet. Damit einher ging eine Diskussion über die potentiellen Risiken eines zunehmenden Protektionismus für die deutsche Wirtschaft und inländische Arbeitsplätze. Daher wurde vermutet, dass dieses Framing in den Medien einen Einfluss auf die Risikowahrnehmung bei der Beurteilung der Bürgerinnen und Bürger von Einfuhrbeschränkungen für ausländische Güter gehabt haben könnte. Vor allem für risikoaverse Menschen wurde erwartet, dass sie sensibel auf den Verweis auf die potentielle Bedrohung reagieren würden, die mit einem wachsenden Protektionismus einhergehen könnte.

Die Befunde zum direkten Einfluss der Risikotoleranz deuten darauf hin, dass sich risikobereite Menschen mit größerer Wahrscheinlichkeit für ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte aussprechen, aber auch den Vorschlag zur Beschränkung von Importbeschränkungen eher positiv beurteilen. Eine ausgeprägte Risikoaversion begünstigt hingegen eine Ablehnung von protektionistischen Maßnahmen, hat auf die Bewertung einer Ausweitung des Freihandels aber keinen substantiellen Einfluss. Insgesamt nimmt mit der Stärke der Risikoaversion bzw. -bereitschaft die Wahrscheinlichkeit ab, dass man sich in der Bewertung unentschieden zeigte. Die Ergebnisse für die Beurteilung von

Einfuhrbeschränkungen stützen die Vermutung, dass der Informationskontext zum Zeitpunkt der Erhebung die Risikowahrnehmung beeinflusst haben könnte.

Die Befunde zur moderierenden Wirkung der politischen Kompetenz auf den Einfluss der Risikotoleranz sind uneindeutig. Im Einklang mit der Hypothese unterscheidet sich der Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung einer weiteren Öffnung der Märkte bei politisch informierten und politisch nicht informierten Menschen nicht. In Hinblick auf die Beurteilung protektionistischer Maßnahmen konnte – anders als erwartet – nicht nur bei politisch kompetenten, sondern auch bei politisch wenig informierten Menschen ein signifikanter Einfluss der Risikotoleranz gemessen werden. Risikoaverse Individuen sprachen sich unabhängig von ihrer politischen Versiertheit eher gegen Einfuhrbeschränkungen aus. Bei risikobereiten Personen findet sich nur unter politisch wenig informierten Menschen ein signifikanter Einfluss auf die Zustimmung. Die weiterführende Analyse der Antwortkombination beider Aussagen ergab zudem, dass die Antworten risikosuchender Personen mit geringem politischen Hintergrundwissen häufiger inhaltlich inkonsistent sind, sodass zugleich mehr Freihandel und protektionistische Maßnahmen befürwortet werden.

Die Hypothesen zum moderierenden Einfluss der Parteiidentifikation müssen für beide abhängigen Variablen verworfen werden. Für das weitere Zusammenwachsen der Märkte konnte – anders als vorhergesagt – ein stärkerer Einfluss der Risikotoleranz unter den Anhängern von FDP, AfD, Grünen und Personen ohne eine Parteibindung gemessen werden. Auch lassen sich entgegen den Erwartungen Unterschiede zwischen den Parteianhängern bei der Bewertung von Einfuhrbeschränkungen feststellen. Insbesondere unter Anhängern der Grünen und unter Personen ohne Parteibindungen finden sich bei beiden Aussagen stärkere Effekte.

Eine größere Unsicherheit in der Abwägung der Chancen und Risiken wurde bei Menschen vermutet, die ihre ökonomische Situation als schlecht wahrnehmen. Die Befunde sprechen für die Annahme, dass der Einfluss der Risikotoleranz bei Menschen mit finanziellen Sorgen stärker zu sein scheint als bei Personen in einer positiven wirtschaftlichen Situation. Die moderierende Wirkung der Haltung zur Rolle Deutschlands in der Außenpolitik konnte nur in Hinblick auf die Bewertung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte bestätigt werden. Risikobereite Menschen, die sich eine starke außenpolitische Rolle Deutschlands in der Weltpolitik wünschen, sind eher für ein weiteres Zusammenwachsen der Märkte als risikoneutrale und risikoaverse Personen.

Zusammengenommen betrachtet sprechen die empirischen Ergebnisse dafür, die Risikotoleranz bei der Erklärung von auf den Freihandel bezogenen Sachfragen zukünftig stärker zu berücksichtigen. Dabei ist der wichtigste Beitrag dieser Untersuchung der Befund, dass der Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung des Freihandels kontextabhängig und daher deutlich komplexer ist als vermutet. Der spezifische Länderkontext und der politische Diskurs könnten nicht nur die Einflussstärke, sondern auch die Einflussrichtung der individuellen Risikotoleranz verändern. Dies hat auch Implikationen für die Messung der Einstellung zum Freihandel. In bisherigen Studien enthalten die Frageformulierungen oft explizite Hinweise zum potentiellen Nutzen (z. B. Scheve und Slaughter 2001; Hainmueller und Hiscox 2006; Tomiura et al. 2016) oder zu den potentiellen Bedrohungen (z. B. Scheve und Slaughter 2001; Baker 2005; Hays et al. 2005; Mayda und Rodrik 2005; Ehrlich und Maestas 2010; Jedinger und Burger 2020) eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte bzw. von Einfuhrbeschränkungen. Die Ergebnisse dieses Kapitels zeigen, dass solche Informationen die Risikowahrnehmung und damit einhergehend auch den Einfluss der Risikoaversion und Risikobereitschaft beeinflussen können.

7. Vorschlag zur Enteignung von Unternehmen

7.1 Hintergrund zur Diskussion um Konzernenteignungen 2019

Wie in vielen anderen liberaldemokratischen Verfassungsstaaten sind auch in Deutschland die Möglichkeiten für Enteignungen sehr beschränkt. Voraussetzung ist, dass ein Bedarf im allgemeinen Interesse vorliegt, eine angemessene Entschädigung gezahlt wird und diese durch ein Gesetz oder auf Grundlage eines Gesetzes erfolgt (Art. 14, Abs. 3 GG, siehe Adamski 2019). In Deutschland betreffen Enteignungen häufig das Grundeigentum – zum Beispiel, wenn ein Grundstück für den Bau einer Autobahn benötigt wird. Dieses Instrument ist aufgrund seiner hohen Hürden nur zulässig, wenn andere Maßnahmen nicht zielführend waren und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist (Biatel 2019). Auch eine Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln ist im Rahmen eines Gesetzes und unter Auszahlung einer Entschädigung möglich (Art. 15 GG), wurde jedoch in der Geschichte der Bundesrepublik bisher nicht angewandt (Biatel 2019). Wenn im allgemeinen Sprachgebrauch von Verstaatlichungen oder Teilverstaatlichungen von Unternehmen oder Banken gesprochen wird, dann bezeichnet dies meist, dass der Staat Anteile aufkauft. Da eine solche Übernahme freiwillig erfolgt oder sogar von den Unternehmen oder Banken selbst gewollt ist, liegt in solchen Fällen keine Enteignung vor.

Diskussionen über Enteignungen und Vergesellschaftung wurden in der jüngeren deutschen Geschichte immer wieder aus unterschiedlichen Anlässen geführt. Beispielsweise wurde während der Finanzkrise 2009 das auf knapp drei Monate begrenzte Rettungsübernahmegesetz beschlossen, das Enteignungen von Finanzinstituten ermöglicht hätte, auch wenn es letztlich nicht angewendet wurde (Herweg und Zohlhöfer 2010). Im Frühjahr 2019 wurde in der Medienberichterstattung erneut intensiv über Enteignungen diskutiert. In Reaktion auf die steigenden Mietpreise und die Wohnungsnot in Ballungsräumen hatte sich in Berlin die Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ mit dem Ziel gegründet, private Wohngesellschaften in der Hauptstadt zum Verkauf ihrer Wohnbestände an den Staat zu zwingen. Mit Unterschriftensammlungen versuchten die Initiatoren im April 2019, ein Volksbegehren in Berlin auf den Weg zu bringen. Auch in anderen Großstädten fanden in diesem Zeitraum Demonstrationen gegen die Wohnungsknappheit und steigende Mieten statt (SZ 2019a).

In diesem Kontext äußerte sich der Co-Vorsitzende der Grünen Robert Habeck Anfang April 2019 in einem Interview in der Zeitung „Welt am Sonntag“ gegenüber der Idee aufgeschlossen, dass man Besitzerinnen und Besitzer brachliegender Grundstücke als letzte Option auch enteignen könnte, wenn sie ihren Grund weder verkaufen noch selbst bebauen wollen (Graw und Schuster 2019). Dieser Vorschlag wurde von den anderen Parteien sehr unterschiedlich aufgenommen. Die Unionsparteien und die FDP lehnten den Vorschlag klar ab, während die Linke ihn positiv bewertete. Aus der SPD äußerten sich einige Politikerinnen und Politiker zustimmend, andere dagegen zeigten sich kritisch (Kröger 2019; SZ 2019a). Allerdings gab es auch innerhalb der Partei der Grünen selbst kritische Stimmen. So bezeichneten der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir und der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann Enteignung von Immobilienkonzernen als ein ungeeignetes Instrument, um die Probleme auf dem Wohnungsmarkt zu lösen (Deutschlandfunk 2019; Die Welt 2019a).

Die Diskussion um die Enteignung von Konzernen lebte einen Monat später erneut auf, als ein Interview des Vorsitzenden der Nachwuchsorganisation der SPD Kevin Kühnert in der Wochenzeitung „Die Zeit“ erschien (Bittner und Hildebrandt 2019). Darin wurde Kühnert von den Journalisten nach seinen Vorstellungen zur Ausgestaltung eines demokratischen Sozialismus gefragt. Kühnert entgegnete, dass für ihn eine „Überwindung des Kapitalismus“ ohne Kollektivierung auf demokratischem Wege nicht denkbar sei. Ein demokratischer Sozialismus sei für ihn ein „Versuch, dem Ideal einer freien, gleichen und solidarischen Gesellschaft andauernd ein Stück näher zu kommen“.⁴⁶ In einem Gedankenexperiment führte er aus, dass große Konzerne wie beispielsweise BMW zu gleichen Teilen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehören sollten und nicht nur einer Eigentümerfamilie. Zudem sprach er sich dafür aus, den Besitz von Immobilien zu beschränken. Zu Ende gedacht solle seiner Ansicht nach jede Person nur maximal über das Wohneigentum verfügen, das sie tatsächlich bewohnt. Als mögliche Formen der Kollektivierung von Konzernen und Immobilienbesitz schlug er genossenschaftliche Modelle vor. In dem Interview relativierte er seine Ideen zu Enteignungen jedoch auch, indem er Eigentum, das selbst erarbeitet wurde, unangetastet lassen wollte, und betonte, dass alle Umwandlungsprozesse zwingend unter demokratischer Kontrolle erfolgen müssten.

⁴⁶ Unter einem freiheitlichen oder demokratischen Sozialismus versteht man in der Literatur die „evolutionäre, im Rahmen des demokratischen Verfassungsstaates erfolgende Umgestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse mit dem Ziel, ein Höchstmaß an politischer und sozialer Gleichheit, Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen“ (Schmidt 2004, S. 651, 2008, S. 225–235; Meyer 2011).

Einen demokratischen Sozialismus habe es nach seiner Ansicht in der Geschichte bisher nie gegeben, da es in allen vergangenen Versuchen, unter anderem in der DDR, einen „eklatanten Mangel an demokratischer Mitbestimmung“ gegeben habe. Kühnert bleibt in seinen Ausführungen, wie er sich eine Enteignung auf demokratischem Wege vorstellen könnte, sehr vage (vgl. Seelinger 2019; Diekmann und Bidder 2020).

Dieses Interview löste in der Politik und in den Medien ebenfalls viel Kritik aus (Bahners 2019; Pausch 2019; Tiede 2019). Politikerinnen und Politiker der Unionsparteien, der FDP und AfD forderten, dass die SPD ein klares Signal gegen den Sozialismus senden und ihr Verhältnis zum Privateigentum klären solle (Rothenberg und Stratmann 2019; SZ 2019b; Die Welt 2019b). In den Medien wurden die Ideen zur Enteignung in Bezug auf die DDR diskutiert und nach der Nähe der SPD zur SED-Diktatur gefragt (Pausch 2019; Tiede 2019). Die Grünen lehnten die Vorschläge zu Unternehmensenteignungen zwar ab, allerdings fiel ihre Kritik deutlich milder aus als in den anderen Parteien (Zeit Online 2019). Deutlichen Zuspruch erhielt Kühnert hingegen von Seiten der Linken, die den Vorstoß zur Führung einer Debatte über die Verteilung von Privateigentum ausdrücklich lobten.

Die Reaktionen innerhalb der SPD auf das Interview fielen gespalten aus (z. B. SZ 2019b; Die Welt 2019b). Unterstützer aus der Partei verwiesen darauf, dass die Vision eines demokratischen Sozialismus auch im Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 festgeschrieben sei. Die SPD-Spitzenpolitikerinnen und -politiker von Regierung und Partei distanzieren sich hingegen von Kühnerts Aussagen und betonten, dass die Enteignung oder Vergesellschaftung von Konzernen lediglich ein Gedankenexperiment darstelle. Andere wiederum – wie beispielsweise der Chef des Seeheimer Kreises Johannes Kahrs – kritisierten Kühnert scharf und warfen ihm vor, dem Wahlkampf der SPD zur Europawahl zu schaden (Pausch 2019). Das SPD-Wirtschaftsforum forderte gar einen Parteiausschluss Kühnerts. Mit Ausnahme der SPD positionierten sich somit alle Parteien eindeutig zu den Aussagen Kühnerts zur Enteignung von Konzernen.

In ihrer Argumentation verweisen die Befürworter von Enteignungen häufig darauf, dass in Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und bei essentiellen Grundbedürfnissen wie bei der Trink- und Stromversorgung oder dem Wohnungsmarkt die Macht von großen Konzernen, die primär an der Rendite interessiert seien, beschränkt werden müsste (z. B. Butterwegge et al. 2017; Engartner 2016). Kollektivierung – sei es in Form von Genossenschaften oder einer Verstaatlichung – könnte eine Chance sein, um eine

gerechtere Verteilung von gesellschaftlichem Wohlstand und mehr politischer und sozialer Teilhabe zu ermöglichen (Nuss 2019). Die Enteignung von Unternehmen könnte zur Etablierung neuer Formen der betrieblichen Mitbestimmung und Selbstverwaltung führen, die helfen könnten, die negativen Auswüchse des Kapitalismus zu minimieren. Primär wurde von den Unterstützern gefordert, dass eine breite Debatte über eine gerechtere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und die Ausgestaltung eines demokratischen Sozialismus notwendig sei, in deren Rahmen auch mögliche Enteignungen mitgedacht werden sollten (z. B. Markwardt 2019; Misik 2019).

Die kritischen Stimmen in den Medien bedienten sich in der Mehrzahl eines Framings, das eine Verknüpfung der Vorschläge aus dem Interview mit den Enteignungen von Eigentum und der Kollektivierung von Unternehmen in der DDR herstellte. Es wurde argumentiert, dass Enteignungen eine Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft einläuten und möglicherweise langfristig in einen Sozialismus führten würden (Rothenberg und Stratmann 2019; SZ 2019a; Tiede 2019). Sie verwiesen zudem auf die vielen gescheiterten Versuche der Einführung eines (demokratischen) Sozialismus in der Geschichte und ihre zum Teil katastrophalen Folgen für die Gesellschaft, politische Stabilität und Wirtschaft. Die Gegner von Enteignungen betonten daher, dass Privateigentum nicht nur eine befriedende Wirkung in Gesellschaften habe, sondern auch eine effizientere Wirtschaft hervorbringe, aus der letztlich allgemeiner Wohlstand hervorgehe (vgl. Putz 2017, Teil I, Kapitel 3). In Bezug auf den Wohnungsmarkt wurde zudem davor gewarnt, dass Investoren durch den „Tabubruch“ verunsichert sein und sich zurückziehen könnten, so dass sich die Krise auf dem Mietmarkt noch weiter verschärfen würde (vgl. Klimpel 2019). Die Reaktionen der Parteien und Medien spiegeln zu großen Teilen die unterschiedlichen Positionen zur Idee einer Sozialen Demokratie allgemein wider (Schmidt 2008, S. 231–235).

Die Enteignung und Kollektivierung von großen Konzernen würden das Maß des staatlichen Eingriffes in Eigentumsrechte in Deutschland massiv vergrößern. Diese Abweichung vom Status quo und der damit einhergehende Paradigmenwechsel könnte mit weitreichenden Folgen verbunden sein, die für die Gesellschaft sowohl positive als auch negative Konsequenzen haben könnte. Aus diesem Blickwinkel kann die Entscheidung für eine Enteignung von Großkonzernen im Folgenden als ein unsicherer und riskanter Politikvorschlag verstanden werden.

7.2 Fallspezifische Hypothesen

Unter der Annahme, dass der Vorschlag zur Enteignung von Konzernen von allen Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich als riskanter bewertet wurde als der Status quo, ist ein direkter Einfluss der Risikotoleranz auf die Zustimmung zu erwarten. Je risikobereiter eine Person ist, desto eher sollte sie zustimmen; und je risikoaverser, desto eher sollte sie den Vorschlag ablehnen. Allerdings wird je nach der politischen Kompetenz ein unterschiedlich starker Einfluss der Risikotoleranz erwartet. Für Menschen, die politisch versiert sind und die Medienberichterstattung aufmerksam verfolgen, wird vermutet, dass sie erstens bereits über eine auskristallisierte Einstellung zu Enteignungen und Kollektivierung von Privatbesitz verfügen und dass sie zweitens mit größerer Wahrscheinlichkeit die Positionierung der Parteien zu Konzernenteignungen rezipiert haben. Sie sollten daher in ihrer Beurteilung der Sachfrage weniger unsicher sein und sich zudem eher an den Positionen der Parteien orientieren können. Daher wird erwartet, dass der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung einer Enteignung von Konzernen umso geringer ist, je höher die politische Kompetenz einer Bürgerin oder eines Bürgers ist.

Während sich alle Parteien deutlich für oder gegen den Vorschlag zu einer möglichen Enteignung von Konzernen positionierten, waren die Reaktion aus der SPD gespalten. Bei den Grünen war dies nach dem Interview von Habeck zwar auch der Fall, allerdings sprachen sie sich nach dem Vorstoß von Kühnert in den Medien eindeutig gegen Konzernenteignungen aus. Daher wird vermutet, dass es Anhängern der SPD im Vergleich zu den Anhängern anderer Parteien schwerer gefallen sein könnte, den Vorschlag zu bewerten. Aufgrund ihrer größeren Unsicherheit ließen sie sich bei der Abwägung zwischen den Chancen und Risiken möglicherweise eher von ihrer individuellen Risikotoleranz leiten. Zudem wird auch für Menschen ohne eine Parteibindung erwartet, dass sie – ebenso wie politisch wenig kompetente Personen – aufgrund der größeren Unsicherheit häufiger auf Grundlage ihrer Risikotoleranz urteilten.

Unabhängig davon, wie aufmerksam die Bürgerinnen und Bürger die politische Medienberichterstattung verfolgen, könnte die Frage nach Enteignungen von Unternehmen, um deren Macht zu beschränken, bei ihnen bestimmte Assoziationen zu ihren domänenspezifischen Grundorientierungen zum Verhältnis von Staat und Markt ausgelöst haben. Menschen, die staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen ablehnen und Privateigentum unangetastet lassen wollen, werden bei der Beurteilung nicht zwischen den Chancen und Risiken einer Enteignung abwägen müssen. Hingegen könnten jene, die

eine Umverteilung von Vermögen in einer Gesellschaft und eine stärkere Regulierung des Marktes gutheißen, deutlich unsicherer sein, ob sich das Risiko lohnen könnte. Entsprechend wird der stärkste Einfluss der Risikotoleranz unter jenen Bürgerinnen und Bürgern vermutet, die eine geringe politische Kompetenz aufweisen, sich aber tendenziell für staatliche Eingriffe in den Markt und für eine Umverteilung von Vermögen aussprechen.

7.3 Daten und Operationalisierung

Für die empirische Analyse wird das GLES-Panel 2016–2019 genutzt. In der elften Welle, die zwischen dem 28. Mai und dem 12. Juni 2019 durchgeführt wurde, konnten 9.660 Teilnehmer wiederbefragt werden. Unter den Befragten sind 1.699 Personen, mit denen das GLES-Panel im Mitte 2017 aufgestockt wurde. Die abhängige Variable wurde mit der folgenden Aussage gemessen: „Um die Macht von Konzernen einzuschränken, sollten auch Enteignungen durchgeführt werden.“ Die Befragten wurden aufgefordert, ihre Bewertung auf einer fünfstufigen Skala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 5 „stimme voll und ganz zu“ vorzunehmen.⁴⁷ Diese Aussage nimmt keinen direkten Bezug auf die Interviews mit Robert Habeck bzw. Kevin Kühnert oder die mediale Debatte zu Enteignungen im Bereich des Immobilienmarktes. Dennoch kann vermutet werden, dass unter den politisch involvierten Menschen viele eine Verbindung zur Debatte herstellen konnten. Durch den Verweis in der Item-Formulierung auf die Machtbeschränkung von Konzernen wird zudem explizit ein mögliches Ziel des Politikvorschlags hervorgehoben. Politisch wenig versierte Personen könnte es vermutlich dadurch leichter gefallen sein, Anknüpfungspunkte zu ihren Prädispositionen herzustellen, die die Beziehung zwischen Staat und Markt berühren.

Die Erhebung der unabhängigen Variablen erfolgte vor der der abhängigen Variablen, sodass mögliche Endogenitätsprobleme minimiert werden können (siehe für eine deskriptive Übersicht der Variablen Tabelle 36 im Anhang). Die Originalvariable zur Messung der Risikotoleranz wird in der Skalenmitte geteilt und jeweils eine Variable für das Maß der Risikoaversion und eine für das Maß der Risikobereitschaft in die Regressionen aufgenommen (siehe Kapitel 3.3). Die politische Kompetenz der Befragten geht als

⁴⁷ Angaben zu den Frageformulierungen und der Operationalisierung der Variablen finden sich im Anhang zu diesem Kapitel.

additiver Index aus neun Wissensfragen in die Regressionen ein. Davon beziehen sich drei auf das politische System, und für sechs mussten die Befragten eine Zuordnung von Fotos von Spitzenpolitikerinnen und -politikern zu Parteien vornehmen (siehe Kapitel 4.2). Die Messung dieser Fragen erfolgte in der ersten und zweiten Welle bzw. für die Aufstocker-Stichprobe in ihrer Profilwelle. „Weiß nicht“-Angaben der Befragten werden als falsche Antworten gewertet. Der Summenindex wird auf den Wertebereich 0 „keine Frage richtig“ bis 1 „alle Fragen richtig“ reskaliert.

Als domänenspezifische Grundorientierungen werden die Haltung zur Umverteilung und zu staatlichen Eingriffen in den Markt herangezogen. Befürworter einer stärkeren Marktregulierung und einer Umverteilung von sozioökonomischen Ressourcen durch den Staat sollten eine mögliche Enteignung eher positiv beurteilen. Die Umverteilungspräferenz wurde auf einer siebenstufigen und die Haltung zum Staat-Markt-Verhältnis auf einer fünfstufigen Skala erhoben. Der Wert 0 steht jeweils für eine starke Ablehnung von Umverteilung bzw. staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft, und der Wert 1 steht für eine starke Zustimmung zur Umverteilung bzw. zu staatlichen Eingriffen. Zur Ermittlung des Einflusses der Parteiorientierung auf die Beurteilung des Politikvorschlags gehen Dummy-Variablen für die Verbundenheit mit CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen, der Linken, der AfD und anderen Parteien in die Regression ein. Die Messung der Parteiverbundenheit erfolgte jeweils in der ersten Erhebung der Befragten.

Da für die Aussagen Kühnerts in der medialen Diskussion in ihrem Framing häufig ein Bezug zum Sozialismus in der DDR und der Planwirtschaft hergestellt wurde, wird zudem auf die allgemeine Haltung der Befragten zur DDR kontrolliert. Dafür wird die Beurteilung der Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ auf einer fünfstufigen Zustimmungsskala genutzt.⁴⁸ Menschen, die diese Aussage bejahen, sollten Enteignungen weniger kritisch gegenüberstehen. Zudem wird die Einschätzung zur Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung in Deutschland berücksichtigt. Die Wahrnehmung, die Gesellschaft in Deutschland sei ungerecht, könnte dazu führen, dass Enteignungen eher als Mittel zur gerechten Verteilung sozioökonomischer Güter in Erwägung gezogen werden. Die Skala wird auf den Wertebereich 0 „sehr ungerecht“ bis 1 „sehr gerecht“ rekodiert. Zudem könnte der Hinweis auf die Einschränkung der Macht von Konzernen

⁴⁸ Auch wenn im Datensatz auch eine Messung zur Bewertung des Sozialismus als Idee vorliegt, wurde diese in der Regression nicht verwendet. Diese erklärende Variable ist kausal so nah an dem zu erklärenden Phänomen, dass der starke Zusammenhang letztlich keinen Erkenntnisgewinn hat.

bei Menschen mit einem Fokus auf einer Konfliktlinie zwischen armen und wohlhabenden Bürgerinnen und Bürgern in der Gesellschaft eine Zustimmung begünstigt haben. Als Proxy wird hier die Zustimmung für eine höhere Besteuerung von Reichen verwendet, die auf einer fünfstufigen Zustimmungsskala gemessen wurde.⁴⁹

Unter der Annahme, dass bei der Beurteilung auch ökonomische Kalküle eine Rolle spielen, sollten Personen, die finanziell bessergestellt sind und vermutlich eher über Eigentum verfügen, Vorschlägen zu einer möglichen Enteignung deutlich kritischer gegenüberstehen. Daher wird die persönliche finanzielle Lage der Befragten in die Regressionsmodelle aufgenommen. Als Kontrollvariablen werden zudem das Alter, das Geschlecht, die Bildung und die regionale Herkunft aus Ost- bzw. Westdeutschland in die Regressionen aufgenommen. Menschen, die in der ehemaligen DDR sozialisiert wurden, zeigen in Umfragen im Vergleich zu Westdeutschen eine stärkere Befürwortung von staatlichen Eingriffen in das Marktgeschehen, höhere Umverteilungspräferenzen, und sie stimmen eher zu, dass der Sozialismus eine gute Idee sei (Dallinger 2010; Roller 2010). Daher könnten sie den Politikvorschlag eher befürworten. Da allerdings auch auf die Haltung zur DDR kontrolliert wird und diese stark mit der regionalen Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland korreliert (z. B. Pickel 2011), wird vermutlich kein Einfluss messbar sein. Die Daten werden mit einem Repräsentativgewicht so gewichtet, dass die Anteile der Sozial- und Regionalstruktur sowie dem quantitativen Ost-West-Verhältnis in Deutschland entsprechen.

7.4 Empirische Befunde

Wie der Tabelle 16 zu entnehmen ist, stehen die Befragten dem Vorschlag einer möglichen Enteignung von Konzernen im Mittel etwas kritisch gegenüber. Ein genauerer Blick auf die Anteilswerte offenbart eine sehr große Variation in den Positionen. Während knapp 40 Prozent den Politikvorschlag ablehnen, äußert fast ein Viertel der Befragten eine starke oder sehr starke Zustimmung. Dass sich jeder dritte weder dafür noch dagegen entscheidet, deutet darauf hin, dass diese Aussage bei vielen Befragten eine Unsicherheit und Ambivalenz hervorrief.

⁴⁹ Die Korrelation der Risikotoleranz mit diesen anderen unabhängigen Variablen ist jeweils unter 0.10 und damit gering. Siehe für die Korrelationstabelle Tabelle 37 im Anhang.

Die Zustimmung ist deutlich höher als in zwei repräsentativen Umfragen, die ebenfalls im Mai 2019 durchgeführt wurden. Im Politbarometer hatten 80 Prozent der Befragten Enteignungen von Unternehmen abgelehnt und nur 15 Prozent zugestimmt (Forschungsgruppe Wahlen 2019); in einer Erhebung von Infratest Dimap für die Zeitung „Welt am Sonntag“ lag der Anteil der Befürwortung bei 70 Prozent und die Ablehnung bei 23 Prozent (Fabricius 2019). Allerdings war der Fragekontext in beiden Umfragen leicht unterschiedlich. In der Frage im Politbarometer wurde ein Bezug zum Interview von Kevin Kühnert und zu dem Beispiel mit der Kollektivierung von BMW hergestellt. In der Befragung von Infratest Dimap ging es hingegen um die Enteignung von privaten Wohnungsunternehmen – mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die Unterschiede sprechen für die Vermutung, dass die Beurteilung von Enteignungen stark vom Framing im Befragungskontext beeinflusst wird. Beispielsweise zeigen auch Christmann et al. (2019) in einem Framing-Experiment, dass die Zustimmung zu Enteignungen von Konzernen höher ist, wenn von einem Rückkauf durch den Staat statt von einer Enteignung gesprochen wird.

Tabelle 16: Deskriptive Darstellung der abhängigen Variablen, Enteignung von Konzernen

	Bewertung einer Enteignung von Konzernen
Stimme voll und ganz zu	9.5%
Stimme eher zu	14.8%
Teils/teils	34.6%
Stimme eher nicht zu	23.0%
Stimme überhaupt nicht zu	18.1%
Mittelwert	2.75
Standardabweichung	1.19
N	9338

Anmerkungen: Angaben, mit Ausnahme der Fallzahlen, mit Repräsentativitätsgewicht gewichtet.

Für die Regressionsanalyse wird die abhängige Variable auf drei Ausprägungen rekodiert. „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme eher zu“ werden in der Ausprägung „Zustimmung“ sowie „Stimme eher nicht zu“ und „Stimme überhaupt nicht zu“ werden in der Ausprägung „Ablehnung“ zusammengefasst. „Teils/teils“ wird in „Unentschieden“ umbenannt. In der Tabelle 17 sind die Logit-Koeffizienten und die durchschnittlichen marginalen Effekte aus einer multinomialen logistischen Regression dargestellt, mit der Unentschiedenheit als Referenzkategorie. Im Vergleich zu den risikoneutralen Personen haben risikobereite eine um sieben Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, sich für,

Tabelle 17: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung einer möglichen Enteignung von Konzernen

	Logit-Koeffizienten		Durchschnittliche marginale Effekte	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Risikoavers	0.35** (0.10)	0.07 (0.12)	0.07** (0.02)	-0.02 (0.02)
Risikobereit	0.18 (0.14)	0.49** (0.17)	-0.00 (0.03)	0.07** (0.02)
Politisches Wissen	1.21** (0.14)	0.47** (0.16)	0.21** (0.03)	-0.02 (0.02)
Für Umverteilung	-0.58** (0.13)	0.48** (0.16)	-0.16** (0.02)	0.12** (0.02)
Für staatl. Eingriff in den Markt	-0.32** (0.12)	0.28* (0.14)	-0.09** (0.02)	0.07** (0.02)
Gerechte Gesellschaftsordnung	-0.06 (0.15)	-0.83** (0.18)	0.05 (0.03)	-0.13** (0.03)
Höhere Steuern für Reiche	-0.91** (0.12)	1.46** (0.19)	-0.31** (0.02)	0.31** (0.03)
DDR mehr gute als schlechte Seiten	-0.89** (0.13)	0.09 (0.14)	-0.19** (0.02)	0.09** (0.02)
Eigene wirtschaftliche Lage	0.66** (0.15)	0.26 (0.16)	0.12** (0.03)	-0.01 (0.02)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)				
CDU/CSU	0.51** (0.09)	-0.15 (0.12)	0.12** (0.02)	-0.06** (0.02)
SPD	0.02 (0.09)	0.19 (0.11)	-0.01 (0.02)	0.03 (0.02)
FDP	0.57** (0.17)	0.09 (0.22)	0.12** (0.03)	-0.03 (0.03)
Grüne	-0.21 (0.12)	0.16 (0.13)	-0.06* (0.02)	0.04* (0.02)
Die Linke	-0.25 (0.13)	0.74** (0.12)	-0.11** (0.02)	0.16** (0.02)
AfD	0.66** (0.12)	0.41** (0.14)	0.11** (0.02)	0.01 (0.02)
Andere Partei	0.24 (0.18)	0.38 (0.20)	0.02 (0.03)	0.04 (0.03)
Frau	-0.08 (0.06)	-0.34** (0.07)	0.01 (0.01)	-0.05** (0.01)
Alter	1.58** (0.20)	0.65** (0.23)	0.28** (0.04)	-0.02 (0.03)
Bildung: mittel	0.13 (0.08)	0.24** (0.09)	0.01 (0.01)	0.03* (0.01)
Bildung: hoch	0.20* (0.08)	0.33** (0.10)	0.01 (0.02)	0.04** (0.01)
Westdeutschland	0.06 (0.08)	0.08 (0.08)	0.01 (0.01)	0.01 (0.01)
Konstante	-0.54* (0.21)	-2.71** (0.27)		
Korr. Pseudo R ²	0.10			
N	8283			

Anmerkungen: Multinomiale logistische Regression. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten (Referenzkategorie: Unentschieden) und durchschnittliche marginale Effekte mit Standardfehlern in Klammern. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * p < 0.05, ** p < 0.01.

und risikoaverse Menschen eine um sieben Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, sich gegen die Möglichkeit einer Enteignung von Konzernen auszusprechen. Insgesamt sinkt mit zunehmender Risikobereitschaft bzw. mit zunehmender Risikoaversion die Wahrscheinlichkeit, in Bezug auf den Politikvorschlag unentschieden zu sein. Das heißt, die Risikotoleranz zeigt nur einen schwachen direkten Einfluss, allerdings bleibt dieser auch unter Kontrolle der politischen Kompetenz, der domänenspezifischen Grundorientierungen, der Parteiidentifikation und der soziodemographischen Variablen bestehen.

Politisch kompetente Bürgerinnen und Bürger scheinen den Vorschlag eher abzulehnen, während jene mit einem geringen politischen Wissen bei der Beurteilung häufiger unentschieden sind. Da politisch Versierte die politische Medienberichterstattung aufmerksamer verfolgen, könnte sich in ihrem Antwortverhalten die mehrheitlich negative Reaktion der Medien auf den Vorschlag der Konzernenteignungen widerspiegeln. Domänenspezifische Grundorientierungen und die Parteiidentifikation zeigen ebenfalls einen starken Einfluss auf die Beurteilung. Personen, die Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen für wünschenswert erachten und die mehr Umverteilung befürworten, sprechen sich häufiger für eine Enteignung von Konzernen aus, um deren Macht einzuschränken. Auch Menschen, die die Gesellschaftsordnung in Deutschlands als ungerecht wahrnehmen, stimmen dem Vorschlag mit größerer Wahrscheinlichkeit zu.

Den mit Abstand stärksten Einfluss hat die Befürwortung einer höheren Besteuerung von Wohlhabenden. Bei der Einflussgröße ist zu berücksichtigen, dass mit 9 Prozent nur ein kleiner Anteil der Bürgerinnen und Bürger einer höheren Besteuerung für Reiche überhaupt nicht oder eher nicht zustimmt. Je eher eine Person verneint, dass die DDR mehr positive als negative Seiten hatte, desto wahrscheinlicher lehnt sie den Vorschlag ab. Hingegen führt eine positivere Haltung zur DDR offenbar genauso häufig zu einer Befürwortung einer Enteignung von Konzernen als auch zu einer unentschlossenen Haltung. Menschen mit einem größeren Vermögen und ohne finanzielle Sorgen scheinen auch aus Eigeninteresse seltener die Möglichkeit von Enteignungen gutzuheißen. Die Einschätzung, die eigene wirtschaftliche Lage sei positiv, begünstigt eine ablehnende Haltung, während Personen, die ihre eigene Finanzlage negativ sehen, eher dazu tendieren, unentschieden zu sein.

Alle Parteien brachten sich in der Enteignungsdiskussion stark ein und positionierten sich, sodass ein starker Einfluss der Parteiidentifikation erwartet wurde. Da die Haltung der SPD in Reaktion auf das Kühnert-Interview gespalten war, könnte es ihren

Anhängern Vergleich zu den Anhängern anderer Parteien schwerer gefallen sein, eine Beurteilung vorzunehmen. Die Befunde stützen die Vermutung, dass sich die Befragten – mit Ausnahme der SPD-Anhänger – bei der Beurteilung an ihren Parteien orientieren konnten. Parteien, die eher sozioökonomisch links verortet sind – wie die Linke und die Grünen – befürworten tendenziell die Erwägung von Konzernenteignungen, um die Macht von Konzernen einzuschränken. Bei Personen, die sich mit den Unionsparteien, der FDP oder der AfD identifizieren, lässt sich hingegen eine starke Ablehnung feststellen. Die Verbundenheit mit der SPD hat keinen Einfluss. Dies könnte darauf hindeuten, dass die negative Reaktion aus der SPD auf das Interview des Juso-Vorsitzenden bei ihren Anhängern tatsächlich widersprüchliche Gefühle und Unsicherheit ausgelöst hatte.

In Hinblick auf die soziodemographischen Merkmale scheint nur das Alter einen substantiellen Einfluss auf die Beurteilung zu haben. Ältere Menschen entscheiden sich im Vergleich zu jüngeren eher gegen den Vorschlag, während jüngere häufiger den neutralen Skalenmittelpunkt wählen. Erinnerungen an den Konkurrenzkampf der Wirtschaftssysteme in der DDR und BRD und die gescheiterten Versuche von Kollektivierung und Verstaatlichung in anderen Ländern sind bei den älteren Generationen vermutlich eher präsent als bei jüngeren, sodass Ideen zur Enteignung von Unternehmen von ihnen daher möglicherweise kritischer eingeschätzt werden. Unter Kontrolle der Haltung zur DDR hat die regionale Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland keinen signifikanten Einfluss.

Im nächsten Schritt wird mithilfe von Interaktionen die Hypothesen zu den Bedingungen untersucht, unter denen die Risikoaversion bzw. Risikobereitschaft einen stärkeren Einfluss auf die Beurteilung haben können. Personen mit einem großen politischen Wissen sollten häufiger über auskristallisierte politische Einstellungen zum Verhältnis von Staat und Markt sowie Privateigentum verfügen und die Medienberichterstattung aufmerksamer verfolgt haben, in der sich die politischen Akteure eindeutig positionierten. Politisch wenig kompetente Menschen könnten in ihrer Bewertung dagegen unsicherer sein, sodass bei ihnen ein stärkerer Einfluss der Risikotoleranz erwartet wurde.

In der Abbildung 13 wird beim Einfluss der Risikotoleranz auf die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit von Ablehnung, Zustimmung und Unentschiedenheit für das politische Wissen eine Standardabweichung unter bzw. über dem Durchschnitt dargestellt. Wie aus der Abbildung hervorgeht, zeigt sich für das Maß der Risikoaversion nur ein schwacher moderierender Einfluss der politischen Kompetenz (für die Logit-Koeffizienten siehe Tabelle 38 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 26 im Anhang).

Nur bei einer geringen politischen Kompetenz entscheiden sich sehr risikoaverse Personen signifikant häufiger für eine Ablehnung als risikoneutrale. Für das Maß der Risikoaversion findet sich hingegen ein starker Moderationseffekt. Bei Personen mit einem geringen politischen Wissen beträgt der Unterschied in der vorhergesagten Wahrscheinlichkeit einer Befürwortung zwischen den sehr risikobereiten und den risikoneutralen 18 Prozentpunkte, während sich für politisch kompetente Personen kein substantieller Einfluss feststellen lässt. Zudem zeigt sich sowohl für eine höhere Risikoaversion als auch für eine höhere Risikobereitschaft, dass die Wahrscheinlichkeit abnimmt, dass die Person in ihrer Beurteilung unentschieden ist.

Abbildung 13: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

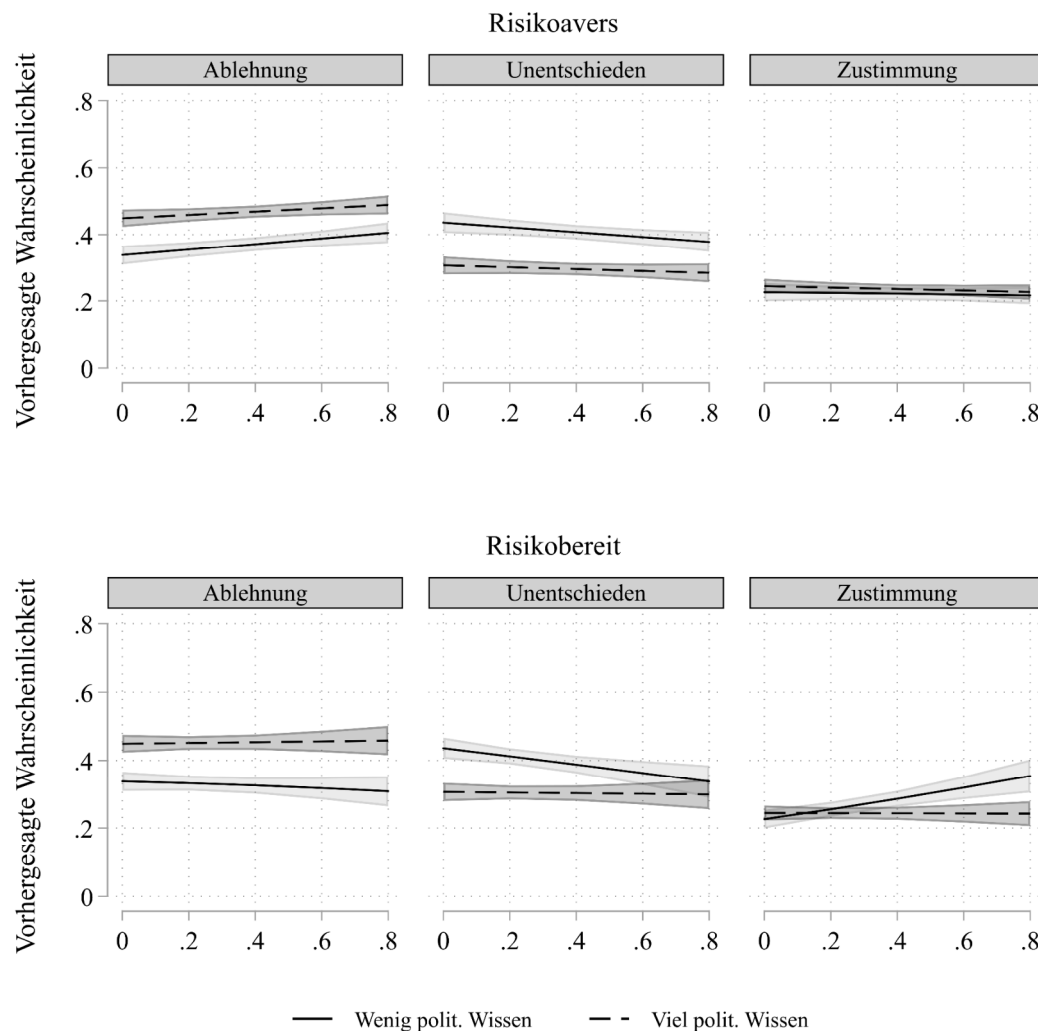
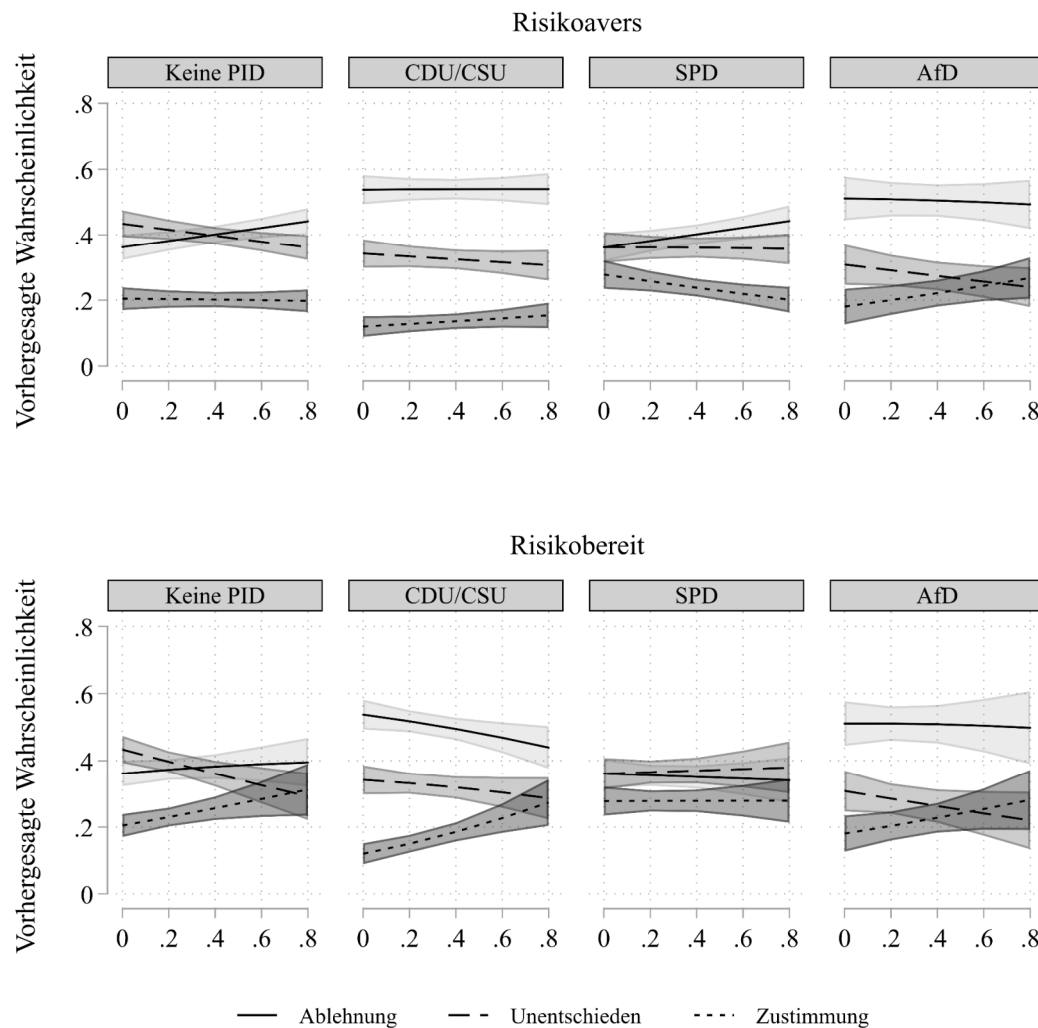


Abbildung 14: Interaktion der Risikotoleranz mit der Parteiidentifikation (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)



Eine größere Unsicherheit bei der Bewertung wurde für Anhänger der SPD sowie für Personen ohne eine Parteiidentifikation im Vergleich zu den Anhängern anderer Parteien vermutet, sodass in diesen Personengruppen eine stärkere Orientierung an der Risikotoleranz erwartet wurde. In Abbildung 14 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für den Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit einer Parteiidentifikation für ausgewählte Parteien dargestellt. Hier nicht dargestellt sind die Effekte für die Anhänger der FDP, der Grünen, der Linken sowie anderer Parteien, für die – im Einklang mit den Erwartungen – kein signifikanter Einfluss der Risikotoleranz festgestellt werden konnte (siehe für die Logit-Koeffizienten Tabelle 38 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 27 im Anhang). Bürgerinnen und Bürger, die sich mit keiner Partei verbunden fühlen, sind in ihrer Beurteilung mit zunehmender Risikoaversion bzw. Risikobereitschaft seltener unentschieden und stimmen mit zunehmender Risikobereitschaft

eher zu bzw. lehnten den Vorschlag mit einer zunehmenden Risikoaversion eher ab als risikoneutrale Personen. In Bezug auf die SPD-Verbundenheit zeigt sich allerdings nur bei der Risikoaversion ein Einfluss in die erwartete Richtung. Entgegen den Erwartungen scheinen sich auch Anhänger der Unionsparteien und der AfD bei ihrer Beurteilung an ihrer Risikotoleranz zu orientieren. Sehr risikobereite Personen, die sich mit der CDU oder CSU verbunden fühlen, befürworten im Vergleich zu risikoaversen und risikoneutralen mit größerer Wahrscheinlichkeit eine Erwägung von Konzernenteignungen. Unter den Anhängern der AfD zeigen sowohl sehr risikoaverse als auch sehr risikobereite Personen eine höhere Zustimmung.

Im nächsten Schritt wird betrachtet, inwiefern der stärkere Einfluss der Risikotoleranz bei Personen mit einem geringen politischen Wissen davon abhängt, ob sie die Ziele einer Enteignung positiv bewerten. Denn Menschen, die nicht zwischen den Chancen und Risiken abwägen müssen, weil sie das Ziel eines Vorschlags ablehnen, sollten in ihrer Beurteilung sicherer sein. Entsprechend wurde vermutet, dass der individuelle Umgang mit Risiken für die Entscheidung keine Rolle spielen sollte, wenn Personen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft oder eine Umverteilung sozioökonomischer Ressourcen ablehnen. Zur Untersuchung wurden Interaktionen aus der Risikotoleranz, der politischen Kompetenz und der Umverteilungspräferenzen bzw. der Haltung zu staatlichen Eingriffen in den Markt durchgeführt.

In Abbildung 15 sind die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für den Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der politischen Kompetenz und der Bewertung einer Umverteilung dargestellt (für die Logit-Koeffizienten siehe Tabelle 38 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 28 im Anhang). Aus den Abbildungen geht hervor, dass bei einer geringen politischen Kompetenz keine Orientierung an der Risikoneigung erfolgt, wenn man eine Umverteilung stark ablehnt. Wird eine Umverteilung hingegen sehr positiv bewertet, dann lässt sich unter Menschen mit einem geringen politischen Wissen mit zunehmender Risikobereitschaft eine stärkere Befürwortung und mit zunehmender Risikoaversion eine zunehmende Ablehnung von Konzernenteignungen messen.

Abbildung 15: Interaktion der Risikotoleranz mit der Umverteilungspräferenz in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)

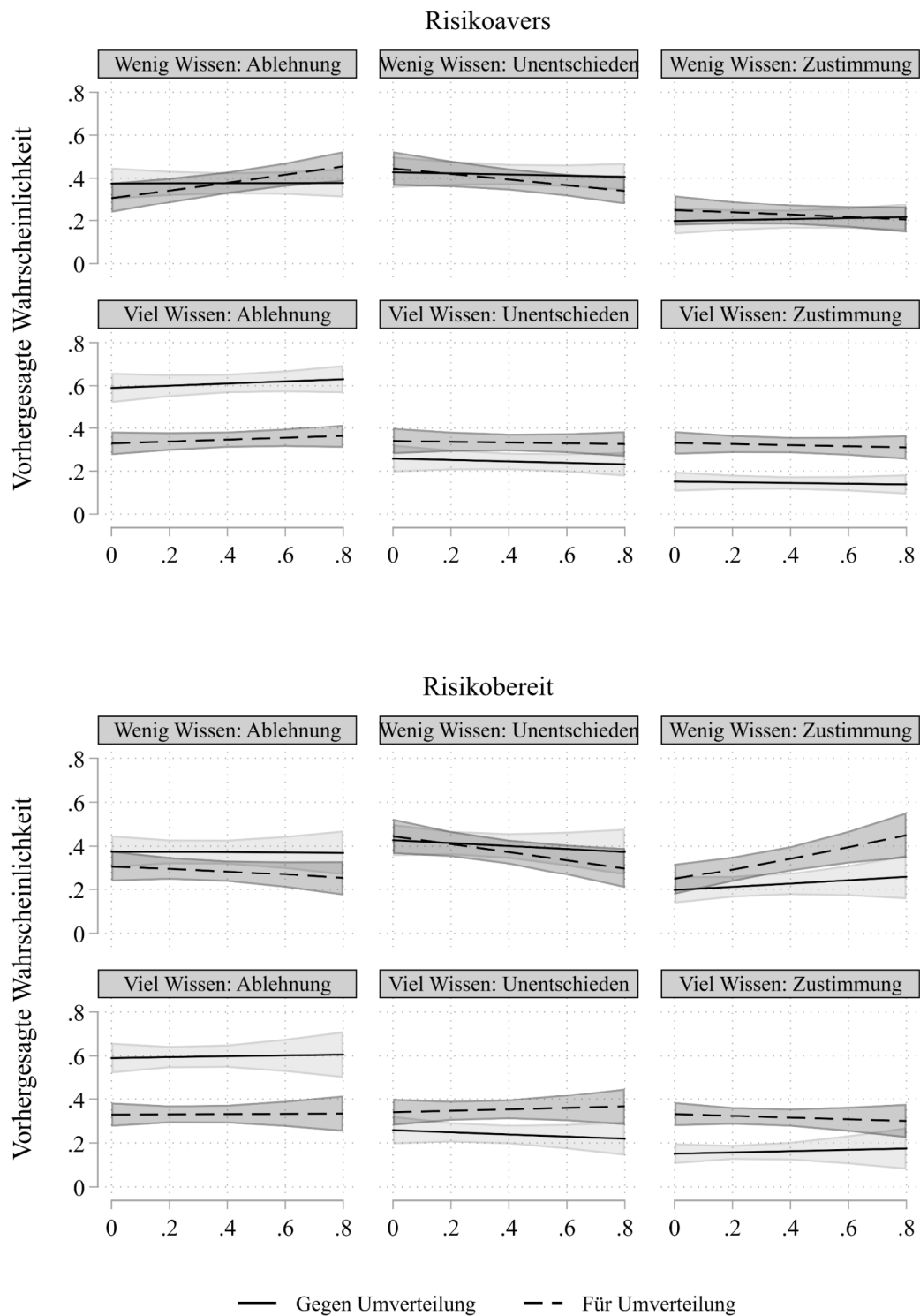
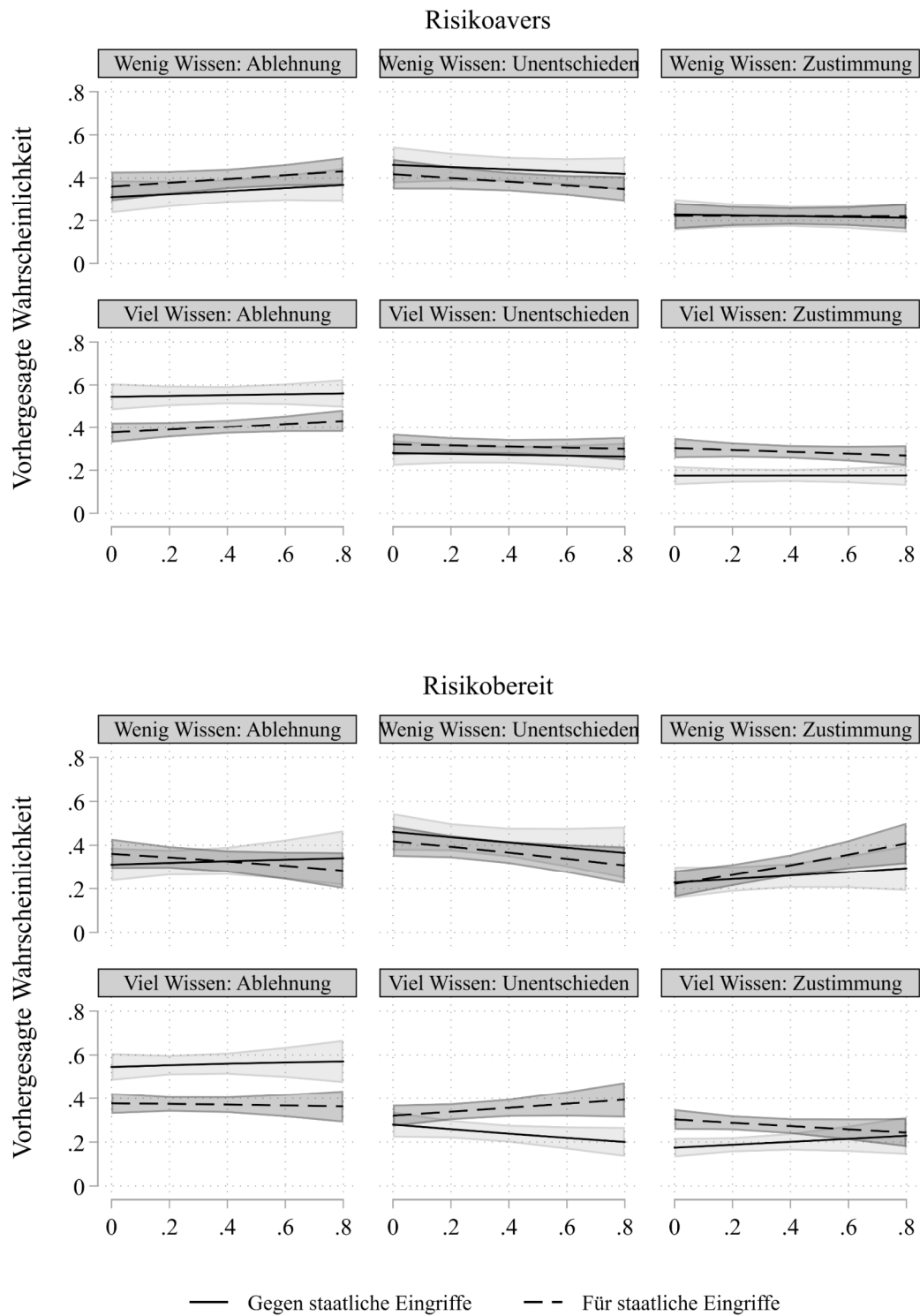


Abbildung 16: Interaktion der Risikotoleranz mit der Haltung zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)



Um zu überprüfen, wie belastbar diese Befunde sind, soll abschließend auch die Dreifach-Interaktion aus Risikotoleranz, politischer Kompetenz und der Position zu Eingriffen des Staates in das Marktgeschehen betrachtet werden. Die vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für den Einfluss der Risikobereitschaft in Abbildung 16 zeigen ein ähnliches Bild wie zuvor für die Umverteilungspräferenz (für die Logit-Koeffizienten siehe Tabelle 38 und für die durchschnittlichen marginalen Effekte Abbildung 29 im Anhang). Personen mit einer geringen politischen Versiertheit, die eine Einmischung des Staates in die Wirtschaft strikt ablehnen, orientieren sich bei der Beurteilung des Vorschlags zu den Konzernenteignungen nicht an ihrer Risikotoleranz. Befürworten sie hingegen staatliche Eingriffe in den Markt, findet sich bei Risikobereiten zwar eine höhere Zustimmung, bei Risikoaversion allerdings kein Einfluss der Risikoaversion. Tendenziell sprechen die empirischen Befunde dafür, dass der Einfluss der Risikotoleranz eher nicht auftritt, wenn politisch uninformierte Befragte das Ziel eines Politikvorschlags ablehnen. Zudem scheint der Hinweis auf die Einschränkung der Macht von Konzernen es auch politisch wenig Kompetenten ermöglicht zu haben, eine Verknüpfung zwischen der Sachfrage und ihren Prädispositionen herzustellen.⁵⁰

7.5 Zusammenfassung und Diskussion

In diesem Kapitel wurde der Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung von Konzernenteignungen untersucht. Dazu wurden Daten herangezogen, die im Mai 2019 erhoben wurden. Im Vorfeld wurde in der deutschen Medienberichterstattung häufiger über eine Enteignung und Kollektivierung von Unternehmen diskutiert. Ausgangspunkt war zum einen die Bürgerinitiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ in Berlin und zum anderen Zeitungsinterviews von Robert Habeck bzw. Kevin Kühnert im Frühjahr 2019, in denen sie sich für die Erwägung von Enteignungen aussprachen. Diese Vorschläge wurden von den politischen Eliten sehr unterschiedlich bewertet. Da Enteignungen als wirtschaftspolitisches Instrument zur Regulierung von Machtungleichheiten im Markt bisher nicht in Deutschland genutzt werden und die potentiellen negativen Folgen von den Kritikern als sehr weitreichend erachtet wurden, kann die Enteignung von

⁵⁰ Nichtsdestotrotz ist der Einfluss der Umverteilungspräferenz und der Haltung zu staatlichen Eingriffen in den Markt bei Menschen mit einem geringen politischen Wissen deutlich geringer als bei jenen mit ausgeprägtem politischen Wissen (siehe für die Interaktionen zwischen politischem Wissen und diesen beiden domänenspezifischen Grundorientierungen Abbildung 30 im Anhang).

Unternehmen als riskant betrachtet werden. Daher wurde untersucht, ob sich risikoscheue und risikobereite Menschen in ihrer Beurteilung dieses Vorschlags unterscheiden.

Die empirischen Befunde zeigen einen direkten Einfluss der Risikotoleranz. Zudem stützen die Ergebnisse aus den Interaktionen die Annahme, dass dieser Effekt über die Unsicherheit in der Abwägung von Chancen und Risiken moderiert wird. Wie erwartet wurde, beeinflusste die individuelle Risikotoleranz die Entscheidungsfindung zuvorderst bei jenen Menschen stärker, die ein geringes politisches Wissen aufwiesen oder sich mit keiner Partei verbunden fühlten. In Bezug auf das politische Wissen ist allerdings auffällig, dass die Moderation bei der Risikobereitschaft deutlich stärker ist als bei der Risikoaversion. In der Frageformulierung zur Messung der abhängigen Variablen wurde darauf verwiesen, dass mit Enteignungen die Macht von Konzernen eingeschränkt werde. Möglicherweise stimmten risikobereite Menschen aufgrund ihres stärkeren Fokus auf die Chancen eher zu, wenn sie bei der Abwägung der Chancen und Risiken unsicher waren, beispielsweise wenn sie über ein geringes politisches Wissen verfügen. Die Befunde zu den anderen Interaktionen stützen diese Annahme allerdings nicht, denn hier finden sich in einigen Fällen symmetrische Effekte der Risikotoleranz.

Die Ergebnisse für die Interaktion mit der Parteiidentifikation waren nicht eindeutig. Es wurde erwartet, dass der Einfluss der Risikotoleranz unter SPD-Anhängern stärker wäre, da sich die politischen Eliten der SPD zum Vorschlag von Kevin Kühnert nicht einheitlich positioniert hatten. Für Anhänger der SPD konnte zwar eine stärkere Ablehnung gemessen werden, je risikoaverser sie waren, allerdings konnte unter risikobereiten Anhängern keine stärkere Zustimmung festgestellt werden. Zudem hat sich die Risikotoleranz auch in der Bewertung von Personen niedergeschlagen, die sich mit den Unionsparteien und der AfD identifizieren.

Worauf diese widersprüchlichen Befunde zurückzuführen sind, lässt sich mit den verfügbaren Daten nicht aufklären. Das heißt, es kann nicht geprüft werden, ob sich erstens die Anhänger der Parteien bei der Abwägung zwischen den Chancen und Risiken tatsächlich unterschiedlich unsicher waren; und ob zweitens die Positionierung der Parteien einen Einfluss auf diese Unsicherheit hatte. Zudem bleibt offen, warum sich für einige Parteien ein asymmetrischer Einfluss der Risikotoleranz messen ließ. Möglicherweise spielten im Informationskontext noch andere Faktoren einen Einfluss auf die

Bewertung der Chancen und Risiken von Enteignungen eine Rolle, die hier nicht berücksichtigt wurden.

Im Einklang mit der aufgestellten Hypothese hat die Risikotoleranz bei wenig politisch versierten Personen nur dann einen Einfluss, wenn sie die Ziele des Politikvorschlags aufgrund ihrer domänenspezifischen Grundorientierung eher unterstützen. Empirisch zeigte sich dies in einem fehlenden Einfluss der Risikotoleranz bei einer ablehnenden Haltung zur Umverteilung und zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft. Dieser Befund stützt auch die Vermutung, dass es in diesem Anwendungsfall selbst politisch wenig versierten Menschen möglich war, bei der Beurteilung der Chancen und der subjektiven Relevanz dieses Politikvorschlags einen Bezug zu ihren Prädispositionen herzustellen. Möglicherweise sind es besonders Begriffe und Formulierungen wie „Enteignung“ und „Macht der Konzerne“, die eine Verknüpfung erleichterten.

Zusammengenommen betrachtet konnten in diesem Kapitel Hinweise dafür gefunden werden, dass die Risikotoleranz bei jenen Menschen einen stärkeren Einfluss auf die Entscheidungsfindung hatte, die sich bei der Abwägung der Chancen und Risiken unsicherer waren. Bei der Übertragbarkeit der Befunde auf andere Sachfragen ist zu berücksichtigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in dem hier untersuchten Fallbeispiel darüber einig waren, dass Enteignungen riskanter sind als der Status quo. Um diese Unterscheidung vornehmen zu können, war offenbar kein Hintergrundwissen zu der medialen Debatte zum Thema Enteignung, Kollektivierung und Vergesellschaftung notwendig. Gleichzeitig war der Politikvorschlag hinsichtlich seiner Thematik eher abstrakt und in seinen potentiellen Implikationen unsicher, sodass Symbole und Elitensignale bei jenen, die die Medienberichterstattung verfolgten, eine größere Rolle auf die Beurteilung gespielt haben könnten.

8. Schluss

Menschen unterscheiden sich darin, wie sie mit Situationen umgehen, die mit Risiken behaftet sind. Während einige Personen von ihrer Persönlichkeit her tendenziell bereit sind, mögliche negative Ergebnisse in Kauf zu nehmen, um wünschenswerte Ziele zu erreichen, scheuen andere eher davor zurück. Die individuelle Risikotoleranz beeinflusst die Entscheidungen und Verhaltensweisen in unterschiedlichen Lebensbereichen, auch in der politischen Sphäre. Viele Politikvorschläge zeichnen sich durch Unsicherheit hinsichtlich ihrer möglichen Folgen aus und schließen auch die Möglichkeit von negativen Ergebnissen ein. Mit wenigen Ausnahmen beruhen die bisherigen Studien zur Bedeutung der Risikotoleranz bei der Beurteilung von Politikvorschlägen fast ausschließlich auf Erhebungen im Rahmen von Referenden und auf Experimenten. Zum Einfluss der Risikotoleranz außerhalb solcher spezifischen Kontexte liegen hingegen kaum Erkenntnisse vor. Ziel dieser Arbeit war es, diese Forschungslücke zu schließen.

Zu diesem Zweck wurden die Bedingungen untersucht, unter denen die individuelle Risikotoleranz einen Einfluss auf die Beurteilung von Politikvorschlägen haben könnte, die mit Risiko behaftet sind. Es wurde ein theoretisches Modell vorgeschlagen, das die Erkenntnisse aus der Forschung zur Persönlichkeit, zur politischen Einstellungsbildung und zu Entscheidungen unter Risiko zusammenführt. Im Zentrum stand die Annahme, dass sich Persönlichkeitsfacetten nur dann in Einstellungen und Verhaltensweisen manifestieren, wenn es Menschen gelingt, Anknüpfungspunkte zu ihren Neigungen und Bedürfnissen herzustellen. Entsprechend sollte die individuelle Risikotoleranz die Beurteilung von Politikvorschlägen nur unter der Voraussetzung beeinflussen, dass Menschen die Optionen als unterschiedlich riskant wahrnehmen und sich in ihrer Chancen-Risiken-Abwägung unsicher sind.

Ausgehend vom RAS-Modell von Zaller (1992) wurde in einem ersten Schritt argumentiert, dass nicht vorausgesetzt werden könne, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Moment der Einstellungsbildung eine Sachfrage mit der Möglichkeit negativer Folgen assoziieren. Dabei wurde insbesondere das Zusammenspiel von Informationskontext und politischer Kompetenz für die Risikowahrnehmung herausgearbeitet. Da die politischen Eliten zudem oft konkurrierende Interpretationsrahmen nutzen, können auch die Schlussfolgerungen variieren, welche der zur Wahl stehenden Entscheidungsoptionen im Vergleich die sichere darstellt. Es wurde im zweiten Schritt dargelegt, dass

individuelle Unterschiede in der Einschätzung der potentiellen positiven und negativen Folgen dazu führen können, dass nicht alle Menschen zwischen den Chancen und Risiken von Entscheidungsoptionen abwägen. Zudem wurde auf Grundlage von Befunden aus der Risikoforschung argumentiert, dass die politische Kompetenz und Kontextmerkmale wie die Positionierung der politischen Eliten die Unsicherheit in der Beurteilung unter bestimmten Bedingungen minimieren können. Auf dieser Grundlage wurden Hypothesen formuliert, wie der Einfluss der Risikotoleranz vom Informationskontext, der Positionierung der politischen Eliten, der politischen Kompetenz und den Prädispositionen moderiert werden könnte.

Das Erklärungsmodell wurde für drei Politikvorschläge aus dem Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik überprüft, die in der deutschen Öffentlichkeit zwischen 2015 und 2019 diskutiert wurden. Gemeinsam ist ihnen, dass sie zum Zeitpunkt, in dem die jeweilige Erhebung erfolgte, gerade intensiv und sehr kontrovers diskutiert wurden. Im ersten Anwendungsfall wurde der Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung eines Vorschlags zum Ausschluss Griechenlands aus der Europäischen Währungsunion untersucht. Durch zwei unterschiedliche Frames in der Messung der abhängigen Variablen wurde der Versuch unternommen, die Wahrnehmung zu verändern, welche der zur Wahl stehenden Optionen die sicherere darstelle. Im zweiten Anwendungsfall wurden zwei Politikvorschläge in den Blick genommen, die sich auf die Ausgestaltung des Freihandels in Deutschland bezogen. Durch eine getrennte Betrachtung des Einflusses der Risikotoleranz für die Bewertung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte auf der einen Seite und einer Einführung protektionistischer Maßnahmen auf der anderen sollte ein differenzierter Blick auf die Interpretation des Freihandels als Risiko ermöglicht werden. Der dritte Anwendungsfall setzte sich mit einem Politikvorschlag zur Enteignung von Unternehmen auseinander, um ihre Macht zu begrenzen. Anders als in den anderen Fällen zeichnete sich dieser Politikvorschlag dadurch aus, dass dieser klar als eine radikale Abweichung vom Status quo verstanden werden konnte.

Die zentrale Annahme, dass der Einfluss der Risikotoleranz durch die Risikowahrnehmung und Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung moderiert wird, wird durch die empirischen Ergebnisse dieser Arbeit tendenziell gestützt. Unter Berücksichtigung der politischen Kompetenz, der Prädispositionen, des Framings und der Positionierung der politischen Eliten zeigten sich substantielle Unterschiede zwischen risikobereiten und risikoaversen Menschen in der Beurteilung der hier untersuchten Anwendungsfälle.

Zwar fanden sich auch direkte Effekte der Risikotoleranz, allerdings sind diese deutlich geringer und verdecken zum Teil gegenläufige Effekte in Subgruppen. Im Vergleich zu risikoneutralen Menschen entscheiden sich risikoaverse und risikobereite seltener für den Skalenmittelpunkt, der als eine unentschiedene Haltung interpretiert werden kann. Die getrennte Betrachtung der Stärke der Risikoaversion und der Risikobereitschaft in den empirischen Analysemodellen förderte zudem zu Tage, dass der Einfluss der Risikodisposition nicht zwingend linear sein muss. Zum Teil konnte nur für die Ausprägung in eine Richtung der Risikotoleranzskala ein Moderationseffekt gezeigt werden.

In Hinblick auf die konkreten fallspezifischen Hypothesen sind die Ergebnisse der empirischen Analysen gemischt. Erstens kann festgestellt werden, dass die Annahmen zur Kontextabhängigkeit der moderierenden Wirkung der politischen Kompetenz und der politischen Prädispositionen von den Befunden tendenziell unterstützt werden. Die Risikotoleranz scheint bei Menschen, die die Ziele oder Mittel einen Politikvorschlags ausgehend von ihren Prädispositionen ablehnen, eher keinen Einfluss auf die Beurteilung zu haben. Die Ergebnisse geben zudem Hinweise darauf, dass der Informationskontext bedingt, ob der Einfluss der Risikotoleranz bei politisch kompetenten oder bei politisch wenig interessierten Menschen stärker ist oder ob es keinen Unterschied gibt. Die Intensität der Medienberichterstattung zu einem Politikvorschlag, die eindeutige Unterscheidbarkeit der Wahlalternativen hinsichtlich ihrer Sicherheit, das Framing der politischen Eliten und die Polarisierung der Parteien zu einem Thema können beeinflussen, ob Risiken wahrgenommen werden und auf welche Aspekte bei der Beurteilung der Chancen und Risiken dominieren.

Wenn politisch wenig interessierte Personen die zur Wahl stehenden Optionen als unterschiedlich riskant wahrnehmen, scheinen sie sich im Vergleich zu politisch versierten Menschen häufiger entsprechend ihrer individuellen Risikotoleranz zu entscheiden. Da sie die politische Berichterstattung nicht aufmerksam verfolgen und zu komplexen Sachfragen seltener bereits ausdifferenzierte Meinungen haben (Converse 1964; Alvarez und Brehm 2002; Zaller 1992; Zaller und Feldman 1992), wurde dieser stärkere Effekt auf ihre größere Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung zurückgeführt (vgl. Morisi 2018). Wie im ersten Anwendungsfall zum Grexit gezeigt wurde, kann allerdings auch bei politisch kompetenten Personen die Unsicherheit erhöht sein, wenn die eigenen Prädispositionen keine eindeutige Entscheidung für oder wider nahelegen und auch die politischen Eliten keine Orientierung bieten. Unter diesen Bedingungen gewinnt auch

bei politisch versierten Bürgerinnen und Bürgern die Risikotoleranz im Beurteilungsprozess an Bedeutung.

Bei der individuellen Bewertung der Chancen und Risiken eines Politikvorschlags lag der Schwerpunkt vorheriger Studien in diesem Bereich vor allem auf rationalen Kalkülen. In dieser Arbeit stand dagegen die Rolle von Prädispositionen in der Moderation der Risikotoleranz im Vordergrund. Werte, bereichsspezifische Grundorientierungen und Gruppenidentitäten können beeinflussen, wie die Ziele und Mittel eines Politikvorschlags und auch die Schwere der möglichen negativen Folgen bewertet werden. Auch wenn die Hürden für eine Bewertung der potentiellen positiven und negativen Folgen auf Grundlage ökonomischer Eigeninteressen als sehr hoch eingeschätzt werden, wird daraus nicht geschlussfolgert, dass diese bei der Chancen-Risiken-Abwägung irrelevant sind. Für Menschen mit finanziellen Sorgen steht bei Politikvorschlägen mit Implikationen für den Finanz- und Arbeitsmarkt in Hinblick auf die möglichen positiven und negativen Folgen deutlich mehr auf dem Spiel (vgl. Milita et al. 2020). Auch ohne rationale Abwägungen der individuellen Chancen und Risiken ist für diese Personengruppe daher die Unsicherheit höher als bei Personen, die finanziell bessergestellt sind. Gestützt wird diese Annahme durch die Befunde im Kapitel zu auf den Freihandel bezogenen Politikvorschlägen. Nur bei Bürgerinnen und Bürgern, die ihre eigene finanzielle Situation als schwierig beschrieben, konnte ein Einfluss der Risikotoleranz gemessen werden.

Ein zweiter Kernbefund der Arbeit ist, dass sich keine Unterstützung für die Annahme findet, der Einfluss der Risikotoleranz sei bei Anhängern von Parteien, die sich nicht eindeutig zu dem Politikvorschlag positioniert haben, größer. Zwar trafen einige fallspezifische Hypothesen zu, allerdings zeigten sich teilweise auch unerwartete starke Effekte für die Anhänger einiger Parteien, für die kein Einfluss vorhergesagt wurde. Zudem finden sich keine Belege für einen stärkeren Einfluss der Risikotoleranz bei Personen ohne eine Parteibindung, wie dies in einigen anderen Studien gezeigt wird (z. B. Eckles et al. 2014; Liñeira und Henderson 2019). Dies könnte darauf hindeuten, dass die Parteiidentifikation nicht als Heuristik herangezogen wird, um die Unsicherheit in der Abwägung zwischen Chancen und Risiken zu minimieren. Die unerwarteten, zum Teil starken Effekte bei den Anhängern bestimmter Parteien lassen vermuten, dass ein gemeinsames Profil an Prädispositionen innerhalb der Parteianhänger dafür ursächlich sein könnte. Das heißt, die dominierenden Werte, Grundorientierungen und Gruppenidentitäten

innerhalb der Parteianhänger haben möglicherweise über die Bewertung der Chancen und Risiken den Einfluss der Risikotoleranz für die Einstellungsbildung begünstigt.

Drittens kann als Kernbefund dieser Arbeit festgehalten werden, dass der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung von mit Risiken behafteten Politikvorschlägen oft nicht linear ist. In einigen Fällen konnte nur ein Einfluss der Risikoaversion oder nur ein Einfluss der Risikobereitschaft gemessen werden. Für die Politikvorschläge zum Grexit und für die Einführung von Einfuhrbeschränkungen fand sich zudem ein quadratischer Zusammenhang. Unter Berücksichtigung der Moderatoren, insbesondere der Prädispositionen, konnte ein differenziertes Bild der möglichen zugrundeliegenden Motive gewonnen werden. Dennoch lässt sich die unterschiedliche Einflusstärke- und Einflussrichtung der Risikoaversion und Risikobereitschaft nicht in jedem Anwendungsfall erklären. Es gibt Hinweise darauf, dass risikoaverse Menschen sensibler auf Informationen zu Risiken reagieren, allerdings konnte dies in dieser Arbeit nicht systematisch untersucht werden. An dieser Stelle könnten beispielsweise experimentelle Studien klären, inwiefern risikoaverse und risikobereite Menschen tatsächlich unterschiedlich stark auf Bedrohungen reagieren und worauf dieser Unterschied zurückzuführen ist. Für zukünftige Studien, die bei der Erklärung von Bewertungen von Politikvorschlägen die Risikodisposition in ihrem Modell aufnehmen wollen, erscheint es ratsam, mögliche nichtlineare Effekte der Risikotoleranz in ihrer empirischen Modellierung zu berücksichtigen.

Ein vierter Kernbefund der empirischen Analyse ist, dass die Risikotoleranz nicht nur unter bestimmten Bedingungen die Bewertung von Politikvorschlägen beeinflussen kann, sondern dass sich dieses Persönlichkeitsmerkmal auch in der eigenen Wahrnehmung als politisch informierter Bürger oder informierte Bürgerin und in der politischen Partizipation niederschlägt. Risikobereite Menschen beschreiben sich eher als politisch interessiert, berichten eine häufigere Medienrezeption und halten sich für politisch kompetenter. Zugleich unterscheiden sich risikoaverse und risikobereite Menschen offenbar nicht in ihrem politischen Faktenwissen. In Hinblick auf die politische Partizipation steigt mit der Risikobereitschaft zudem die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an Beteiligungsformen, die das Bedürfnis nach Abwechslung, Abenteuer und die Neugier eher befriedigen können. Doch während risikobereite Menschen im Vergleich zu risiko-scheuen eher an Demonstrationen teilnehmen, sich in Bürgerinitiativen engagieren oder mit ihrem Anliegen an einen politischen Entscheidungsträger herantreten, hat die Risikotoleranz keinen Einfluss auf die Wahlbeteiligung. Diese Befunde für die deutsche und

österreichische Bevölkerung stehen mit jenen Ergebnissen im Einklang, die im Rahmen von Erhebungen in den USA und Großbritannien gewonnen wurden (Berinsky 2000; Clarke 2009; Kam 2012).

Wenn sich risikobereite Menschen außerhalb von Wahlen stärker in den politischen Prozess einbringen, könnten ihre Positionen in der öffentlichen Meinung ein stärkeres Gewicht haben. Sofern sich risikoaverse und risikobereite Menschen in ihren politischen Einstellungen systematisch voneinander unterscheiden, wäre dies in Hinblick der repräsentativen Gleichheit problematisch. Die Befunde in dieser Arbeit zum Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung von Politikvorschlägen, die mit Risiken behaftet sind, lassen vermuten, dass diese Befürchtungen eher unbegründet sind. Zum einen scheinen sich risikoaverse und risikobereite Menschen in ihren politischen Prädispositionen nicht stark voneinander zu unterscheiden. Dies zeigen die sehr geringen Korrelationen zwischen der Risikotoleranz und den weiteren unabhängigen Variablen in den Erklärungsmodellen dieser Arbeit, mit denen Werte, Grundorientierungen und Gruppenidentitäten gemessen wurden. Zum anderen hängt der Einfluss der Risikotoleranz auf die Beurteilung von Politikvorschlägen – wie in dieser Arbeit gezeigt wurde – von der Unterstützung der Ziele und Mittel sowie der Risikowahrnehmung ab. Das heißt, sehr starke Effekte der Risikotoleranz fanden sich vor allem in Subgruppen.

Zudem ist aus der politischen Partizipationsforschung bekannt, dass die politische Beteiligung außerhalb von Wahlen ein höheres Maß an Motivation und Ressourcen erfordert (Brady et al. 1995; Verba et al. 1995). Es sind daher vor allem politisch interessierte und eher informierte Menschen, die die verschiedenen Formen der Partizipation bedienen, um ihrer Position im politischen Prozess mehr Gehör zu verleihen. Die Befunde dieser Arbeit zur moderierenden Wirkung des politischen Wissens deuten darauf hin, dass die Bedeutung der Risikotoleranz für die Beurteilung eines riskanten Politikvorschlags unter politisch kompetenten Bürgerinnen und Bürgern geringer ist (vgl. Morisi 2018). Dies ist zumindest dann der Fall, wenn die Bewertung der Chancen und Risiken eines Politikvorschlags auf Grundlage der eigenen Prädispositionen und der Positionen der politischen Eliten eine eindeutige Schlussfolgerung dafür oder dagegen ermöglicht. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeichnen daher eher ein optimistisches Bild. Risikobereite Menschen scheinen sich zwar häufiger außerhalb von Wahlen politisch zu engagieren, diese höhere Partizipation stellt aber eher keine Bedrohung für die repräsentative Gleichheit dar.

Fünftens verweisen die Ergebnisse dieser Arbeit darauf, dass bei der Untersuchung des Einflusses der Risikotoleranz auf die Beurteilung von Politikvorschlägen der Informationskontext eine entscheidende Rolle spielt. Im Gegensatz zu den zeitlich stabilen Personenmerkmalen wie den Prädispositionen und der politischen Kompetenz ändern sich die situativen Faktoren im Zeitverlauf. Die Intensität der politischen Debatte, die Frames und Positionen der politischen Eliten in Hinblick auf ein Thema und auch einschneidende Ereignisse können die Risikowahrnehmung und -bewertung in einer Gesellschaft stark beeinflussen. Sachfragen, die zuvor nur von wenigen Experten mit der Möglichkeit negativer Folgen in Verbindung gebracht wurden, können plötzlich in der Medienberichterstattung salient werden und hinsichtlich ihrer Risiken diskutiert werden. Parteien können im Laufe der Zeit ihre Position zu einem Politikvorschlag verändern oder sich neuer Framings bedienen. In der öffentlichen Debatte können bestimmte Risiken zudem im Sinne einer Bedrohung oder im Sinne eines Trade-offs interpretiert werden.

In dieser Arbeit konnte mit den vorliegenden Daten nicht untersucht werden, wie sich Veränderungen im Informationskontext auf den Einfluss der Risikotoleranz für einen bestimmten Politikvorschlag niederschlagen. Idealerweise sollte die Variable zur Messung der Bewertung des Politikvorschlags vor, während und nach einem Ereignis oder einer Intensivierung des öffentlichen Diskurses erhoben werden. Zwar wurden in dieser Arbeit Paneldaten verwendet, allerdings konnten diese nicht für eine längsschnittliche Analyse genutzt werden. Durch die zeitlich vorgelagerte Messung der unabhängigen Variablen vor der abhängigen Variablen konnten die Paneldaten lediglich helfen, etwaige Endogenitätsprobleme zu minimieren. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass es sich um keine repräsentativen Erhebungen handelt, da die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Online-Access-Panels rekrutiert wurden und mit fortschreitender Erhebungsdauer die längsstudientypischen Probleme – wie Panelmortalität und -konditionierung – auftreten können. Zukünftige Studien könnten das Potential von Paneldaten besser ausschöpfen und klären, ob die in dieser Arbeit vermuteten Kausalbeziehungen im Längsschnitt nachweisbar sind. Da die Erhebung der Risikotoleranz über nur eine Frage offenbar eine valide und reliable Messung ermöglicht, könnte das Instrument zudem leicht in große, repräsentative Studien eingeschlossen werden.

Eine weitere Einschränkung stellen die Annahmen zu den notwendigen Bedingungen für einen Einfluss der Risikotoleranz im vorgeschlagenen Modell dar. Es wird argumentiert, dass Menschen die zur Wahl stehenden Alternativen für unterschiedlich riskant

erachten müssen, dass sie die Chancen und Risiken der riskanten Entscheidungsoption für ähnlich relevant und wichtig bewerten und in ihrer Abwägung unsicher sind. Zwar nehmen diese Bedingungen im vorgeschlagenen Kausalmodell zentrale Positionen ein, allerdings kann mit den verfügbaren Daten nicht empirisch geprüft werden, ob diese Voraussetzungen bei einem Individuum erfüllt sind. Stattdessen wurde über die Analyse des Informationskontextes zum Zeitpunkt der Datenerhebung und Interaktionen mit der politischen Kompetenz und den Prädispositionen der Versuch unternommen, indirekt auf das Vorliegen der Bedingungen zu schließen. Idealerweise wäre es für eine Kontrolle möglich, die Befragten offen nach den potentiellen Folgen der Entscheidungsoptionen eines Politikvorschlags zu fragen. Dadurch könnte geprüft werden, ob und welche der Wahlalternativen sie mit der Möglichkeit von negativen Ergebnissen verbinden. Zudem wären mehr empirische Studien im Bereich der Politikwissenschaft notwendig, um zu klären, welche Personenmerkmale und Konstellationen in den Prädispositionen eine Unsicherheit in der Bewertung von politischen Sachfragen begünstigen (z. B. Alvarez und Brehm 2002; Mader 2017).

Durch die Ableitung der Bedingungen aus dem Zusammenspiel von Informationskontext, politischer Kompetenz und Prädispositionen weist das Modell ein hohes Maß an Komplexität auf. Es überraschend daher nicht, dass sich die bisherige Forschung zuvorderst Politikvorschlägen widmet, die eindeutig eine Abweichung vom sicheren Status quo darstellen und die von allen Bürgerinnen und Bürgern mit Risiken assoziiert werden. Dadurch ist die erste Voraussetzung für einen Einfluss der Risikotoleranz erfüllt und sichergestellt, dass alle Personen die gleiche Wahlalternative für riskanter halten. Der Fokus dieser Studien liegt dann ausschließlich auf dem zweiten Schritt im Kausalmodell, der moderierenden Wirkung der Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung. In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass sich die Forschung bei der Untersuchung des Einflusses der Risikotoleranz nicht auf diese Politikvorschläge beschränken muss. Zudem wurde in dieser Arbeit deutlich, dass die Interpretation eines direkten Effektes der Risikotoleranz Gefahr läuft, mögliche individuelle Unterschiede in der Interpretation der Entscheidungsoptionen und in der Unsicherheit in der Chancen-Risiken-Abwägung zu ignorieren. Das heißt, auch Studien, die Politikvorschläge untersuchen, die in der gesamten Bevölkerung mit Risiken assoziiert werden, sollten die moderierende Wirkung von Personenmerkmalen zukünftig stärker in den Blick nehmen.

Die im hier vorgeschlagenen Kausalmodell formulierten Bedingungen für einen Einfluss der Risikodisposition sind nicht als abschließend zu betrachten, sondern werden einer Erweiterung und Spezifizierung bedürfen. Denn auch in dieser Arbeit beschränkt sich die Fallauswahl auf Politikvorschläge, die besondere Merkmale aufweisen. Zum einen handelt es sich um Politikvorschläge aus dem Politikfeld der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Im Vergleich zu Sachfragen, die die meisten Bürgerinnen und Bürger leichter intuitiv bewerten können, sind diese dadurch geprägt, dass sie komplexer sind. Bei der Ableitung der potentiellen Folgen der zur Wahl stehenden Entscheidungsoptionen sind dadurch möglicherweise mehr Hintergrundkenntnisse notwendig. Entsprechend könnte dem Informationskontext und der politischen Kompetenz eine andere Bedeutung bei der Risikowahrnehmung und -bewertung zukommen als bei so genannten *easy issues* (Carmines und Stimson 1980). Zudem wurden in dieser Arbeit nur Risiken im Sinne von Trade-offs in den Blick genommen und nicht Bedrohungen. Inwiefern die Befunde auch für Politikvorschläge gelten, die zum Ziel haben, Risiken zu beseitigen, müssen weiterführende Untersuchungen zeigen. Es ist zum Beispiel möglich, dass risikoaverse Menschen Bedrohungen anders bewerten als risikobereite und risikoneutrale, weil sie stärker auf die Vermeidung von Verlusten fokussiert sein könnten.

Trotz der methodischen Einschränkungen und noch offenen Fragen weisen die empirischen Ergebnisse aus dieser Arbeit darauf hin, dass ein differenzierter Blick auf die Bedingungen eines Einflusses der Risikotoleranz auf die Bewertung von Sachfragen lohnenswert ist. Das in dieser Arbeit vorgeschlagene Kausalmodell stellt einen ersten theoretischen Aufschlag dar, um individuelle Persönlichkeitsunterschiede im Umgang mit Situationen unter Unsicherheit in Erklärungsmodellen adäquat berücksichtigen zu können. Dadurch könnte die Relevanz der Risikotoleranz zukünftig auch für mit Risiken behafteten Politikvorschläge untersucht werden, die nicht ausschließlich im Kontext von Referenden oder Experimenten stehen und bei denen nicht für die gesamten Bevölkerung die gleiche Risikobewertung der Entscheidungsoptionen vorausgesetzt werden kann.

Literaturverzeichnis

- Abbarno, Aaron J.; Zapryanova, Galina M. (2013): Indirect Effects of Eurosceptic Messages on Citizen Attitudes toward Domestic Politics. In: *Journal of Common Market Studies* 51 (4), S. 581–597.
- Ackermann, Kathrin (2016): Individual Differences and Political Contexts - The Role of Personality Traits and Direct Democracy in Explaining Political Protest. In: *Swiss Political Science Review* 23 (1), S. 21–49.
- Ackermann, Kathrin; Ackermann, Maya (2015): The Big Five in Context: Personality, Diversity and Attitudes toward Equal Opportunities for Immigrants in Switzerland. In: *Swiss Political Science Review* 21 (1), S. 396–418.
- Adamski, Heiner (2019): Eigentum verpflichtet? Skizzen zu den Artikeln 14 und 15 Grundgesetz. In: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (GWP)* 68 (3), S. 423–431.
- Adler-Nissen, Rebecca (2017): Are We 'Lazy Greeks' or 'Nazi Germans'? Negotiating International Hierarchies in the Euro Crisis. In: Ayşe Zarakol (Hg.): *Hierarchies in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 198–218.
- Af Wählberg, Anders E. (2001): The Theoretical Features of Some Current Approaches to Risk Perception. In: *Journal of Risk Research* 4 (3), S. 237–250.
- Aichholzer, Julian; Rammstedt, Beatrice (2020): Can Specific Personality Traits Better Explain EU Attitudes? In: *Acta Politica* (Online-Vorabveröffentlichung). DOI: 10.1057/s41269-020-00164-6.
- Alhakami, Ali; Slovic, Paul (1994): A Psychological Study of the Inverse Relationship Between Perceived Risk and Perceived Benefit. In: *Risk Analysis* 14 (6), S. 1085–1096.
- Allik, Jüri; McCrae, Robert R. (2004): Toward a Geography of Personality Traits. In: *Journal of Cross-Cultural Psychology* 35 (1), S. 13–28.
- Allport, Gordon W. (1961): *Pattern and Growth in Personality*. New York: Hold, Rinehart, and Winston.
- Althaus, Catherine (2005): A Disciplinary Perspective on the Epistemological Status of Risk. In: *Risk Analysis* 25 (3), S. 567–588.
- Alvarez, R. Michael (1997): *Information and Elections*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Alvarez, R. Michael; Brehm, John (2002): *Hard Choices, Easy Answers. Values, Information, and American Public Opinion*. Princeton: Princeton University Press.
- Alvarez, R. Michael; Franklin, Charles H. (1994): Uncertainty and Political Perceptions. In: *The Journal of Politics* 56 (3), S. 671–688.
- Anderson, Christopher J. (2003): The Psychology of Doing Nothing: Forms of Decision Avoidance Result From Reason and Emotion. In: *Psychological Bulletin* 129 (1), S. 139–167.
- Anderson, Norman H. (1971): Integration Theory and Attitude Change. In: *Psychological Review* 78 (3), S. 171–206.
- Andresen, Burghard (1995): Risikobereitschaft (R) - der sechste Basisfaktor der Persönlichkeit: Konvergenz multivariater Studien und Konstruktexplikation. In: *Zeitschrift für Differentielle und Diagnostische Psychologie* 16, S. 210–236.
- Ardanaz, Martin; Murillo, M. Victoria; Pinto, Pablo M. (2013): Sensitivity to Issue Framing on Trade Policy Preferences: Evidence from a Survey Experiment. In: *International Organization* 67 (2), S. 411–437.
- Arslan, Ruben C.; Brümmer, Martin; Dohmen, Thomas; Drewelies, Johanna; Hertwig, Ralph; Wagner, Gert G. (2020): How People Know Their Risk Preference. In: *Scientific Reports* 10 (Artikel 15365).
- Atkinson, John W. (1957): Motivational Determinants of Risk-Taking Behavior. In: *Psychological Review* 64 (6), S. 359–372.
- Aven, Terje (2012): The Risk Concept - Historical and Recent Development Trends. In: *Reliability Engineering & System Safety* 99, S. 33–44.
- Aven, Terje; Renn, Ortwin (2009): On Risk Defined as an Event Where the Outcome Is Uncertain. In: *Journal of Risk Research* 12 (1), S. 1–11.
- Bahners, Patrick (2019): In Hamburg durchgefallen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kevin-kuehnert-die-enteignung-der-konzerne-und-die-rolle-der-zeit-im-umstrittenen-interview-16170511.html?GEPC=s3>, zuletzt geprüft am 20.09.2020.
- Baker, Andy (2005): Who Wants to Globalize? Consumer Tastes and Labor Markets in a Theory of Trade Policy Beliefs. In: *American Journal of Political Science* 49 (4), S. 924–938.
- Baldiga, Katherine (2014): Gender Differences in Willingness to Guess. In: *Management Science* 60 (2), S. 434–448.

- Bansak, Kirk; Bechtel, Michael M.; Hainmueller, Jens; Margalit, Yotam (2020): Left-Right Ideology and the Debate over International Bailouts: The Case of Grexit. In: *The Journal of Politics* 82 (2), S. 509–528.
- Barber, Michael; Gordon, David; Hill, Ryan; Price, Joseph (2017): Status Quo Bias in Ballot Wording. In: *Journal of Experimental Political Science* 4 (2), S. 151–160.
- Barnes, Samuel H.; Kaase, Max; et al. (Hg.) (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/ London: Sage Publications.
- Barnett, Julie; Breakwell, Glynis M. (2001): Risk Perception and Experience: Hazard Personality Profiles and Individual Differences. In: *Risk Analysis* 21 (1), S. 171–178.
- Bartels, Larry M. (1986): Issue Voting Under Uncertainty: An Empirical Test. In: *American Journal of Political Science* 30 (4), S. 709–728.
- Bartle, John (2000): Political Awareness, Opinion Constraint and the Stability of Ideological Positions. In: *Political Studies* 48 (3), S. 467–484.
- Basinger, Scott J.; Lavine, Howard (2005): Ambivalence, Information, and Electoral Choice. In: *American Political Science Review* 99 (2), S. 169–184.
- Bechtel, Michael M.; Bernauer, Thomas; Meyer, Reto (2012): The Green Side of Protectionism: Environmental Concerns and Three Facets of Trade Policy Preferences. In: *Review of International Political Economy* 19 (5), S. 837–866.
- Beierlein, Constanze; Kovaleva, Anastassiya; Kemper, Christoph J.; Rammstedt, Beatrice (2014): Eine Single-Item-Skala zur Erfassung von Risikobereitschaft. Die Kurzskala Risikobereitschaft-1 (R-1). GESIS. Mannheim (Working Paper 34).
- Berger, Mark M.; Munger, Michael C.; Potthoff, Richard F. (2000): The Downsian Model Predicts Divergence. In: *Journal of Theoretical Politics* 12 (2), S. 228–240.
- Bergmann, Michael (2015): Panel Conditioning. Wirkungsmechanismen und Konsequenzen wiederholter Befragungen. Baden-Baden: Nomos.
- Berinsky, Adam J. (2000): Rolling the Dice on Election Day: Risk Seeking and Political Participation. Princeton University.
- Berinsky, Adam J.; Kinder, Donald R. (2006): Making Sense of Issues Through Media Frames: Understanding the Kosovo Crisis. In: *Journal of Politics* 68 (3), S. 640–656.
- Berinsky, Adam J.; Lewis, Jeffrey B. (2007): An Estimate of Risk Aversion in the U.S. Electorate. In: *Quarterly Journal of Political Science* 2 (2), S. 139–154.
- Berry, William D.; Golder, Matt; Milton, Daniel (2012): Improving Tests of Theories Positing Interaction. In: *The Journal of Politics* 74 (3), S. 653–671.
- Biatel, Marie-Stella (2019): Aktueller Begriff: Die Enteignung nach Art. 14 Abs. 3 GG und die Vergesellschaftung nach Art. 15 GG. Hg. v. Wissenschaftlicher Dienst. Deutscher Bundestag. Berlin (Nr. 05/19).
- Bild (2015): BILD erklärt das neue 80-Milliarden-Euro-Grab. In: *Bild*, 13.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.bild.de/politik/ausland/griechenland-krise/bild-erklaert-das-80-milliarden-euro-grab-41761276>, zuletzt geprüft am 08.09.2020.
- Bittner, Jochen; Hildebrandt, Tina (2019): Was heißt Sozialismus für Sie, Kevin Kühnert? In: *Die Zeit*, 01.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/kevin-kuehnert-spd-jugendorganisation-sozialismus>, zuletzt geprüft am 18.09.2020.
- Blais, André; Weber, Elke U. (2006): A Domain-Specific Risk-Taking (DOSPERT) Scale for Adult Populations. In: *Judgement and Decision Making* 1 (1), S. 33–47.
- Böcking, David (2015): Fünf Gründe für den Grexit - und fünf dagegen. In: *Der Spiegel*, 17.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/euro-austritt-guter-grexit-schlechter-grexit-a-1039108.html>, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- Bohner, Gerd; Wänke, Michaela (2002): Attitudes and Attitude Change. East Sussex: Psychology Press.
- Boldero, Jennifer M.; Higgins, E. Tory (2011): Regulatory Focus and Political Decision Making: When People Favor Reform Over the Status Quo. In: *Political Psychology* 32 (3), S. 399–418.
- Brady, Henry E.; Sniderman, Paul M. (1985): Attitude Attribution: A Group Basis for Political Reasoning. In: *American Political Science Review* 79 (4), S. 1061–1078.
- Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: *American Political Science Review* 89 (2), S. 271–294.
- Brewer, Paul R.; Gross, Kimberly (2005): Values, Framing, and Citizens' Thoughts about Policy Issues: Effects on Content and Quantity. In: *Political Psychology* 26 (6), S. 929–948.
- Broadbent, Donald; Broadbent, Margaret (1988): Anxiety and Attentional Bias: State and Trait. In: *Cognition & Emotion* 2 (3), S. 165–183.
- Bromiley, Philip; Curley, Shawn P. (1992): Individual Differences in Risk Taking. In: Jacques F. Yates (Hg.): Risk-Taking Behavior. New York: John Wiley & Sons, S. 87–132.

- Brown, Rupert (2000): Social Identity Theory: Past Achievements, Current Problems and Future Challenges. In: *European Journal of Social Psychology* 30 (6), S. 745–778.
- Bundesverband der Deutschen Industrie (2018): Trump riskiert Spirale des Protektionismus, 02.03.2018. Online verfügbar unter <https://bdi.eu/artikel/news/trump-riskiert-spirale-des-protektionismus/>, zuletzt geprüft am 10.02.2021.
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (2017): Kritik des Neoliberalismus. 3. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Campbell, Angus; Converse, Philip E.; Miller, Warren E.; Stokes, Donald E. (1960): *The American Voter*. New York: John Wiley & Sons.
- Caprara, Gian Vittorio; Barbaranelli, Claudio; Zimbardo, Philip G. (1999): Personality Profiles and Political Parties. In: *Political Psychology* 20 (1), S. 175–197.
- Caprara, Gian Vittorio; Schwartz, Shalom; Capanna, Cristina; Vecchione, Michele; Barbaranelli, Claudio (2006): Personality and Politics: Values, Traits, and Political Choice. In: *Political Psychology* 27 (1), S. 1–28.
- Caprara, Gian Vittorio; Vecchione, Michele; Capanna, Cristina; Mebane, Minou (2009): Perceived Political Self-Efficacy: Theory, Assessment, and Applications. In: *European Journal of Social Psychology* 39 (6), S. 1002–1020.
- Caprara, Gian Vittorio; Zimbardo, Philip G. (2004): Personalizing Politics: A Congruency Model of Political Preference. In: *The American Psychologist* 59 (7), S. 581–594.
- Carmines, Edward G.; Stimson, James A. (1980): The Two Faces of Issue Voting. In: *American Political Science Review* 74 (1), S. 78–91.
- Caspari, Lisa (2015a): Gabriels Griechenlandkrise. In: *Die Zeit*, 13.07.2015. Online verfügbar unter https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/spd-griechenland-sigmar-gabriel-krise?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F, zuletzt geprüft am 09.01.2021.
- Caspari, Lisa (2015b): Vereint in der Wut auf Schäuble. In: *Die Zeit*, 17.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-07/bundestag-griechenland-spd-gruene-linke-schaeuble>, zuletzt geprüft am 08.09.2020.
- Chaiken, Shelley; Liberman, Akiva; Eagly, Alice H. (1989): Heuristic and Systematic Processing Within and Beyond the Persuasion Context. In: James S. Uleman und John A. Bargh (Hg.): *Unintended Thought*. New York: Guilford Press, S. 212–252.
- Chaiken, Shelley; Trope, Yaacov (1999): *Dual-Process Theories in Social Psychology*. New York: Guilford Press.
- Chater, Nick; Johansson, Petter; Hall, Lars (2011): The Non-Existence of Risk Attitude. In: *Frontiers in Psychology* 2 (Artikel 303).
- Cho, Jinsook; Lee, Jinkook (2006): An Integrated Model of Risk and Risk-Reducing Strategies. In: *Journal of Business Research* 59 (1), S. 112–120.
- Chong, Dennis; Citrin, Jack; Conley, Patricia (2001): When Self-Interest Matters. In: *Political Psychology* 22 (3), S. 541–570.
- Chong, Dennis; Druckman, James N. (2007a): A Theory of Framing and Opinion Formation in Competitive Elite Environments. In: *Journal of Communication* 57 (1), S. 99–118.
- Chong, Dennis; Druckman, James N. (2007b): Framing Public Opinion in Competitive Democracies. In: *American Political Science Review* 101 (4), S. 637–655.
- Chong, Dennis; Druckman, James N. (2007c): Framing Theory. In: *Annual Review of Political Science* 10 (1), S. 103–126.
- Christin, Thomas; Hug, Simon; Sciarini, Pascal (2002): Interests and Information in Referendum Voting: An Analysis of Swiss Voters. In: *European Journal of Political Research* 41 (6), S. 759–776.
- Christmann, Ursula; Schnepf, Julia; Groeben, Norbert (2019): Enteignung oder Rückkauf? Wie begriffliche Rahmung politische Meinungen beeinflusst. Universität Heidelberg.
- Christopoulos, George I.; Tobler, Philippe N.; Bossaerts, Peter; Dolan, Raymond J.; Schultz, Wolfram (2009): Neural Correlates of Value, Risk, and Risk Aversion Contributing to Decision Making under Risk. In: *The Journal of Neuroscience* 29 (40), S. 12574–12583.
- Clarke, Harold D. (2009): *Performance Politics and the British Voter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Clarke, Harold D.; Goodwin, Matthew; Whiteley, Paul (2017): *Brexit: Why Britain Voted to Leave the European Union*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Clarke, Harold D.; Kornberg, Allan; Stewart, Marianne C. (2004): Referendum Voting as Political Choice: The Case of Quebec. In: *British Journal of Political Science* 34 (2), S. 345–355.
- Clarke, Harold D.; Sanders, David; Stewart, Marianne C.; Whiteley, Paul (2013): Leader Heuristics, Political Knowledge and Voting in Britain's AV Referendum. In: *Electoral Studies* 32 (2), S. 224–235.

- Cohen, Geoffrey L. (2003): Party Over Policy: The Dominating Impact of Group Influence on Political Beliefs. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 85 (5), S. 808–822.
- Cohn, Lawrence D.; Macfarlane, Susan; Yanez, Claudia; Imai, Walter K. (1995): Risk-Perception: Differences Between Adolescents and Adults. In: *Health Psychology* 14 (3), S. 217–222.
- Cologna, Victoria; Bark, Rosalind H.; Paavola, Jouni (2017): Flood Risk Perceptions and the UK Media: Moving Beyond “Once in a Lifetime” to “Be Prepared” Reporting. In: *Climate Risk Management* 17, S. 1–10.
- Connolly, James J.; Kavanagh, Erin J.; Viswesvaran, Chockalingam (2007): The Convergent Validity between Self and Observer Ratings of Personality: A Meta-Analytic Review. In: *International Journal of Selection and Assessment* 15 (1), S. 110–117.
- Converse, Philip E. (1964): The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: David E. Apter (Hg.): *Ideology and Discontents*. New York: The Free Press of Glencoe, S. 206–261.
- Converse, Philip E. (1990): Popular Representation and the Distribution of Information. In: John A. Ferejohn und James H. Kuklinski (Hg.): *Information and Democratic Processes*. Chicago: University of Illinois Press, S. 369–388.
- Coombs, Clyde H. (1975): Portfolio Theory and the Measurement of Risk. In: Martin F. Kaplan und Steven Schwartz (Hg.): *Human Judgement and Decision Processes*. New York: Academic Press, S. 63–85.
- Costa, Paul T.; McCrae, Robert R. (1988): From Catalog to Classification: Murray's Needs and the Five-Factor Model. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 55 (2), S. 258–265.
- Costa, Paul T.; McCrae, Robert R. (1992): Revised NEO Personality Inventory and NEO Five Factor Professional Manual. Odessa, FL: Psychological Assessment Resources.
- Costa-Font, Joan; Mossialos, Elias; Rudisill, Caroline (2008a): Are Feelings of Genetically Modified Food Politically Driven? In: *Risk Management* 10 (3), S. 218–234.
- Costa-Font, Joan; Rudisill, Caroline; Mossialos, Elias (2008b): Attitudes as an Expression of Knowledge and “Political Anchoring”: The Case of Nuclear Power in the United Kingdom. In: *Risk Analysis* 28 (5), S. 1273–1288.
- Crettaz von Roten, Fabienne; Clémence, Alain; Thevenet, A. (2017): Understanding Attitudes Toward Nuclear Energy After the Fukushima Accident: Differences Between Asserted and Ambivalent Positions. In: *Social Science Quarterly* 98 (2), S. 659–671.
- Curtis, K. Amber (2016): Personality's Effect on European Identification. In: *European Union Politics* 17 (3), S. 429–456.
- Dahlbäck, Olof (1990): Personality and Risk-Taking. In: *Personality and Individual Differences* 11 (12), S. 1235–1242.
- Dake, Karl (1991): Orienting Dispositions in the Perception of Risk. In: *Journal of Cross-Cultural Psychology* 22 (1), S. 61–82.
- Dallinger, Ursula (2010): Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat. Besteht eine "innere Mauer" zwischen Ost- und Westdeutschen? In: Peter Krause und Ilona Ostner (Hg.): *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Davis, Otto A.; Hinich, Melvin J.; Ordeshook, Peter C. (1970): An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process. In: *American Political Science Review* 64 (2), S. 426–448.
- de Vreese, Claes H.; Boomgaarden, Hajo G.; Semetko, Holli A. (2011): (In)direct Framing Effects: The Effects of News Media Framing on Public Support for Turkish Membership in the European Union. In: *Communication Research* 38 (2), S. 179–205.
- de Vreese, Claes H.; Kandyla, Anna (2009): News Framing and Public Support for a Common Foreign and Security Policy. In: *Journal of Common Market Studies* 47 (3), S. 453–481.
- de Vreese, Claes H.; Schuck, Andreas R. T. (2014): Political Communication in Referendums. In: Carsten Reinemann (Hg.): *Political Communication*. Berlin: Walter de Gruyter, S. 129–150.
- de Wilde, Pieter; Koopmans, Ruud; Merkel, Wolfgang; Strijbis, Oliver; Zürn, Michael (Hg.) (2019): *The Struggle Over Borders. Cosmopolitanism and Communitarianism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Delli Carpini, Michael X.; Keeter, Scott (1996): *What Americans Know About Politics and Why It Matters*. New Haven: Yale University Press.
- Der Spiegel (2015): Große Mehrheit der Griechen für Verbleib in der Eurozone. In: *Der Spiegel*, 30.04.2015. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/grosse-mehrheit-der-griechen-fuer-verbleib-in-der-eurozone-a-1031508.html>, zuletzt geprüft am 14.09.2020.

- Der Spiegel (2018): Deutsche Politiker zeigen Verständnis für Trump. In: *Der Spiegel*, 07.03.2018. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/us-strafoelle-politiker-fordern-bewegung-im-stahlstreit-a-1196958.html>, zuletzt geprüft am 24.03.2021.
- Der Tagesspiegel (2015): Griechenland-Drama: Von hart bis nachsichtig, 07.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/griechenland-drama-von-hart-bis-nachsichtig/12024368.html>, zuletzt geprüft am 09.01.2021.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2015a): Stenografischer Bericht, 18. Wahlperiode, 117. Sitzung, Plenarprotokoll 18/117, 17. Juli 2015. <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/18/18117.pdf>.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2015b): Stenografischer Bericht, 18. Wahlperiode, 118. Sitzung, Plenarprotokoll 18/118, 19. August 2015. <http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/18/18118.pdf>.
- Deutscher Bundestag (Hg.) (2018): Stenografischer Bericht, 19. Wahlperiode, 20. Sitzung, Plenarprotokoll 19/20, 15. März 2018. <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19020.pdf>.
- Deutschlandfunk (2019): Wohnungsnot und Mietwahnsinn: „Wir müssen mehr Fläche mobilisieren“. In: *Deutschlandfunk*, 08.04.2019. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/wohnungsnot-und-mietwahnsinn-wir-muessen-mehr-flaeche.694.de.html?dram:article_id=445722, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Die Welt (2019a): Kretschmann gegen Enteignung großer Wohnungsbauunternehmen. In: *Die Welt*, 09.04.2019. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/regionales/baden-wuerttemberg/article191594795/Kretschmann-gegen-Enteignung-grosser-Wohnungsbauunternehmen.html>, zuletzt geprüft am 24.09.2020.
- Die Welt (2019b): SPD-Kollege fordert Parteiausschluss des Juso-Chefs. In: *Die Welt*, 02.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/article192804417/Heftige-Kritik-nach-Kuehnerts-Vorschlaegen-zu-Enteignungen-Parteiausschluss.html>, zuletzt geprüft am 20.09.2020.
- Diekmann, Florian; Bidder, Benjamin (2020): Wovon redet Kevin Kühnert eigentlich? In: *Der Spiegel*, 02.05.2020. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kevin-kuehnert-der-faktencheck-zum-kollektivierungsvorstoss-a-1265455.html>, zuletzt geprüft am 20.09.2020.
- Díez Medrano, Juan (2003): *Framing Europe: Attitudes to European Integration in Germany, Spain and the United Kingdom*. Princeton: Princeton University Press.
- Díez Medrano, Juan; Braun, Michael (2012): Uninformed Citizens and Support for Free Trade. In: *Review of International Political Economy* 19 (3), S. 448–476.
- DiGiuseppe, Matthew; Kleinberg, Katja B. (2019): Economics, Security, and Individual-Level Preferences for Trade Agreements. In: *International Interactions* 45 (2), S. 289–315.
- Dinesen, Peter T.; Klemmensen, Robert; Nørgaard, Asbjørn Sonne (2016): Attitudes Toward Immigration: The Role of Personal Predispositions. In: *Political Psychology* 37 (1), S. 55–72.
- Dohmen, Thomas; Falk, Armin; Huffman, David; Sunde, Uwe; Schupp, Jürgen; Wagner, Gert G. (2011): Individual Risk Attitudes: Measurement, Determinants and Behavioral Consequences. In: *Journal of the European Economic Association* 9 (3), S. 522–550.
- Douglas, Mary (1985): *Risk Acceptability According to the Social Sciences*. New York: Russell Sage Foundation.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Brothers.
- Druckman, James N. (2001): Using Credible Advice to Overcome Framing Effects. In: *Journal of Law, Economics, and Organization* 17 (1), S. 62–82.
- Druckman, James N.; McDermott, Rose (2008): Emotion and the Framing of Risky Choice. In: *Political Behavior* 30 (3), S. 297–321.
- Dür, Andreas; Schlipphak, Bernd (2021): Elite Cueing and Attitudes Towards Trade Agreements: The Case of TTIP. In: *European Political Science Review* 13 (1), S. 41–57.
- Eagly, Alice; Chaiken, Shelley (1993): *The Psychology of Attitudes*. Fort Worth u.a.: Harcourt Brace Jovanovich College Publisher.
- Earle, Timothy C.; Siegrist, Michael (2006): Morality Information, Performance Information, and the Distinction Between Trust and Confidence. In: *Journal of Applied Social Psychology* 36 (2), S. 383–416.
- Eckles, David L.; Kam, Cindy D.; Maestas, Cherie L.; Schaffner, Brian F. (2014): Risk Attitudes and the Incumbency Advantage. In: *Political Behavior* 36 (4), S. 731–749.
- Eckles, David L.; Schaffner, Brian F. (2009): Priming Risk and Policy Change. Paper presented at the Midwest Political Science Association Conference. Chicago, IL.
- Eckles, David L.; Schaffner, Brian F. (2011): Risk Tolerance and Support for Potential Military Interventions. In: *Public Opinion Quarterly* 75 (3), S. 533–544.
- Ehrlich, Sean (2018): *The Politics of Fair Trade: Moving beyond Free Trade and Protection*. Oxford: Oxford University Press.

- Ehrlich, Sean; Hearn, Eddie (2014): Does Compensating the Losers Increase Support for Trade? An Experimental Test of the Embedded Liberalism Thesis. In: *Foreign Policy Analysis* 10 (2), S. 149–164.
- Ehrlich, Sean; Maestas, Cherie (2010): Risk Orientations, Risk Exposure, and Policy Opinions: The Case of Free Trade. In: *Political Psychology* 31 (5), S. 657–684.
- Eidelman, Scott; Crandall, Christian S. (2009): A Psychological Advantage for the Status Quo. In: John T. Jost, Aaron C. Kay und Hulda Thorisdottir (Hg.): *Social and Psychological Bases of Ideology and System Justification*. Oxford: Oxford University Press, S. 85–106.
- Einhorn, Hillel J.; Hogarth, Robin M. (1986): Decision Making Under Ambiguity. In: Robin M. Hogarth und Melvin W. Reder (Hg.): *Rational Choice. The Contrast between Economics and Psychology*. Chicago: The University of Chicago Press, S. 41–66.
- Enelow, James; Hinich, Melvin J. (1981): A New Approach to Voter Uncertainty in the Downsian Spatial Model. In: *American Journal of Political Science* 25 (3), S. 483–493.
- Engartner, Tim (2016): *Staat im Ausverkauf. Privatisierung in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Evans, Jonathan St B. T. (2008): Dual-Processing Accounts of Reasoning, Judgment, and Social Cognition. In: *Annual Review of Psychology* 59, S. 255–278.
- Faas, Thorsten; Schoen, Harald (2010): Mehrwertsteuer und Staatsverschuldung: Lassen sich die Einstellungen der Bevölkerung durch Framing verschieben? In: Thorsten Faas, Kai Arzheimer und Sigrid Roßteutscher (Hg.): *Information - Wahrnehmung - Emotion: Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 123–141.
- Fabricius, Michael (2019): Mehrheit der Deutschen ist klar gegen Enteignungen. In: *Welt am Sonntag*, 21.04.2019. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article192208855/Umfrage-Mehrheit-der-Deutschen-ist-klar-gegen-Enteignungen.html>, zuletzt geprüft am 24.02.2021.
- Fagley, N. S.; Miller, Paul M. (1987): The Effects of Decision Framing on Choice of Risky vs Certain Options. In: *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 39 (2), S. 264–277.
- Fagley, N. S.; Miller, Paul M. (1990): The Effect of Framing on Choice: Interaction With Risk-Taking Propensity, Cognitive Style, and Sex. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 16 (3), S. 496–510.
- Falter, Jürgen W.; Schoen, Harald (2014): *Handbuch Wahlforschung*. 2., überarb. Aufl. Wiesbaden: Springer VS.
- Fatke, Matthias (2017): Personality Traits and Political Ideology: A First Global Assessment. In: *Political Psychology* 38 (5), S. 881–899.
- Fatke, Matthias (2019): The Personality of Populists: How the Big Five Traits Relate to Populist Attitudes. In: *Personality and Individual Differences* 139, S. 138–151.
- FAZ (2015a): „Der Grexit ist die Rettung“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.06.2015.
- FAZ (2015b): Eurofinanzminister-Treffen: Schäuble bringt „Grexit“ auf Zeit ins Gespräch. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/griechenland/eurofinanzminister-treffen-schaeuble-bringt-grexit-auf-zeit-ins-gespraech-13697851.html>, zuletzt geprüft am 09.01.2021.
- Fazio, Russell H. (1995): Attitudes as Object-Evaluation Associations: Determinants, Consequences, and Correlates of Attitude Accessibility. In: Richard E. Petty und Jon A. Krosnick (Hg.): *Attitude Strength: Antecedents and Consequences*. Mahwah, NJ: Erlbaum, S. 247–282.
- Federico, Christopher M.; Malka, Ariel (2018): The Contingent, Contextual Nature of the Relationship Between Needs for Security and Certainty and Political Preferences: Evidence and Implications. In: *Political Psychology* 39 (3), S. 3–48.
- Felbermayr, Gabriel (2020): Transatlantische Handelspolitik vor, während und nach Trump. In: *Wirtschaftsdienst* 100 (12), S. 908–913.
- Felbermayr, Gabriel; Gröschl, Jasmin; Kohler, Wilhelm; Brändle, Tobias; Koch, Andreas (2018): Auswirkungen der Marktöffnung im Außenhandel für Wirtschaft, Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland (1990–2014). Ifo Forschungsberichte 92. München.
- Feldman, Stanley (1988): Structure and Consistency in Public Opinion: The Role of Core Beliefs and Values. In: *American Journal of Political Science* 32 (2), S. 416–440.
- Feldman, Stanley (2003): Enforcing Social Conformity: A Theory of Authoritarianism. In: *Political Psychology* 24 (1), S. 41–74.
- Feldman, Stanley; Stenner, Karen (1997): Perceived Threat and Authoritarianism. In: *Political Psychology* 18 (4), S. 741–770.
- Feldman, Stanley; Zaller, John (1992): The Political Culture of Ambivalence: Ideological Responses to the Welfare State. In: *American Journal of Political Science* 36 (1), S. 268–307.

- Festinger, Leon (1957): A Theory of Cognitive Dissonance. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Figner, Bernd; Mackinlay, Rachael J.; Wilkening, Friedrich; Weber, Elke U. (2009): Affective and Deliberative Processes in Risky Choice: Age Differences in Risk Taking in the Columbia Card Task. In: *Journal of Experimental Psychology. Learning, Memory, and Cognition* 35 (3), S. 709–730.
- Figner, Bernd; Weber, Elke U. (2011): Who Takes Risks When and Why? Determinants of Risk Taking. In: *Current Directions in Psychological Science* 20 (4), S. 211–216.
- Finucane, Melissa L.; Alhakami, Ali; Slovic, Paul; Johnson, Stephen M. (2000): The Affect Heuristic in Judgments of Risks and Benefits. In: *Journal of Behavioral Decision Making* 13 (1), S. 1–17.
- Fischhoff, Baruch; Slovic, Paul; Lichtenstein, Sarah; Read, Stephen; Combs, Barbara (1978): How Safe is Safe Enough? A Psychometric Study of Attitudes Towards Technological Risks and Benefits. In: *Policy Science* 9 (2), S. 127–152.
- Fishbein, Martin; Ajzen, Icek (1975): Belief, Attitude, Intention and Behavior: An Introduction to Theory and Research. Reading: Addison-Wesley.
- Flynn, D. J.; Horiuchi, Yusaku; Zhang, Dong (2020): Misinformation, Economic Threat and Public Support for International Trade. In: *Review of International Political Economy* (Online-Vorabveröffentlichung). DOI: 10.1080/09692290.2020.1824931.
- Fordham, Benjamin O.; Kleinberg, Katja B. (2012): How Can Economic Interests Influence Support for Free Trade? In: *International Organization* 66 (2), S. 311–328.
- Forschungsgruppe Wahlen (2015a): Politbarometer Januar II 2015. Online verfügbar unter https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/Januar_II_2015/, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Forschungsgruppe Wahlen (2015b): Politbarometer Juli II 2015. Online verfügbar unter https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2015/Juli_II_2015/, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Forschungsgruppe Wahlen (2019): Politbarometer Mai 2019. Online verfügbar unter https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2019/Mai_2019/, zuletzt geprüft am 24.02.2019.
- Fox, Craig R.; Tannenbaum, David (2011): The Elusive Search for Stable Risk Preferences. In: *Frontiers in Psychology* 2 (Artikel 298).
- Freitag, Markus; Ackermann, Kathrin (2016): Direct Democracy and Institutional Trust: Relationships and Differences Across Personality Traits. In: *Political Psychology* 37 (5), S. 707–723.
- Frewer, Lynn J.; Scholderer, Joachim; Bredahl, Lone (2003): Communicating About the Risks and Benefits of Genetically Modified Foods: The Mediating Role of Trust. In: *Risk Analysis* 23 (6), S. 1117–1133.
- Frey, Renato; Pedroni, Andreas; Mata, Rui; Rieskamp, Jörg; Hertwig, Ralph (2017): Risk Preference Shares the Psychometric Structure of Major Psychological Traits. In: *Science Advances* 3 (10), 1–13.
- Gabriel, Oscar W.; Plasser, Fritz (Hg.) (2010): Deutschland, Österreich und die Schweiz im neuen Europa. Baden-Baden: Nomos.
- Galpin, Charlotte (2017): The Euro Crisis and European Identities. Political and Media Discourse in Germany, Ireland and Poland. Cham: Palgrave Macmillan.
- Ganslmeier, Martin (2018): Protektionismus könnte eine verhängnisvolle Spirale in Gang setzen. In: *Deutschlandfunk*, 07.03.2018. Online verfügbar unter https://www.deutschlandfunk.de/diskussion-ueber-strafoelle-protektionismus-koennte-eine.1773.de.html?dram:article_id=412373, zuletzt geprüft am 19.02.2021.
- Gärtner, Lea; Wuttke, Alexander (2019): Eingeschlossen in der Filter Bubble? Politische Kommunikationsnetzwerke im Wahlkampf. In: Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen und Christof Wolf (Hg.): Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017. Baden-Baden: Nomos, S. 97–109.
- Gärtner, Manja; Mollerstrom, Johanna; Seim, David (2017): Individual Risk Preferences and the Demand for Redistribution. In: *Journal of Public Economics* 153 (1), S. 49–55.
- Gatzke, Marcus; Greven, Ludwig; Zacharakis, Zacharias (2015): Soll Europa hart bleiben? In: *Zeit Online*, 16.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-06/griechenland-grexit-kosten-euro-zone-europa/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 13.09.2020.
- Gerber, Alan S.; Huber, Gregory A.; Doherty, David; Dowling, Conor M. (2011a): Personality Traits and the Consumption of Political Information. In: *American Politics Research* 39 (1), S. 32–84.
- Gerber, Alan S.; Huber, Gregory A.; Doherty, David; Dowling, Conor M.; Ha, Shang E. (2010): Personality and Political Attitudes: Relationships Across Issue Domains and Political Contexts. In: *American Political Science Review* 104 (1), S. 111–133.

- Gerber, Alan S.; Huber, Gregory A.; Doherty, David; Dowling, Conor M.; Raso, Connor; Ha, Shang E. (2011b): Personality Traits and Participation in Political Processes. In: *The Journal of Politics* 73 (3), S. 692–706.
- Gigerenzer, Gerd; Todd, Peter M.; ABC Research Group (Hg.) (1999): Simple Heuristics That Make Us Smart. New York: Oxford University Press.
- Glasgow, Garrett; Alvarez, R. Michael (2000): Uncertainty and Candidate Personality Traits. In: *American Politics Quarterly* 28 (1), S. 26–49.
- GLÉS (2020): GLÉS Panel 2016–2019, Wellen 1–11. ZA6838 Datenfile Version 2.0.0. GESIS Datenarchiv, Köln.
- Goodwin, Matthew; Hix, Simon; Pickup, Mark (2018): For and Against Brexit: A Survey Experiment of the Impact of Campaign Effects on Public Attitudes Toward EU Membership. In: *British Journal of Political Science* 50 (2), S. 481–495.
- Goren, Paul (2013): On Voter Competence. Oxford: Oxford University Press.
- Goren, Paul; Schoen, Harald; Reifler, Jason; Scotto, Thomas J.; Chittick, William (2016): A Unified Theory of Value-Based Reasoning and U.S. Public Opinion. In: *Political Behavior* 38 (4), S. 977–997.
- Graw, Ansgar; Schuster, Jacques (2019): Notfalls muss die Enteignung folgen. In: *Die Welt am Sonntag*, 07.04.2019. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus191449987/Robert-Habeck-Notfalls-muss-die-Enteignung-folgen.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2020.
- Green, Donald; Palmquist, Bradley; Schickler, Eric (2002): Partisan Hearts and Minds: Political Parties and the Social Identities of Voters. New Haven: Yale University Press.
- Greene, Steven (1999): Understanding Party Identification: A Social Identity Approach. In: *Political Psychology* 20 (2), S. 393–403.
- Greive, Martin (2015a): Grexit – „Ein Geist würde aus der Flasche gelassen“. In: *Die Welt*, 04.01.2015. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/wirtschaft/article135990209/Grexit-Ein-Geist-wuerde-aus-der-Flasche-gelassen.html>, zuletzt geprüft am 13.09.2020.
- Greive, Martin (2015b): Grexit oder nicht? Die ultimative Pro- und Contra-Liste. In: *Die Welt*, 20.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/wirtschaft/article142740290/Grexit-oder-nicht-Die-ultimative-Pro-und-Contra-Liste.html>, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- Guisinger, Alexandra (2009): Determining Trade Policy: Do Voters Hold Politicians Accountable? In: *International Organization* 63 (3), S. 533–557.
- Guisinger, Alexandra (2017): American Opinion on Trade: Preferences Without Politics. Oxford: Oxford University Press.
- Hainmueller, Jens; Hiscox, Michael J. (2006): Learning to Love Globalization: Education and Individual Attitudes Toward International Trade. In: *International Organization* 60 (2), S. 469–498.
- Hanoch, Yaniv; Johnson, Joseph G.; Wilke, Andreas (2006): Domain Specificity in Experimental Measures and Participant Recruitment: An Application to Risk-Taking Behavior. In: *Psychological Science* 17 (4), S. 300–304.
- Häring, Norbert (2020): Grexit auf Zeit? „Der Vorschlag taugt so nichts“. In: *Handelsblatt*, 12.07.2020. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/griechenland-krise-grexit-auf-zeit-der-vorschlag-taugt-so-nichts/12044498.html?ticket=ST-1992006-5Ud-wuWMWWdOpJbGLOdRW-ap5>, zuletzt geprüft am 13.09.2020.
- Häusermann, Silja; Kurer, Thomas; Schwander, Hanna (2015): High-skilled Outsiders? Labor Market Vulnerability, Education and Welfare State Preferences. In: *Socio-Economic Review* 13 (2), S. 235–258.
- Hays, Jude C.; Ehrlich, Sean D.; Peinhardt, Clint (2005): Government Spending and Public Support for Trade in the OECD: An Empirical Test of the Embedded Liberalism Thesis. In: *International Organization* 59 (2), S. 473–494.
- He, Jia; van de Vijver, Fons J.R. (2013): A General Response Style Factor: Evidence From a Multi-Ethnic Study in the Netherlands. In: *Personality and Individual Differences* 55 (7), S. 794–800.
- Heath, Chip; Tversky, Amos (1991): Preference and Belief: Ambiguity and Competence in Choice Under Uncertainty. In: *Journal of Risk and Uncertainty* 4 (1), S. 5–28.
- Helmke, Gretchen (2009): Ticket Splitting as Electoral Insurance: The Mexico 2000 Elections. In: *Electoral Studies* 28 (1), S. 70–78.
- Helms, Ludger; van Esch, Femke; Crawford, Beverly (2019): Politische Führung aus dem Kanzleramt: "conviction leadership" statt Pragmatismus? In: Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld (Hg.): Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017. Wiesbaden: Springer VS, S. 169–194.
- Henderson, Ailsa; Jeffery, Charlie; Wincott, Dan; Wyn Jones, Richard (2017): How Brexit Was Made in England. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 19 (4), S. 631–646.

- Herweg, Nicole; Zohlnhöfer, Reimut (2010): Die Große Koalition und das Verhältnis von Markt und Staat: Entstaatlichung in der Ruhe und Verstaatlichung während des Sturms? In: Christoph Egle und Reimut Zohlnhöfer (Hg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005–2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 254–278.
- Heß, Moritz; Scheve, Christian von; Schupp, Jürgen; Wagner, Aiko; Wagner, Gert G. (2018): Are Political Representatives More Risk-Loving than the Electorate? Evidence from German Federal and State Parliaments. In: *Palgrave Communications* 4 (1), S. 1–7.
- Hibbing, Matthew V.; Cawvey, Matthew; Deol, Raman; Bloeser, Andrew J.; Mondak, Jeffery J. (2019): The Relationship Between Personality and Response Patterns on Public Opinion Surveys: The Big Five, Extreme Response Style, and Acquiescence Response Style. In: *International Journal of Public Opinion Research* 31 (1), S. 161–177.
- Higgins, E. Tory (1997): Beyond Pleasure and Pain. In: *American Psychologist* 52 (12), S. 1280–1300.
- Higgins, E. Tory (1998): Promotion and Prevention: Regulatory Focus as a Motivational Principle. In: Mark P. Zanna (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*, Bd. 30. New York: Academic Press, S. 1–46.
- Higgins, E. Tory; Friedman, Ronald S.; Harlow, Robert E.; Idson, Lorraine C.; Ayduk, Ozlem N.; Taylor, Amy (2001): Achievement Orientations From Subjective Histories of Success: Promotion Pride Versus Prevention Pride. In: *European Journal of Social Psychology* 31 (1), S. 3–23.
- Higgins, E. Tory; King, Gillian (1981): Accessibility of Social Constructs: Information-Processing Consequences of Individual and Contextual Variability. In: Nany Cantor und John F. Kihlstrom (Hg.): *Personality, Cognition, and Social Interaction*. Hillsdale: Erlbaum, S. 68–121.
- Highhouse, Scott; Nye, Christopher D.; Zhang, Don C.; Rada, Thaddeus B. (2017): Structure of the DOSPERT: Is There Evidence for a General Risk Factor? In: *Journal of Behavioral Decision Making* 30 (2), S. 400–406.
- Hiscox, Michael J. (2002): *International Trade and Political Conflict: Commerce, Coalitions, and Mobility*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Hiscox, Michael J. (2006): Through a Glass and Darkly: Attitudes Toward International Trade and the Curious Effects of Issue Framing. In: *International Organization* 60 (3), S. 755–780.
- Hobolt, Sara B. (2006): How Parties Affect Vote Choice in European Integration Referendums. In: *Party Politics* 12 (5), S. 623–647.
- Hobolt, Sara B. (2009): *Europe in Question: Referendums on European Integration*. Oxford: Oxford University Press.
- Hochschild, Jennifer L. (1981): *What's Fair? American Beliefs about Distributive Justice*. Cambridge: Harvard University Press.
- Hoeren, Dirk (2015): Griechenland mit unserem Geld gerettet. BILD erklärt Merkels Milliarden-Murks. In: *Bild*, 13.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.bild.de/politik/ausland/griechenland-krise/merkel-rettet-griechenland-mit-unserem-geld-41768146.bild.html>, zuletzt geprüft am 13.09.2020.
- Hoffmann, Catherine (2015): Contra Grexit: Der Anfang vom Ende. In: *Süddeutsche Zeitung*, 09.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/griechenland-contra-grexit-der-anfang-vom-ende-1.2511293>, zuletzt geprüft am 13.09.2020.
- Holt, Charles; Laury, Susan K. (2002): Risk Aversion and Incentive Effects. In: *The American Economic Review* 92 (5), S. 1644–1655.
- Hoyle, Rick H.; Stephenson, Michael T.; Palmgreen, Philip; Pugzles Lorch, Elizabeth; Donahew, R. Lewis (2002): Reliability and Validity of a Brief Measure of Sensation Seeking. In: *Personality and Individual Differences* 32 (3), S. 401–414.
- Huckfeldt, Robert; Johnson, Paul E.; Sprague, John (2004): *Political Disagreement: The Survival of Diverse Opinions within Communication Networks*. New York: Cambridge University Press.
- Huddy, Leonie (2001): From Social to Political Identity: A Critical Examination of Social Identity Theory. In: *Political Psychology* 22 (1), S. 127–156.
- Huddy, Leonie; Feldman, Stanley; Cassese, Erin (2007): On the Distinct Political Effects of Anxiety and Anger. In: W. Russell Neuman, George E. Marcus, Ann N. Crigler und Michael MacKuen (Hg.): *The Affect Effect. Dynamics of Emotion in Political Thinking and Behavior*. Chicago: University of Chicago Press, S. 202–230.
- Huddy, Leonie; Feldman, Stanley; Taber, Charles; Lahav, Gallya (2005): Threat, Anxiety, and Support of Antiterrorism Policies. In: *American Journal of Political Science* 49 (3), S. 593–608.
- Idson, Lorraine C.; Liberman, Nira; Higgins, E. Tory (2000): Distinguishing Gains From Nonlosses and Losses From Nongains: A Regulatory Focus Perspective on Hedonic Intensity. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 36 (3), S. 252–274.

- Idson, Lorraine C.; Liberman, Nira; Higgins, E. Tory (2004): Imagining How You'd Feel: The Role of Motivational Experiences From Regulatory Fit. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 30 (7), S. 926–937.
- Jamal, Amaney; Milner, Helen V. (2019): Economic Self-Interest, Information, and Trade Policy Preferences: Evidence From an Experiment in Tunisia. In: *Review of International Political Economy* 26 (4), S. 545–572.
- Jedinger, Alexander; Burger, Axel M. (2020): The Ideological Foundations of Economic Protectionism: Authoritarianism, Social Dominance Orientation, and the Moderating Role of Political Involvement. In: *Political Psychology* 41 (2), S. 403–424.
- Jessee, Stephen A. (2017): “Don’t Know” Responses, Personality, and the Measurement of Political Knowledge. In: *Political Science Research and Methods* 5 (4), S. 711–731.
- Joffe, Hélène (2003): Risk: From Perception to Social Representation. In: *The British Journal of Social Psychology* 42 (1), S. 55–73.
- Johnston, Christopher D. (2011): The Motivated Formation of Economic Preferences. Dissertation. Stony Brook University.
- Johnston, Christopher D. (2013): Dispositional Sources of Economic Protectionism. In: *Public Opinion Quarterly* 77 (2), S. 574–585.
- Johnston, Christopher D.; Lavine, Howard G.; Federico, Christopher M. (2017): Open versus Closed: Personality, Identity, and the Politics of Redistribution. Cambridge: Cambridge University Press.
- Johnston, Christopher D.; Wronski, Julie (2015): Personality Dispositions and Political Preferences Across Hard and Easy Issues. In: *Political Psychology* 36 (1), S. 35–53.
- Jonas, Klaus; Diehl, Michael; Brömer, Philip (1997): Effects of Attitudinal Ambivalence on Information Processing and Attitude-Intention Consistency. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 33 (2), S. 190–210.
- Josef, Anika K.; Richter, David; Samanez-Larkin, Gregory R.; Wagner, Gert G.; Hertwig, Ralph; Mata, Rui (2016): Stability and Change in Risk-Taking Propensity Across the Adult Life Span. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 111 (3), S. 430–450.
- Jost, John T.; Glaser, Jack; Kruglanski, Arie W.; Sulloway, Frank J. (2003): Political Conservatism as Motivated Social Cognition. In: *Psychological Bulletin* 129 (3), S. 339–375.
- Jou, Jerwen; Shanteau, James; Harris, Richard J. (1996): An Information Processing View of Framing Effects: The Role of Causal Schemas in Decision Making. In: *Memory & Cognition* 24 (1), S. 1–15.
- Jungherr, Andreas; Mader, Matthias; Schoen, Harald; Wuttke, Alexander (2018): Context-Driven Attitude Formation: The Difference Between Supporting Free Trade in the Abstract and Supporting Specific Trade Agreements. In: *Review of International Political Economy* 25 (2), S. 215–242.
- Kaase, Max; Marsh, Alan (1979): Political Action: A Theoretical Perspective. In: Samuel H. Barnes, Max Kaase und et al. (Hg.): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. Beverly Hills/ London: Sage Publications, S. 27–56.
- Kahan, Dan M.; Braman, Donald; Slovic, Paul; Gastil, John; Cohen, Geoffrey (2009): Cultural Cognition of the Risks and Benefits of Nanotechnology. In: *Nature Nanotechnology* 4 (2), S. 87–90.
- Kahneman, Daniel (2011): *Thinking, Fast and Slow*. London: Allen Lane.
- Kahneman, Daniel; Knetsch, Jack L.; Thaler, Richard H. (1991): Anomalies: The Endowment Effect, Loss Aversion, and Status Quo Bias. In: *The Journal of Economic Perspectives* 5 (1), S. 193–206.
- Kahneman, Daniel; Slovic, Paul; Tversky, Amos (Hg.) (1982): *Judgement Under Uncertainty: Heuristics and Biases*. New York: Cambridge University Press.
- Kahneman, Daniel; Tversky, Amos (1979): Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk. In: *Econometrica* 47 (2), S. 263–291.
- Kam, Cindy D. (2005): Who Toes the Party Line? Cues, Values, and Individual Differences. In: *Political Behavior* 27 (2), S. 163–182.
- Kam, Cindy D. (2012): Risk Attitudes and Political Participation. In: *American Journal of Political Science* 56 (4), S. 817–836.
- Kam, Cindy D.; Simas, Elizabeth N. (2010): Risk Orientations and Policy Frames. In: *The Journal of Politics* 72 (2), S. 381–396.
- Kam, Cindy D.; Simas, Elizabeth N. (2012): Risk Attitudes, Candidate Characteristics, and Vote Choice. In: *Public Opinion Quarterly* 76 (4), S. 747–760.
- Keil, Mark; Wallace, Linda; Turk, Dan; Dixon-Randall, Gayle; Nulden, Urban (2000): An Investigation of Risk Perception and Risk Propensity on the Decision to Continue a Software Development Project. In: *The Journal of Systems and Software* 53 (2), S. 145–157.
- Keller, Carmen; Siegrist, Michael; Gutscher, Heinz (2006): The Role of the Affect and Availability Heuristics in Risk Communication. In: *Risk Analysis* 26 (3), S. 631–639.

- Kim, Sung-youn; Taber, Charles S.; Lodge, Milton (2010): A Computational Model of the Citizen as Motivated Reasoner: Modeling the Dynamics of the 2000 Presidential Election. In: *Political Behavior* 32 (1), S. 1–28.
- Kinder, Donald R.; Sanders, Lynn M. (1996): *Divided by Color: Racial Politics and Democratic Ideals*. Chicago: University of Chicago Press.
- Kinder, Donald R.; Sears, David O. (1981): Prejudice and Politics: Symbolic Racism versus Racial Threats to the Good Life. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 40 (3), S. 414–431.
- Klimpel, Lena (2019): Mit Enteignungen gegen Wohnungsnot. In: *Tagesschau*, 05.04.2019. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/faq-enteignung-immobilien-101.html>, zuletzt geprüft am 24.02.2021.
- Knight, Frank H. (1921): *Risk, Uncertainty and Profit*. Boston: Houghton Mifflin Co.
- Kogan, Nathan; Wallach, Michael A. (1964): *Risk Taking: A Study in Cognition and Personality*. New York: Holt, Rinehart, and Winston.
- Kowert, Paul A.; Hermann, Margaret G. (1997): Who Takes Risks? Daring and Caution in Foreign Policy Making. In: *The Journal of Conflict Resolution* 41 (5), S. 611–637.
- Kreek, Mary Jeanne; Nielsen, David A.; Butelman, Eduardo R.; LaForge, K. Steven (2005): Genetic Influences on Impulsivity, Risk Taking, Stress Responsivity and Vulnerability to Drug Abuse and Addiction. In: *Nature Neuroscience* 8 (11), S. 1450–1457.
- Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Lachat, Romain; Dolezal, Martin; Bornschier, Simon; Frey, Timotheos (Hg.) (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kristiansen, Silje; Bonfadelli, Heinz; Kovic, Marko (2018): Risk Perception of Nuclear Energy After Fukushima: Stability and Change in Public Opinion in Switzerland. In: *International Journal of Public Opinion Research* 30 (1), 24–50.
- Kröger, Michael (2019): Was würde die Enteignung von Immobilienkonzernen bringen? In: *Der Spiegel*, 06.04.2019. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/berlin-welche-folgen-die-enteignung-der-deutsche-wohnen-haette-a-1261142.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2020.
- Krosnick, Jon A. (1989): Attitude Importance and Attitude Accessibility. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 15 (3), S. 297–308.
- Krosnick, Jon A. (1990): Government Policy and Citizen Passion: A Study of Issue Publics in Contemporary America. In: *Political Behavior* 12 (1), S. 59–92.
- Kruglanski, Arie W. (2004): *The Psychology of Closed Mindedness*. New York: Psychology Press.
- Kruglanski, Arie W.; Webster, Donna M. (1996): Motivated Closing of the Mind: "Seizing" and "Freezing". In: *Psychological Review* 103 (2), S. 263–283.
- Kuklinski, James H.; Quirk, Paul J. (2000): Reconsidering the Rational Public: Cognition, Heuristics, and Mass Opinion. In: Arthur Lupia, Mathew D. McCubbins und Samuel L. Popkin (Hg.): *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 153–182.
- Kull, Thomas J.; Oke, Adegoke; Dooley, Kevin J. (2014): Supplier Selection Behavior Under Uncertainty: Contextual and Cognitive Effects on Risk Perception and Choice. In: *Decision Sciences* 45 (3), S. 467–505.
- Kunda, Ziva (1990): The Case for Motivated Reasoning. In: *Psychological Bulletin* 108 (3), S. 480–498.
- Kuo, Jason; Naoi, Megumi (2015): Individual Attitudes. In: Lisa L. Martin (Hg.): *The Oxford Handbook of the Political Economy of International Trade*. Oxford: Oxford University Press, S. 99–181.
- Langer, Ellen J. (1975): The Illusion of Control. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 32 (2), S. 311–328.
- Lau, Richard R.; Heldman, Caroline (2009): Self-Interest, Symbolic Attitudes, and Support for Public Policy: A Multilevel Analysis. In: *Political Psychology* 30 (4), S. 513–537.
- Lau, Richard R.; Redlawsk, David P. (2001): Advantages and Disadvantages of Cognitive Heuristics in Political Decision Making. In: *American Journal of Political Science* 45 (4), S. 951–971.
- Lau, Richard R.; Redlawsk, David P. (2006): *How Voters Decide. Information Processing in Election Campaigns*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lauriola, Marco; Levin, Irwin P. (2001): Personality Traits and Risky Decision-Making in a Controlled Experimental Task: An Exploratory Study. In: *Personality and Individual Differences* 31 (2), S. 215–226.
- Lavine, Howard (2001): The Electoral Consequences of Ambivalence Toward Presidential Candidates. In: *American Journal of Political Science* 45 (4), S. 915–929.

- Lavine, Howard; Burgess, Diana; Snyder, Mark; Transue, John; Sullivan, John L.; Haney, Beth; Wagner, Stephen H. (1999): Threat, Authoritarianism, and Voting: An Investigation of Personality and Persuasion. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 25 (3), S. 337–347.
- Lavine, Howard; Lodge, Milton; Freitas, Kate (2005): Threat, Authoritarianism, and Selective Exposure to Information. In: *Political Psychology* 26 (2), S. 219–244.
- Lavine, Howard; Sullivan, John L.; Borgida, Eugene; Thomsen, Cynthia J. (1996): The Relationship of National and Personal Issue Salience to Attitude Accessibility on Foreign and Domestic Policy Issues. In: *Political Psychology* 17 (2), S. 293.
- Lavine, Howard; Thomsen, Cynthia J.; Gonzales, Marti H. (1997): The Development of Interattitudinal Consistency: The Shared-Consequences Model. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 72 (4), S. 735–749.
- Lazarsfeld, Paul F.; Berelson, Bernard R.; Gaudet, Hazel (1944): *The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign*. New York, NY: Duell, Sloan, and Pearce.
- Lecheler, Sophie; de Vreese, Claes H. (2010): Framing Serbia: The Effects of News Framing on Public Support for EU Enlargement. In: *European Political Science Review* 2 (1), S. 73–93.
- Lecheler, Sophie; de Vreese, Claes H.; Slothuus, Rune (2009): Issue Importance as a Moderator of Framing Effects. In: *Communication Research* 36 (3), S. 400–425.
- LeDuc, Lawrence (2002): Opinion Change and Voting Behaviour in Referendums. In: *European Journal of Political Research* 41 (6), S. 711–732.
- LeDuc, Lawrence (2003): *The Politics of Direct Democracy: Referendums in Global Perspective*. Peterborough, Ont: Broadview Press.
- Leiserowitz, Anthony (2006): Climate Change Risk Perception and Policy Preferences: The Role of Affect, Imagery, and Values. In: *Climatic Change* 77 (1-2), S. 45–72.
- Lerner, Jennifer S.; Gonzales, Roxana M.; Small, Deborah A.; Fischhoff, Baruch (2003): Effects of Fear and Anger on Perceived Risks of Terrorism: A National Field Experiment. In: *Psychological Science* 14 (2), S. 144–150.
- Lerner, Jennifer S.; Keltner, Dacher (2000): Beyond Valence: Toward a Model of Emotion-Specific Influences on Judgement and Choice. In: *Cognition & Emotion* 14 (4), S. 473–493.
- Lerner, Jennifer S.; Keltner, Dacher (2001): Fear, Anger, and Risk. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 81 (1), S. 146–159.
- Levy, Jack S. (2003): Application of Prospect Theory to Political Science. In: *Synthese* 135 (2), S. 215–241.
- Liñeira, Robert; Henderson, Ailsa (2019): Risk Attitudes and Independence Vote Choice. In: *Political Behavior* (Online-Vorabveröffentlichung). DOI: 10.1007/s11109-019-09560-x.
- Lodge, Milton; Taber, Charles S. (2000): Three Steps Toward a Theory of Motivated Political Reasoning. In: Arthur Lupia, Mathew D. McCubbins und Samuel L. Popkin (Hg.): *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 183–213.
- Lodge, Milton; Taber, Charles S. (2013): *The Rationalizing Voter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Loehlin, John C.; McCrae, Robert R.; Costa, Paul T.; John, Oliver P. (1998): Heritabilities of Common and Measure-Specific Components of the Big Five Personality Factors. In: *Journal of Research in Personality* 32 (4), S. 431–453.
- Loewenstein, George (1994): The Psychology of Curiosity: A Review and Reinterpretation. In: *Psychological Bulletin* 116 (1), S. 75–98.
- Loewenstein, George F.; Weber, Elke U.; Hsee, Christopher K.; Welch, Ned (2001): Risk as Feelings. In: *Psychological Bulletin* 127 (2), S. 267–286.
- Lönnqvist, Jan-Erik; Verkasalo, Markku; Walkowitz, Gari; Wichardt, Philipp C. (2015): Measuring Individual Risk Attitudes in the Lab: Task or Ask? An Empirical Comparison. In: *Journal of Economic Behavior and Organization* 119, S. 254–266.
- Loose, Krista; Hou, Yue; Berinsky, Adam J. (2018): Achieving Efficiency Without Losing Accuracy: Strategies for Scale Reduction with an Application to Risk Attitudes and Racial Resentment. In: *Social Science Quarterly* 99 (2), S. 563–582.
- Luhmann, Niklas (Hg.) (1990): *Soziologische Aufklärung 5: Konstruktivistische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lupia, Arthur; McCubbins, Mathew D. (1998): *The Democratic Dilemma: Can Citizens Learn What They Need to Know?* New York: Cambridge University Press.
- Luskin, Robert C. (1987): Measuring Political Sophistication. In: *American Journal of Political Science* 31 (4), S. 856–899.
- Luskin, Robert C. (1990): Explaining Political Sophistication. In: *Political Behavior* 12 (4), S. 331–361.

- Luskin, Robert C.; Bullock, John G. (2011): "Don't Know" Means "Don't Know": DK Responses and the Public's Level of Political Knowledge. In: *The Journal of Politics* 73 (2), S. 547–557.
- Luttig, Matthew D.; Lavine, Howard (2016): Issue Frames, Personality, and Political Persuasion. In: *American Politics Research* 44 (3), S. 448–470.
- MacCrimmon, Kenneth R.; Wehrung, Donald A. (1986): *Taking Risks: The Management of Uncertainty*. New York: Free Press.
- MacLeod, Colin; Cohen, Ilan Lawrence (1993): Anxiety and the Interpretation of Ambiguity: A Text Comprehension Study. In: *Journal of Abnormal Psychology* 102 (2), S. 238–247.
- Mader, Matthias (2017): *Öffentliche Meinung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr: Zwischen Antimilitarismus und transatlantischer Orientierung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mader, Matthias; Steiner, Nils D.; Schoen, Harald (2020): The Globalisation Divide in the Public Mind: Belief Systems on Globalisation and Their Electoral Consequences. In: *Journal of European Public Policy* 27 (10), S. 1526–1545.
- Maestas, Cherie; Pollock, William M. (2010a): Measuring Generalized Risk Orientation with a Single Survey Item. Florida State University. Florida.
- Maestas, Cherie; Pollock, William M. (2010b): Social Security Reform Opinions: A Response to Risky Markets. In: *SSRN Electronic Journal*. DOI: 10.2139/ssrn.1599784.
- Maio, Gregory R.; Bell, David W.; Esses, Victoria M. (1996): Ambivalence and Persuasion: The Processing of Messages about Immigrant Groups. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 32 (6), S. 513–536.
- Maio, Gregory R.; Haddock, Geoffrey; Verplanken, Bas (2019): *The Psychology of Attitudes and Attitude Change*. 3. Aufl. London: Sage Publications.
- Mansfield, Edward D.; Mutz, Diana C. (2009): Support for Free Trade: Self-Interest, Sociotropic Politics, and Out-Group Anxiety. In: *International Organization* 63 (3), S. 425–457.
- March, James G.; Shapira, Zur (1987): Managerial Perspectives on Risk and Risk Taking. In: *Management Science* 33 (11), S. 1404–1418.
- Marcus, George E.; Neuman, W. Russell; MacKuen, Michael (2000): *Affective Intelligence and Political Judgment*. Chicago, IL: University of Chicago Press.
- Margalit, Yotam (2012): Lost in Globalization: International Economic Integration and the Sources of Popular Discontent. In: *International Studies Quarterly* 56 (3), S. 484–500.
- Marien, Sofie; Hooghe, Marc; Quintelier, Ellen (2010): Inequalities in Non-Institutionalised forms of Political Participation: A Multi-Level Analysis of 25 Countries. In: *Political Studies* 58 (1), S. 187–213.
- Markwardt, Nils (2019): Der Mythos der sozialen Marktwirtschaft. In: *Die Zeit*, 21.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/kultur/2019-05/soziale-marktwirtschaft-staat-wirtschaftspolitik-demokratie-sozialismus-neoliberalismus-ideengeschichte/komplettansicht>, zuletzt geprüft am 23.02.2021.
- Martin, Danielle (2016): *Individual Risk Attitudes and Democratic Representation*. Dissertation. University of Michigan.
- Martin, Danielle (2020): Risk Attitudes and the Propensity to Vote for a New Party in Multi-party Systems. In: *Acta Politica* (Online-Vorabveröffentlichung). DOI: 10.1057/s41269-020-00165-5.
- Mata, Rui; Frey, Renato; Richter, David; Schupp, Jürgen; Hertwig, Ralph (2018): Risk Preference: A View from Psychology. In: *Journal of Economic Perspectives* 32 (2), S. 155–172.
- Mata, Rui; Josef, Anika K.; Hertwig, Ralph (2016): Propensity for Risk Taking Across the Life Span and Around the Globe. In: *Psychological Science* 27 (2), S. 231–243.
- Mayda, Anna Maria; O'Rourke, Kevin H.; Sinnott, Richard (2007): Risk, Government and Globalization: International Survey Evidence. National Bureau of Economic Research (Working Paper 13037).
- Mayda, Anna Maria; Rodrik, Dani (2005): Why Are Some People (and Countries) More Protectionist Than Others? In: *European Economic Review* 49 (6), S. 1393–1430.
- McCrae, Robert R.; Costa, Paul T. (1987): Validation of the Five-Factor Model of Personality Across Instruments and Observers. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 52 (1), S. 81–90.
- McCrae, Robert R.; Costa, Paul T. (2003): *Personality in Adulthood: A Five-Factor Theory Perspective*. 2. Aufl. New York: Guilford Press.
- McCrae, Robert R.; Terracciano, Antonio (2006): National Character and Personality. In: *Current Directions in Psychological Science* 15 (4), S. 156–161.
- McGraw, Kathleen M. (2006): Why and How Psychology Matters. In: Robert E. Goodin und Charles Tilly (Hg.): *The Oxford Handbook of Contextual Political Analysis*. Oxford: Oxford University Press, S. 131–156.
- McGraw, Kathleen M.; Hasecke, Edward; Conger, Kimberly (2003): Ambivalence, Uncertainty, and Processes of Candidate Evaluation. In: *Political Psychology* 24 (3), S. 421–448.

- Meertens, Ree M.; Lion, René (2008): Measuring an Individual's Tendency to Take Risks: The Risk Propensity Scale. In: *Journal of Applied Social Psychology* 38 (6), S. 1506–1520.
- Meffert, Michael F.; Guge, Michael; Lodge, Milton (2004): Good, Bad, and Ambivalent. In: Willem E. Saris und Paul M. Sniderman (Hg.): *Studies in Public Opinion. Attitudes, Nonattitudes, Measurement Error, and Change*. Princeton: Princeton University Press, S. 63–92.
- Meiers, Franz-Josef (2015): *Germany's Role in the Euro Crisis. Berlin's Quest for a More Perfect Monetary Union*. Cham: Springer.
- Melitz, Mac J. (2003): The Impact of Trade on Intra-Industry Reallocations and Aggregate Industry Productivity. In: *Econometrica* 71 (6), S. 1695–1725.
- Mellers, Barbara A.; Schwartz, Alan; Weber, Elke U. (1997): Do Risk Attitudes Reflect in the Eye of the Beholder? In: A.A.J. Marley (Hg.): *Choice, Decision, and Measurement*. Mahwah, NJ: Erlbaum, S. 57–71.
- Mercer, Jonathan (2005): Prospect Theory and Political Science. In: *Annual Review of Political Science* 8 (1), S. 1–21.
- Meyer, Thomas (2011): *Theorie der Sozialen Demokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Milita, Kerri (2017): Beyond Roll-Off: Individual-Level Abstention on Ballot Measure Voting. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 27 (4), S. 448–465.
- Milita, Kerri; Bunch, Jaclyn; Yeganeh, Sara (2020): It Could Happen to You: How Perceptions of Personal Risk Shape Support for Social Welfare Policy in the American States. In: *Journal of Public Policy* 40 (4), S. 535–552.
- Miller, George A. (1957): The Magical Number Seven, Plus or Minus Two: Some Limits on Our Capacity for Processing Information. *Psychological Review* 63 (2), S. 81–97.
- Miller, Warren E.; Shanks, J. Merrill (1996): *The New American Voter*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Mischel, Walter; Shoda, Yuichi (1995): A Cognitive-Affective System Theory of Personality: Reconceptualizing Situations, Dispositions, Dynamics, and Invariance in Personality Structure. In: *Psychological Review* 102 (2), S. 246–268.
- Mishra, Sandeep; Lalumière, Martin L. (2011): Individual Differences in Risk-Propensity: Associations Between Personality and Behavioral Measures of Risk. In: *Personality and Individual Differences* 50 (6), S. 869–873.
- Misik, Robert (2019): Debatte Kevin Kühnert zu Enteignung: Wir brauchen diese Gedanken. In: *taz*, 10.05.2019. Online verfügbar unter <https://taz.de/Debatte-Kevin-Kuehnert-zu-Enteignung/!5590059/>, zuletzt geprüft am 23.02.2021.
- Molthof, Lukas (2017): *Understanding the Role of Ideas in Policy-Making: The Case of Germany's Domestic Policy. Formation on European Monetary Affairs*. Unveröffentlichte PhD-Thesis. University of London, London. Department of Politics and International Relations, Royal Holloway.
- Mondak, Jeffery J. (2000): Reconsidering the Measurement of Political Knowledge. In: *Political Analysis* 8 (1), S. 57–82.
- Mondak, Jeffery J. (2010): *Personality and the Foundations of Political Behavior*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mondak, Jeffery J.; Anderson, Mary R. (2004): The Knowledge Gap: A Reexamination of Gender-Based Differences in Political Knowledge. In: *The Journal of Politics* 66 (2), S. 492–512.
- Mondak, Jeffery J.; Halperin, Karen D. (2008): A Framework for the Study of Personality and Political Behaviour. In: *British Journal of Political Science* 38 (2), S. 335–362.
- Mondak, Jeffery J.; Hibbing, Matthew V.; Canache, Damaris; Seligson, Mitchell A.; Anderson, Mary R. (2010): Personality and Civic Engagement: An Integrative Framework for the Study of Trait Effects on Political Behavior. In: *American Political Science Review* 104 (1), S. 85–110.
- Mondak, Jeffery J. (2001): Developing Valid Knowledge Scales. In: *American Journal of Political Science* 45 (1), S. 224–238.
- Morgenstern, Scott; Zechmeister, Elisabeth (2001): Better the Devil You Know Than the Saint You Don't? Risk Propensity and Vote Choice in Mexico. In: *Journal of Politics* 63 (1), S. 93–119.
- Morisi, Davide (2016): Voting Under Uncertainty: The Effect of Information in the Scottish Independence Referendum. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* 26 (3), S. 354–372.
- Morisi, Davide (2018): Choosing the Risky Option. Information and Risk Propensity in Referendum Campaigns. In: *Public Opinion Quarterly* 82 (3), S. 447–469.
- Morisi, Davide; Colombo, Céline; de Angelis, Andrea (2019): Who Is Afraid of a Change? Ideological Differences in Support for the Status Quo in Direct Democracy. In: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* (Online-Voraberoeffentlichung). DOI: 10.1080/17457289.2019.1698048.

- Mousavi, Shabnam; Gigerenzer, Gerd (2014): Risk, Uncertainty, and Heuristics. In: *Journal of Business Research* 67 (8), S. 1671–1678.
- Murray, Henry A. (1938): *Explorations in Personality*. Oxford: Oxford University Press.
- Mutz, Diana C. (2006): *Hearing the Other Side: Deliberative versus Participatory Democracy*. New York: Cambridge University Press.
- Mutz, Diana C.; Mondak, Jeffery J. (2006): The Workplace as a Context for Cross-Cutting Political Discourse. In: *The Journal of Politics* 68 (1), S. 140–155.
- Mylonas, Yiannis (2019): *The 'Greek Crisis' in Europe: Race, Class, and Politics*. Leiden: Brill.
- Nadeau, Richard; Martin, Pierre; Blais, André (1999): Attitude Toward Risk-Taking and Individual Choice in the Quebec Referendum on Sovereignty. In: *British Journal of Political Science* 29 (3), S. 523–539.
- Naoi, Megumi; Kume, Ikuo (2011): Explaining Mass Support for Agricultural Protectionism: Evidence from a Survey Experiment During the Global Recession. In: *International Organization* 65 (4), S. 771–795.
- Naoi, Megumi; Kume, Ikuo (2015): Workers or Consumers? A Survey Experiment on the Duality of Citizens' Interests in the Politics of Trade. In: *Comparative Political Studies* 48 (10), S. 1293–1317.
- Nelson, Thomas; Oxley, Zoe M.; Clawson, Rosalee A. (1997a): Toward a Psychology of Framing Effects. In: *Political Behavior* 19 (3), S. 221–246.
- Nelson, Thomas E.; Clawson, Rosalee A.; Oxley, Zoe M. (1997b): Media Framing of a Civil Liberties Conflict and Its Effect on Tolerance. In: *American Political Science Review* 91 (3), S. 567–583.
- Neuberg, Steven L.; Newsom, Jason T. (1993): Personal Need for Structure: Individual Differences in the Desire for Simpler Structure. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 65 (1), S. 113–131.
- Neuman, W. Russell (1986): *The Paradox of Mass Politics: Knowledge and Opinion in the American Electorate*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Nicholson, Nigel; Soane, Emma; Fenton-O'Creevy, Mark; Willman, Paul (2005): Personality and Domain-Specific Risk-Taking. In: *Journal of Risk Research* 8 (2), S. 157–176.
- Nordgren, Loran F.; van Harreveld, Frenk; van der Pligt, Joop (2006): Ambivalence, Discomfort, and Motivated Information Processing. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 42 (2), S. 252–258.
- Nuss, Sabine (2019): *Keine Enteignung ist auch keine Lösung: Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums*. Berlin: Dietz Berlin.
- Ohira, Hideki; Winton, Ward M.; Oyama, Makiko (1998): Effects of Stimulus Valence on Recognition Memory and Endogenous Eyeblinks: Further Evidence for Positive-Negative Asymmetry. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 24 (9), S. 986–993.
- O'Rourke, Kevin H.; Sinnott, Richard (2001): The Determinants of Individual Trade Policy Preferences: International Survey Evidence. In: Susan M. Collins und Dani Rodrik (Hg.): *Brookings Trade Forum*. Washington, DC: Brookings Institution Press, S. 157–206.
- Otto, Kim; Köhler, Andreas (2016): *Die Berichterstattung deutscher Medien in der griechischen Staatsschuldenkrise. Studie im Auftrag des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung*. IMK Study 45. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Oxley, Douglas R.; Smith, Kevin B.; Alford, John R.; Hibbing, Matthew V.; Miller, Jennifer L.; Scalora, Mario et al. (2008): Political Attitudes Vary With Physiological Traits. In: *Science* 321 (5896), S. 1667–1670.
- Pattie, Charles; Johnston, Ron (2017): Sticking to the Union? Nationalism, Inequality and Political Disaffection and the Geography of Scotland's 2014 Independence Referendum. In: *Regional and Federal Studies* 27 (1), S. 83–96.
- Paunonen, Sampo V.; Jackson, Douglas N. (1996): The Jackson Personality Inventory and the Five-Factor Model of Personality. In: *Journal of Research in Personality* 30 (1), S. 42–59.
- Pausch, Robert (2019): Macht er die SPD zur SED? In: *Die Zeit*, 03.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/kevin-kuehnert-spd-sozialismus-pragmatismus-wahlkampf>, zuletzt geprüft am 20.09.2020.
- Pedroni, Andreas; Frey, Renato; Bruhin, Adrian; Dutilh, Gilles; Hertwig, Ralph; Rieskamp, Jörg (2017): The Risk Elicitation Puzzle. In: *Nature Human Behaviour* 1 (11), S. 803–809.
- Peffley, Mark A.; Hurwitz, Jon (1985): A Hierarchical Model of Attitude Constraint. In: *American Journal of Political Science* 29 (4), S. 871–890.
- Perko, Tanja; van Gorp, Baldwin; Turcanu, Catrinel; Thijssen, Peter; Carle, Benny (2013): Communication in Nuclear Emergency Preparedness: A Closer Look at Information Reception. In: *Risk Analysis* 33 (11), S. 1987–2001.

- Petersen, Michael Bang; Skov, Martin; Serritzlew, Søren; Ramsøy, Thomas (2013): Motivated Reasoning and Political Parties. Evidence for Increased Processing in the Face of Party Cues. In: *Political Behavior* 35 (4), S. 831–854.
- Peterson, Steven A.; Lawson, Robert (1989): Risky Business: Prospect Theory and Politics. In: *Political Psychology* 10 (2), S. 325–339.
- Petty, Richard E.; Cacioppo, John T. (1981): Attitudes and Persuasion: Classic and Contemporary Approaches. Dubuque, IA: Brown.
- Petty, Richard E.; Cacioppo, John T. (1986): The Elaboration Likelihood Model of Persuasion. In: Leonard Berkowitz (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*. London: Academic Press, S. 123–205.
- Picard, Robert G. (Hg.) (2015): *The Euro Crisis in the Media. Journalistic Coverage of Economic Crisis and European Institutions*. London: I.B. Tauris.
- Pickel, Gert (2011): Zwischen beständigen Differenzen und überraschenden Angleichungen - Einstellungen, (A-)Religiosität und politische Kultur. In: Astrid Lorenz (Hg.): *Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 169–188.
- Price, Vincent; Zaller, John (1993): Who Gets the News? Alternative Measures of News Reception and Their Implications for Research. In: *Public Opinion Quarterly* 57 (2), S. 133–164.
- Priester, Joseph R.; Petty, Richard E. (1996): The Gradual Threshold Model of Ambivalence: Relating the Positive and Negative Bases of Attitudes to Subjective Ambivalence. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 71 (3), S. 431–449.
- Prior, Markus (2009): Improving Media Effects Research through Better Measurement of News Exposure. In: *The Journal of Politics* 71 (3), S. 893–908.
- Putz, Alexander (2017): *Das Eigentumsrecht in Deutschland und der VR China*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Quattrone, George A.; Tversky, Amos (1988): Contrasting Rational and Psychological Analyses of Political Choice. In: *American Political Science Review* 82 (3), S. 719–736.
- Rammstedt, Beatrice; Kemper, Christoph J.; Klein, Mira Céline; Beierlein, Constanze; Kovaleva, Anastasiya (2013): A Short Scale for Assessing the Big Five Dimensions of Personality: 10 Item Big Five Inventory (BFI-10). In: *methods, data, analyses* 2 (2).
- Rankin, David M. (2001): Identities, Interests, and Imports. In: *Political Behavior* 23 (4), S. 351–376.
- Rathbun, Brian C.; Powers, Kathleen E.; Anders, Therese (2019): Moral Hazard: German Public Opinion on the Greek Debt Crisis. In: *Political Psychology* 40 (3), S. 523–541.
- Rathburn, Brian (2016): Wedges and Widgets: Liberalism, Libertarianism, and the Trade Attitudes of the American Mass Public and Elites. In: *Foreign Policy Analysis* 12 (1), S. 85–108.
- Redlawsk, David P.; Lau, Richard R. (2013): Behavioral Decision-Making. In: Leonie Huddy, David O. Sears und Jack S. Levy (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Psychology*. 2. Auflage. Oxford: Oxford University Press, S. 130–164.
- Rehm, Philipp (2016): *Risk Inequality and Welfare State*. New York: Cambridge University Press.
- Renn, Ortwin (1998): The Role of Risk Perception for Risk Management. In: *Reliability Engineering & System Safety* 59 (1), S. 49–62.
- Renn, Ortwin; Burns, William J.; Kasperson, Jeanne X.; Kasperson, Roger E.; Slovic, Paul (1992): The Social Amplification of Risk: Theoretical Foundations and Empirical Applications. In: *Journal of Social Issues* 48 (4), S. 137–160.
- Reynaud, Arnaud; Couture, Stéphane (2012): Stability of Risk Preference Measures: Results From a Field Experiment on French Farmers. In: *Theory and Decision* 73 (2), S. 203–221.
- Rho, Sungmin; Tomz, Michael (2017): Why Don't Trade Preferences Reflect Economic Self-Interest? In: *International Organization* 71 (S1), 85–108.
- Riemann, Rainer; Angleitner, Alois; Strelau, Jan (1997): Genetic and Environmental Influences on Personality: A Study of Twins Reared Together Using the Self- and Peer Report NEO-FFI Scales. In: *Journal of Personality* 65 (3), S. 449–475.
- Riemann, Rainer; Grubich, Claudia; Hempel, Susanne; Mergl, Susanne; Richter, Manfred (1993): Personality and Attitudes Towards Current Political Topics. In: *Personality and Individual Differences* 15 (3), S. 313–321.
- Rodrik, Dani (1995): Political Economy of Trade Policy. In: Gene M. Grossmann und Kenneth Rogoff (Hg.): *Handbook of International Economics, Volume 3*. Amsterdam: Elsevier Science Publishers, S. 1457–1494.
- Roe, Brian E.; Tilley, Michael R.; Gu, Howard H.; Beversdorf, David Q.; Sadee, Wolfgang; Haab, Timothy C.; Papp, Audrey C. (2009): Financial and Psychological Risk Attitudes Associated with Two

- Single Nucleotide Polymorphisms in the Nicotine Receptor (CHRNA4) Gene. In: *PloS One* 4 (8), e6704.
- Rogowski, Ronald (1989): *Commerce and Coalitions: How Trade Affects Domestic Political Alignments*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Roiser, Jonathan P.; Martino, Benedetto de; Tan, Geoffrey C. Y.; Kumaran, Dharshan; Seymour, Ben; Wood, Nicholas W.; Dolan, Raymond J. (2009): A Genetically Mediated Bias in Decision Making Driven by Failure of Amygdala Control. In: *The Journal of Neuroscience* 29 (18), S. 5985–5991.
- Rokeach, Milton (1973): *The Nature of Human Values*. New York: Free Press.
- Roller, Edeltraud (2010): Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. Gibt es Anzeichen für eine abnehmende Differenz? In: Peter Krause und Ilona Ostner (Hg.): *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010*. Frankfurt a.M./New York: Campus, S. 597–614.
- Roose, Jochen; Sommer, Moritz; Scholl, Franziska (2018): Verantwortungszuschreibungen in der Eurozonen-Krise. In: Jochen Roose, Moritz Sommer und Franziska Scholl (Hg.): *Europas Zivilgesellschaft in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Protest, Resilienz und Kämpfe um Deutungshoheit*. Wiesbaden: Springer VS, S. 43–73.
- Roßteutscher, Sigrid; Schmitt-Beck, Rüdiger; Schoen, Harald; Weißels, Bernhard; Wolf, Christof (2018): Wiederholungsbefragte der Wahlkampf-Panels zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6827 Datenfile Version 1.0.0. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.4232/1.13129>.
- Rothenberg, Christian; Stratmann, Klaus (2019): „Verirrter Fantast“, „Was hat der geraucht?“ – Große Empörung über Kühnert-Aussagen. In: *Handelsblatt*, 02.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umstrittenes-interview-verirrter-fantast-was-hat-der-geraucht-grosse-empoeuerung-ueber-kuehnert-aussagen/24278210.html?ticket=ST-1666954-UGIXNJVvNQJFra5I7Jwi-ap3>, zuletzt geprüft am 20.09.2020.
- Rudnik, Agatha; Schoen, Harald (2015): Mehr als ökonomisches Kalkül? Zu den Bestimmungsfaktoren von auf die Eurokrise bezogenen Performanzbewertungen und Policy-Präferenzen. In: Heiko Giebler und Aiko Wagner (Hg.): *Wirtschaft, Krise und Wahlverhalten*. Baden-Baden: Nomos, S. 139–164.
- Saalfeld, Thomas; Zohlnhöfer, Reimut (2019): Die Große Koalition 2013–2017: Eine Koalition der „Getriebenen“? In: Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld (Hg.): *Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013-2017*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–13.
- Samuelson, William; Zeckhauser, Richard (1988): Status Quo Bias in Decision Making. In: *Journal of Risk and Uncertainty* 1 (1), S. 7–59.
- Schaffer, Lena M.; Spilker, Gabriele (2019): Self-Interest Versus Sociotropic Considerations: An Information-based Perspective to Understanding Individuals’ Trade Preferences. In: *Review of International Political Economy* 26 (6), S. 1266–1292.
- Scheufele, Dietram (2000): Agenda-Setting, Priming, and Framing Revisited: Another Look at Cognitive Effects of Political Communication. In: *Mass Communication & Society* 3 (2&3), S. 297–316.
- Scheve, Kenneth F.; Slaughter, Matthew J. (2001): What Determines Individual Trade-Policy Preferences? In: *Journal of International Economics* 54 (2), S. 267–292.
- Schmidt, Manfred G. (2004): *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Schmidt, Manfred G. (2008): *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 4. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitz, Gregor Peter (2015): Hilfsprogramme auch nach einem Grexit. In: *Handelsblatt*, 18.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.wiwo.de/politik/europa/spd-chef-sigmar-gabriel-hilfsprogramme-auch-nach-einem-grexit/11934992.html>, zuletzt geprüft am 09.01.2021.
- Schneider, Sandra L.; Lopes, Lola L. (1986): Reflection in Preferences under Risk: Who and When May Suggest Why. In: *Journal of Experimental Psychology: Human Perception and Performance* 12 (4), S. 535–548.
- Schoen, Harald (2006): Der demokratische Musterbürger als Normalfall? Kognitionspsychologische Einblicke in die black box politischer Meinungsbildung. In: *Politische Vierteljahresschrift* 47 (1), S. 89–101.
- Schoen, Harald (2007): Personality Traits and Foreign Policy Attitudes in German Public Opinion. In: *Journal of Conflict Resolution* 51 (3), S. 408–430.
- Schoen, Harald; Rattinger, Hans; Preißinger, Maria; Gavras, Konstantin; Steinbrecher, Markus (2017): *Election Campaigns and Voter Decision-Making in a Multi-Party System. The 2009 and 2013 German Federal Elections*. Baden-Baden: Nomos.

- Schoen, Harald; Schumann, Siegfried (2007): Personality Traits, Partisan Attitudes, and Voting Behavior. Evidence from Germany. In: *Political Psychology* 28 (4), S. 471–498.
- Schuck, Andreas R. T.; de Vreese, Claes H. (2006): Between Risk and Opportunity: News Framing and its Effects on Public Support for EU Enlargement. In: *European Journal of Communication* 21 (1), S. 5–32.
- Schumann, Siegfried; Schoen, Harald (Hg.) (2005): Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schuster, Thomas (2016): Austritt und Ausschluss aus der Europäischen Währungsunion. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Schwartz, Shalom H. (1992): Universals in the Content and Structure of Values: Theoretical Advances and Empirical Tests in 20 Countries. In: Mark P. Zanna (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*, Bd. 25. Orlando, FL: Academic Press, S. 1–65.
- Sears, David O.; Funk, Carolyn L. (1991): The Role of Self-Interest in Social and Political Attitudes. In: Mark P. Zanna (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*, Bd. 24. San Diego: Academic Press, S. 1–91.
- Seelinger, Martin (2019): Enteignungen im Spannungsfeld von Kapitalismus und Demokratie. In: *Pop. Kultur und Kritik* 8 (2), S. 84–89.
- Shah, James; Higgins, E. Tory (1997): Expectancy $\times$ Value Effects: Regulatory Focus as Determinant of Magnitude and Direction. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 73 (3), S. 447–458.
- Shapira, Zur (1995): Risk Taking: A Managerial Perspective. New York: Russell Sage Foundation.
- Sherman, Ryne A.; Nave, Christopher S.; Funder, David C. (2013): Situational Construal Is Related to Personality and Gender. In: *Journal of Research in Personality* 47 (1), S. 1–14.
- Shook, Natalie J.; Fazio, Russell H. (2009): Political Ideology, Exploration of Novel Stimuli, and Attitude Formation. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 45 (4), S. 995–998.
- Siegrist, Michael; Cousin, Marie-Eve; Kastenholz, Hans; Wiek, Arnim (2007): Public Acceptance of Nanotechnology Foods and Food Packaging: The Influence of Affect and Trust. In: *Appetite* 49 (2), S. 459–466.
- Siegrist, Michael; Cvetkovich, George; Roth, Claudia (2000): Salient Value Similarity, Social Trust, and Risk/Benefit Perception. In: *Risk Analysis* 20 (3), S. 353–362.
- Siegrist, Michael; Earle, Timothy C.; Gutscher, Heinz (2003): Test of a Trust and Confidence Model in the Applied Context of Electromagnetic Field (EMF) Risks. In: *Risk Analysis* 23 (4), S. 705–716.
- Siegrist, Michael; Keller, Carmen; Kiers, Henk A. L. (2005): A New Look at the Psychometric Paradigm of Perception of Hazards. In: *Risk Analysis* 25 (1), S. 211–222.
- Simon, Herbert A. (1955): A Behavioral Model of Rational Choice. In: *Quarterly Journal of Economics* 69 (1), S. 99–118.
- Simon, Herbert A. (1956): Rational Choice and the Structure of the Environment. In: *Psychological Review* 63 (2), S. 129–138.
- Simon, Herbert A. (1990): Invariants of Human Behavior. In: *Annual Review of Psychology* 41, S. 1–19.
- Sitkin, Sim B.; Pablo, Amy L. (1992): Reconceptualizing the Determinants of Risk Behavior. In: *The Academy of Management Review* 17 (1), S. 9–38.
- Sitkin, Sim B.; Weingart, Laurie R. (1995): Determinants of Risky Decision-Making Behavior: A Test of the Mediating Role of Risk Perceptions and Propensity. In: *The Academy of Management Journal* 38 (6), S. 1573–1592.
- Sjöberg, Lennart (2001): Political Decisions and Public Risk Perception. In: *Reliability Engineering & System Safety* 72 (2), S. 115–123.
- Sjöberg, Lennart (2003): Risk Perception, Emotion and Policy: The Case of Nuclear Technology. In: *European Review* 11 (1), S. 109–128.
- Slooman, Steven A. (1996): The Empirical Case for Two Systems of Reasoning. In: *Psychological Bulletin* 119 (1), S. 3–22.
- Slovic, Paul (1987): Perception of Risk. In: *Science* 236 (4799), S. 280–285.
- Slovic, Paul (1992): Perceptions of Risk: Reflections on the Psychometric Paradigm. In: Sheldon Krimsky und Dominic Golding (Hg.): *Social Theories of Risk*. Westport, Conn.: Praeger, S. 117–152.
- Slovic, Paul (1993): Perceived Risk, Trust, and Democracy. In: *Risk Analysis* 13 (6), S. 675–682.
- Slovic, Paul (1999): Trust, Emotion, Sex, Politics, and Science: Surveying the Risk-Assessment Battlefield. In: *Risk Analysis* 19 (4), S. 689–701.
- Slovic, Paul; Finucane, Melissa L.; Peters, Ellen; MacGregor, Donald G. (2002): The Affect Heuristic. In: Thomas Gilovich, Dale Griffin und Daniel Kahneman (Hg.): *Heuristics and Biases: The Psychology of Intuitive Judgment*. New York: Cambridge University Press, S. 397–420.

- Slovic, Paul; Finucane, Melissa L.; Peters, Ellen; MacGregor, Donald G. (2004): Risk as Analysis and Risk as Feelings: Some Thoughts About Affect, Reason, Risk, and Rationality. In: *Risk Analysis* 24 (2), S. 311–322.
- Slovic, Paul; Fischhoff, Baruch; Lichtenstein, Sarah (1982): Why Study Risk Perception? In: *Risk Analysis* 2 (2), S. 83–93.
- Slovic, Paul; Peters, Ellen (2006): Risk Perception and Affect. In: *Current Directions in Psychological Science* 15 (6), S. 322–325.
- Sniderman, Paul M. (2000): Taking Sides: A Fixed Choice Theory of Political Reasoning. In: Arthur Lupia, Mathew D. McCubbins und Samuel L. Popkin (Hg.): *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 67–84.
- Sniderman, Paul M.; Brody, Richard A.; Tetlock, Philip E. (1991): *Reasoning and Choice. Explorations in Political Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sniderman, Paul M.; Theriault, Sean M. (2004): The Structure of Political Argument and the Logic of Issue Framing. In: Willem E. Saris und Paul M. Sniderman (Hg.): *Studies in Public Opinion. Attitudes, Nonattitudes, Measurement Error, and Change*. Princeton: Princeton University Press, S. 133–165.
- Soroka, Stuart (2006): Good News and Bad News: Asymmetric Responses to Economic Information. In: *The Journal of Politics* 68 (2), S. 372–385.
- Soroka, Stuart; McAdams, Stephen (2015): News, Politics, and Negativity. In: *Political Communication* 32 (1), S. 1–22.
- Stadtmüller, Sven (2009): Weniger Befragte, schlechtere Ergebnisse? Die Wirkungen der Panelmortalität. In: Harald Schoen, Hans Rattinger und Oscar W. Gabriel (Hg.): *Vom Interview zur Analyse: methodische Aspekte der Einstellungs- und Wahlforschung*. Baden-Baden: Nomos, S. 111–130.
- Steenbergen, Marco R.; Brewer, Paul R. (2004): The Not-So-Ambivalent Public. In: Willem E. Saris und Paul M. Sniderman (Hg.): *Studies in Public Opinion. Attitudes, Nonattitudes, Measurement Error, and Change*. Princeton: Princeton University Press, S. 93–130.
- Steenbergen, Marco R.; Siczek, Tomasz (2017): Better the Devil You Know? Risk-Taking, Globalization and Populism in Great Britain. In: *European Union Politics* 18 (1), S. 119–136.
- Steinberg, Laurence (2007): Risk Taking in Adolescence: New Perspectives From Brain and Behavioral Science. In: *Current Directions in Psychological Science* 16 (2), S. 55–59.
- Steiner, Nils D. (2018): Attitudes Towards the Transatlantic Trade and Investment Partnership in the European Union: The Treaty Partner Heuristic and Issue Attention. In: *European Union Politics* 19 (2), S. 255–277.
- Stenner, Karen (2005): *The Authoritarian Dynamic*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Stolper, Wolfgang F.; Samuelson, Paul A. (1941): Protection and Real Wages. In: *The Review of Economic Studies* 9 (1), S. 58–73.
- Sturgis, Patrick; Allum, Nick; Smith, Patten (2008): An Experiment on the Measurement of Political Knowledge in Surveys. In: *Public Opinion Quarterly* 72 (1), S. 90–102.
- SZ (2015): Verheerend für Griechen, große Nachteile für EU. In: *Süddeutsche Zeitung* 2015, 13.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/debatte-um-grexit-verheerend-fuer-griechen-grosse-nachteile-fuer-eu-1.2519730>, zuletzt geprüft am 08.09.2020.
- SZ (2019a): Enteignungen sind nun wirklich sozialistische Ideen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 08.04.2019. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/enteignung-habeck-kritik-1.4400711>, zuletzt geprüft am 23.09.2020.
- SZ (2019b): SPD distanziert sich von Kühnert. In: *Süddeutsche Zeitung*, 02.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/kevin-kuehnert-bmw-sozialismus-1.4429163>, zuletzt geprüft am 20.09.2020.
- Taber, Charles S.; Lodge, Milton (2006): Motivated Skepticism in the Evaluation of Political Beliefs. In: *American Journal of Political Science* 50 (3), S. 755–769.
- Tagesschau (2015a): Wenige Tage bis zum "Grexit"?, 25.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/grexit-131.html>, zuletzt geprüft am 18.08.2020.
- Tagesschau (2015b): Blitzumfrage für ARD-DeutschlandTrend. Klares Votum für Athen im Euro, 13.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-griechenland-101.html>, zuletzt geprüft am 16.08.2020.
- Tagesschau (2018): Eine Gefahr für den Welthandel, 02.03.2018. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/stahl-strafoelle-reaktionen-101.html>, zuletzt geprüft am 10.02.2021.
- Tajfel, Henri (1981): *Human Groups and Social Categories*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tajfel, Henri; Turner, John (1986): An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: William G. Austin und Stephen Worchel (Hg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey: Brooks/Cole, S. 33–47.

- Teorell, Jan; Sum, Paul; Tobiasen, Mette (2007): Participation and Political Equality: An Assessment of Large-Scale Democracy. In: Jan W. van Deth, José Ramón Montero und Anders Westholm (Hg.): *Citizenship and Involvement in European Democracies: A Comparative Analysis*. New York: Routledge, S. 384–414.
- Teperoglou, Efthimia; Tsatsanis, Emmanouil (2011): A New Divide? The Impact of Globalisation on National Party Systems. In: *West European Politics* 34 (6), S. 1207–1228.
- Terpstra, Teun (2011): Emotions, Trust, and Perceived Risk: Affective and Cognitive Routes to Flood Preparedness Behavior. In: *Risk Analysis* 31 (10), S. 1658–1675.
- Tetlock, Philip E. (2000): Coping With Trade-offs: Psychological Constraints and Political Implications. In: Arthur Lupia, Mathew D. McCubbins und Samuel L. Popkin (Hg.): *Elements of Reason: Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 239–263.
- Thaler, Richard (1980): Toward a Positive Theory of Consumer Choice. In: *Journal of Economic Behavior and Organization* 1 (1), S. 39–60.
- Thompson, Megan M.; Naccarato, Michael E.; Parker, Kevin C.H.; Moskowitz, Gordon B. (2001): The Personal Need for Structure and Personal Fear of Invalidity Measures: Historical Perspectives, Current Applications, and Future Directions. In: Gordon B. Moskowitz (Hg.): *Cognitive Social Psychology: The Princeton Symposium on the Legacy and Future of Social Cognition*. Mahwah, NJ: Erlbaum, S. 19–39.
- Tiede, Peter (2019): Die SPD hat mehr als ein Kühnert-Problem. In: *Bild*, 02.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/kommentar-die-spd-hat-mehr-als-ein-kuehnert-problem-61613720.bild.html>, zuletzt geprüft am 20.09.2019.
- Tomiura, Eiichi; Ito, Banri; Mukunoki, Hiroshi; Wakasugi, Ryuhei (2016): Individual Characteristics, Behavioral Biases, and Trade Policy Preferences: Evidence from a Survey in Japan. In: *Review of International Economics* 24 (5), S. 1081–1095.
- Tourangeau, Roger; Rips, Lance J.; Rasinski, Kenneth A. (2000): *The Psychology of Survey Response*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Trumbo, Craig W. (2002): Information Processing and Risk Perception: An Adaptation of the Heuristic-Systematic Model. In: *Journal of Communication* 52 (2), S. 367–382.
- Turner, John; Hogg, Michael A.; Oakes, Penelope J.; Reicher, Stephen D.; Wetherell, Magret S. (1987): *Rediscovering the Social Group: A Self-Categorization Theory*. Oxford: Basil Blackwell.
- Tversky, Amos; Kahneman, Daniel (1982): Availability: A Heuristic for Judging Frequency and Probability. In: Daniel Kahneman, Paul Slovic und Amos Tversky (Hg.): *Judgement Under Uncertainty: Heuristics and Biases*. New York: Cambridge University Press, S. 163–189.
- van der Linden, Sander (2015): The Social-Psychological Determinants of Climate Change Risk Perceptions: Towards a Comprehensive Model. In: *Journal of Environmental Psychology* 41, S. 112–124.
- van Deth, Jan W. (2014): A Conceptual Map of Political Participation. In: *Acta Politica* 49 (3), S. 349–367.
- van Harreveld, Frenk; Rutjens, Bastiaan T.; Rotteveel, Mark; Nordgren, Loran F.; van der Pligt, Joop (2009): Ambivalence and Decisional Conflict as a Cause of Psychological Discomfort: Feeling Tense Before Jumping Off the Fence. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 45 (1), S. 167–173.
- van Winsen, Frankwin; de Mey, Yann; Lauwers, Ludwig; van Passel, Steven; Vancauteren, Mark; Wauters, Erwin (2016): Determinants of Risk Behaviour: Effects of Perceived Risks and Risk Attitude on Farmer's Adoption of Risk Management Strategies. In: *Journal of Risk Research* 19 (1), S. 56–78.
- Vavreck, Lynn (2007): The Exaggerated Effects of Advertising on Turnout: The Dangers of Self-Reports. In: *Quarterly Journal of Political Science* 2 (4), S. 325–343.
- Vecchione, Michele; Caprara, Gian Vittorio (2009): Personality Determinants of Political Participation: The Contribution of Traits and Self-efficacy Beliefs. In: *Personality and Individual Differences* 46 (4), S. 487–492.
- Verba, Sidney; Scholzman, Kay Lehman; Brady, Henry E. (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Vertzberger, Yaacov Y. I. (1995): Rethinking and Reconceptualizing Risk in Foreign Policy Decision-Making: A Sociocognitive Approach. In: *Political Psychology* 16 (2), S. 347–380.
- Vertzberger, Yaacov Y. I. (1998): Making and Taking Risky Decisions. In: *Cooperation and Conflict* 33 (1), S. 5–34.
- Vischers, Vivianne H. M.; Siegrist, Michael (2018): Differences in Risk Perception Between Hazards and Between Individuals. In: Martina Raue, Eva Lerner und Bernhard Streicher (Hg.):

- Psychological Perspectives on Risk and Risk Analysis. Theory, Models, and Applications. Cham: Springer International Publishing, S. 63–80.
- Vitriol, Joseph A.; Larsen, Erik Gahner; Ludeke, Steven G. (2019): The Generalizability of Personality Effects in Politics. In: *European Journal of Personality* 33 (6), S. 631–641.
- Vliegenthart, Rens; Schuck, Andreas R.; Boomgaarden, Hajo G.; de Vreese, Claes H. (2008): News Coverage and Support for European Integration, 1990–2006. In: *International Journal of Public Opinion Research* 20 (4), S. 415–439.
- Volz, Kirsten G.; Gigerenzer, Gerd (2012): Cognitive Processes in Decisions Under Risk Are Not the Same as in Decisions Under Uncertainty. In: *Frontiers in Neuroscience* 6 (Artikel 105).
- Wagner, Markus; Aichholzer, Julian; Eberl, Jakob-Moritz; Meyer, Thomas; Berk, Nicolai; Büttner, Nico et al. (2018): AUTNES Online Panel Study 2017, Version 3.2, Wien: AUSSDA.
- Walter, Stefanie (2021): The Backlash against Globalization. In: *Annual Review of Political Science* 24 (Online-Vorabveröffentlichung). DOI: 10.1146/annurev-polisci-041719-102405.
- Weber, Elke U. (2010): Risk Attitude and Preference. In: *Wiley Interdisciplinary Reviews: Cognitive Science* 1 (1), S. 79–88.
- Weber, Elke U.; Blais, André; Betz, Nancy E. (2002): A Domain-specific Risk-attitude Scale: Measuring Risk Perceptions and Risk Behaviors. In: *Journal of Behavioral Decision Making* 15 (4), S. 263–290.
- Weber, Elke U.; Milliman, Richard A. (1997): Perceived Risk Attitudes: Related Risk Perception to Risky Choice. In: *Management Science* 43 (2), S. 123–144.
- Webster, Donna M.; Kruglanski, Arie W. (1994): Individual Differences in Need for Cognitive Closure. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 67 (6), S. 1049–1062.
- Weiß, Johann; Sachs, Andreas; Weinelt, Heidrun (2018): Globalisierungsreport 2018. Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung? Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Wendler, Frank (2019): Deutsche Europapolitik. Zur Expansion der parteipolitischen Kontroverse im parlamentarischen Diskurs. In: Reimut Zohlnhöfer und Thomas Saalfeld (Hg.): Zwischen Stillstand, Politikwandel und Krisenmanagement. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2013–2017. Wiesbaden: Springer VS, S. 591–618.
- Wetzel, Eunike; Carstensen, Claus H. (2017): Multidimensional Modeling of Traits and Response Styles. In: *European Journal of Psychological Assessment* 33 (5), S. 352–364.
- Wildavsky, Aaron; Dake, Karl (1990): Theories of Risk Perception: Who Fears What and Why? In: *Daedalus* 119 (4), S. 41–60.
- Wright, William F.; Bower, Gordon H. (1992): Mood Effects on Subjective Probability Assessment. In: *Organizational Behavior and Human Decision Processes* 52 (2), S. 276–291.
- Yates, Jacques F.; Stone, Eric R. (1992): The Risk Construct. In: Jacques F. Yates (Hg.): Risk-Taking Behavior. New York: John Wiley & Sons, S. 1–25.
- Yechiam, Eldad; Ert, Eyal (2011): Risk Attitude in Decision Making: In Search of Trait-Like Constructs. In: *Topics in Cognitive Science* 3 (1), S. 166–186.
- Zaleskiewicz, Tomasz (2001): Beyond Risk Seeking and Risk Aversion: Personality and the Dual Nature of Economic Risk Taking. In: *European Journal of Personality* 15 (S1), 105–122.
- Zaller, John (1990): Political Awareness, Elite Opinion Leadership, and the Mass Survey Response. In: *Social Cognition* 8 (1), S. 125–153.
- Zaller, John (1992): The Nature and Origin of Mass Opinion. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zaller, John; Feldman, Stanley (1992): A Simple Theory of the Survey Response: Answering Questions versus Revealing Preferences. In: *American Journal of Political Science* 36 (3), S. 579–616.
- Zeit Online (2019): Grüne gegen Enteignungen von Autokonzernen. In: *Die Zeit*, 02.05.2019. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/sozialismus-kevin-kuehnert-jusos-spd-gruene-enteignung-autokonzerne>, zuletzt geprüft am 20.09.2020.
- Zeller, Andrea (2018): Eurorettung um jeden Preis? Die Frage nach der demokratischen Legitimität. Baden-Baden: Nomos.
- Zhang, Don C.; Highhouse, Scott; Nye, Christopher D. (2019): Development and Validation of the General Risk Propensity Scale (GRiPS). In: *Journal of Behavioral Decision Making* 32 (2), S. 152–167.
- Zhang, Lijin; Zhang, Chen; Shang, Li (2016): Sensation-Seeking and Domain-Specific Risk-Taking Behavior Among Adolescents: Risk Perceptions and Expected Benefits as Mediators. In: *Personality and Individual Differences* 101, S. 299–305.
- Zuckerman, Marvin (1979): Sensation Seeking: Beyond the Optimal Level of Arousal. Hillsdale, NJ: John Wiley & Sons.
- Zuckerman, Marvin (1994): Behavioral Expressions and Biosocial Bases of Sensation Seeking. New York: Cambridge University Press.

-
- Zuckerman, Marvin (2007): *Sensation Seeking and Risky Behavior*. Washington, DC: American Psychology Association.
- Zuckerman, Marvin; Kuhlman, D. M. (2000): Personality and Risk-Taking: Common Biosocial Factors. In: *Journal of Personality* 68 (6), S. 999–1029.
- Zydra, Patrick (2015): Pro Grexit: Kein Grund zur Panik. In: *Süddeutsche Zeitung*, 09.06.2015. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/griechenland-pro-grexit-kein-grund-zur-panik-1.2511295>, zuletzt geprüft am 13.09.2020.

Anhang zu Kapitel 3

Verwendete Daten

GLES (2018): Wiederholungsbefragte des Wahlkampf-Panels zu den Bundestagswahlen 2013 und 2017 (GLES). GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6827 Datenfile Version 1.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13129>.

GLES (2020): GLES Panel 2016–2019, Wellen 1–11. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6838 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13598>.

YouGov (2015): Außenpolitikpanel, in Auftrag gegeben von Thomas J. Scotto und Jason Reifler.

Wagner, Markus; Aichholzer, Julian; Eberl, Jakob-Moritz; Meyer, Thomas; Berk, Nicolai; Büttner, Nico; Boomgaarden, Hajo; Kritzinger, Sylvia; Müller, Wolfgang C. (2018): AUTNES Online Panel Study 2017, Version 3.2, Wien: AUSSDA, <https://doi.org/10.11587/I7QIYJ>.

Frageformulierungen und Operationalisierung

GLES-Panel

Risikotoleranz: „Wie schätzen Sie sich ein: Sind Sie im Allgemeinen ein risikobereiter Mensch oder versuchen Sie, Risiken zu vermeiden?“ Elfstufige Antwortvorgabe mit Beschriftung der Skalenendpunkte (gar nicht risikobereit – sehr risikobereit), rekodiert auf den Wertebereich 0 (risikoavers) und 1 (risikobereit).

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1.

Abitur: Dummy-Variable für einen (Fach-)Hochschulabschluss.

Big Five: Extraversion: (1) „Ich gehe aus mir heraus, bin gesellig.“, (2) „Ich bin eher zurückhaltend, reserviert.“, (3) „Ich bin kommunikativ, gesprächig.“; Neurotizismus: (1) „Ich werde leicht nervös und unsicher.“, (2) „Ich mache mir oft Sorgen.“, (3) „Ich bin entspannt, lasse mich durch Stress nicht aus der Ruhe bringen.“; Verträglichkeit: (1) „Ich gehe rücksichtsvoll und freundlich mit anderen um.“, (2) „Ich neige dazu, andere zu kritisieren.“, (3) „Ich bin manchmal etwas grob zu anderen.“; Gewissenhaftigkeit: (1) „Ich bin bequem, neige zur Faulheit.“, (2) „Ich erledige Aufgaben gründlich.“, (3) „Ich arbeite wirksam und effizient.“; Offenheit: (1) „Ich habe eine aktive Vorstellungskraft, bin phantasievoll.“, (2) „Ich habe nur wenig künstlerisches Interesse.“, (3) „Ich bin originell, bringe neue Ideen ein.“ Jeweils fünfstufige Antwortvorgabe, die drei Antworten für jedes Persönlichkeitsmerkmal wurden in einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf den Wert 0 (niedrig) und 1 (hoch) rekodiert.

Bedürfnis nach Gewissheit: (1) „Ich mag keine unvorhersehbaren Situationen.“, (2) „Ich bevorzuge Tätigkeiten, bei denen stets klar ist, was getan und wie es getan werden muss.“, (3) „Ich ziehe Dinge, die ich gewohnt bin, solchen vor, die ich nicht kenne und die ich nicht vorhersagen kann.“ Jeweils fünfstufige Antwortvorgabe. Die Antworten auf die drei Fragen wurden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf einen Wertebereich zwischen 0 (geringes Bedürfnis nach Gewissheit) und 1 (starkes Bedürfnis nach Gewissheit) rekodiert.

Schwartz-Wert: Stimulation: „Im Folgenden werden einige Personen anhand dessen beschrieben, was ihnen wichtig ist. Geben Sie bitte jeweils an, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die beschriebene Person ist.“ (1) „Es ist der Person wichtig, ein aufregendes Leben zu führen. Sie geht gern Risiken

ein. Sie ist immer auf der Suche nach Abenteuern.“ (2) „Es ist der Person wichtig, in ihrem Leben viele verschiedene Dinge zu tun. Sie sucht immer nach neuen Dingen, die sie ausprobieren kann.“ Jeweils sechsstufige Antwortvorgabe, die beiden Antworten wurden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf den Wert 0 (geringes Bedürfnis nach Stimulation) und 1 (starkes Bedürfnis nach Stimulation) rekodiert.

YouGov-Panel

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1.

Abitur: Dummy-Variable für einen (Fach-)Hochschulabschluss.

Big Five: „Lesen Sie bitte die folgenden Aussagen und vergleichen Sie sich hinsichtlich der Aussagen mit Ihren Freunden, Kollegen und den Personen, mit denen Sie regelmäßig Kontakt haben. Inwieweit treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu? Ich sehe mich selbst als jemanden, der...“. Extraversion: (1) „gesprächig ist“, (2) „aus sich herausgeht, gesellig ist“ (3) „immer umtriebig ist“. Neurotizismus: (1) „sich häufig Sorgen macht“, (2) „leicht nervös wird“, (3) „sich von Ereignissen überwältigen lässt“. Verträglichkeit: (1) „anderen leicht vergibt“, (2) „rücksichtsvoll und freundlich zu fast jedem ist“, (3) „an das Gute im Menschen glaubt“. Gewissenhaftigkeit: (1) „Aufgaben gründlich erledigt“, (2) „wirksam und effizient arbeitet“, (3) „seine Versprechen einhält“. Offenheit: (1) „originell ist und stets neue Ideen hat“ (2) „eine lebhaft Fantasia hat“ (3) „Veränderung der Routine vorzieht“. Jeweils fünfstufige Antwortvorgabe, die drei Antworten für jedes Persönlichkeitsmerkmal wurden in einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf den Wert 0 (niedrig) und 1 (hoch) rekodiert.

Bedürfnis nach Gewissheit: (1) „Unvorhersehbare Situationen sind mir unangenehm.“, (2) „Ich bevorzuge Tätigkeiten, bei denen stets klar ist, was getan und wie es getan werden muss.“, (3) „Ich ziehe Dinge, die ich gewohnt bin, solchen vor, die ich nicht kenne und die ich nicht vorhersagen kann.“ Jeweils fünfstufige Antwortvorgabe. Die Antworten auf die drei Fragen wurden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf einen Wertebereich zwischen 0 (geringes Bedürfnis nach Gewissheit) und 1 (starkes Bedürfnis nach Gewissheit) rekodiert.

Schwartz-Wert: Stimulation: „Wir beschreiben Ihnen nun kurz einige Personen. Bitte lesen Sie jede Beschreibung und geben Sie an, inwieweit jede Person Ihnen ähnelt oder nicht.“ (1) „Sie/Er mag es, Risiken einzugehen. Sie/Er sucht stets nach Abenteuern“. (2) „Sie/Er mag Überraschungen. Für sie/ihn ist es wichtig, ein spannendes Leben zu führen“. Jeweils sechsstufige Antwortvorgabe, die beiden Antworten wurden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf den Wert 0 (geringes Bedürfnis nach Stimulation) und 1 (starkes Bedürfnis nach Stimulation) rekodiert.

AUTNES-Panel

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1.

Matura: Dummy-Variable für einen Maturaabschluss.

Bedürfnis nach Gewissheit: „Untenstehend finden Sie gegensätzliche Aussagen, mit denen man Personen beschreiben kann. Welche Aussagen treffen auf Sie persönlich zu? Je weiter links Sie klicken, umso eher trifft die linke Aussage zu, je weiter rechts Sie klicken, umso eher trifft die rechte Aussage zu.“ (1) „Ich kann gut mit Menschen umgehen, die mir völlig fremd sind“ – Ich fühle mich in Gegenwart fremder Menschen unwohl.“ (2) Ich kann gut mit Situationen umgehen, die ich nicht kenne und nicht vorhersagen kann.“ – „Ich bevorzuge Situationen, die ich gewohnt bin und in denen ich mich auskenne.“ (3) „Ich mag Aufgaben, bei denen unklar ist, wie es gemacht werden soll.“ – „Ich bevorzuge Aufgaben, wo klar ist, was und wie es getan werden muss.“ Jeweils fünfstufige Skala mit beschrifteten Endpunkten, die Antworten wurden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf den Wert 0 (gering) und 1 (stark) rekodiert.

Tabelle 18: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 3

	GLES			YouGov			AUTNES		
	MW	SD	N	MW	SD	N	MW	SD	N
Risikotoleranz	0.48	0.25	22008	0.51	0.23	2592	0.49	0.23	2893
Frau	0.53	0.50	22008	0.50	0.50	2592	0.48	0.50	2880
Alter	0.34	0.18	22008	0.43	0.22	2592	0.42	0.21	2695
Abitur/Matura	0.36	0.48	22008	0.28	0.45	2428	0.36	0.48	2893
Big Five: Offenheit	0.64	0.19	21997	0.64	0.19	2583			
Big Five: Gewissenhaftigkeit	0.71	0.16	22000	0.84	0.16	2582			
Big Five: Extraversion	0.58	0.20	22005	0.62	0.21	2582			
Big Five: Verträglichkeit	0.68	0.17	22004	0.71	0.19	2583			
Big Five: Neurotizismus	0.53	0.19	22003	0.43	0.21	2581			
Bedürfnis nach Gewissheit	0.63	0.20	15126	0.60	0.20	2561	0.47	0.22	2314
Schwartz-Wert: Stimulation	0.49	0.23	21908	0.47	0.25	2551			

Anmerkungen: Alle unabhängigen Variablen sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert.

Anhang zu Kapitel 4

Verwendete Daten

GLES (2020): GLES Panel 2016–2019, Wellen 1–11. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6838 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13598>.

Wagner, Markus; Aichholzer, Julian; Eberl, Jakob-Moritz; Meyer, Thomas; Berk, Nicolai; Büttner, Nico; Boomgaarden, Hajo; Kritzinger, Sylvia; Müller, Wolfgang C. (2018): AUTNES Online Panel Study 2017, Version 3.2, Wien: AUSSDA, <https://doi.org/10.11587/I7QIYJ>.

Frageformulierungen und Operationalisierung

GLES-Panel

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1.

Westdeutschland: Rekodiert auf den Wertebereich 0 (Ostdeutschland) und 1 (Westdeutschland).

Bildung: Es wurden jeweils für einen mittleren (Realschulabschluss, Mittlere Reife, Fachschulreife oder Abschluss der polytechnischen Oberschule 10. Klasse) und einen hohen Bildungsabschluss ((Fach-)Abitur) eine Dummy-Variable gebildet.

Politisches Interesse: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (überhaupt nicht) bis 1 (sehr stark).

Internal Efficacy – Verständnis politischer Zusammenhänge: „Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen“. Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (stimme voll und ganz zu) bis 1 (stimme überhaupt nicht zu).

Internal Efficacy – aktive Teilnahme an pol. Gesprächen: „Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen“. Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (stimme voll und ganz zu) bis 1 (stimme überhaupt nicht zu).

Anzahl Gesprächspartner: „Wir möchten Ihnen nun ein paar Fragen zu den Personen stellen, mit denen Sie sich in der vergangenen Woche am häufigsten über Politik unterhalten haben. Die Beantwortung dieser Fragen fällt leichter, wenn Sie an konkrete Personen denken. Bitte tragen Sie die Initialen von bis zu drei Personen ein, mit denen Sie sich in der vergangenen Woche am häufigsten über Politik unterhalten haben.“ Es konnten bis zu drei Personen genannt werden. Rekodiert auf den Wertebereich 0 (keine Person) bis 1 (drei und mehr Personen).

Häufigkeit politischer Gespräche: „An wie vielen Tagen haben Sie sich in der vergangenen Woche mit anderen Personen über Politik unterhalten?“ Die Anzahl der Wochentage wurde auf den Wertebereich von 0 (kein Tag) und 1 (jeden Tag) rekodiert.

Zeitung: „An wie vielen Tagen haben Sie in der vergangenen Woche politische Berichte in den folgenden Zeitungen oder auf deren Internetseiten gelesen?“ Die Anzahl der Tage für die einzelnen Zeitungen wurden aufaddiert und bei sieben Tagen gekappt. Siebenstufige Antwortvorgabe. Die Anzahl der Wochentage wurde auf den Wertebereich von 0 (kein Tag) und 1 (jeden Tag) rekodiert.

Fernsehnachrichten: „An wie vielen Tagen haben Sie in der vergangenen Woche folgende Nachrichtensendungen gesehen oder politische Berichte auf deren Internetseiten gelesen?“ Die Anzahl der Tage

für die einzelnen Fernsehsendungen wurden aufaddiert und bei sieben Tagen gekappt. Siebenstufige Antwortvorgabe. Die Anzahl der Wochentage wurde auf den Wertebereich von 0 (kein Tag) und 1 (jeden Tag) rekodiert.

Politische Online-Nachrichten: „An wie vielen Tagen haben Sie sich in der vergangenen Woche im Internet über Politik informiert?“ Siebenstufige Antwortvorgabe. Die Anzahl der Wochentage wurde auf den Wertebereich von 0 (kein Tag) und 1 (jeden Tag) rekodiert.

Politisches Wissen: Politisches System: (1) „Wie ist das eigentlich bei Bundestagswahlen, welche der beiden Stimmen ist ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Bundestag?“ (richtig: Zweitstimme), (2) „Durch wen wird die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt?“ (richtig: den Bundestag) (3) „Ab wie viel Prozent der Zweitstimmen kann eine Partei auf jeden Fall Abgeordnete in den Bundestag entsenden?“ (richtig: Ab 5 Prozent). Zuordnung Politiker: Angela Merkel (CDU), Björn Höcke (AfD), Katja Kipping (Die Linke), Sigmar Gabriel (SPD), Winfried Kretschmann (Grüne), Wolfgang Schäuble (CDU). Zählindex, der sich für jede korrekte Antwort um 1 erhöht. Anschließend rekodiert auf den Wertebereich 0 „Keine Frage richtig“ und 1 „alle Fragen richtig“.

Politisches Wissen – „Weiß nicht“-Antworten: Zählindex, der abbildet, wie oft bei den zehn Wissensfragen angegeben wurde, die Antwort nicht zu kennen. Rekodiert auf den Wertebereich 0 „Nie“ und 1 „Immer“.

Demonstration: „Wenn Sie einmal an die letzten zwölf Monate zurückdenken, haben Sie da die folgenden Dinge getan, um in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen? Haben Sie...an einer Demonstration teilgenommen?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (ja) und 0 (nein).

Bürgerinitiative: „Wenn Sie einmal an die letzten zwölf Monate zurückdenken, haben Sie da die folgenden Dinge getan, um in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen und Ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen? Haben Sie...in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (ja) und 0 (nein).

Wahlbeteiligung: „Bei der Bundestagswahl am 24. September kamen viele Bürger nicht dazu, ihre Stimme abzugeben oder nahmen aus anderen Gründen nicht an der Wahl teil. Wie war das bei Ihnen?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (gewählt) und 0 (nicht gewählt).

AUTNES-Panel

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1.

Westdeutschland: Rekodiert auf den Wertebereich 0 (Ostdeutschland) und 1 (Westdeutschland).

Bildung: Es wurden jeweils für einen mittleren (Polytechnikum, Berufsschule, BMS) und einen hohen Bildungsabschluss (Matura) eine Dummy-Variable gebildet.

Politisches Interesse: „Einmal ganz allgemein gesprochen: Sind Sie an Politik...sehr interessiert, ziemlich interessiert, wenig interessiert, gar nicht interessiert?“ Rekodiert auf den Wertebereich 0 (überhaupt nicht) bis 1 (sehr stark).

Internal Efficacy – Verständnis politischer Zusammenhänge: „Im Allgemeinen weiß ich recht viel über Politik.“ Fünfstufige Antwortvorgabe. Rekodiert auf den Wertebereich 0 (trifft gar nicht zu) bis 1 (trifft sehr zu).

Anzahl Gesprächspartner: „Von Zeit zu Zeit reden Menschen miteinander über Politik. Wenn Sie an die letzte Woche zurückdenken: Mit wie vielen Personen haben Sie über Politik gesprochen? Das können Verwandte, Ehepartner, Freunde oder Bekannte sein.“ Offene Abfrage, rekodiert auf den Wertebereich 0 (keine Person) bis 1 (drei und mehr Personen).

Zeitung: „Nachstehend finden Sie eine Liste mit verschiedenen Tageszeitungen. An wie vielen Tagen einer normalen Woche lesen Sie im Durchschnitt die gedruckte Ausgabe der jeweiligen Zeitung?“ Neunstufige Antwortvorgabe. Die Anzahl der Tage für die einzelnen Zeitungen wurden aufaddiert und bei sieben Tagen gekappt. Die Anzahl der Wochentage wurde auf den Wertebereich von 0 (kein Tag) und 1 (jeden Tag) rekodiert.

Fernsehnachrichten: „Nachstehend finden Sie eine Liste mit verschiedenen Fernsehnachrichtensendungen. An wie vielen Tagen einer normalen Woche sehen Sie im Durchschnitt die verschiedenen Nachrichtensendungen?“ Neunstufige Antwortvorgabe. Die Anzahl der Tage für die einzelnen Fernsehsendungen wurden aufaddiert und bei sieben Tagen gekappt. Die Anzahl der Wochentage wurde auf den Wertebereich von 0 (kein Tag) und 1 (jeden Tag) rekodiert.

Politische Online-Nachrichten: „Nachstehend finden Sie eine Liste mit verschiedenen Online-Nachrichtenseiten. An wie vielen Tagen einer normalen Woche suchen Sie diese Internetseiten im Durchschnitt auf?“ Neunstufige Antwortvorgabe. Die Anzahl der Tage für die einzelnen Nachrichtenseiten wurden aufaddiert und bei sieben Tagen gekappt. Die Anzahl der Wochentage wurde auf den Wertebereich von 0 (kein Tag) und 1 (jeden Tag) rekodiert.

Politisches Wissen: Politisches System (1) „Ab welchem Alter darf man in Österreich bei Nationalratswahlen wählen?“ (richtig: 16 Jahre), (2) „Wie viel Prozent der Stimmen braucht eine Partei für den Einzug in den Nationalrat? 3%, 4%, 5% oder anderes?“ (richtig: 5 Prozent), Zuordnung Politiker: Hans-Peter Doskozil (SPÖ), Sophie Karmasin (ÖVP), Sonja Hammerschmid (SPÖ), Herbert Kickl (FPÖ). Zählindex, der sich für jede korrekte Antwort um 1 erhöht. Anschließend rekodiert auf den Wertebereich 0 „Keine Frage richtig“ und 1 „alle Fragen richtig“.

Politisches Wissen – „Weiß nicht“-Antworten: Zählindex, der abbildet, wie oft bei den sechs Wissensfragen angegeben wurde, die Antwort nicht zu kennen. Rekodiert auf den Wertebereich 0 „Nie“ und 1 „Immer“.

Demonstration: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie Sie politisch Einfluss nehmen oder Ihre Meinung äußern können. Haben Sie schon einmal... an einer genehmigten Demonstration oder Kundgebung teilgenommen?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (ja) und 0 (nein).

Bürgerinitiative: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie Sie politisch Einfluss nehmen oder Ihre Meinung äußern können. Haben Sie schon einmal... bei einer Bürgerinitiative mitarbeiten?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (ja) und 0 (nein).

Unterschriftensammlung: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie Sie politisch Einfluss nehmen oder Ihre Meinung äußern können. Haben Sie schon einmal... an einer Unterschriftensammlung – auch im Internet – teilnehmen?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (ja) und 0 (nein).

Kontakt mit Politikern: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie Sie politisch Einfluss nehmen oder Ihre Meinung äußern können. Haben Sie schon einmal...persönlich an einen Politiker wenden – auch per Brief oder E-Mail?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (ja) und 0 (nein).

Wahlbeteiligung: „Bei den Nationalratswahlen am 15. Oktober 2017 gab es viele Bürgerinnen und Bürger, die aus guten Gründen nicht an der Wahl teilnehmen konnten oder wollten. Wie war das bei Ihnen, welche der folgenden Aussagen trifft auf Sie zu?“ Rekodiert auf den Wertebereich 1 (gewählt) und 0 (nicht gewählt).

Tabelle 19: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 4

	AUTNES			GLES		
	MW	SD	N	MW	SD	N
Risikotoleranz	0.49	0.24	2893	0.44	0.26	7484
Frau	0.50	0.50	2880	0.51	0.50	7484
Alter	0.42	0.22	2695	0.39	0.19	7484
Niedrige Bildung	0.16	0.36	2861	0.38	0.48	7484
Mittlere Bildung	0.55	0.50	2861	0.30	0.46	7484
Hohe Bildung	0.29	0.45	2861	0.32	0.47	7484
Politisches Interesse	0.60	0.28	2785	0.60	0.26	7481
Internal Efficacy: Verständnis politischer Zusammenhänge	0.56	0.26	2304	0.59	0.24	7438
Internal Efficacy: aktive Teilnahme pol. Gespräch				0.54	0.29	7454
Anzahl Gesprächspartner	0.66	0.39	2314	0.63	0.41	7251
Häufigkeit politische Gespräche				0.32	0.27	7359
Zeitung	0.59	0.44	2587	0.50	0.44	7467
Fernsehnachrichten	0.66	0.42	2587	0.78	0.35	7465
Politische Online-Nachrichten	0.57	0.45	2587	0.50	0.38	7450
Politisches Wissen	0.52	0.29	2893	0.59	0.27	7401
Politisches Wissen: „Weiß nicht“-Antworten	0.16	0.24	2893	0.26	0.24	7401
Demonstration	0.15	0.36	2458	0.14	0.35	7443
Bürgerinitiative	0.08	0.27	2458	0.08	0.27	7449
Wahlbeteiligung	0.93	0.26	2423	0.93	0.25	7463
Unterschriftensammlung	0.48	0.50	2458			
Kontakt mit Politikern	0.22	0.41	2458			

Anmerkungen: Teilnahme an Welle 1–8 im GLES-Panel und Welle 1–6 im AUTNES-Panel. Alle unabhängigen Variablen sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert. Daten gewichtet.

Tabelle 20: Korrelationen zwischen der Risikotoleranz und der politischen Involvement

AUTNES	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
(1) Risikotoleranz	1				
(2) Wissen, politisches System	0.05*	1			
(3) Wissen, Zuordnung Politiker	0.04*	0.18**	1		
(4) Wissen, Anteil „Weiß nicht“	-0.11**	-	-	1	
(5) Politisches Interesse	0.16**	0.14**	0.45**	-0.30**	1
(6) Interne Efficacy	0.20**	0.13**	0.44**	-0.33**	0.62**
N	2304				
GLES	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
(1) Risikotoleranz	1				
(2) Wissen, politisches System	0.03*	1			
(3) Wissen, Zuordnung Politiker	0.05**	0.43**	1		
(4) Wissen, Anteil „Weiß nicht“	-0.10**	-	-	1	
(5) Politisches Interesse	0.16**	0.34**	0.52**	-0.55**	1
(6) Interne Efficacy	0.17**	0.34**	0.44**	-0.46**	0.57**
N	7354				

Anmerkungen: Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. Daten gewichtet.

Tabelle 21: Einfluss der Risikotoleranz auf die Häufigkeit der „Weiß nicht“-Antworten und die selbstberichtete Anzahl der Gesprächspartner

	Politisches Wissen: Häufigkeit 'Weiß nicht'		Anzahl Gesprächspartner	
	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES
Risikotoleranz	-0.57* (0.22)	-0.35** (0.09)	1.20** (0.23)	1.05** (0.10)
Frau	0.80** (0.10)	1.10** (0.05)	-0.45** (0.10)	-0.29** (0.05)
Alter	-1.05** (0.22)	-2.57** (0.16)	1.10** (0.23)	1.40** (0.16)
Bildung: mittel	-0.07 (0.16)	-0.51** (0.06)	-0.18 (0.16)	0.31** (0.07)
Bildung: hoch	-0.69** (0.16)	-1.28** (0.07)	0.04 (0.17)	0.54** (0.07)
cut1	-0.27 (0.20)	-2.42** (0.11)	-0.75** (0.21)	-0.20 (0.11)
cut2	0.62** (0.20)	-1.45** (0.11)	-0.06 (0.21)	0.62** (0.11)
cut3	1.24** (0.21)	-0.68** (0.10)	0.73** (0.21)	1.14** (0.11)
cut4	1.81** (0.22)	0.02 (0.10)		
cut5	2.84** (0.24)	0.72** (0.11)		
cut6	4.45** (0.34)	1.36** (0.11)		
cut7		2.06** (0.12)		
cut8		2.72** (0.13)		
cut9		3.65** (0.18)		
Korr. Pseudo R ²	0.03	0.05	0.02	0.02
N	2651	7401	2283	7251

Anmerkungen: Ordinal logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Daten gewichtet. Das politische Wissen wurden in der ersten (AUTNES) bzw. ersten und zweiten Welle (GLES)

gemessen, die Anzahl der Gesprächspartner in der ersten (GLES) bzw. zweiten Welle (AUTNES). Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Tabelle 22: Mittlerer Einfluss der Risikotoleranz auf die interpersonelle Kommunikation

	Politische Gespräche:		
	Anzahl Gesprächspartner mehr als 2 Personen		Häufigkeit letzte Woche
	AUTNES	GLES	GLES
Risikotoleranz	0.25 (0.04)	0.21 (0.02)	0.12 (0.01)
Frau	-0.08 (0.02)	-0.07 (0.01)	-0.02 (0.01)
Alter	0.29 (0.15)	0.35 (0.05)	0.35 (0.04)
Bildung: mittel	-0.02 (0.02)	0.08 (0.01)	0.06 (0.00)
Bildung: hoch	0.06 (0.02)	0.14 (0.01)	0.12 (0.01)
Konstante			0.09 (0.03)
Korr. R ² /Pseudo R ²	0.02	0.03	0.10
N	2083	6500	6781

Anmerkungen: Dargestellt sind für die abhängige Variable „Anzahl der Gesprächspartner“ die Mittelwerte der durchschnittlichen marginalen Effekte (ordinale logistische Regressionen) und für „Häufigkeit der politischen Gespräche“ Mittelwerte der Regressionskoeffizienten (OLS-Regressionen). Berücksichtigte Wellen: GLES-Panel: 1–8; AUTNES-Panel: 2, 4, 6. Nur Befragte, die an allen Wellen teilgenommen haben. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Tabelle 23: Mittlerer Einfluss der Risikotoleranz auf die Rezeption politischer Nachrichten

	Zeitung		Fernsehnachrichten		Online-Nachrichten	
	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES
Risikotoleranz	0.09 (0.01)	0.11 (0.01)	0.18 (0.01)	0.12 (0.01)	0.13 (0.02)	0.13 (0.01)
Frau	-0.04 (0.01)	-0.12 (0.01)	-0.02 (0.02)	-0.06 (0.02)	-0.12 (0.01)	-0.12 (0.01)
Alter	0.20 (0.22)	0.59 (0.06)	0.38 (0.23)	0.84 (0.11)	-0.16 (0.10)	0.34 (0.06)
Bildung: mittel	-0.07 (0.05)	0.10 (0.01)	-0.05 (0.02)	0.05 (0.01)	0.02 (0.01)	0.09 (0.00)
Bildung: hoch	-0.05 (0.06)	0.19 (0.01)	-0.04 (0.02)	0.06 (0.03)	0.13 (0.01)	0.21 (0.01)
Konstante	0.50 (0.02)	0.11 (0.05)	0.45 (0.13)	0.29 (0.09)	0.54 (0.01)	0.17 (0.05)
N	2260	0.11	2260	0.16	2260	0.11

Anmerkungen: Dargestellt sind Mittelwerte der OLS-Regressionskoeffizienten, Standardfehler (in Klammern) und des korrigierten R². Berücksichtigte Wellen: GLES-Panel: 1, 2–8; AUTNES-Panel: 1, 4. Nur Befragte, die an allen Wellen teilgenommen haben. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Tabelle 24: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung unkonventioneller Partizipationsformen (Logit-Koeffizienten)

	Demonstration		Bürgerinitiative		Unterschriftensammlung
	AUTNES	GLES	AUTNES	GLES	AUTNES
Risikotoleranz	0.52 (0.31)	1.48** (0.16)	0.73 (0.45)	1.12** (0.21)	0.45 (0.26)
Politisches Interesse	1.69** (0.37)	2.17** (0.22)	1.79** (0.49)	2.36** (0.33)	1.15** (0.29)
Politisches Wissen	0.48 (0.32)	0.55** (0.19)	0.49 (0.43)	-0.72** (0.24)	0.82** (0.24)
Internal Efficacy	0.84* (0.40)	0.54* (0.21)	0.54 (0.57)	0.59* (0.29)	0.49 (0.30)
Frau	-0.07 (0.17)	0.10 (0.08)	-0.23 (0.24)	-0.12 (0.11)	0.08 (0.13)
30–39 Jahre	-0.35 (0.27)	-0.48** (0.15)	0.01 (0.41)	-0.43* (0.20)	0.07 (0.20)
40–49 Jahre	0.06 (0.24)	-0.51** (0.14)	-0.01 (0.36)	-0.51** (0.19)	0.13 (0.20)
50–59 Jahre	0.06 (0.25)	-0.51** (0.14)	0.76* (0.35)	-0.51** (0.19)	0.25 (0.20)
60 Jahre und älter	-0.05 (0.25)	-0.92** (0.14)	0.70* (0.35)	-0.43* (0.18)	-0.01 (0.20)
Bildung: mittel	-0.46 (0.26)	0.19 (0.11)	-0.30 (0.37)	0.26 (0.15)	0.19 (0.20)
Bildung: hoch	0.14 (0.27)	0.43** (0.11)	-0.01 (0.37)	0.44** (0.15)	0.81** (0.21)
Konstante	-3.67** (0.45)	-4.34** (0.23)	-4.74** (0.64)	-4.31** (0.31)	-2.17** (0.33)
Korr. Pseudo R ²	0.09	0.11	0.09	0.07	0.08
N	2051	7319	2051	7325	2051

Anmerkungen: Logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. Die abhängigen Variablen wurden in der zweiten Welle (GLES) bzw. fünften Welle (AUTNES) erhoben.

Tabelle 25: Einfluss der Risikotoleranz auf die Nutzung konventioneller Partizipationsformen (Logit-Koeffizienten)

	Wahlbeteiligung		Anschreiben Politiker
	AUTNES	GLES	AUTNES
Risikotoleranz	-0.76 (0.53)	0.27 (0.24)	0.98** (0.31)
Politisches Interesse	1.33* (0.53)	1.36** (0.28)	1.61** (0.33)
Politisches Wissen	1.43** (0.46)	2.52** (0.30)	0.42 (0.27)
Internal Efficacy	1.02 (0.56)	0.58* (0.27)	0.60 (0.35)
30–39 Jahre	0.48 (0.30)	-0.07 (0.23)	0.45 (0.26)
40–49 Jahre	1.03** (0.34)	0.12 (0.22)	0.74** (0.25)
50–59 Jahre	0.58 (0.35)	0.17 (0.21)	1.30** (0.25)
60 Jahre und älter	0.84* (0.37)	0.49* (0.23)	1.32** (0.25)
Bildung: mittel	-0.11 (0.31)	0.15 (0.14)	-0.03 (0.25)
Bildung: hoch	0.15 (0.34)	0.62** (0.18)	0.05 (0.26)
Frau	0.17 (0.26)	0.16 (0.13)	0.18 (0.14)
Konstante	0.45 (0.56)	-0.10 (0.27)	-4.27** (0.38)
Korr. Pseudo R ²	0.11	0.16	0.11
N	2019	7338	2051

Anmerkungen: Logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Die Wahlbeteiligung wurde jeweils in der ersten Nachwahlwelle erhoben, die anderen abhängigen Variablen wurden in Welle 2 (GLES) und Welle 5 (AUTNES) gemessen. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Anhang zu Kapitel 5

Verwendete Daten

YouGov (2015): Außenpolitikpanel, in Auftrag gegeben von Thomas J. Scotto und Jason Reifler.

Erhebung der abhängigen Variablen in Welle 2 (Feldzeit: 09.07.15 – 24.07.15).

Frageformulierungen und Operationalisierung

Ausschluss aus der Eurozone: „Wirtschaftlich zu schwache Staaten sollten aus der Währungsunion ausgeschlossen werden“. Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf drei Ausprägungen: 0 Zustimmung (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu), 1 Unentschieden (teils/teils), 2 Ablehnung (stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu).

Frame: Kennzeichnung der Befragten, die den Nebensatz „[...] auch wenn dadurch die europäische Einigung insgesamt gefährdet ist“ erhalten haben. Wertebereich 0 (Frame 1, Nebensatz nicht gesehen) und 1 (Frame 2, Nebensatz gesehen).

Politisches Wissen: (1) „Der Außenminister der USA heißt John Kerry“ (richtig), (2) „China ist das Land mit der größten Wirtschaftsleistung“ (richtig), (3) „Es ist Aufgabe des UN-Sicherheitsrates, internationale Handelsvereinbarungen durchzusetzen“ (falsch), (4) „Das Europaparlament hat seinen Sitz in Straßburg“ (richtig), (5) „Die Amtszeit eines Abgeordneten des Europaparlaments beträgt fünf Jahre“ (richtig), (6) „In Deutschland schließen die Wahllokale am Wahltag um 22 Uhr“ (falsch), (7) „In Deutschland liegt das Wahlalter bei der Europawahl bei 16 Jahren“ (falsch), (8) „Jeder registrierte Wahlberechtigte kann bei seiner Gemeindeverwaltung Briefwahl beantragen“ (richtig), (9) „Jeder Bürger der Europäischen Union kann in Deutschland arbeiten“ (richtig), (10) „Deutschland hat mehr Geld für humanitäre Hilfe in Syrien zugesagt als alle anderen europäischen Länder“ (richtig). Zählindex, der sich für jede korrekte Antwort um 1 erhöht. Anschließend rekodiert auf den Wertebereich 0 (kein politisches Wissen) bis 1 (viel politisches Wissen).

EU-Verbundenheit: „Menschen fühlen sich unterschiedlich stark mit Deutschland und Europa verbunden. Wie ist das bei Ihnen? [...] Und wie stark fühlen Sie sich mit der Europäischen Union verbunden?“ Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (keine Verbundenheit) bis 1 (starke Verbundenheit) rekodiert.

Gegen Zuwanderung: (1*) „Deutschland hat davon profitiert, dass in den vergangenen Jahrzehnten Menschen aus vielen verschiedenen Ländern und Kulturen zugewandert sind.“ (2) „Deutschland sollte keine weiteren Zuwanderer aufnehmen.“ (3) „Die meisten Straftaten in Deutschland werden von Zuwanderern verübt.“ (4*) „Die Zuwanderung der letzten Jahre hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland beschleunigt.“ Jeweils fünfstufige Antwortvorgabe, die Antworten wurden zu einem Mittelwertindex zusammengefasst und auf den Wert 0 (gering) und 1 (hoch) rekodiert.

Parteiidentifikation: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein gesprochen - einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Es wurde jeweils eine

Dummy-Variable für eine Parteiidentifikation mit der CDU/CSU, SPD, FDP, den Grünen, der Linken, der AfD und einer anderen Partei gebildet.

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1. Abitur: Dummy-Variable mit dem Wert 1 für Fachabitur und höher.

Tabelle 26: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 5

	MW	SD	N
Ausschluss aus der Eurozone	0.50	0.31	1634
Risikoavers	0.18	0.29	1769
Risikobereit	0.18	0.26	1769
Frau	0.52	0.50	1769
Alter	0.45	0.23	1769
Abitur	0.29	0.45	1726
Politisches Wissen	0.60	0.24	1769
EU-Verbundenheit	0.44	0.27	1698
Gegen Zuwanderung	0.50	0.25	1724
Parteiidentifikation:			
Keine PID	0.23	0.42	1769
CDU/CSU	0.27	0.44	1769
SPD	0.20	0.40	1769
Grüne	0.07	0.26	1769
Die Linke	0.09	0.28	1769
FDP	0.03	0.16	1769
AfD	0.09	0.28	1769
Andere Partei	0.02	0.13	1769
Befragungszeitraum:			
09.–12. Juli 2015	0.61	0.49	1769
13.–16. Juli 2015	0.28	0.45	1769
17.–24. Juli 2015	0.11	0.31	1769

Anmerkungen: Daten: YouGov-Panel. Alle unabhängigen Variablen sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert. Daten gewichtet.

Tabelle 27: Korrelationen der unabhängigen Variablen in Kapitel 5

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
(1) Risikoavers	1						
(2) Risikobereit	-	1					
(3) Frau	0.11**	-0.09**	1				
(4) Alter	0.05*	-0.05*	-0.14**	1			
(5) Abitur	-0.09**	0.07**	-0.10**	0.03	1		
(6) Politisches Wissen	-0.09**	0.03	-0.27**	0.29**	0.12**	1	
(7) EU-Verbundenheit	-0.08**	0.05*	-0.07**	0.08**	0.09**	0.12**	1
(8) Gegen Zuwanderung	0.10**	-0.03	0.04*	-0.00	-0.17**	-0.12**	-0.38**
N	2284						

Anmerkungen: Daten: YouGov-Panel. Signifikanzniveau: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. Daten gewichtet.

Tabelle 28: Einfluss der Risikotoleranz auf die Zustimmung zum Ausschluss wirtschaftlich schwacher Staaten, Interaktionen (Logit-Koeffizienten)

	Interaktion der Risikotoleranz mit:					
	politischem Wissen und Frame		EU-Verbundenheit und Frame		PID mit den Regierungsparteien und Frame	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Gegen Zuwanderung	-2.29** (0.34)	1.72** (0.32)	-2.28** (0.35)	1.68** (0.32)	-2.52** (0.34)	1.68** (0.31)
Alter	0.75* (0.36)	-0.31 (0.35)	0.75* (0.36)	-0.29 (0.35)	0.75* (0.36)	-0.24 (0.35)
Frau	-0.35* (0.15)	0.05 (0.14)	-0.37* (0.15)	0.04 (0.14)	-0.31* (0.15)	0.07 (0.14)
Abitur	0.03 (0.16)	0.21 (0.16)	0.02 (0.16)	0.21 (0.16)	0.00 (0.16)	0.18 (0.16)
Befragungszeitraum: (Ref.: 09.–12. Juli 2015)						
13.–16. Juli 2015	-0.11 (0.16)	-0.19 (0.15)	-0.12 (0.16)	-0.21 (0.15)	-0.14 (0.16)	-0.20 (0.16)
17.–24. Juli 2015	-0.02 (0.22)	-0.38 (0.24)	-0.01 (0.22)	-0.40 (0.24)	-0.04 (0.22)	-0.36 (0.24)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)						
CDU/CSU	-0.12 (0.21)	0.20 (0.21)	-0.12 (0.21)	0.19 (0.21)		
SPD	-0.07 (0.23)	0.29 (0.23)	-0.06 (0.23)	0.27 (0.23)		
Grüne	0.29 (0.31)	0.39 (0.33)	0.28 (0.31)	0.37 (0.33)		
Die Linke	0.53 (0.28)	0.36 (0.28)	0.56* (0.27)	0.39 (0.28)		
FDP	-0.41 (0.49)	0.34 (0.41)	-0.44 (0.49)	0.32 (0.41)		
AfD	-0.65 (0.37)	0.45 (0.26)	-0.65 (0.37)	0.46 (0.26)		
Andere Partei	0.24 (0.52)	-0.06 (0.54)	0.38 (0.52)	-0.07 (0.55)		
EU-Verbundenheit	0.59* (0.29)	-0.65* (0.29)	1.59* (0.69)	-0.74 (0.62)	0.61* (0.29)	-0.72** (0.28)
Frame	0.85 (0.75)	-0.04 (0.70)	-0.25 (0.51)	-0.12 (0.40)	-0.14 (0.44)	-0.07 (0.41)
Politisches Wissen	1.92* (0.87)	0.32 (0.83)	0.89* (0.38)	0.88* (0.37)	0.77* (0.37)	0.91* (0.37)
Risikoavers	2.10 (1.32)	-1.06 (1.27)	1.32 (0.80)	0.32 (0.58)	-0.85 (0.76)	0.05 (0.60)
Risikobereit	1.22 (1.46)	-0.27 (1.32)	1.44 (0.84)	0.54 (0.69)	-0.26 (0.85)	0.22 (0.67)
Frame*	-2.60 (1.80)	1.60 (1.53)	0.67 (1.25)	1.98* (0.97)	0.47 (1.18)	0.53 (0.94)
Risikoavers	-2.32 (2.07)	-0.16 (1.79)	-0.44 (1.26)	-0.32 (1.00)	-0.25 (1.22)	-0.07 (1.05)
Risikobereit	-1.28 (1.12)	0.04 (1.10)				
Politisches Wissen	-3.57 (2.01)	2.47 (1.97)				
Politisches Wissen*	-1.97 (2.24)	1.30 (2.07)				
Risikoavers						
Politisches Wissen*						
Risikobereit						

Frame*Politisches Wissen*	4.37	-2.12				
Risikoavers	(2.76)	(2.43)				
Frame* Politisches Wissen	2.90	0.37				
*Risikobereit	(3.13)	(2.84)				
Frame*			0.59	0.26		
EU-Verbundenheit			(0.94)	(0.89)		
EU-Verbundenheit*			-3.41*	0.63		
Risikoavers			(1.49)	(1.23)		
EU-Verbundenheit*			-3.13*	0.14		
Risikobereit			(1.51)	(1.42)		
Frame*EU-Verbundenheit*			-0.91	-4.32*		
Risikoavers			(2.24)	(2.10)		
Frame*EU-Verbundenheit			-0.11	0.78		
*Risikobereit			(2.24)	(2.05)		
Parteiidentifikation:						
(Ref.: PID mit anderen P.)						
Keine PID					-0.95	-0.58
					(0.53)	(0.42)
PID mit Regierungs-					-0.33	-0.43
parteien					(0.40)	(0.37)
Frame*Keine PID					0.73	0.35
					(0.70)	(0.62)
Frame*PID mit Regie-					0.07	-0.09
rungsparteien					(0.54)	(0.53)
Keine PID*					1.58	-0.75
Risikoavers					(1.19)	(0.98)
PID mit Reg.parteien*					0.98	1.31
Risikoavers					(0.98)	(0.82)
Keine PID*					1.82	0.60
Risikobereit					(1.40)	(1.07)
PID mit Reg.parteien*					-0.28	0.43
Risikobereit					(1.05)	(0.90)
Frame*Keine PID*					0.20	1.91
Risikoavers					(1.84)	(1.60)
Frame*PID mit Reg.par-					-0.84	-1.42
teien*Risikoavers					(1.45)	(1.25)
Frame*Keine PID*					-1.74	-1.51
Risikobereit					(1.89)	(1.62)
Frame*PID mit Reg.par-					0.22	0.98
teien*Risikobereit					(1.50)	(1.36)
Konstante	-0.29	-0.91	-0.09	-1.22**	0.87	-0.71
	(0.63)	(0.61)	(0.50)	(0.46)	(0.49)	(0.47)
Korr. Pseudo R ²	0.09		0.10		0.09	
N	1540		1540		1540	

Anmerkungen: Daten: YouGov-Panel. Multinomiale logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten mit Standardfehlern in Klammern (Referenzkategorie: Unentschieden). Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * p < 0.05, ** p < 0.01. Frame: Hinweis auf die mögliche Bedrohung für die EU erhalten.

Abbildung 17: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (durchschnittliche marginale Effekte)

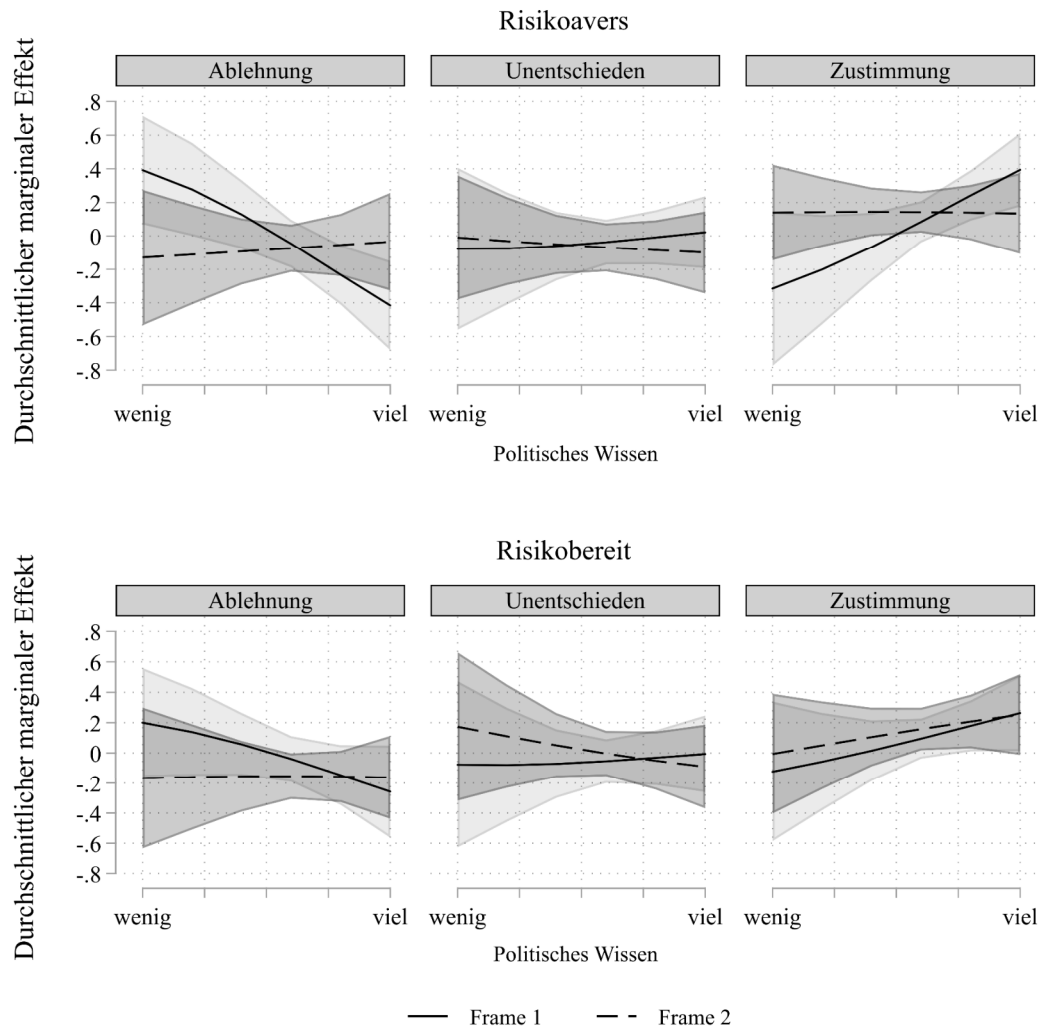


Abbildung 18: Interaktion der Risikotoleranz mit der EU-Verbundenheit in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (durchschnittliche marginale Effekte)

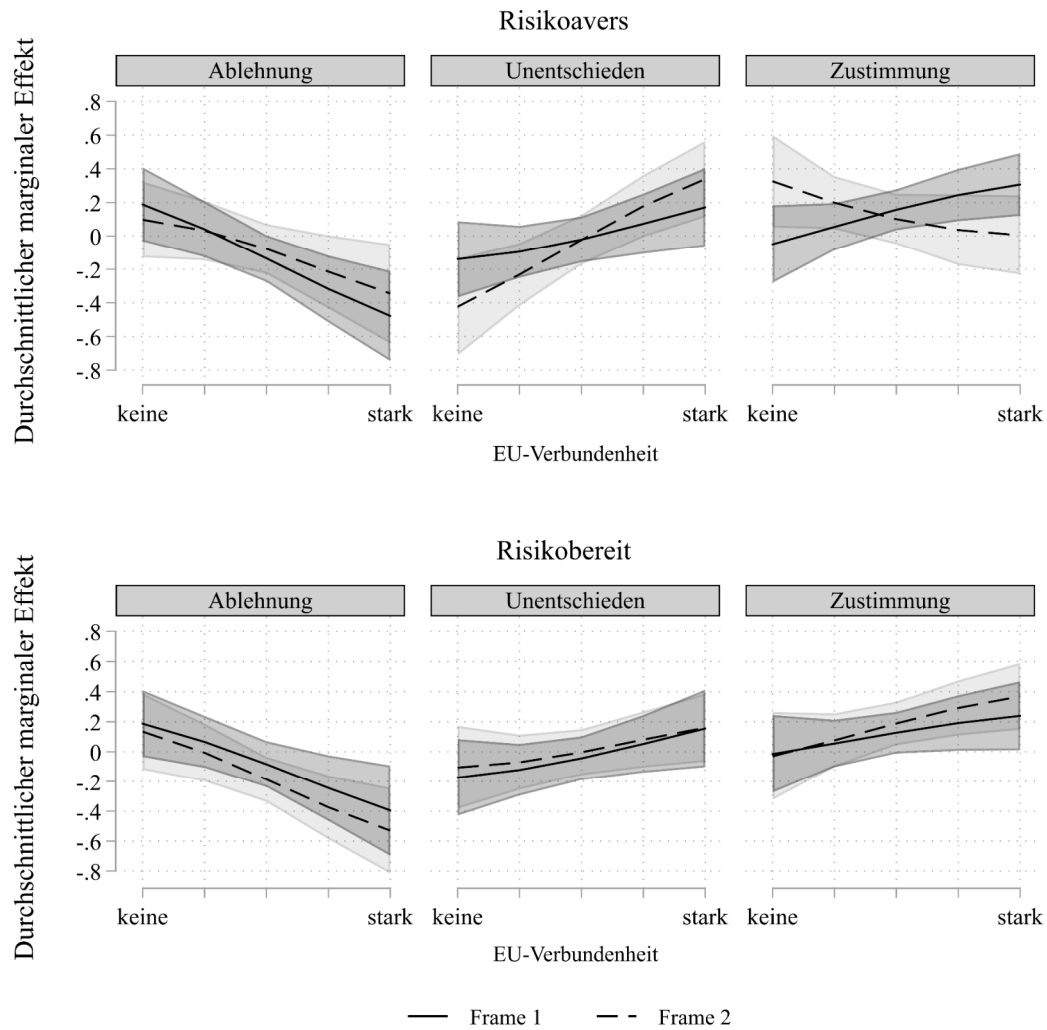


Abbildung 19: Interaktion der Risikotoleranz mit der der Parteidentifikation in Abhängigkeit von der Frame-Bedingung (durchschnittliche marginale Effekte)

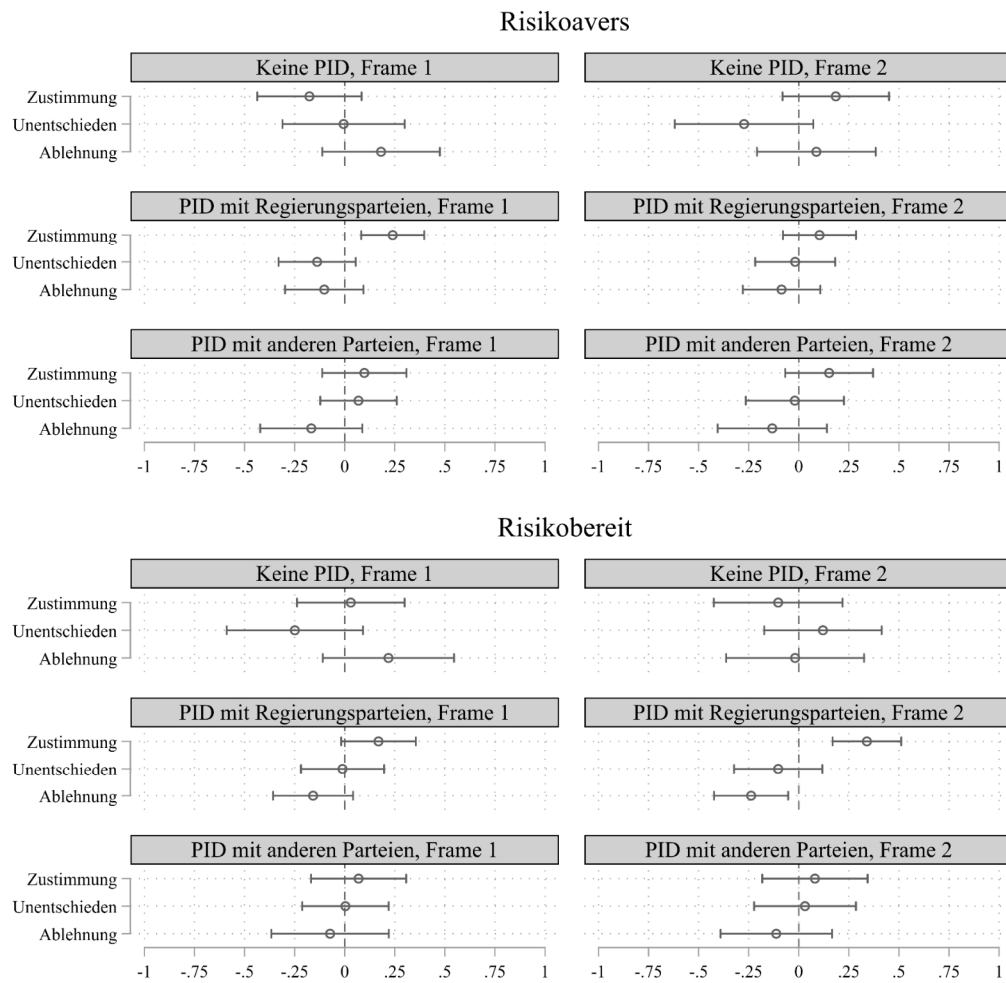
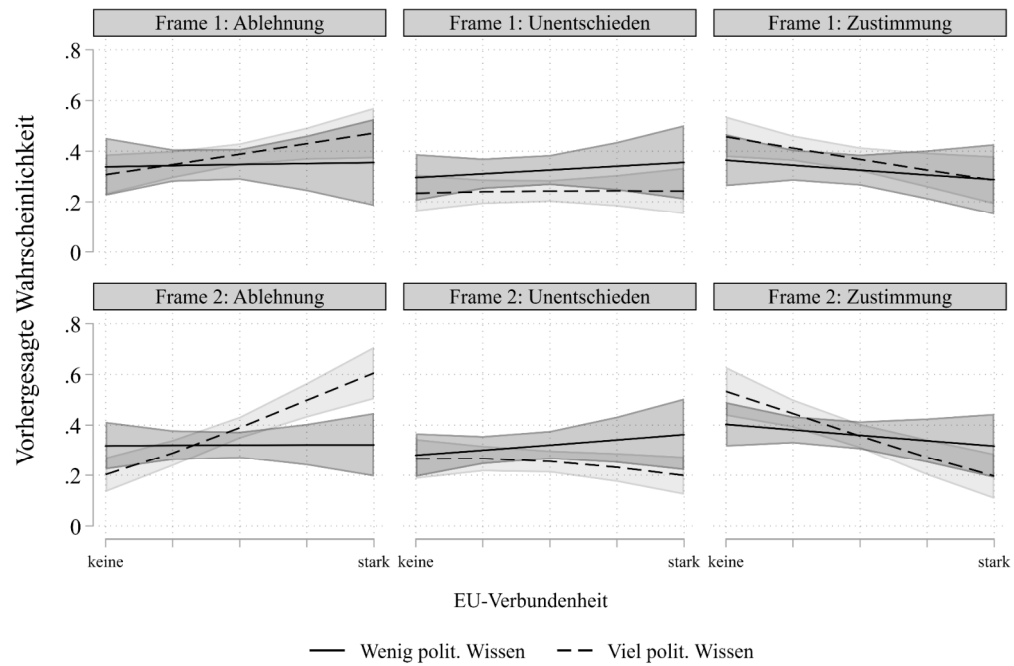


Abbildung 20: Interaktion der EU-Verbundenheit mit dem politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeit)



Anhang zu Kapitel 6

Verwendete Daten

GLÉS (2020): GLÉS Panel 2016–2019, Wellen 1–11. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6838 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13598>.

Erhebung der abhängigen Variablen in Welle 9 (Feldzeit: 15.03.18 – 26.03.18).

Frageformulierungen und Operationalisierung

Mehr Freihandel: „Das weltweite Zusammenwachsen der Märkte sollte weiter vorangetrieben werden“, rekodiert auf drei Ausprägungen: 0 Zustimmung (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu), 1 Unentschieden (teils/teils), 2 Ablehnung (stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu).

Protektionismus: „Deutschland sollte die Einfuhr von Waren aus anderen Ländern einschränken“, rekodiert auf drei Ausprägungen: 0 Zustimmung (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu), 1 Unentschieden (teils/teils), 2 Ablehnung (stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu).

Politisches Wissen: (1) „Wie ist das eigentlich bei Bundestagswahlen, welche der beiden Stimmen ist ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Bundestag?“ (richtig: Zweitstimme), (2) „Durch wen wird die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt?“ (richtig: den Bundestag) (3) „Ab wie viel Prozent der Zweitstimmen kann eine Partei auf jeden Fall Abgeordnete in den Bundestag entsenden?“ (richtig: Ab 5 Prozent). (4) bis (9) Zuordnung von sechs Politikern zu ihrer jeweiligen Partei. Zählindex, der sich für jede korrekte Antwort um 1 erhöht. Anschließend reskaliert auf den Wertebereich 0 (wenig politisches Wissen) bis 1 (viel politisches Wissen).

Eigene wirtschaftliche Lage: „Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige eigene wirtschaftliche Lage?“ Fünfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (sehr schlecht) bis 1 (sehr gut) rekodiert.

Formale Bildung: Es wurden jeweils für einen niedrigen (maximal Hauptschulabschluss) und einen hohen (mindestens Fachabitur) eine Variable gebildet.

Isolationismus: „Nun geht es um ein paar Aussagen zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands. Bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie dieser Aussage zustimmen.“ (1) „Deutschland sollte sich nicht um weltpolitische Fragen kümmern, sondern sich auf die Probleme im eigenen Land konzentrieren.“ (2) „Deutschland sollte eine aktivere Rolle in der Weltpolitik spielen“ (umgedrehte Skala). Beide mit fünfstufiger Antwortvorgabe. Die Antworten auf beide Fragen wurden zu einem additiven Index zusammengefasst und auf einen Wertebereich zwischen 0 (gegen eine aktive Rolle Deutschlands) und 1 (für eine aktive Rolle Deutschlands) reskaliert.

Ethnokulturalismus: „Manche Menschen meinen, dass die folgenden Dinge wichtig sind, um wirklich deutsch zu sein. Andere halten sie für nicht wichtig. Wie stufen Sie diese Dinge ein? Wie wichtig ist es...“ (1) „...deutsche Vorfahren zu haben“, (2) „...die deutschen Sitten und Normen zu teilen“, (3) „...akzentfrei deutsch zu sprechen“. Jeweils fünfstufige Skala. Die Antworten auf beide Fragen wurden zu einem additiven Index zusammengefasst und auf einen Wertebereich zwischen 0 (niedrig) und 1 (hoch) reskaliert.

Chauvinismus: „Die Welt wäre besser, wenn die Menschen in anderen Ländern eher so wären wie die Deutschen“. Fünfstufige Antwortvorgabe, reskaliert auf den Wertebereich 0 (niedrig) bis 1 (hoch).

Parteiidentifikation: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Es wurde jeweils eine Dummy-Variable für eine Parteiidentifikation mit der CDU/CSU, SPD, FDP, den Grünen, der Linken, der AfD und mit anderen Parteien gebildet.

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1.

Westdeutschland: Rekodiert auf den Wertebereich 0 (Ostdeutschland) und 1 (Westdeutschland).

Tabelle 29: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 6

	MW	SD	N
Mehr Freihandel	0.56	0.24	11756
Protektionismus	0.39	0.23	11773
Risikoavers	0.26	0.34	12000
Risikobereit	0.16	0.25	12000
Frau	0.51	0.50	12000
Alter	0.39	0.19	12000
Niedrige Bildung	0.38	0.48	12000
Mittlere Bildung	0.30	0.46	12000
Hohe Bildung	0.32	0.47	12000
Westdeutschland	0.79	0.41	12000
Politisches Wissen	0.58	0.27	10897
Eigene wirtschaftliche Lage	0.58	0.23	11575
Isolationismus	0.50	0.22	11382
Ethnokulturalismus	0.61	0.25	11866
Chauvinismus	0.42	0.26	11437
Parteiidentifikation:			
Keine PID	0.25	0.43	11968
CDU/CSU	0.22	0.41	11968
SPD	0.20	0.40	11968
FDP	0.04	0.19	11968
Grüne	0.09	0.28	11968
Die Linke	0.10	0.30	11968
AfD	0.08	0.28	11968
Andere Partei	0.03	0.18	11968

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Alle unabhängigen Variablen sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert. Daten gewichtet.

Tabelle 30: Korrelationen der unabhängigen Variablen in Kapitel 6

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)
(1) Risikoavers	1									
(2) Risikobereit	-	1								
(3) Frau	0.14**	-0.11**	1							
(4) Alter	0.07**	0.03*	-0.03**	1						
(5) Hohe Bildung	-0.09**	0.04**	-0.02	-0.17**	1					
(6) Westdeutschland	0.03**	-0.02	-0.01	0.03*	-0.08**	1				
(7) Politisches Wissen	-0.05**	0.02*	-0.30**	0.22**	0.27**	0.02	1			
(8) Eigene wirtschaftliche Lage	-0.10**	0.10**	-0.09**	-0.00	0.18**	0.03**	0.22**	1		
(9) Isolationismus	0.10**	-0.06**	0.07**	-0.00	-0.16**	-0.03**	-0.20**	-0.23**	1	
(10) Ethnokulturalismus	0.08**	0.01	-0.01	0.15**	-0.17**	-0.02	-0.09**	-0.03*	0.21**	1
(11) Chauvinismus	-0.01	0.02	-0.08**	-0.04**	-0.10**	-0.00	-0.12**	-0.01	0.12**	0.35**
N	7179									

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Signifikanzniveau: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. Daten gewichtet.

Tabelle 31: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung des Freihandels (Logit-Koeffizienten)

	Zusammenwachsen der Märkte		Protektionismus	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Risikoavers	0.32** (0.11)	0.27** (0.09)	0.44** (0.09)	0.23 (0.12)
Risikobereit	0.24 (0.15)	0.66** (0.12)	0.38** (0.12)	0.90** (0.16)
Politisches Wissen	0.95** (0.15)	0.19 (0.11)	1.11** (0.11)	0.37* (0.16)
Eigene wirtschaftliche Lage	-0.44** (0.14)	0.91** (0.12)	0.33** (0.12)	-0.11 (0.16)
Bildung: mittel	0.06 (0.08)	0.06 (0.07)	0.11 (0.07)	-0.00 (0.09)
Bildung: hoch	0.19* (0.09)	0.16* (0.07)	0.35** (0.07)	-0.05 (0.10)
Isolationismus	1.65** (0.16)	-1.35** (0.13)	-0.87** (0.12)	1.10** (0.18)
Ethnokulturalismus	0.14 (0.14)	0.14 (0.12)	-0.42** (0.11)	0.61** (0.17)
Chauvinismus	-0.36** (0.13)	0.04 (0.11)	-0.48** (0.10)	0.31* (0.15)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)				
CDU/CSU	0.04 (0.11)	0.57** (0.08)	0.30** (0.08)	0.17 (0.11)
SPD	0.05 (0.10)	0.51** (0.08)	0.32** (0.08)	0.23 (0.12)
FDP	0.17 (0.20)	0.78** (0.14)	0.45** (0.14)	0.54** (0.20)
Grüne	0.08 (0.13)	0.24* (0.10)	0.32** (0.10)	0.46** (0.16)
Die Linke	0.50** (0.11)	0.06 (0.10)	0.26** (0.09)	0.58** (0.13)
AfD	0.82** (0.11)	-0.18 (0.13)	0.14 (0.11)	0.71** (0.13)
Andere Partei	0.31 (0.17)	0.01 (0.15)	0.08 (0.15)	0.16 (0.19)
Frau	-0.11 (0.07)	-0.31** (0.05)	-0.39** (0.05)	0.24** (0.08)
Alter	0.89 (0.82)	-1.45* (0.60)	-1.26* (0.59)	-1.32 (0.82)
Alter*Alter	-1.26 (1.10)	3.45** (0.81)	2.29** (0.79)	1.28 (1.11)
Westdeutschland	-0.05 (0.08)	-0.14* (0.06)	-0.02 (0.06)	0.06 (0.09)
Konstante	-2.42** (0.24)	-0.50** (0.18)	0.01 (0.18)	-2.64** (0.26)
Korr. Pseudo R ²	0.08		0.07	
N	10101		10114	

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Multinomiale logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten (Referenzkategorie: Unentschieden) mit Standardfehlern in Klammern. Wertebereich der unabhängigen Variablen: 0-1. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * p < 0.05, ** p < 0.01.

Tabelle 32: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung eines weiteren Zusammenwachsens der Märkte, Interaktionen (Logit-Koeffizienten)

	Interaktion der Risikotoleranz mit:							
	politischem Wissen		Parteiidentifikation		eigener wirtschaftlicher Lage		Isolationismus	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Ethnokulturalismus	0.14 (0.15)	0.14 (0.12)	0.15 (0.14)	0.14 (0.12)	0.14 (0.14)	0.14 (0.12)	0.14 (0.14)	0.14 (0.12)
Chauvinismus	-0.36** (0.13)	0.04 (0.11)	-0.35** (0.13)	0.05 (0.11)	-0.36** (0.13)	0.04 (0.11)	-0.37** (0.13)	0.04 (0.11)
Frau	-0.11 (0.07)	-0.31** (0.05)	-0.11 (0.07)	-0.30** (0.05)	-0.11 (0.07)	-0.31** (0.05)	-0.11 (0.07)	-0.31** (0.05)
Bildung mittel	0.06 (0.08)	0.06 (0.07)	0.06 (0.08)	0.06 (0.07)	0.06 (0.08)	0.06 (0.07)	0.06 (0.08)	0.06 (0.07)
Bildung hoch	0.19* (0.09)	0.15* (0.07)	0.20* (0.09)	0.16* (0.07)	0.19* (0.09)	0.16* (0.07)	0.19* (0.09)	0.16* (0.07)
Alter	0.90 (0.82)	-1.46* (0.60)	0.91 (0.82)	-1.53* (0.60)	0.87 (0.82)	-1.46* (0.60)	0.91 (0.82)	-1.44* (0.60)
Alter*Alter	-1.26 (1.11)	3.45** (0.81)	-1.30 (1.10)	3.56** (0.81)	-1.24 (1.10)	3.45** (0.81)	-1.27 (1.10)	3.44** (0.81)
Westdeutschland	-0.05 (0.08)	-0.14* (0.06)	-0.06 (0.08)	-0.14* (0.06)	-0.05 (0.08)	-0.14* (0.06)	-0.04 (0.08)	-0.14* (0.06)
Politisches Wissen	1.01** (0.22)	0.22 (0.17)	0.95** (0.15)	0.20 (0.11)	0.95** (0.15)	0.19 (0.11)	0.95** (0.15)	0.19 (0.11)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)								
CDU/CSU	0.04 (0.11)	0.57** (0.08)	0.20 (0.18)	0.90** (0.13)	0.05 (0.11)	0.57** (0.08)	0.04 (0.11)	0.57** (0.08)
SPD	0.05 (0.10)	0.51** (0.08)	0.06 (0.18)	0.67** (0.14)	0.05 (0.10)	0.50** (0.08)	0.05 (0.10)	0.51** (0.08)
FDP	0.17 (0.20)	0.78** (0.14)	0.12 (0.38)	0.62* (0.24)	0.18 (0.20)	0.78** (0.14)	0.17 (0.20)	0.78** (0.14)
Grüne	0.08 (0.13)	0.24* (0.10)	-0.08 (0.22)	0.13 (0.18)	0.08 (0.13)	0.24* (0.10)	0.08 (0.13)	0.24* (0.10)
Die Linke	0.50** (0.11)	0.06 (0.10)	0.75** (0.18)	0.27 (0.17)	0.50** (0.11)	0.05 (0.10)	0.50** (0.11)	0.06 (0.10)

AfD	0.82** (0.11)	-0.17 (0.13)	0.91** (0.18)	-0.40 (0.23)	0.83** (0.11)	-0.18 (0.13)	0.83** (0.11)	-0.17 (0.13)
Andere Partei	0.30 (0.17)	0.01 (0.15)	0.38 (0.29)	0.16 (0.28)	0.31 (0.17)	0.01 (0.15)	0.31 (0.17)	0.01 (0.15)
Eigene wirtsch. Lage	-0.44** (0.14)	0.92** (0.12)	-0.45** (0.14)	0.92** (0.12)	-0.58* (0.24)	1.04** (0.22)	-0.44** (0.14)	0.92** (0.12)
Isolationismus	1.65** (0.16)	-1.35** (0.13)	1.66** (0.16)	-1.36** (0.13)	1.65** (0.16)	-1.35** (0.13)	1.77** (0.27)	-1.26** (0.23)
Risikoavers	0.35 (0.26)	0.40* (0.20)	0.38 (0.20)	0.54** (0.17)	0.07 (0.26)	0.28 (0.24)	0.27 (0.32)	0.21 (0.23)
Risikobereit	0.39 (0.35)	0.57* (0.28)	0.68* (0.32)	0.91** (0.26)	0.32 (0.36)	1.11** (0.35)	0.75 (0.41)	1.01** (0.29)
Polit. Wissen*Risikoavers	-0.07 (0.41)	-0.22 (0.32)						
Polit. Wissen*Risikobereit	-0.26 (0.55)	0.16 (0.45)						
CDU/CSU*Risikoavers			-0.21 (0.35)	-0.80** (0.25)				
SPD* Risikoavers			0.27 (0.33)	-0.26 (0.26)				
FDP*Risikoavers			0.44 (0.77)	0.26 (0.51)				
Grüne*Risikoavers			0.36 (0.45)	0.24 (0.36)				
Die Linke*Risikoavers			-0.61 (0.34)	-0.47 (0.34)				
AfD*Risikoavers			0.01 (0.36)	0.14 (0.45)				
Andere Partei*Risikoavers			-0.43 (0.57)	-0.66 (0.56)				
CDU/CSU*Risikobereit			-0.75 (0.50)	-0.77* (0.36)				
SPD*Risikobereit			-0.74 (0.55)	-0.63 (0.37)				
FDP*Risikobereit			-0.36 (1.12)	0.63 (0.62)				
Grüne*Risikobereit			0.35 (0.60)	0.29 (0.50)				
Die Linke *Risikobereit			-0.62	-0.52				

			(0.48)	(0.46)				
AfD*Risikobereit			-0.67	0.77				
			(0.48)	(0.52)				
Andere Partei*Risikobereit			0.23	0.17				
			(0.81)	(0.73)				
Eigene wirtsch. Lage*Risiko-					0.50	0.01		
avers					(0.46)	(0.39)		
Eigene wirtsch. Lage*Risikobe-					-0.11	-0.73		
reit					(0.60)	(0.53)		
Isolationismus*Risikoavers							0.09	0.11
							(0.50)	(0.45)
Isolationismus*Risikobereit							-0.91	-0.70
							(0.67)	(0.56)
Konstante	-2.45**	-0.52**	-2.50**	-0.61**	-2.34**	-0.57**	-2.49**	-0.55**
	(0.26)	(0.19)	(0.25)	(0.19)	(0.26)	(0.21)	(0.27)	(0.20)
Korr. Pseudo R ²	0.08		0.09		0.08		0.08	
N	10101		10101		10101		10101	

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Multinomiale logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten (Referenzkategorie: Unentschieden) mit Standardfehlern in Klammern. Wertebereich der Variablen: 0-1. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Tabelle 33: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung protektionistischer Maßnahmen, Interaktionen (Logit-Koeffizienten)

	Interaktion der Risikotoleranz mit:							
	politischem Wissen		Parteiidentifikation		eigener wirtschaftlicher Lage		Isolationismus	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Ethnokulturalismus	-0.42** (0.11)	0.61** (0.17)	-0.42** (0.11)	0.62** (0.17)	-0.42** (0.11)	0.61** (0.17)	-0.42** (0.11)	0.61** (0.17)
Chauvinismus	-0.48** (0.10)	0.31* (0.15)	-0.48** (0.10)	0.30* (0.15)	-0.47** (0.10)	0.31* (0.15)	-0.48** (0.10)	0.30* (0.15)
Bildung mittel	0.11 (0.07)	-0.00 (0.09)	-0.39** (0.05)	0.23** (0.08)	0.11 (0.07)	-0.00 (0.09)	0.12 (0.07)	-0.00 (0.09)
Bildung hoch	0.35** (0.07)	-0.05 (0.10)	0.11 (0.07)	-0.00 (0.09)	0.35** (0.07)	-0.05 (0.10)	0.36** (0.07)	-0.05 (0.10)
Frau	-0.39** (0.05)	0.24** (0.08)	0.36** (0.07)	-0.04 (0.10)	-0.39** (0.05)	0.24** (0.08)	-0.39** (0.05)	0.24** (0.08)
Alter	-1.27* (0.59)	-1.36 (0.83)	-1.28* (0.59)	-1.24 (0.83)	-1.25* (0.59)	-1.30 (0.82)	-1.26* (0.59)	-1.29 (0.82)
Alter*Alter	2.29** (0.79)	1.33 (1.11)	2.30** (0.79)	1.14 (1.11)	2.28** (0.79)	1.26 (1.11)	2.29** (0.79)	1.25 (1.11)
Westdeutschland	-0.02 (0.06)	0.06 (0.09)	-0.02 (0.06)	0.06 (0.09)	-0.02 (0.06)	0.06 (0.09)	-0.02 (0.06)	0.06 (0.09)
Politisches Wissen	1.15** (0.17)	0.70** (0.24)	1.12** (0.11)	0.37* (0.16)	1.11** (0.11)	0.37* (0.16)	1.11** (0.11)	0.36* (0.16)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)								
CDU/CSU	0.30** (0.08)	0.17 (0.11)	0.47** (0.13)	-0.13 (0.19)	0.30** (0.08)	0.17 (0.11)	0.30** (0.08)	0.17 (0.11)
SPD	0.32** (0.08)	0.23 (0.12)	0.48** (0.13)	0.23 (0.20)	0.31** (0.08)	0.23 (0.12)	0.31** (0.08)	0.23 (0.12)
FDP	0.45** (0.14)	0.55** (0.20)	0.48 (0.25)	0.63 (0.37)	0.44** (0.14)	0.54** (0.20)	0.45** (0.14)	0.54** (0.20)
Grüne	0.32** (0.10)	0.45** (0.16)	0.29 (0.17)	0.60* (0.27)	0.32** (0.10)	0.45** (0.16)	0.32** (0.10)	0.46** (0.16)
Die Linke	0.27* (0.09)	0.58** (0.13)	0.57** (0.16)	0.84** (0.22)	0.26** (0.10)	0.58** (0.13)	0.26** (0.09)	0.58** (0.13)
AfD	0.14 (0.11)	0.71** (0.13)	0.11 (0.18)	0.50* (0.21)	0.13 (0.11)	0.70** (0.13)	0.14 (0.11)	0.71** (0.13)

Andere Partei	0.09 (0.15)	0.16 (0.19)	0.30 (0.26)	0.42 (0.33)	0.08 (0.15)	0.16 (0.19)	0.08 (0.15)	0.16 (0.19)
Eigene wirtsch. Lage	0.33** (0.12)	-0.11 (0.16)	0.32** (0.12)	-0.12 (0.16)	0.79** (0.21)	0.19 (0.27)	0.32** (0.12)	-0.11 (0.16)
Isolationismus	-0.87** (0.12)	1.10** (0.18)	-0.87** (0.12)	1.11** (0.18)	-0.87** (0.12)	1.10** (0.18)	-1.03** (0.21)	0.96** (0.31)
Risikoavers	0.55** (0.21)	0.60* (0.25)	0.60** (0.17)	-0.01 (0.23)	0.85** (0.23)	0.58* (0.28)	0.31 (0.22)	-0.17 (0.36)
Risikobereit	0.30 (0.30)	1.28** (0.33)	0.85** (0.26)	1.16** (0.33)	1.32** (0.32)	1.30** (0.40)	0.14 (0.28)	0.97* (0.41)
Polit. Wissen*Risikoavers	-0.22 (0.33)	-0.75 (0.43)						
Polit. Wissen*Risikobereit	0.11 (0.46)	-0.76 (0.56)						
CDU/CSU*Risikoavers			-0.20 (0.26)	0.64 (0.35)				
SPD* Risikoavers			-0.28 (0.26)	0.20 (0.38)				
FDP*Risikoavers			0.06 (0.57)	0.14 (0.79)				
Grüne*Risikoavers			0.25 (0.36)	0.50 (0.54)				
Die Linke*Risikoavers			-0.58 (0.31)	-0.30 (0.42)				
AfD*Risikoavers			0.04 (0.37)	0.78* (0.39)				
Andere Partei*Risikoavers			-0.51 (0.50)	-1.02 (0.75)				
CDU/CSU*Risikobereit			-0.81* (0.36)	0.45 (0.47)				
SPD*Risikobereit			-0.64 (0.37)	-0.42 (0.51)				
FDP*Risikobereit			-0.32 (0.67)	-0.73 (0.92)				
Grüne*Risikobereit			-0.23 (0.47)	-1.76* (0.75)				
Die Linke *Risikobereit			-1.05* (0.44)	-1.15* (0.55)				
AfD*Risikobereit			0.06	0.02				

			(0.46)	(0.51)				
Andere Partei*Risikobereit			-0.50	-0.24				
			(0.72)	(0.85)				
Eigene wirtsch. Lage*Risikoavers					-0.73	-0.69		
					(0.38)	(0.49)		
Eigene wirtsch. Lage*Risikobereit					-1.60**	-0.72		
					(0.50)	(0.65)		
Isolationismus*Risikoavers							0.25	0.65
							(0.40)	(0.56)
Isolationismus*Risikobereit							0.49	-0.14
							(0.53)	(0.69)
Konstante	-0.01	-2.80**	-0.10	-2.62**	-0.25	-2.80**	0.09	-2.56**
	(0.20)	(0.27)	(0.19)	(0.27)	(0.21)	(0.28)	(0.20)	(0.30)
Korr. Pseudo R ²	0.07		0.07		0.07		0.07	
N	10114		10114		10114		10114	

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Multinomiale logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten (Referenzkategorie: Unentschieden) mit Standardfehlern in Klammern. Wertebereich der Variablen: 0-1. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Abbildung 21: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte)

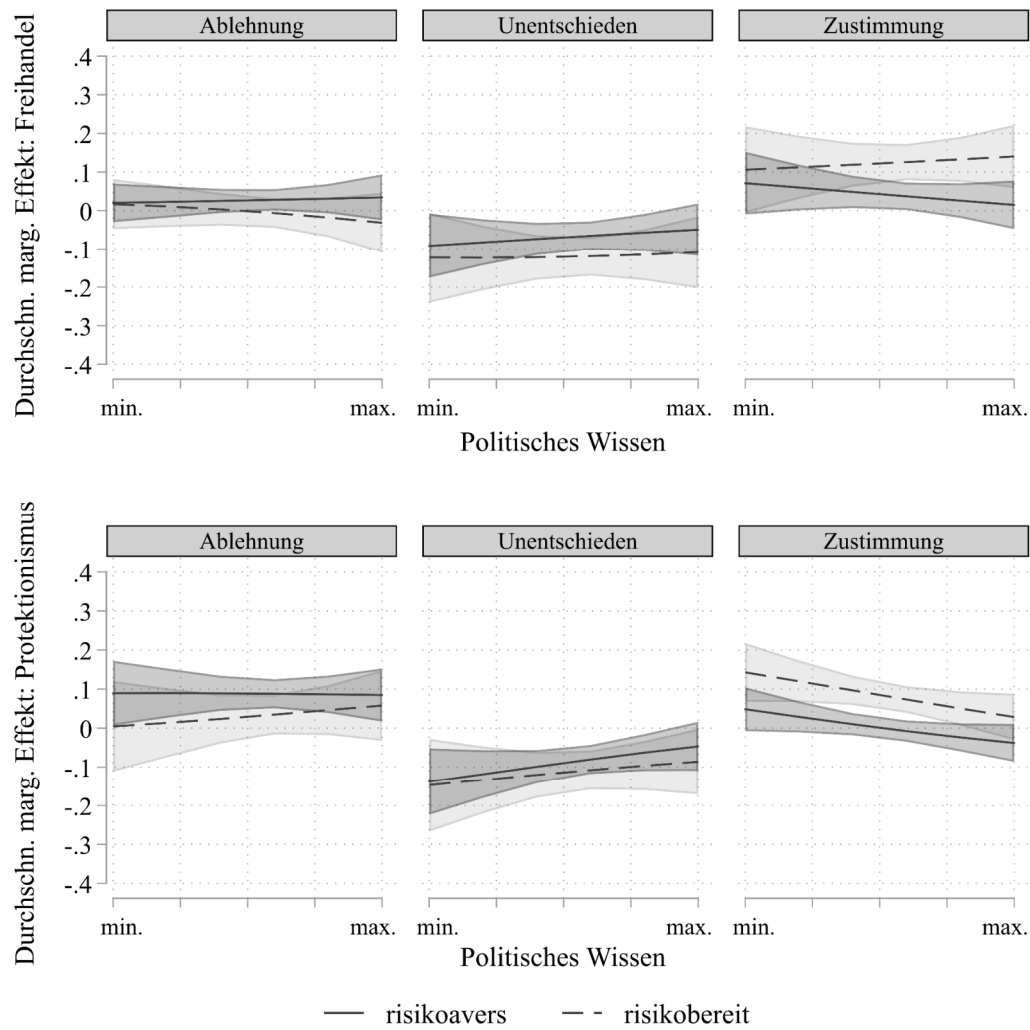


Abbildung 22: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der Identifikation mit ausgewählten Parteien (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten (V.W.))

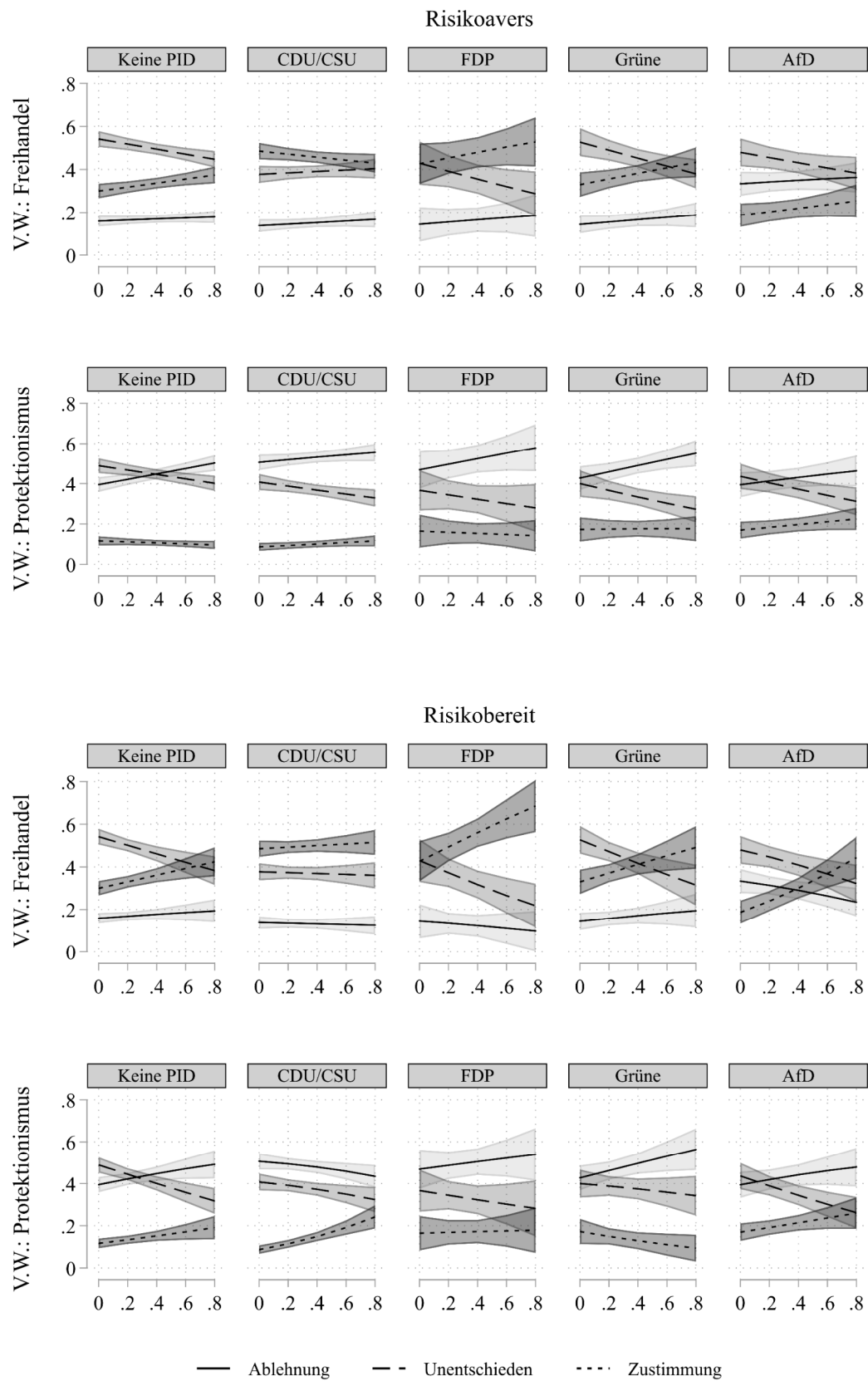


Abbildung 23: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit von der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage (durchschnittliche marginale Effekte)

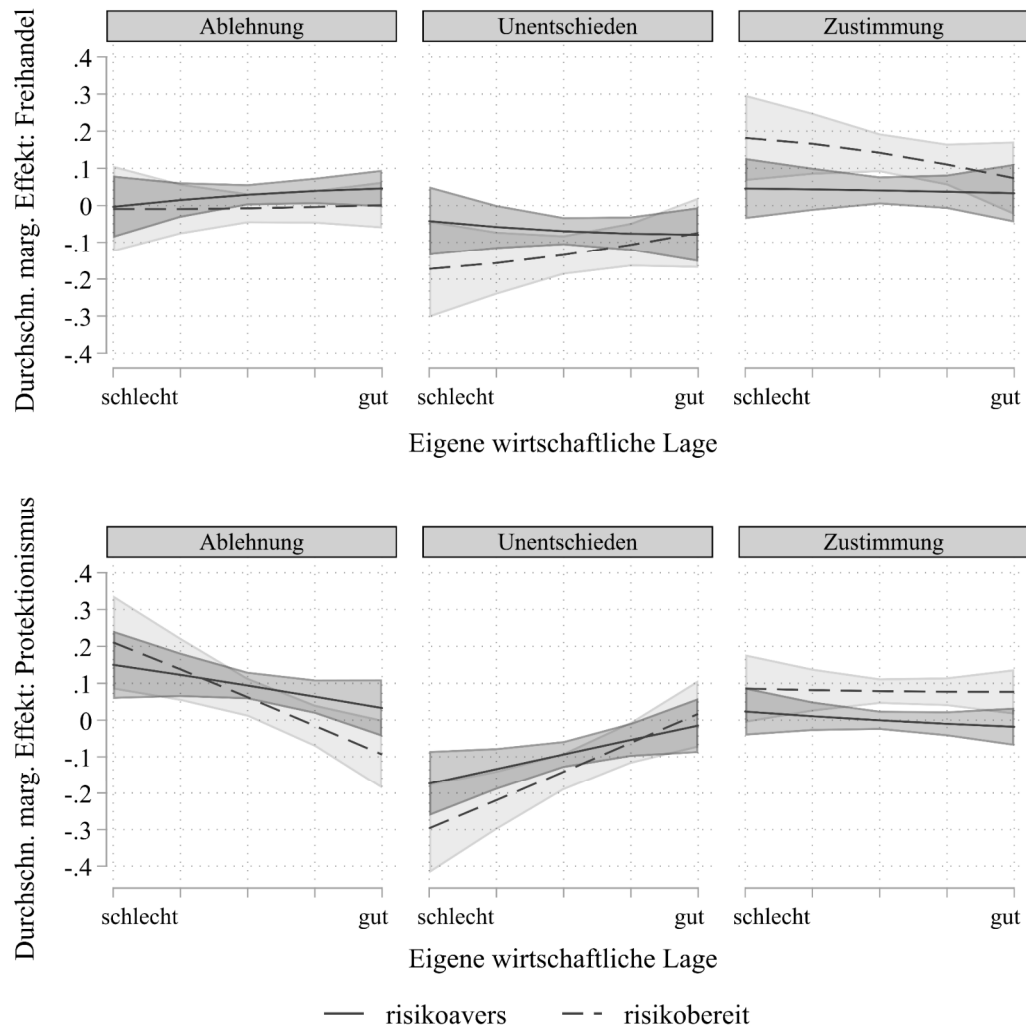


Tabelle 34: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom Bildungsabschluss
(durchschnittliche marginale Effekte)

	Risikoavers und Bildung:			Risikobereit und Bildung:		
	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
<i>Einfluss auf die Bewertung des Freihandels</i>						
Ablehnung	0.04 (0.02)	0.02 (0.02)	0.02 (0.02)	-0.02 (0.04)	0.02 (0.03)	-0.02 (0.03)
Unentschieden	-0.09* (0.03)	-0.07* (0.03)	-0.04 (0.03)	-0.11* (0.05)	-0.16** (0.04)	-0.09* (0.04)
Zustimmung	0.05 (0.03)	0.04 (0.03)	0.02 (0.03)	0.13** (0.05)	0.14** (0.04)	0.11** (0.03)
<i>Einfluss auf die Bewertung protektionistischer Maßnahmen</i>						
Ablehnung	0.10** (0.03)	0.07* (0.03)	0.09** (0.03)	0.05 (0.05)	0.06 (0.04)	-0.01 (0.04)
Unentschieden	-0.11** (0.03)	-0.09** (0.03)	-0.05 (0.03)	-0.14** (0.05)	-0.12** (0.04)	-0.08* (0.04)
Zustimmung	0.01 (0.02)	0.02 (0.02)	-0.04* (0.02)	0.09** (0.03)	0.06* (0.02)	0.08** (0.02)

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Dargestellt sind durchschnittliche marginale Effekte mit Standardfehlern in Klammern. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Abbildung 24: Einfluss der Risikotoleranz in Abhängigkeit vom Isolationismus (durchschnittliche marginale Effekte)

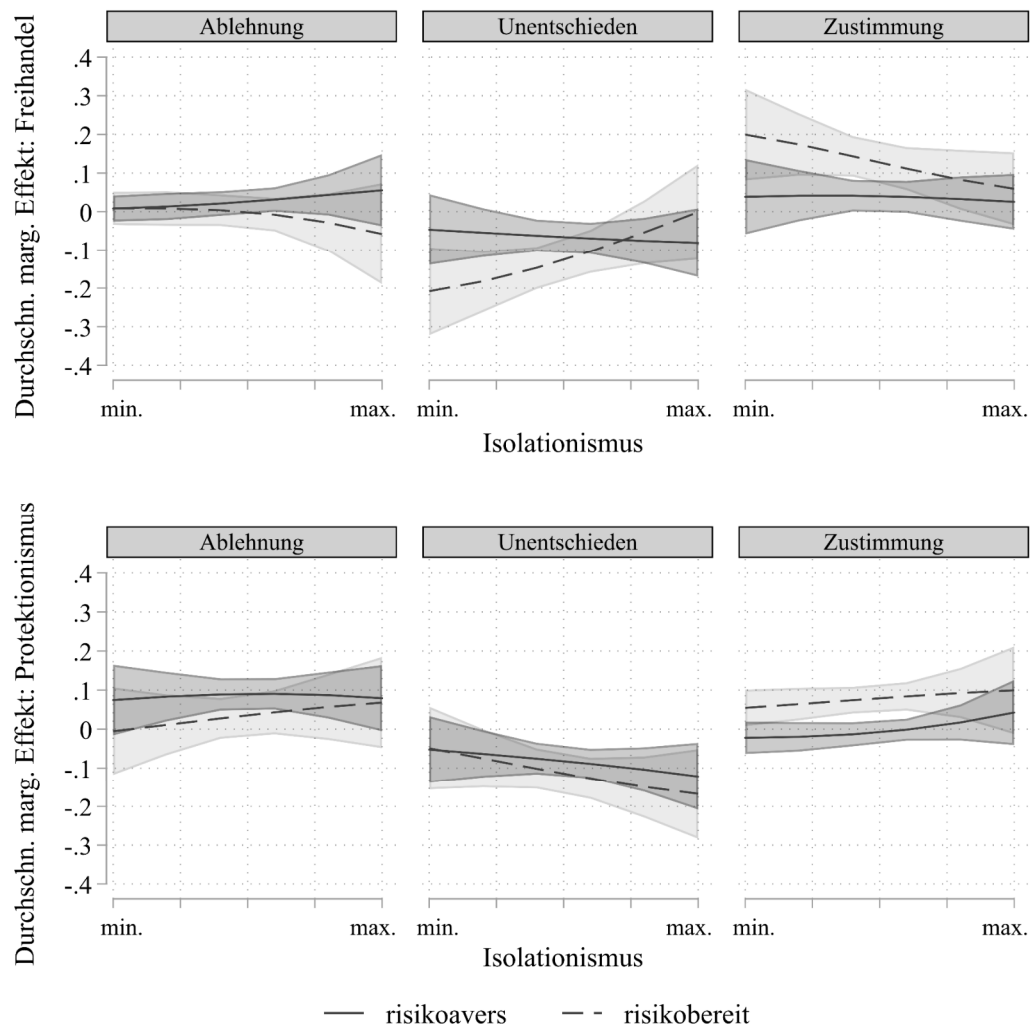


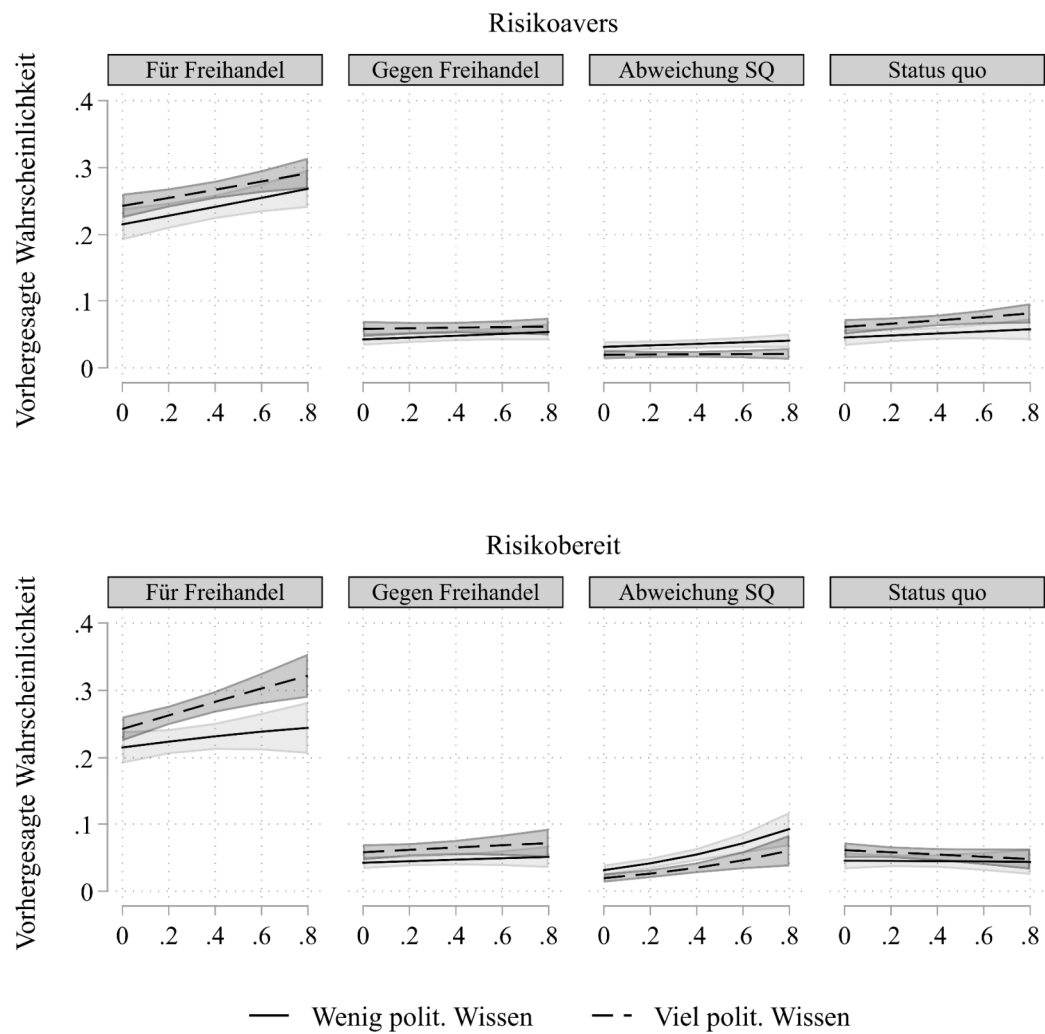
Tabelle 35: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltlich konsistente Bewertung des Freihandels (Logit-Koeffizienten)

	Konsistent für Freihan- del	Konsistent gegen Freihandel	Abweichung vom Status quo	Für Status quo	Konsistent für Freihan- del	Konsistent gegen Freihandel	Abweichung vom Status quo	Für Status quo
Risikoavers	0.45** (0.10)	0.34* (0.17)	0.41 (0.22)	0.50** (0.17)	0.52* (0.24)	0.60 (0.36)	0.65 (0.40)	0.44 (0.49)
Risikobereit	0.57** (0.13)	0.47* (0.22)	1.64** (0.25)	0.01 (0.24)	0.20 (0.32)	0.37 (0.49)	1.51** (0.48)	0.25 (0.67)
Politisches Wissen	0.47** (0.12)	0.69** (0.24)	-0.89** (0.29)	0.75** (0.22)	0.40* (0.19)	0.80* (0.33)	-0.82 (0.43)	0.76* (0.38)
Polit. Wissen* Risikoavers					-0.12 (0.36)	-0.47 (0.58)	-0.51 (0.81)	0.09 (0.73)
Polit. Wissen*Risikobereit					0.60 (0.47)	0.16 (0.77)	0.26 (0.90)	-0.38 (0.99)
Eigene wirtschaftliche Lage	0.86** (0.14)	-0.73** (0.23)	1.03** (0.31)	-0.11 (0.23)	0.87** (0.14)	-0.73** (0.23)	1.03** (0.31)	-0.11 (0.23)
Bildung: mittel	0.12 (0.08)	0.05 (0.13)	-0.24 (0.16)	-0.04 (0.13)	0.12 (0.08)	0.05 (0.13)	-0.24 (0.16)	-0.04 (0.13)
Bildung: hoch	0.31** (0.08)	0.16 (0.15)	-0.38* (0.17)	0.18 (0.13)	0.30** (0.08)	0.15 (0.15)	-0.39* (0.17)	0.19 (0.13)
Isolationismus	-1.82** (0.14)	2.61** (0.29)	-0.69* (0.32)	1.13** (0.23)	-1.82** (0.14)	2.61** (0.29)	-0.69* (0.32)	1.13** (0.23)
Ethnokulturalismus	-0.23 (0.13)	0.74** (0.25)	0.79* (0.32)	-0.34 (0.21)	-0.22 (0.13)	0.74** (0.25)	0.80* (0.32)	-0.34 (0.21)
Chauvinismus	-0.35** (0.12)	-0.21 (0.22)	1.25** (0.28)	-0.63** (0.22)	-0.35** (0.12)	-0.21 (0.22)	1.25** (0.28)	-0.63** (0.22)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)								
CDU/CSU	0.47** (0.09)	-0.01 (0.18)	0.42* (0.19)	-0.12 (0.17)	0.48** (0.09)	0.00 (0.18)	0.42* (0.19)	-0.12 (0.17)
SPD	0.38** (0.09)	0.02 (0.19)	0.54** (0.21)	0.10 (0.15)	0.39** (0.09)	0.02 (0.19)	0.55** (0.21)	0.10 (0.15)
FDP	0.74** (0.14)	0.45 (0.30)	0.83** (0.30)	-0.13 (0.32)	0.73** (0.14)	0.45 (0.30)	0.82** (0.30)	-0.13 (0.32)
Grüne	0.23* (0.11)	0.10 (0.25)	0.22 (0.30)	-0.21 (0.18)	0.24* (0.11)	0.10 (0.25)	0.22 (0.30)	-0.21 (0.18)
Die Linke	-0.02 (0.11)	0.74** (0.17)	0.13 (0.29)	0.41** (0.15)	-0.01 (0.11)	0.75** (0.17)	0.14 (0.29)	0.41** (0.15)

AfD	-0.29 (0.15)	0.99** (0.17)	0.13 (0.26)	0.65** (0.17)	-0.28 (0.15)	1.00** (0.17)	0.13 (0.26)	0.64** (0.17)
Andere Partei	-0.01 (0.17)	0.56* (0.25)	-0.02 (0.38)	0.01 (0.26)	-0.01 (0.17)	0.56* (0.25)	-0.02 (0.38)	0.01 (0.26)
Frau	-0.51** (0.06)	0.06 (0.11)	0.29* (0.14)	-0.28** (0.10)	-0.51** (0.06)	0.06 (0.11)	0.30* (0.14)	-0.28** (0.10)
Alter	-2.31** (0.63)	-0.80 (1.24)	1.06 (1.26)	1.77 (1.27)	-2.32** (0.63)	-0.84 (1.24)	1.03 (1.26)	1.79 (1.28)
Alter*Alter	4.16** (0.83)	-0.06 (1.67)	-1.85 (1.73)	-3.29 (1.74)	4.16** (0.83)	-0.04 (1.67)	-1.83 (1.73)	-3.31 (1.75)
Westdeutschland	-0.04 (0.07)	0.15 (0.12)	-0.34* (0.15)	-0.05 (0.11)	-0.04 (0.07)	0.15 (0.12)	-0.34* (0.15)	-0.05 (0.11)
Konstante	-0.71** (0.20)	-4.67** (0.37)	-4.21** (0.47)	-3.08** (0.39)	-0.67** (0.22)	-4.73** (0.41)	-4.25** (0.47)	-3.09** (0.43)
Korr. Pseudo R ²	0.08				0.08			
N	10084				10084			

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Multinomiale logistische Regressionen. Dargestellt sind durchschnittliche marginale Effekte (Referenzkategorie: sonstige Antwortkombination) mit Standardfehlern in Klammern. Wertebereich der unabhängigen Variablen: 0–1. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Abbildung 25: Einfluss der Risikotoleranz auf die inhaltliche Konsistenz der Bewertung in Abhängigkeit vom politischen Wissen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten)



Anhang zu Kapitel 7

Verwendete Daten

GLÉS (2020): GLÉS Panel 2016–2019, Wellen 1–11. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6838 Datenfile Version 2.0.0, <https://doi.org/10.4232/1.13598>.

Erhebung der abhängigen Variablen in Welle 11 (Feldzeit: 28.05.19 – 12.06.19)

Frageformulierungen und Operationalisierung

Mehr Freihandel: „Um die Macht von Konzernen einzuschränken, sollten auch Enteignungen durchgeführt werden.“, rekodiert auf drei Ausprägungen: 0 Zustimmung (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu), 1 Unentschieden (teils/teils), 2 Ablehnung (stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu).

Politisches Wissen: (1) „Wie ist das eigentlich bei Bundestagswahlen, welche der beiden Stimmen ist ausschlaggebend für die Sitzverteilung im Bundestag?“ (richtig: Zweitstimme), (2) „Durch wen wird die Bundeskanzlerin bzw. der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt?“ (richtig: den Bundestag) (3) „Ab wie viel Prozent der Zweitstimmen kann eine Partei auf jeden Fall Abgeordnete in den Bundestag entsenden?“ (richtig: Ab 5 Prozent). (4) bis (9) Zuordnung von sechs Politikern zu ihrer jeweiligen Partei. Zählindex, der sich für jede korrekte Antwort um 1 erhöht. Anschließend rekodiert auf den Wertebereich 0 (wenig politisches Wissen) bis 1 (viel politisches Wissen).

Für Umverteilung: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet. Wie ist Ihre Meinung zu diesem Thema?“ Siebenstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet) bis 1 (mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet).

Für staatlichen Eingriff in den Markt: „Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten“. Fünfstufige Antwortvorgabe, Umkehrung der Skala, rekodiert auf den Wertebereich 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 1 (stimme voll und ganz zu).

Gerechte Gesellschaftsordnung: „Wenn Sie einmal an den Zustand der Gesellschaft in Deutschland denken – wie gerecht oder ungerecht geht es da alles in allem zu?“. Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (sehr ungerecht) bis 1 (sehr gerecht).

Höhere Steuern für Reiche: „Reiche Bürger sollten mehr Steuern bezahlen als bisher“. Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 1 (stimme voll und ganz zu).

DDR mehr gute als schlechte Seiten: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“. Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (stimme überhaupt nicht zu) bis 1 (stimme voll und ganz zu).

Eigene wirtschaftliche Lage: „Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige eigene wirtschaftliche Lage?“ Fünfstufige Antwortvorgabe, rekodiert auf den Wertebereich 0 (sehr schlecht) bis 1 (sehr gut) rekodiert.

Parteiidentifikation: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“ Es wurde jeweils eine Dummy-Variable für eine Parteiidentifikation mit der CDU/CSU, SPD, FDP, den Grünen, der Linken, der AfD und mit anderen Parteien gebildet.

Formale Bildung: Es wurden jeweils für einen niedrigen (maximal Hauptschulabschluss) und einen hohen (mindestens Fachabitur) eine Variable gebildet.

Frau: Rekodiert auf den Wertebereich 1 (Frau) und 0 (Mann).

Alter: Rekodiert auf den Wertebereich 0 bis 1.

Westdeutschland: Rekodiert auf den Wertebereich 0 (Ostdeutschland) und 1 (Westdeutschland).

[Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsunternehmen: „Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden“. Fünfstufige Antwortvorgabe.]

Tabelle 36: Deskriptive Darstellung der Variablen in Kapitel 7

	MW	SD	N
Enteignung von Konzernen	0.44	0.30	9338
Risikoavers	0.27	0.34	9502
Risikobereit	0.16	0.25	9502
Frau	0.51	0.50	9502
Alter	0.39	0.19	9502
Niedrige Bildung	0.38	0.48	9502
Mittlere Bildung	0.30	0.46	9502
Hohe Bildung	0.32	0.47	9502
Westdeutschland	0.79	0.41	9502
Politisches Wissen	0.58	0.27	8722
Für Umverteilung	0.52	0.24	9479
Für staatliche Eingriffe in den Markt	0.56	0.25	9351
Gerechte Gesellschaftsordnung	0.38	0.23	9416
Höhere Steuern für Reiche	0.76	0.25	9296
DDR mehr gute als schlechte Seiten	0.26	0.27	9059
Eigene wirtsch. Lage	0.59	0.23	9488
Parteiidentifikation:			
Keine PID	0.25	0.43	9478
CDU/CSU	0.22	0.41	9478
SPD	0.19	0.39	9478
FDP	0.04	0.19	9478
Grüne	0.09	0.28	9478
Die Linke	0.10	0.30	9478
AfD	0.08	0.28	9478
Andere Partei	0.03	0.18	9478

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Alle unabhängigen Variablen sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert. Daten gewichtet.

Tabelle 37: Korrelationen der unabhängigen Variablen in Kapitel 7

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)
(1) Risikoavers	1											
(2) Risikobereit	-	1										
(3) Frau	0.15**	-0.13**	1									
(4) Alter	0.06**	0.03*	-0.03*	1								
(5) Hohe Bildung	-0.10**	0.05**	-0.03*	-0.17**	1							
(6) Westdeutschland	0.04**	-0.03*	0.01	0.03*	-0.08**	1						
(7) Politisches Wissen	-0.06**	0.03**	-0.30**	0.22**	0.28**	0.01	1					
(8) Für Umverteilung	-0.01	0.04**	-0.04**	0.10**	0.02	-0.05**	0.13**	1				
(9) Für staatliche Eingriffe	0.03*	-0.02	-0.01	-0.02	0.05**	-0.03*	0.03*	0.14**	1			
(10) Gerechte Gesellschafts- ordnung	-0.08**	0.06**	-0.04**	-0.12**	0.13**	0.07**	0.06**	-0.02	0.08**	1		
(11) Höhere Steuern für Rei- che	0.05**	0.01	-0.06**	0.16**	-0.08**	-0.05**	0.10**	0.18**	0.03**	-0.28**	1	
(12) DDR mehr gute als schlechte Seiten	-0.02	0.02	0.04**	-0.10**	-0.11**	-0.32**	-0.26**	-0.03*	-0.04**	-0.13**	0.05**	1
(13) Eigene wirtschaftliche Lage	-0.09**	0.06**	-0.07**	0.00	0.19**	0.03**	0.22**	-0.07**	0.04**	0.34**	-0.12**	-0.17**
N	6400											

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Signifikanzniveau: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$. Daten gewichtet.

Tabelle 38: Einfluss der Risikotoleranz auf die Bewertung einer möglichen Enteignung von Konzernen, Interaktionen (Logit-Koeffizienten)

	Interaktion der Risikotoleranz mit:							
	politischem Wissen		Parteiidentifikation		Umverteilungspräferenz und politischem Wissen		Haltung zu staatl. Eingriffen und politischem Wissen	
	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung	Ablehnung	Zustimmung
Gerechte Gesellschaftsordnung	-0.06 (0.15)	-0.85** (0.18)	-0.06 (0.15)	-0.86** (0.18)	-0.06 (0.15)	-0.83** (0.18)	-0.07 (0.15)	-0.84** (0.18)
Höhere Steuern für Reiche	-0.91** (0.12)	1.44** (0.19)	-0.91** (0.12)	1.45** (0.19)	-0.91** (0.12)	1.46** (0.19)	-0.91** (0.12)	1.46** (0.19)
DDR mehr gute als schlechte Seiten	-0.88** (0.13)	0.09 (0.14)	-0.89** (0.13)	0.07 (0.14)	-0.89** (0.13)	0.10 (0.14)	-0.89** (0.13)	0.09 (0.14)
Eigene wirtsch. Lage	0.66** (0.15)	0.25 (0.16)	0.67** (0.15)	0.28 (0.16)	0.66** (0.15)	0.26 (0.16)	0.66** (0.15)	0.26 (0.16)
Frau	-0.08 (0.06)	-0.34** (0.07)	-0.08 (0.06)	-0.34** (0.07)	-0.08 (0.06)	-0.34** (0.07)	-0.08 (0.06)	-0.34** (0.07)
Alter	1.58** (0.20)	0.69** (0.23)	1.58** (0.20)	0.63** (0.23)	1.59** (0.20)	0.65** (0.23)	1.58** (0.20)	0.65** (0.23)
Bildung: mittel	0.13 (0.08)	0.25** (0.09)	0.14 (0.08)	0.24** (0.09)	0.13 (0.08)	0.24** (0.09)	0.13 (0.08)	0.24** (0.09)
Bildung: hoch	0.19* (0.08)	0.34** (0.10)	0.20* (0.08)	0.33** (0.10)	0.20* (0.08)	0.33** (0.10)	0.19* (0.08)	0.33** (0.10)
Westdeutschland	0.06 (0.08)	0.08 (0.08)	0.06 (0.08)	0.07 (0.08)	0.06 (0.08)	0.08 (0.08)	0.06 (0.08)	0.08 (0.08)
Für Umverteilung	-0.57** (0.13)	0.47** (0.16)	-0.57** (0.13)	0.49** (0.16)	-0.73** (0.24)	0.56* (0.28)	-0.58** (0.13)	0.48** (0.16)
Für staatl. Eingriffe in den Markt	-0.32** (0.12)	0.28* (0.14)	-0.32** (0.12)	0.28* (0.14)	-0.32** (0.12)	0.28* (0.14)	-0.35 (0.22)	0.36 (0.25)
Parteiidentifikation: (Ref.: Ohne Parteibindung)								
CDU/CSU	0.51** (0.09)	-0.16 (0.12)	0.71** (0.15)	-0.31 (0.21)	0.51** (0.09)	-0.15 (0.12)	0.51** (0.09)	-0.15 (0.12)
SPD	0.02 (0.09)	0.18 (0.11)	0.19 (0.16)	0.52** (0.19)	0.02 (0.09)	0.19 (0.11)	0.02 (0.09)	0.19 (0.11)
FDP	0.57** (0.17)	0.10 (0.22)	0.52 (0.31)	0.35 (0.39)	0.57** (0.17)	0.09 (0.22)	0.57** (0.17)	0.09 (0.22)
Grüne	-0.21 (0.12)	0.16 (0.13)	-0.19 (0.21)	0.33 (0.23)	-0.21 (0.12)	0.16 (0.13)	-0.21 (0.12)	0.16 (0.13)

Die Linke	-0.24 (0.13)	0.73** (0.12)	-0.10 (0.23)	1.02** (0.20)	-0.25 (0.13)	0.74** (0.12)	-0.25 (0.13)	0.74** (0.12)
AfD	0.66** (0.12)	0.40** (0.14)	0.75** (0.19)	0.22 (0.25)	0.65** (0.12)	0.41** (0.14)	0.65** (0.12)	0.41** (0.14)
Andere Partei	0.24 (0.18)	0.37 (0.20)	0.38 (0.32)	0.94** (0.35)	0.24 (0.18)	0.38 (0.20)	0.24 (0.18)	0.38 (0.20)
Politisches Wissen	1.36** (0.21)	0.86** (0.25)	1.21** (0.14)	0.48** (0.16)	1.20** (0.14)	0.47** (0.16)	1.21** (0.14)	0.47** (0.16)
Risikoavers	0.57* (0.23)	0.19 (0.28)	0.52** (0.19)	0.19 (0.23)	0.09 (0.23)	0.16 (0.31)	0.15 (0.24)	0.07 (0.30)
Risikobereit	0.25 (0.34)	1.52** (0.38)	0.64* (0.30)	1.08** (0.37)	0.21 (0.32)	0.62 (0.42)	0.40 (0.32)	0.75* (0.38)
Polit. Wissen*Risikoavers	-0.44 (0.38)	-0.25 (0.45)						
Polit. Wissen*Risikobereit	-0.23 (0.55)	-1.88** (0.62)						
CDU/CSU*Risikoavers			-0.38 (0.29)	0.27 (0.40)				
SPD*Risikoavers			-0.22 (0.29)	-0.61 (0.35)				
FDP*Risikoavers			0.40 (0.79)	0.05 (0.93)				
Grüne*Risikoavers			-0.12 (0.40)	-0.07 (0.45)				
Die Linke*Risikoavers			-0.20 (0.42)	-0.36 (0.38)				
AfD*Risikoavers			-0.25 (0.38)	0.65 (0.45)				
Andere Partei*Risikoavers			-0.14 (0.60)	-0.98 (0.66)				
CDU/CSU*Risikobereit			-0.70 (0.42)	0.24 (0.55)				
SPD*Risikobereit			-0.78 (0.45)	-1.14* (0.51)				
FDP*Risikobereit			-0.20 (0.78)	-1.46 (0.99)				
Grüne*Risikobereit			-0.02 (0.58)	-0.96 (0.62)				

Die Linke*Risikobereit			-0.70 (0.58)	-1.28* (0.54)				
AfD*Risikobereit			-0.24 (0.56)	-0.05 (0.63)				
Andere Partei*Risikobereit			-0.75 (0.86)	-1.97* (1.00)				
Für Umverteilung*Risikoavers					0.52 (0.40)	-0.13 (0.50)		
Für Umverteilung*Risikobereit					-0.03 (0.55)	-0.23 (0.65)		
Staatl. Eingriffe in den Markt*Risikoavers							0.35 (0.40)	0.00 (0.47)
Staatl. Eingriffe in den Markt*Risikobereit							-0.41 (0.52)	-0.45 (0.59)
Konstante	-0.61** (0.23)	-2.90** (0.28)	-0.65** (0.23)	-2.81** (0.28)	-0.46* (0.24)	-2.76** (0.29)	-0.52* (0.24)	-2.75** (0.29)
Korr. Pseudo R ²	0.10		0.10		0.10		0.10	
N	8283		8283		8283		8283	

Anmerkungen: Daten: GLES-Panel 2016–2019. Multinomiale logistische Regressionen. Dargestellt sind Logit-Koeffizienten (Referenzkategorie: Unentschieden) mit Standardfehlern in Klammern. Wertebereich der Variablen: 0-1. Daten gewichtet. Signifikanzniveaus: * $p < 0.05$, ** $p < 0.01$.

Abbildung 26: Interaktion der Risikotoleranz mit dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte)

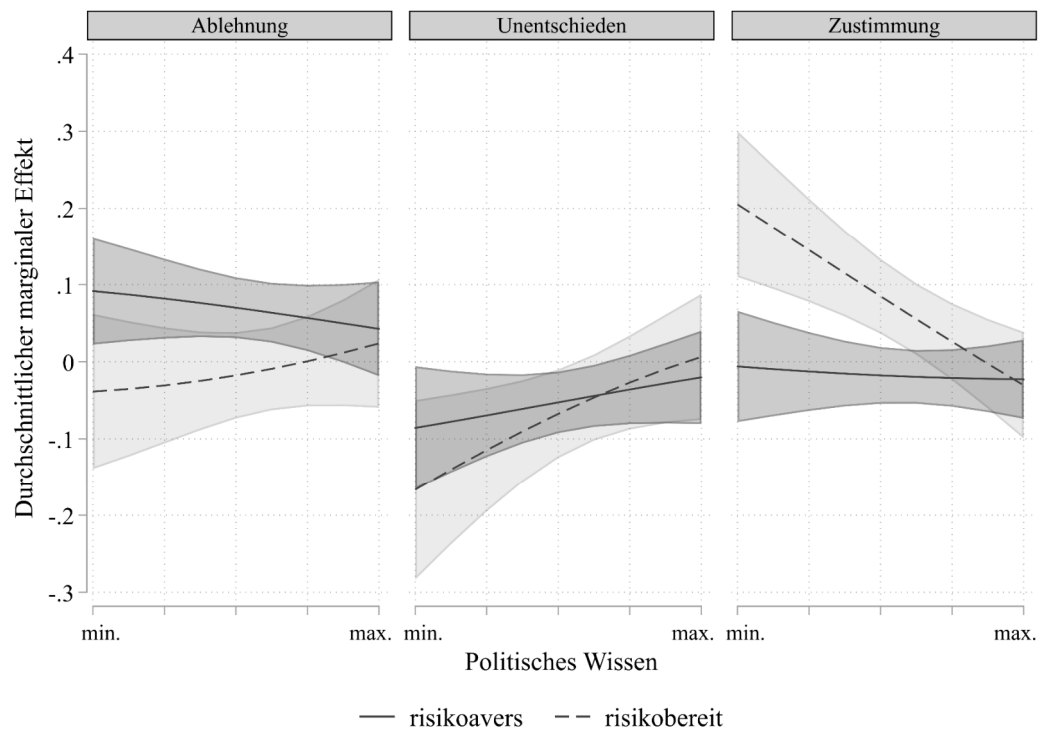


Abbildung 27: Interaktion der Risikotoleranz mit der der Parteidentifikation (durchschnittliche marginale Effekte)

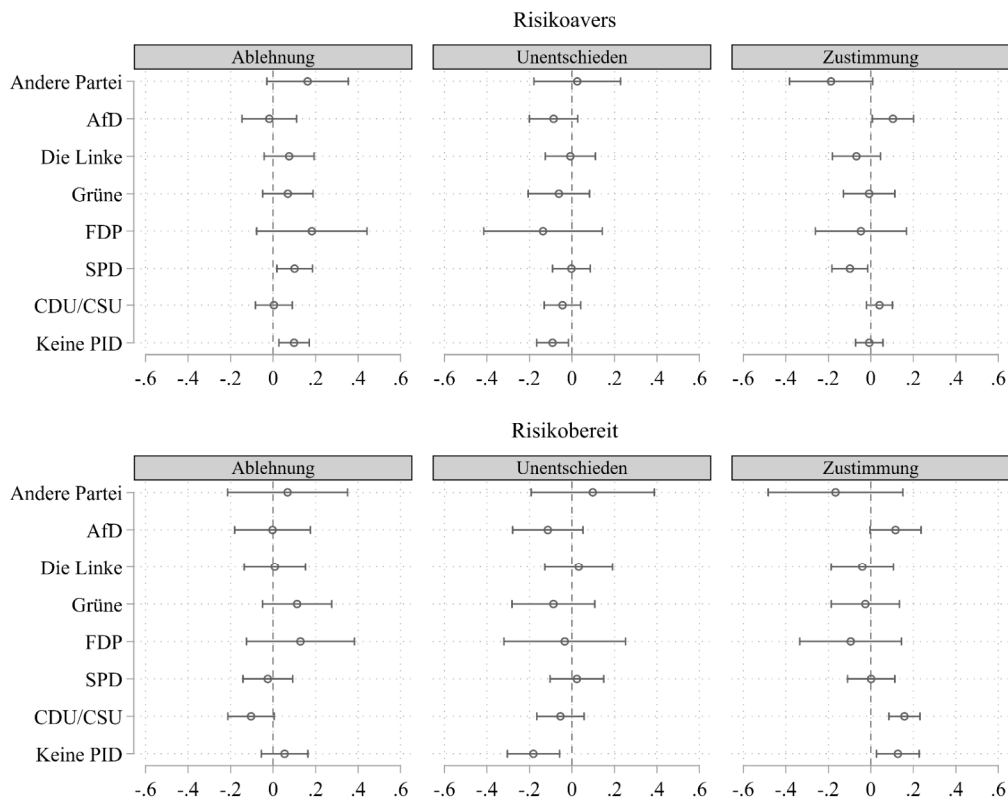


Abbildung 28: Interaktion der Risikotoleranz mit der Umverteilungspräferenz in Abhängigkeit von dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte)

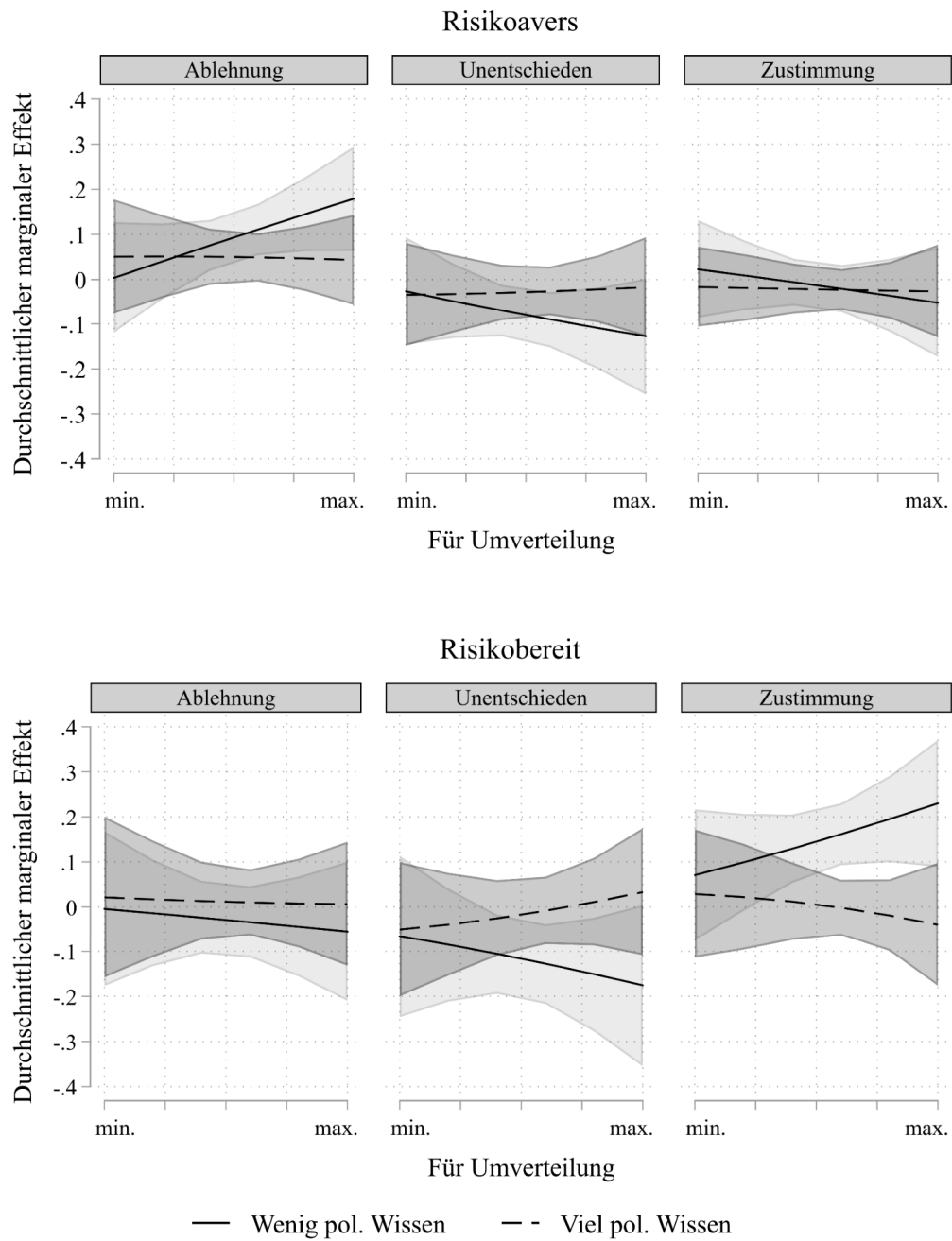


Abbildung 29: Interaktion der Risikotoleranz mit der Haltung zu staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft in Abhängigkeit von dem politischen Wissen (durchschnittliche marginale Effekte)

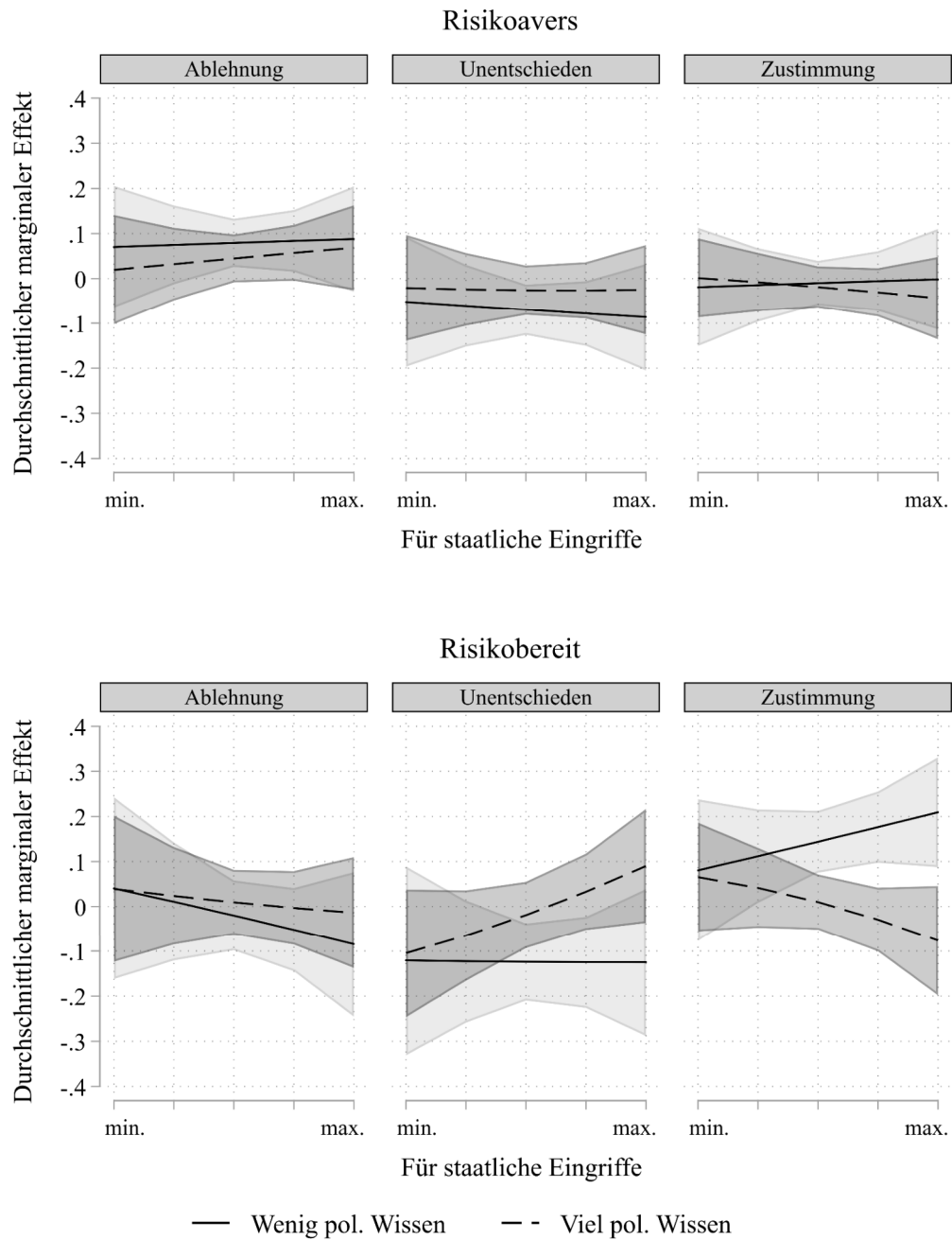


Abbildung 30: Interaktion des politischen Wissens mit der Haltung zu staatlichen Eingriffen in den Markt bzw. den Umverteilungspräferenzen (vorhergesagte Wahrscheinlichkeit)

